

Johannes Schillo (Hrsg.)

Zurück zum Original

Zur Aktualität der
Marxschen Theorie



VSA

Johannes Schillo (Hrsg.)
Zurück zum Original
Zur Aktualität der Marxschen Theorie

Uwe F. Findeisen, M.A. (Politologie, Philosophie, Pädagogik), ist als Publizist und Dozent in der Erwachsenenbildung tätig. Veröffentlichungen zu Themen aus Sozialwissenschaften, Pädagogik und Psychologie.

Manfred Henle ist Sozialwissenschaftler und seit über 25 Jahren in interkultureller Jugendarbeit und politischer Bildung tätig, er veröffentlichte u.a. (zusammen mit der Moby-Dick-AG): (R)Ausländer aus, Köln 1993.

Freerk Huisken ist Professor im Ruhestand an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Bildungssektors. Autor des Standardwerks: Erziehung im Kapitalismus, Hamburg 1998.

Ulrich Irion, Dipl.-Psych., Dr. phil., ist Publizist. Veröffentlichungen zu Themen aus Politik und Bildung.

Johannes Schillo, freier Journalist, war bis Ende 2014 Redakteur des Journals für politische Bildung. Veröffentlichungen zur (politischen) Jugend- und Erwachsenenbildung, u.a. (zusammen mit Klaus Ahlheim): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Hannover 2012.

Hans-Jörg Tauchert, Diplom-Chemiker und Performance-Künstler, von 1992 bis 2006 Mitherausgeber der Avantgarde-Zeitschrift »Der Stillstand«.

Die Autoren beteiligen sich an dem Bildungsprojekt »Marx mit Marx verstehen«. Das Projekt ist bei der Initiative Internationale Vergesellschaftete Arbeit (IVA) angesiedelt, die die Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie fördern und dazu verschiedene Angebote (Debatten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen ...) machen will.

Website: **www.i-v-a.net**

Kontakt: Redaktionsbüro Redcat, PF 240 162, 53154 Bonn,

E-Mail: redcat@posteo.de

Johannes Schillo (Hrsg.)

Zurück zum Original

Zur Aktualität der Marxschen Theorie

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck
ISBN 978-3-89965-675-6

Inhalt

Vorwort von Johannes Schillo	7
---	---

Uwe F. Findeisen

Die Marxsche Kapitalismuskritik – und was die neue Marx-Lektüre (nicht) dazu beiträgt	13
--	----

Teil 1: Die Warenform der Produkte	14
--	----

Teil 2: Gesetze der Kapitalentwicklung – eine kurze Übersicht	29
---	----

Teil 3: Marx neu gelesen – Hinwendung als Abwendung	38
---	----

Johannes Schillo

Antimarxismus heute	87
----------------------------------	----

Marx als Linksextremist	87
-------------------------------	----

Exkurs: Marxismus – eine Ersatzreligion?	103
--	-----

Ein Sonderfall von Extremismus	105
--------------------------------------	-----

Gegen Marx im Namen sozialer Demokratie	112
---	-----

Christliches Menschenbild und Personalität	115
--	-----

Wozu der ganze Aufwand?	122
-------------------------------	-----

Johannes Schillo

Die Aktualität der Marxschen Religionskritik	131
---	-----

Die Marxsche Position	132
-----------------------------	-----

Die moderne Revision	135
----------------------------	-----

Die aktuelle Gemengelage	140
--------------------------------	-----

Was bleibt?	145
-------------------	-----

Ulrich Irion

Zur marxistischen Debatte über Staat und Wirtschaft	151
--	-----

1. Demokratie und Kapitalismus	151
--------------------------------------	-----

2. Echte Demokratie?	157
----------------------------	-----

3. Arbeit und Reichtum	165
------------------------------	-----

Manfred Henle	
Armut und Sozialstaat	177
Ein Streiflicht	
1. Eine kaiserliche Botschaft	177
2. Eine seltsame Ware: Arbeitskraft	181
3. Standort und Sozialstaat	185
4. Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert	188
Johannes Schillo	
Das Kapital im 19., 20. und 21. Jahrhundert	191
Thomas Piketty und die neuere Armutsforschung	
1. Armut – negiert, ignoriert und wiederentdeckt	192
2. Die »Rückkehr der sozialen Frage«	198
3. Piketty und die soziale Ungleichheit	203
<i>Was verdient Ackermann? Bloß keine Gerechtigkeitsdebatte!</i>	
<i>Die deutschen Manager verdienen, was sie verdienen</i>	216
Ein Exkurs von Freerk Huisken	
4. Quintessenz: Antimarxismus	221
<i>Statt eines Nachworts</i>	
Hans-Jörg Tauchert	
»Überholen ohne einzuholen«	233
Ist der Kapitalismus unübertrefflich?	
Das Ende der Geschichte	234
Ein Treppenwitz der Weltgeschichte	235

Vorwort

*The whole system sucks...
Make you just wanna scream*
Michael Jackson

Im hiesigen Geistesleben herrscht bekanntlich Pluralismus, und er gilt als hohes, wenn nicht höchstes Gut, das gegen extremistische oder totalitäre Bestrebungen entschieden zu verteidigen ist. Aber wer einmal näher hinschaut, wie das Thema Marxismus in diesem pluralen Betrieb, in Wissenschaft, Medien, Bildung, politischer Öffentlichkeit oder Publizistik, verhandelt wird, kommt zu einem erstaunlichen Ergebnis: Es gibt, von einigen – hoffentlich zukunftsfruchtigen – Randerscheinungen abgesehen, eine deutliche Einstimmigkeit bei der Verurteilung der Marx'schen Theorie. Statt Vielstimmigkeit dominiert ein Unisono.

Was Marx erarbeitet hat, stellt mehr und anderes dar als ein weiteres Angebot zur Erklärung der sozialen Welt. Sein Ziel war es nicht, sich in die Pluralität der entstehenden sozialwissenschaftlichen Ansätze und Herangehensweisen einzuordnen. Er wollte die kapitalistische Produktionsweise erklären – und die Erklärung ist zugleich Kritik dieser Realität wie der auf Rechtfertigung bedachten ökonomischen Wissenschaft. So war Marx' Analyse auch von Anfang an in die politischen Auseinandersetzungen verwickelt, zu denen sie Stellung nahm. Diese Kritik hat eine Zeit lang eine gewisse welthistorische Rolle gespielt – inklusive der verschiedensten Anklagen, Revisionen und praktischen Zurückweisungen bis hin zum mittlerweile erzielten Konsens, dass diese schonungslose theoretische wie praktische Kritik Historie ist.

Der eindeutige Befund, der den heutigen Pluralismus kennzeichnet, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Die bleiernen Zeiten des Antikommunismus, in denen der Westen aus welt-politischen Gründen von Marx und Engels nichts wissen wollte, sind ja mit dem Verschwinden des Ost-West-Gegensatzes vorbei. Der politische Gegner von damals ist weitgehend abhandengekommen, auf dem Globus gibt es gegenwärtig so gut wie keine politischen Regime oder nennenswerten sozialen Bewegungen mehr, die sich auf den Marxismus berufen. Aufstrebende Mächte bekennen sich zur Marktwirtschaft, und wo man¹ noch sozialistischen

¹ Die in diesem Band verwandten Formulierungen schließen immer beide Geschlechter ein.

Idealen anhängt – siehe die Volksrepublik China –, handelt es sich eben um Ideale, die mit dem politischen und ökonomischen Treiben der betreffenden Partei wenig zu tun haben.

Auf den ersten Blick erschien die Situation nach dem Ende des Ostblocks, der Marx zu seinem Ahnherrn erklärte, und dann nach dem Ausbruch der großen, anhaltenden Finanzkrise, die an der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft zweifeln ließ, durch ein unbefangeneres Verhältnis zum Marxismus gekennzeichnet. Mit der definitiven Beendigung des Kalten Kriegs verlor der Antikommunismus seinen obligatorischen Charakter. Seinerzeit besaß er in Westdeutschland fast den Status einer Staatsdoktrin. Er war juristisch verbindlich, siehe KPD-Verbot und Berufsverbote, mit entsprechenden Konsequenzen für Wissenschaft, Erziehung und politische Kultur. In der breiteren Öffentlichkeit kümmerten sich staatliche Agenturen wie die Bundeszentrale für politische Bildung oder das Gesamtdeutsche Ministerium darum, eine ideologisch-moralische »Immunisierung« der Bevölkerung gegen das »Gift« des Marxismus-Leninismus durchzuführen.

Auch das ist nunmehr Historie. Es hat sich sogar ein Bedürfnis nach Wiederentdeckung des Theoretikers der Arbeiterbewegung bemerkbar gemacht. Zum 150. Jubiläum des Kommunistischen Manifests 1998 erschienen zahlreiche Würdigungen – auch von Vertretern der Marktwirtschaft oder des konservativen Feuilletons –, die im Marxismus interessante, hellsichtige, prognostisch zutreffende... Elemente entdeckten. Eine »neue Marx-Lektüre« macht im wissenschaftlichen Bereich von sich reden, sie will sich das gewissermaßen verschollene Werk wieder aneignen.

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt die Edition einer Marx-Engels-Gesamtausgabe, um dieser Wiederaneignung die authentische Theoriegestalt zugänglich zu machen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung legt ein Curriculum zur Kritik der politischen Ökonomie vor. Katholisch-soziale Institute veranstalten Kongresse zur Finanzkrise, auf denen über Alternativen zur Marktwirtschaft nachgedacht wird. Seit einigen Jahren ist allenthalben vom »Kapitalismus«, den man in Westdeutschland früher nur als »Marktwirtschaft« kannte, oder von »Krisen«, die seinerzeit bestenfalls »Rezession« hießen, die Rede. Die materielle »Verelendung« wird unter Bezeichnungen wie »Prekarisierung« konstatiert und in ihrem – wachsenden – Umfang regelmäßig nachgezählt. Der Weltbestseller eines französischen Wirtschaftswissenschaftlers über

das »Kapital im 21. Jahrhundert« hat mittlerweile sogar herausgefunden, dass die Marxsche Verelendungstheorie zwar nicht theoretisch, aber empirisch zutrifft ...

Nur: All diese Zugeständnisse oder Neuinterpretationen, ob sie nun »mit Marx über Marx hinaus« gehen oder »Marx gegen Marx lesen« wollen oder ob sie gleich die Distanz zu den angeblich zeitbedingten, ideologisch kontaminierten Einsichten dieser Theorie zu erkennen geben, münden im Endeffekt in eine Absage – bestenfalls in eine Exhumierung verschütteter geistesgeschichtlicher Traditionen, aus denen man interessante Fundstücke präsentieren kann, oder in eine neue Mode, das Markenzeichen Marx vor sich herzutragen.

Die Notwendigkeit einer Marx-Widerlegung oder -Überwindung scheint den maßgeblichen Wiederaneignungen heutzutage politisch und moralisch fast ebenso geboten wie zu den besten Zeiten von McCarthy-Ära oder Adenauerstaat, als der wissenschaftliche Sozialismus, der dialektische oder historische Materialismus pflichtgemäß als totalitäre Ideologie entlarvt werden mussten. Die Absage vollzieht sich heute natürlich im modernen Gewand. Zu den Leistungen, die dabei zustande kommen, will der vorliegende Band anhand ausgewählter Beispiele Stellung nehmen. Er überprüft Gehalt und Vorgehen der Marx-Widerlegung oder -Revision und will dagegen – ebenfalls an exemplarischen Fällen, vor allem an der Kritik der politischen Ökonomie, wie sie mit den drei Bänden des »Kapital« vorliegt – zeigen, dass die Marxsche Theorie durchaus geeignet ist, die moderne Welt der globalisierten Marktwirtschaft zu erklären.

*

Der Eröffnungs- und Hauptbeitrag von Uwe F. Findeisen greift das auf, was heutzutage mehr oder weniger programmatisch als neue Marx-Lektüre antritt, und geht zurück zum Originaltext der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie. Die Leitfragen lauten: Was sind die Kernpunkte dieser Theorie? Welche Bedeutung hat sie für die aktuelle Kapitalismuskritik? Und was ist von den Befürwortern einer Marx-Renaissance zu lernen? Die Übersicht beansprucht keine vollständige Bestandsaufnahme, will aber schon zentrale Streitpunkte herausstellen. Dass in der neueren Wiederentdeckung viel Antikritisches unterwegs ist, kommt dabei ausführlich zur Sprache.

Explizit wird dies im folgenden Beitrag von Johannes Schillo zum Thema. Er widmet sich dem Geschäft der modernen Marx-Widerlegung, das nach wie vor Konjunktur hat, ja im Grunde den roten Faden politischer Publizistik und Pädagogik in Sachen Marktwirtschaft abgibt. Das gängige Muster des Antikommunismus wird in der politischen Kultur des wiedervereinigten Deutschland fortgeschrieben, erfährt aber eine gewisse Innovation, da der Theorie selber – unabhängig vom Sündenregister der kommunistischen Parteien – der Prozess gemacht werden muss. Einen Nebenaspekt beleuchtet der anschließende Beitrag über die Religionskritik: Sowohl der Mainstream als auch Marxisten meinen, dass der Marxsche Ansatz heute ganz wichtig sei und fortentwickelt werden müsse, allerdings mit dem erstaunlichen Ergebnis, dass von einer Kritik der Religion nicht viel übrig bleibt.

Die folgenden Texte von Ulrich Irion und Manfred Henle gehen auf aktuelle Diskussionen über das Verhältnis von (Sozial-)Staat und kapitalistischer Ökonomie ein. Sie bringen u.a. Anfragen an die Neoliberalismus-Kritik, über die es heute – vom Papst und konservativen Feuilleton bis hin zu Gewerkschaften und linken Parteien – einen breiten Konsens gibt. Dort wird die Übermacht des (Groß-)Kapitals angeprangert, das sich die politische Sphäre unterworfen habe. So kommt eine neue, »postdemokratische« Theorie des Klassenstaats in Umlauf, die gleichzeitig rasche Abhilfe kennt: Die kapitalistische Basis in der Ökonomie kann bleiben, es muss nur ein neuer Steuerungsmodus gefunden werden, der ihr die Raubtierzähne zieht.

Dies ist auch das Credo des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Piketty, der seit seinem Bestseller über die Ungleichheitsmaschine des modernen Kasino- und Raubtierkapitalismus in der Öffentlichkeit als »neuer Marx« gehandelt wird. Der abschließende Beitrag des Herausgebers befasst sich mit dieser Publikation, mit der einschlägigen Debatte und mit deren Kontext, der in Politik, Wissenschaft und Bildung wieder angesagten Armutsforschung. Und er untersucht, was diese Wiederentdeckung der sozialen Frage mit der originalen Version der »Verelendungstheorie« zu tun hat.

Die kurze Nachbemerkung von Hans-Jörg Tauchert nimmt sich einer Frage an, die auch schon im Eröffnungsbeitrag den Schlusspunkt bildet, nämlich die nach der Alternative – und blickt zurück auf eine, die keine war.

*

Bei den Texten handelt es sich – mit Ausnahme des Exkurses über Managergehälter von Freerk Huisken und des Nachworts von Hans-Jörg Tauchert, die aus der Wochenzeitung *Jungle World* (Nr. 19/04) bzw. der Zeitschrift *Der Stillstand* (Nr. 12/04) stammen (und aktualisiert wurden) – um Originalbeiträge. Einzelnes daraus wurde seit dem Jahr 2000 in Fachzeitschriften veröffentlicht, und zwar im Kontext der außerschulischen politischen Bildung. Die Ausführungen zur neuen Marx-Lektüre und zur Armut unterm Regime des Sozialstaats greifen Überlegungen aus Beiträgen der Zeitschrift *Praxis Politische Bildung* auf. Der Aufsatz über die marxistische Religionskritik basiert auf einem Text, der zuerst in der Zeitschrift *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* (Nr. 3/13) erschien. Die Anmerkungen zur marxistischen Debatte über Staat und Wirtschaft gehen auf Diskussionsbeiträge zurück, die Ende 2013/Anfang 2014 im Online-Magazin *Auswege* veröffentlicht wurden.

Bad Godesberg, Juni 2015

Johannes Schillo

Uwe F. Findeisen

Die Marxsche Kapitalismuskritik – und was die neue Marx-Lektüre (nicht) dazu beiträgt

»Je ne suis pas marxiste.«

Marx, zit. nach Engels, MEW 22, 69

»An und für sich handelt es sich nicht um den höheren oder niedrigeren Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen. Es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Naturnotwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen.«

Marx, Vorwort zur 1. Auflage des »Kapital«, MEW 23, 12

»Der wissenschaftliche Wert solcher Forschung liegt in der Aufklärung der besondern Gesetze, welche Entstehung, Existenz, Entwicklung, Tod eines gegebenen gesellschaftlichen Organismus und seinen Ersatz durch einen anderen, höheren regeln. Und diesen Wert hat in der Tat das Buch von Marx.«

Der von Marx zustimmend referierte Rezensent I.I. Kaufmann, zit. im Nachwort zur 2. Auflage des »Kapital«, MEW 23, 27

Wenn von der Marxschen Theorie die Rede ist, dann sind nicht die zahlreichen zeitbedingten Kommentare, Einlassungen, Polemiken von Marx gemeint – auch nicht das im Frühwerk dokumentierte mühsame Herausarbeiten aus einer philosophischen Tradition, Statements zu persönlichen Ehrfragen wie das kuriose Opus »Herr Vogt« (vgl. MEW 14) oder die im Briefwechsel auffindbaren, breit gefächerten Bemerkungen zu kulturellen, historischen u.a. Fragen. Vielmehr geht es um die Kritik der politischen Ökonomie, in der Marx seine theoretische Leistung sah und die er als »wissenschaftlichen Sozialismus« begründen wollte. Die betreffenden Schriften verdienen es in der Tat, neu oder wieder gelesen zu werden. Mit der seit einiger Zeit erhobenen Forderung nach einer erneuten Lektüre und den inzwischen vorliegenden Resultaten setzt sich der folgende Text auseinander. Er geht zunächst (Teil 1) auf Erkenntnisse von Marx ein, die wichtig sind, um den Bezugspunkt der »neuen Marx-

Lektüre« zu verstehen. Dabei wird der Warencharakter des gesellschaftlichen Reichtums skizziert sowie seine Konsequenz für die soziale Stellung der Gesellschaftsmitglieder – dies auch deshalb, weil in den neueren Veröffentlichungen die eigentlichen ökonomischen Gegenstände oft unterbelichtet bleiben.¹ Fortgesetzt wird dies (Teil 2) mit einer Übersicht über die Gesetze der Kapitalentwicklung, um dann das Programm der neuen Marx-Lektüre unter die Lupe zu nehmen (Teil 3). Dies erfolgt in der Form, dass sechs zentrale Streitpunkte – auch mit ihren Varianten – vorgestellt und diskutiert werden. Abschließend geht der Text auf die legendäre Frage nach der Alternative ein.

Teil 1: Die Warenform der Produkte

1. Die »einfache« Ware

»Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ›ungeheure Warensammlung«, die einzelne Ware als seine Elementarform.« So beginnt die Kritik der politischen Ökonomie im »Kapital« (MEW 23, 49). Dessen erste Ausgabe erschien 1867, also vor knapp 150 Jahren, dennoch sind die Einsichten nicht veraltet. Auch heute ist so gut wie jedes Produkt eine Ware, und der Warencharakter breitet sich bis in die letzten Winkel der Gesellschaft aus – auch dorthin, wo bislang etwa staatliche Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit ...) galt. Heute wie damals kommen die Waren als Werk der verschiedensten Privatunternehmen auf den Markt, um dort verkauft zu werden. Die Besitzer müssen den Preis, der den Wert der Ware nur »ideell«, als bloße Berechnung, ausdrückt, durch den Verkauf in der Kon-

¹ Es gibt auch Publikationen, die als Einführung empfehlenswert sind, siehe z.B. den »Kapital«-Kommentar von Christian Iber (Iber 2005). Die vorliegende Übersicht beansprucht keine vollständige Bestandsaufnahme, wie sie etwa das Autorenteam des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« (herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug u.a.) für den Gesamtbereich »marxistischer Theorien und Praktiken« anstrebt. Von Haug z.B. liegen ebenfalls Einführungen und Kommentare zum »Kapital« vor (vgl. Haug 1974, 2013). Zu den Debatten außerhalb der akademischen Szene, in der sich die Auseinandersetzung um die neue Marx-Lektüre hauptsächlich abspielt, wäre zudem einiges zu sagen (siehe z.B. Decker 2008), was hier unterbleiben muss. Solche Fragen sind einer späteren Analyse vorbehalten.

kurrenz um den Marktwert in wirklichem Geld Erlösen. Die Ware muss, wie Marx sagt, ihren Wert in Geld realisieren.

1.1 Ware und Bedürfnis

Warum aber, so fragt Marx, gehört es zur Beschaffenheit eines Produkts, das Naturstoff und Arbeitsaufwand mithilfe zweckmäßiger Technik kombiniert und so zum Gebrauchsgegenstand (»Gebrauchswert«) wird, zusätzlich die Eigenschaft eines Preises zu haben? Und warum ist die Preiseigenschaft so bestimmend, dass sie sich in Geldwert umsetzen muss, bevor die anderen, nützlichen Eigenschaften des Dings in den Konsum eingehen können? Bezogen auf die Ware ist ja ein Bedürfnis nur anerkannt, wenn es zahlungsfähig ist. Die Preiseigenschaft der Waren ist augenscheinlich nicht dafür bestimmt, dass nützliche Güter zur Befriedigung der Bedürfnisse an Menschen verteilt werden; sie müssen vielmehr vor dem Gebrauch bezahlt werden. Geld ist dabei nicht nur ein technisches Mittel, um den Händewechsel der Warenmassen zu erleichtern – dann gäbe es nämlich weltweit für alle Bedürfnisse genug Geld. Um seine Bedürfnisse zu befriedigen, muss vielmehr jeder erst ein Geldbesitzer werden. Die bekanntesten Quellen dazu sind Gewinne, Renditen, Löhne, Gehälter – und Sozialleistungen.

Wenn der gesamte Reichtum in Warenform existiert, kann man schlussfolgern, dass in der kapitalistischen Gesellschaft nicht das Bedürfnis Maßstab des Verkaufens und Kaufens ist. Das Bedürfnis wird vielmehr der Zahlungsfähigkeit untergeordnet. Dabei braucht man nicht gleich an die 750 Millionen auf dem Globus zu denken, die laut offizieller Zählung hungern (www.fao.org), oder an die Milliarde, die pro Tag nicht mehr verdient als einen Euro (www.un-kampagne.de, <http://wer-ist-reich.de>, vgl. Lueer 2010). Man erfährt es auch in den kapitalistischen »Konsumgesellschaften« am eigenen Leib, dass das Geldquantum im Portemonnaie darüber entscheidet, welche Bedürfnisse man sich leisten kann und welche nicht. Die Geldmenge spiegelt sich als praktischer Zwang im Bewusstsein wider – als die ständige Frage »Was kostet mich das?«.

1.2 Wert, Wertgegenständlichkeit, Preis und Geld

Zunächst fällt auf, dass der Wert der Ware sich nicht an ihr selbst zeigen kann. Es ergibt keinen Sinn zu sagen, dass 40 Pfd. Kaffee 40 Pfd. Kaffee wert sind. Der Wert benötigt einen Wertausdruck in einer anderen Ware: 40 Pfd. Kaffee sind 2 Unzen Gold wert (um bei der Terminologie

aus dem »Kapital« zu bleiben). Der Wert kann auch nicht mit einem Mikroskop o.Ä. an der Ware ausgemacht werden, er ist keine natürliche Eigenschaft. Zu seinem Erscheinen braucht er die Fixierung in einer Vergleichsware, einer »Messware« als seinem Wertausdruck. Was aber wird hier ausgedrückt, gemessen? Alle Waren werden von Unternehmen in Eigenverantwortung, in Privatarbeit, hergestellt, sind aber nicht nur für die Teilnehmer an dieser privaten Produktion bestimmt – wie z.B. in einer Kommune, Sippe oder einem Stamm, der nur für sich produziert –, sondern als Massenprodukt für den (Welt-)Markt. Durch die Trennung von Privat-Produktion und Gesellschafts-Markt aber ist nicht sichergestellt, ob die in Privatarbeit hergestellten Waren nach dem abgeschlossenen Produktionsprozess auch wirklich verkauft werden. Die Produzenten stellen ihre Waren ja nicht her, um sie selbst zu gebrauchen oder einer bewusst eingerichteten Arbeitsteilung zur Verfügung zu stellen, sondern um durch sie den Wert zu erhalten. Sie geben z.B. den produzierten Tisch nur weg, wenn sie ein entsprechendes Äquivalent erhalten. Was aber ist dieses Äquivalent? Wenn alle Waren sich auf dem Markt in es verwandeln, dann muss es etwas allen Waren Gemeinsames sein, das sie gleichsetzt. Das bedeutet, dass jede Ware Teil dieses gemeinsamen Dritten ist. Was allen Waren zukommt, ist der Tatbestand, dass für sie Arbeit aufgewandt wurde. »Bestimmte und erfahrungsmäßig festgestellte Quanta Produkt stellen jetzt nichts dar als bestimmte Quanta Arbeit, bestimmte Masse festgeronnener Arbeitszeit. Sie sind nur noch Materiativ von einer Stunde, zwei Stunden, einem Tag gesellschaftlicher Arbeit.« (MEW 23, 204)

Diesen Zusammenhang, dass für die konkrete Herstellung immer ein Teil der in einer Gesellschaft vorhandenen Arbeit in einer bestimmten Zeit verausgabt wird, haben schon lange vor Marx die Ökonomen Adam Smith und David Ricardo nachgewiesen. Alle Waren sind Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, in der jede Arbeit auf Durchschnittsarbeit bezogen ist, Letztere ist die Substanz des Wertes. Die Akteure drücken diese gesellschaftliche Teilhabe aber nicht am Gebrauchswert, seiner persönlichen oder sozialen Verteilung, direkt aus, denn sie agieren in der Produktion ungesellschaftlich, als private Unternehmungen, und treten erst mit dem geschaffenen Produkt, das nun eine Ware ist, in einen gesellschaftlichen Zusammenhang, in den Austausch.

Es verhält sich aber auch nicht so, dass jedes Unternehmen einfach einen Zettel mit der verausgabten Arbeitszeit – die in Stunden gemes-

sen werden kann – an die Ware heftet und gegen Waren mit der gleichen ausgewiesenen Stundenzahl austauscht. Angesichts der vielen unabhängigen Privatarbeiten ist es in der Produktion nämlich stets ungewiss, ob auch tatsächlich die gesellschaftlich notwendige Zeit aufgewandt wurde. Es gibt daher in einer Branche und bei gleichen Produkten verschiedene Arbeitszeiten, die sich in den Waren materialisiert haben, sodass diese ihren wirklichen Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt erst im Nachhinein, durch einen Vergleich in der Konkurrenz auf dem Markt, finden. Die einzelnen Waren mit ihrer Arbeitszeit schwanken um einen Durchschnitt, sodass für manche zu viel, für manche genau die durchschnittliche und für manche weniger Arbeitszeit verausgabt wurde. Die Durchschnittsarbeit ist nicht als vorgegebene Größe zu verstehen, sondern stellt sich selbst als Ergebnis des Vergleichs immer neu her. Die individuell verausgabte Arbeitszeit ist also nicht identisch mit dem wirklich auf dem Markt zu erlösenden Wert (vgl. die Ausführungen im dritten Band des »Kapital« zu Produktionspreisen und Marktwerten, MEW 25, 2. Abschnitt).

Der Wertausdruck muss diese Unterscheidung von ›individuellem Wert‹ und ›gesellschaftlich realisierbarem Wert‹ ermöglichen. Das findet statt in der Bewegung vom ideellen Preis zum wirklichen Geld. Im Preis wird ein bestimmter Wert auf dem Preisschild festgelegt, aber es ist nicht sicher, ob er auf dem Markt in Geld eingelöst werden kann. Die Konkurrenz um den Marktpreis ist ein bekanntes Faktum: Rabatte, Ratenzahlungen, Preiskämpfe usw. Der Verkauf kann als ein Test verstanden werden, bei dem die in unternehmerischer Freiheit hergestellten Waren erst beweisen müssen, ob sie dem gesellschaftlichen Durchschnitt der Herstellung entsprechen. Da bleibt so mancher Unternehmer auf der Strecke und beweist damit, dass die Festlegung des gesellschaftlichen Nutzens von Waren über den ›Mechanismus‹ des Geldaustausches zugleich die Nutzlosigkeit mancher verausgabten Arbeit bedeutet, also ein widersprüchlicher Umgang mit der gesellschaftlichen Gesamtarbeit ist.

Da die in den Waren enthaltene Arbeitszeit nicht als gemeinschaftliche organisiert ist, kann der Wert (gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit) in kapitalistischen Gesellschaften nicht einfach am Ende einer Arbeitsperiode festgehalten und aufgeschrieben werden. Da die Waren beim Abschluss einer Produktionsperiode Eigentum der Unternehmer sind, treten sie als Eigentum auf den Markt und müssen nach der Produktion erst beweisen, ob sie auch als gesellschaftlich nützlich gelten.

Werden sie nicht verkauft, war auch die Arbeit – gesellschaftlich gesehen – nutzlos; werden sie verkauft, erhält der Eigentümer für die Ware eine bestimmte Summe Geld. Er gibt also die konkrete Ware weg und erhält die für alle geltende Äquivalentware, das Geld – historisch zunächst Gold, später gültige Zeichen für Gold: Papiergeld, noch später staatliches Kreditgeld.

Das Fixieren der Arbeitszeit an einem Produkt als eine reale Eigenschaft, die mit ihrem Preis auf den Markt kommt und dann in der Preiskonkurrenz die Differenz von individueller Arbeitszeit und gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit, dem realisierten Wert, auskämpft, ist der Inhalt des Willensverhältnisses, in dem sich die Warenproduzenten als Eigentümer dieser Waren anerkennen, also den Vergleich ihres Anteils am gesellschaftlichen Gesamtprodukt über das Messen mit der Messware Geld praktisch gelten lassen. Ihre wechselseitige Anerkennung als Privateigentümer ist inhaltlich identisch mit der Anerkennung der abstrakten Arbeit, die als Zeitmaß für alle Waren in einer entsprechenden Menge der Vergleichsware Geld existiert.

Der Eigentümer hat nun also den Wert, der in der konkreten Ware vorlag und ideell im Preis ausgedrückt war, nicht in einer konkreten, sondern in einer abstrakten Wertware, dem Geld, erhalten. Somit existiert der Wert aller Waren in doppelter Form: am Gebrauchswert als Preisform und selbständig als abstrakte Wertware Geld. Das heißt auch, der Reichtum existiert doppelt: konkret und abstrakt. Es stellt sich der allgemeine Zustand ein, dass neben den Produkten konkreter Arbeit diese noch in abstrakter Form, als Geldmenge, existieren und die konkreten Produkte Mittel für den Erwerb des abstrakten Reichtums sind – eine folgenschwere Verkehrung mit Konsequenzen für die konkrete Arbeit und den konkreten Reichtum. Marx weist eigens auf die sachliche Verdoppelung der Wertgegenständlichkeit hin: »Es genügt indes nicht, den spezifischen Charakter der Arbeit auszudrücken, woraus der Wert der Leinwand besteht. Menschliche Arbeitskraft in flüssigem Zustand oder menschliche Arbeit bildet Wert, aber ist nicht Wert. Sie wird Wert in geronnenem Zustand, in gegenständlicher Form. Um den Leinwandwert (...) auszudrücken, muss er als eine ›Gegenständlichkeit‹ ausgedrückt werden, welche von der Leinwand selbst dinglich verschieden und ihr zugleich mit anderer Ware gemeinsam ist.« (MEW 23, 65f.)

Dass Werte gemessen werden, indem sie diese Eigenschaft in einer anderen Ware ausdrücken, verdeutlicht Marx mit einer Analogie des Ge-

wichtmessens auf einer (klassischen) Waage. »Die Körperform des Eisens, für sich betrachtet, ist ebenso wenig Erscheinungsform der Schwere als die des Zuckerhuts. Dennoch, um den Zuckerhut als Schwere auszu-drücken, setzen wir ihn in ein Gewichtsverhältnis zum Eisen. (...) Wie der Eisenkörper als Gewichtsmaß dem Zuckerhut gegenüber nur Schwere, so vertritt in unserem Wertausdruck [20 Ellen Leinwand = 1 Rock, U.F.F.] der Rockkörper der Leinwand gegenüber nur Wert.« (MEW 23, 71) Das Besondere des Wertausdruck-Verhältnisses ist nun, dass der Wert eine selbständige Existenz erhält, so als würde neben dem Zucker noch seine Schwere in einem Extra-Gegenstand existieren. Im Gold/Geld als der Vergleichsware für alle Waren – dem Maß der Werte – existiert die in den Waren gemessene gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit selbständig in einem Ding, dem Gold, und später in seinen staatlich gültig gemachten Geldrepräsentationen. Geld ist damit das Maß für die Mes-sung des Wertes an den Waren und drückt die vielen konkreten Waren nur unter dem Gesichtspunkt der Abstraktion vom Gebrauchswert als Ansammlung »festgeronnener Arbeitszeit« (MEW 13, 18) aus. (Zur Ent-wicklung der Wertform vgl. auch Iber 2006, Stützele 2006.)

1.3 Der Doppelcharakter der in der Ware enthaltenen Arbeit

Waren existieren also in einer Doppelform. Sie sind Gebrauchswert und Wert, was im Produktionsprozess an ihnen als zwei Faktoren des Resultats Ware fixiert wird – die konkret-nützlichen Eigenschaften des Dings durch die konkrete Arbeit am Rohstoff und die Werteigenschaft durch die in Zeit verausgabte »reine« Arbeitsleistung. Diese Zeitfixie-rung, durch die alle verschiedenen Arbeiten gleichgesetzt werden, wird in einem den Marktwert vorwegnehmenden Preis ideell ausgedrückt. Der private Produktionsprozess stellt immer Gebrauchswerte mit Preis-fixierung her. Die konkrete Arbeit wird zugleich als mit allen Arbeiten gleich geltende und daher abstrakte Arbeit nach ihrer zeitlichen Anwen-dung fixiert. Daher spricht Marx von einem Doppelcharakter der Arbeit, die Waren herstellt.

Die Waren kommen nicht ohne Wert in den Austausch, sondern die in ihnen enthaltene Arbeitszeit, die sich erst ›auf dem Markt‹ am gesell-schaftlichen Durchschnitt des jeweiligen Arbeitsaufwands misst und rea-lisiert, bestimmt ihren Wert. Die Werte der Waren lassen sich nicht durch ihre Preise (oder Tauschwerte) erklären, da die Vielfalt der Produkte ge-rade eine Gemeinsamkeit voraussetzt. Es ist also ein Fehler, den Wert nur

als die Vergleichshandlung im Austausch zu sehen und dabei zu übersehen, was hier verglichen wird: die in der Zeit fixierten Einzelarbeiten als Teil des gesellschaftlichen Durchschnitts. Marx nennt diese Durchschnittsarbeit abstrakte Arbeit, Arbeitsverausgabung oder Leistung eines Menschen überhaupt, Verausgabung von Muskeln, Hirn, Nerven usw., die in der durchschnittlichen Zeit geleistet werden muss. Dass die vielen konkreten Arbeiten sich als Durchschnittsarbeit darstellen, liegt an ihrem kooperativen Charakter in der Produktion: »Eine Durchschnittsgröße existiert aber immer nur als Durchschnitt vieler verschiedener Größenindividuen derselben Art. In jedem Industriezweig weicht der individuelle Arbeiter, Peter oder Paul, mehr oder minder vom Durchschnittsarbeiter ab. Diese individuellen Abweichungen, welche mathematisch ›Fehler‹ heißen, kompensieren sich und verschwinden, sobald man eine größere Anzahl Arbeiter zusammennimmt.« (MEW 23, 341f.) Daran zeigt sich, dass beim tatsächlichen Warentausch, also beim Tauschwert der Waren, keine konkreten Arbeiten verglichen werden, sie werden vielmehr auf Arbeit schlechthin und die jeweils notwendige durchschnittliche Arbeitszeit reduziert. Arbeit selbst ist nicht Wert, sie schafft den Wert der Waren, indem sie am Leistungsdurchschnitt und Zeitdurchschnitt gemessen werden, die für die Herstellung eines Produkts nötig sind. Der Wert ist dann die im Produkt gegebene Durchschnittsarbeitszeit. Es ist also die vergangene Arbeit, die am Produkt gemessen wird. Daher bezeichnet Marx die Waren auch als »Maße festgeronnener Arbeitszeit« (MEW 13, 18).

1.4. Der Austausch verlangt ein bestimmtes Handeln: Verkaufen und Kaufen

In welchen Gegenständen sich historisch die Messware bis hin zum Geld entwickelte, hat Marx im »Kapital« beschrieben. Die Realisierung des Werts findet nur im gesellschaftlichen Verhältnis zwischen den Waren statt, also in dem Verhältnis, das die Menschen in der Funktion als Verkäufer und Käufer praktizieren. Beim (Ver-)Kaufen realisieren sie die Werteigenschaft der Ware, Träger vergangener Arbeit zu sein, durch die Bewegung Ware – Geld ($W - G$). Die Realisierung findet ›auf dem Markt‹, zeitlich und örtlich vor der Konsumtion statt. Daher kann die außerhalb des Tauschs liegende nachträgliche Konsumtion nicht Tauschakt oder Tauschwert erklären. Über diese Unterscheidung geht übrigens die subjektive Wertlehre einfach hinweg, indem sie den Tausch (und seine

Formveränderung des Werts von der konkreten Ware in abstraktes Geld) mit seiner Folge verwechselt.

Marx (MEW 23, 84) stellt schematisch eine Gleichung zwischen der Vielzahl der Waren und dem Gold/Geld her (die Preisangaben sind willkürlich):

20 Ellen Leinwand	=	}	2 Unzen Gold
1 Rock	=		
10 Pfd. Tee	=		
40 Pfd. Kaffee	=		
1 Qrtr. Weizen	=		
½ Tonne Weizen	=		
x Ware A	=		

Verkäufer und Käufer vollziehen eine Warenfunktion und sind damit im Austausch die subjektiven Vollstrecker der Wertrealisierung. In der Zirkulation drücken alle Waren die abstrakte Eigenschaft »vergangene Durchschnittsarbeitszeit« von sich getrennt in einer Geldware aus. Somit existiert nun der innere Gegensatz der Ware – Gebrauchswert und zugleich die Abstraktion davon in Form des Werts – als die erwähnte Verdopplung der gesamten Warenwelt in die konkreten Gebrauchsgüter und die dem gegenüberstehende, die vielen Einzelwerte repräsentierende, isolierte Wertausdruckware Geld. Wegen der Fixierung des Wertes existiert der gesamte Reichtum der Gesellschaft doppelt, einmal konkret als die Summe aller Waren/Gebrauchswerte/Produkte und einmal abstrakt als die Summe der Wertausdrücke – im Preis noch ideell, nach der Bewegung $W - G$ reell in Geldform.

Im Tausch hält der Verkäufer den Wert fest, auch wenn er die Ware als Gebrauchswert weggibt, denn er erhält mit dem Geld den Wert in abstrakter Form zurück. Im Tausch werden nicht einfach zwei Werte getauscht, sondern der Wert der zu verkaufenden Ware wird durch den Tausch nur in seiner Form verändert; er verwandelt sich durch die Bezahlung in eine entsprechende Geldsumme, erlangt die selbständige Existenzform des Werts, also die Gold- oder Geldform. Und die Geldform gilt heute als der wirkliche Reichtum – obwohl Geld weder zum Produzieren eine technische Funktion beiträgt noch in der konkreten Konsumtion eine Rolle spielt –, eben weil sie die Bedingung ist, um an Waren zu kommen.

Man sieht also dem Tauschverhältnis der Waren an, dass es ein gesellschaftliches Verhältnis ist, aber in sachlicher Form. Die Menschen treten sich hier nicht persönlich gegenüber, sondern müssen in ihrem gesellschaftlichen Verkehr notwendigerweise die Rolle des bewussten Käufers und bewussten Verkäufers annehmen und so dem Gesetz des Wertes folgen, das eine unkontrollierte, versachlichte Form des Zusammenhangs ihrer gesellschaftlichen Arbeit ist. Nicht die arbeitsteilig geplanten oder persönlichen Verhältnisse der Beteiligten bestimmen den Umgang miteinander. Die Menschen müssen vielmehr – als Tauschbeziehung organisiert – der Werteigenschaft der Produkte gemäß handeln. In ihren Rollen sind sie nicht selbstbestimmte Subjekte, sondern subjektive »Charaktermasken«, wie Marx sagt, die der Bewegung der Sachen folgen. Dies tun sie mit Bewusstsein. Den Pragmatismus zu durchschauen, das verlangt wissenschaftliche Analyse.

2. Privatarbeit und gesellschaftlicher Tausch statt gesellschaftliche Arbeit

Nur die verkaufte Ware wird zu einem Gebrauchswert, der für andere nützlich ist. In der auf Warentausch basierenden Arbeitsteilung kommt die Frage, ob das Produkt auch wirklich einen gesellschaftlichen Nutzeffekt besitzt, nur als Annahme vor, z.B. als prognostische Marktanalyse konkurrierender Firmen, die danach fragen, ob man zu dem kalkulierten Preis verkaufen kann. Da sich erst auf dem Markt herausstellt, ob die Ware gebraucht wird, so der Schluss von Marx, besteht in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung kein bewusst kontrollierter gesellschaftlicher Zusammenhang. Die Arbeitsteilung existiert in Form der Privatarbeit, in der Erwerbstätigkeit von Selbständigen, Unternehmern, Aktiengesellschaften usw., bei der die Privatproduzenten statt zusammenzuarbeiten gegeneinander konkurrieren. Sie versuchen auf dem Markt mit allen Mitteln den Wert ihrer Waren zu realisieren (Werbung, Preiskampf, Monopolisierung...) und den Konkurrenten möglichst aus dem Feld zu schlagen. Pleiten von Privatfirmen – von Krisen kompletter Branchen oder der Gesamtproduktion ganz zu schweigen – sind ständige Begleiterscheinung der Konkurrenz. Deshalb lautet Marx' Resümee: Die Produzenten von Waren sind in einem System der Arbeitsteilung tätig, ohne in dieser speziellen gesellschaftlichen Produktion, in der die Freiheit des Unternehmertums herrscht, diesen Bedürfniszusammenhang, ihren gesamten materiellen Stoffwechsel, bewusst gemeinsam zu organisieren.

Arbeitsteilung per se führt nicht zu Warenproduktion, sondern nur dann, wenn sie so widersprüchlich organisiert ist, dass sie in Form unabhängiger Privatproduktion erfolgt. Hier treten die Produzenten in ihrer unternehmerischen Freiheit erst nach der Produktion in einen gesellschaftlichen Zusammenhang; erst im Nachhinein ›beweisen‹ sie durch die Umwandlung der Ware in Geld, dass sie wirklich für andere produziert haben. Bleibt die Ware liegen, wird auch ihr Gebrauchswert unbrauchbar; kostenlos kann sie nicht abgegeben werden. Da der gesellschaftliche Zusammenhang der Arbeitsteilung nicht in der Produktion existiert, wirkt er für die Einzelnen als Zusammenhang, der über die Zirkulation und damit über die Wertrealisierung in Geld zustande gebracht wird. Weil sie in ihrer Sorte gesellschaftlicher Arbeit unabhängig voneinander produzieren, muss ihr Zusammenhang außerhalb ihrer ökonomischen Praxis als eine sachliche Leistung ihrer Produkte erscheinen, die somit zu Waren werden und sich als Wert- bzw. Geldzusammenhang darstellen. Der gesellschaftliche Zusammenhang der Menschen beruht auf einem außerhalb ihres kontrollierten Umgangs liegenden Ding, dem Geld. Dies ist die Wahrheit des Spruchs »Geld regiert die Welt«.

3. Die Geldware – Schuldner und Gläubiger

Die selbständige Form des Wertes gegenüber der Warenwelt stellt die Geldware dar. Im Geld ist der Wert – nach dem Verkauf der Ware – in eine Form gebracht, in der er unmittelbar in alle anderen Waren umgesetzt werden kann. In Geldform ist der Wert die allgemeine Äquivalenzware und damit die Verfügungsmacht über die gesamte Warenwelt. In der Menge, die einer besitzt, misst sich der »Grad ihrer Attraktionskraft auf alle Elemente des stofflichen Reichtums, daher der gesellschaftliche Reichtum ihres Besitzers« (MEW 23, 147). Da Geld selbst eine Ware ist, kann es auch das Privateigentum eines jeden werden. »Die gesellschaftliche Macht wird so zur Privatmacht der Privatperson.« (MEW 23, 146)

Dies funktioniert sogar dann, wenn Geld nur als ideelles Kaufmittel eingesetzt wird und der Verkauf einer Ware sich zeitlich von der Bezahlung trennt, sodass erst später, nach der Lieferung, die Forderung beglichen wird. Geld wird in diesem Fall als Zahlungsmittel, als Form des Kredits, genutzt. Damit werden die Beteiligten zu Schuldnern und Gläubigern; das – natürlich juristisch abgesicherte – Versprechen einer späteren oder Ratenzahlung reicht, um den Wert der Ware zu realisieren. »Das Geld vermittelt nicht mehr den Prozess. Es schließt ihn selbständig

ab.« (MEW 23, 150) Dabei können sich in der entwickelten Warenzirkulation viele Zahlungen ausgleichen, sodass Geld hierfür nur ideell als Kaufmittel und Rechengeld nötig ist. Aber wenn definitive Zahlung verlangt ist, muss gültige Währung auf den Tisch. »In der Krise wird der Gegensatz zwischen der Ware und ihrer Wertgestalt, dem Geld, bis zum absoluten Widerspruch gesteigert. Die Erscheinungsform des Geldes ist hier daher auch gleichgültig. Die Geldhungerst not bleibt dieselbe, ob in Gold oder Kreditgeld, Banknoten etwa, zu zahlen ist.« (MEW 23, 152)

4. Produktionsmittel als Ware

Waren gab es auch in nicht-kapitalistisch produzierenden Gesellschaften. Zur kapitalistischen Produktionsweise gehört, dass sie alle materiellen Bedingungen des Produzierens in Waren verwandelt. Während in früheren Zeiten der Handel zwischen den Gemeinwesen stattfand, die nur einen Teil für den Austausch produzierten und einen anderen für ihre Subsistenz, zeichnet sich die kapitalistische Produktion dadurch aus, dass sie die Formen, in denen persönliche herrschaftliche Verhältnisse den Zusammenhang bestimmten, überwindet und Produktionsmittel sowie Grund und Boden zur Ware macht. Dadurch, dass die objektiven Mittel der Produktion käuflich geworden sind, kann sich ein Geldbesitzer als Produzent etablieren, ohne den Zusammenhang des Gemeinwesens zu berücksichtigen. Die Geschichte dieser Durchsetzung war – unterstützt vom (vor-)bürgerlichen Staat – ein gewaltsamer Prozess, den Marx im Kapitel über »die sogenannte ursprüngliche Akkumulation« beschrieben hat (MEW 23, 747-792).

Mit der allgemeinen Käuflichkeit wurde eine Änderung im Produktionszweck herbeigeführt. Für die Produzenten, die die gesellschaftlichen Produktionsmittel zu ihrem privaten Eigentum machten, war klar, dass sie mit ihrer eigenen Privatarbeit nicht die industriellen Anlagen, die Maschinerie usw. bedienen konnten. Angesichts der Größe der Mittel war es nur möglich, sie mit zusätzlicher, fremder Arbeit in Gang zu setzen. Für die Eigentümer änderte sich damit die Bewegung des Austauschs: Er war nicht mehr mit der »Metamorphose«, der Formverwandlung Ware – Geld – Ware ($W - G - W$), und der anschließenden Konsumtion beendet, sondern zielte auf etwas anderes, auf Geld als Endpunkt. Geld – Ware – mehr Geld ($G - W - G'$, lies G-Strich = mehr Geld) lautete jetzt die Bewegung. Am Ende musste mehr herauskommen, als am Anfang hineingesteckt worden war.

Wenn Marx vom Privateigentümer spricht, dann meint er den erläuterten Sachverhalt, dass jemand über die gesellschaftlichen Mittel der Produktion verfügt, von denen andere existenziell abhängig sind, da es für sie keine von den objektiven Produktionsbedingungen getrennte Subsistenz gibt. Gemeint ist also nicht die Selbstverständlichkeit, dass jemand Dinge im Besitz hat, die er für die individuelle Bedürfnisbefriedigung benötigt. Indem alle Bedingungen der Produktion wie Gebäude, Anlagen, Maschinen, Rohstoffe, Grund und Boden zu Waren werden, muss auf der anderen Seite der subjektive Faktor der Produktion, die Arbeit, auch zur Ware werden.

5. Arbeitsfähigkeit als Ware

Für den Zweck $G - G'$, der modern »Wachstum« heißt und als zentraler ökonomischer Imperativ gilt, benötigt der Besitzer gesellschaftlicher Produktionsmittel noch die subjektive Seite der Produktion. Produziert wird auch in kapitalistischer Wirtschaft nur, wenn Naturstoff mittels Technik durch Arbeit zu nützlichen Dingen umgeformt wird, sodass am Ende ein Produkt steht. (Analoges gilt für Dienstleistungen, bei denen das Resultat im Dienst selbst besteht und keine eigene, materielle Existenzform aufweist.)

Die subjektive Seite der Produktion ist die Arbeit. Sie existiert allerdings nicht als eine Ware neben anderen, sie ist vielmehr ein Vermögen des Menschen, das nicht von ihm zu trennen ist. Die moderne Gesellschaft hat Sklaverei und Leibeigenschaft überwunden und es in die freie Entscheidung des Einzelnen gestellt, wie er mit seinen Fähigkeiten umgeht. Aber diese Freiheit stellt sich zugleich als Abhängigkeit heraus, denn als subjektive Fähigkeit kann sie sich nur betätigen, wenn sie auf die objektiven Bedingungen zugreift.

Da diese aber Eigentum von Geldbesitzern sind, müssen Arbeitswilige ihr Arbeitsvermögen verkaufen. Dafür gibt es einen eigenen Markt, den Arbeitsmarkt – und damit eine Ware, die frühere Gesellschaften nicht als Normalität kannten, die Ware Arbeitskraft. Sie kann sich nur, weil von allen objektiven Produktionsbedingungen getrennt, an Besitzer von Produktionsmitteln verkaufen und muss dies tun, da sich ihre Lebensbedürfnisse erst dann befriedigen lassen, wenn sie über Geld verfügt. Marx fasst dies in den »Resultaten des unmittelbaren Produktionsprozesses« so zusammen: »Warenproduktion führt notwendig zur kapitalistischen Produktion, sobald der Arbeiter aufgehört hat, Teil der Produktionsbe-

dingungen zu sein (Sklaverei, Leibeigenschaft).« (Marx 2009, 22) Wird die Arbeitskraft zur Ware, dann können Eigentümer von Produktionsmitteln fremde Arbeit kaufen und für ihren Gewinn arbeiten lassen.

Moderne Werktätige können ihre Arbeit nicht im Blick darauf organisieren, was sie für ihre Bedürfnisbefriedigung als sinnvoll erachten. Denn ihre Fähigkeit interessiert nur in ihrer oben entwickelten Leistung, mittels konkreter Arbeit zugleich Wert herzustellen (vgl. Fracchia 2011). Das heißt, ihre Leistung wird unter Maßgabe eines Zeitregimes gemessen, und die von ihnen geschaffene Produktmenge steht für die Zeiteinheiten, in denen man die betreffenden Dinge herstellt; mit denen realisieren dann die Eigentümer der Unternehmung auf dem Markt möglichst effektiv den Wert in seiner selbständigen Form, eben als Geld. Der Vorteil, den der auf private Rechnung wirtschaftende Unternehmer ausnutzt, liegt darin, dass das Arbeitsvermögen pro Arbeitstag mehr Werte schaffen kann, als es in Lohn oder Gehalt für die Erhaltung als diese lebendige Ware Arbeitskraft benötigt. Der Wert, den der Arbeitskraftverkäufer als Entlohnung erhält, ist immer geringer als der in dieser Zeit von ihm geschaffene Wert. Der Wert seiner persönlichen Ware Arbeitsvermögen entspricht dem Verkaufszweck, ihn zu erhalten, also ein Leben lang diese Ware Arbeitsvermögen zu bleiben – und sich nicht davon zu emanzipieren.

6. Kapital als Ware – Kredit und Krise

Kapital ist nicht eine bestimmte Summe Geld, sondern die Bewegung $G - G'$, also der Prozess der ständigen Vermehrung des eingesetzten Geldes. Diese Leistung der Vermehrung erscheint als Eigenschaft der Sache selbst. Da alle gesellschaftlichen Bedingungen zur Ware geworden sind, kann man auch mit fremdem Geld ein Privatkapital gründen oder aufstocken. Das bei den Banken gesammelte Geld der Gesellschaft wird von diesen Instituten, die selber eine geschäftliche Unternehmung darstellen, wiederum als Ware verkauft; deren Preis besteht darin, dass sie mit einem Zins bedient werden muss. Marx hält fest: »Kapital als Kapital wird zur Ware.« (MEW 25, 351) Diese Ware wird nicht im strikten Sinne verkauft, sondern verliehen. Ein Geldbesitzer gibt der Bank z.B. Geld, mit dem sie »arbeiten« kann, und erhält dafür einen bestimmten Zins sowie nach einer festgelegten Laufzeit das Geld zurück. Oder die Bank gibt Geld aus, das ihr mit Zinsen wieder zurückfließt. In beiden Fällen bleibt das Eigentum bestehen, es wird nur die Funktion veräußert.

Im Endeffekt erscheint es so, als besitze das Geld die Fähigkeit zur Selbstvermehrung. Aber die juristische Transaktion des Leihens und Verleihens schafft noch keinen Gewinn. Dafür muss das geliehene Geld in einer Weise umgesetzt werden, mit der sich Gewinn erwirtschaften lässt (in der Form von Produktions-, Handels- oder Finanzkapital), um daraus die Zinsen und am Ende die Hauptsumme zu zahlen. Die Rückzahlung kann zeitlich hinausgeschoben werden, aber die Bedienung eines Kredits mit einem zweiten Kredit und so fort findet ihre Grenze im Vertrauen der Kreditgeber; diese überprüfen und bewerten die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer, sodass irgendwann – möglicherweise, wie die jüngsten Krisenentwicklungen zeigen, mit fatalen Folgen für die gesamtwirtschaftliche Zahlungsfähigkeit – darauf bestanden wird, die Schulden statt mit neuen Versprechen mit verdientem, ›echtem‹ Geld zu begleichen.

Wenn der Kredit alle Ecken der Gesellschaft erreicht hat, zwingt er einerseits den mit ihm betriebenen Geschäften die Notwendigkeit des Gewinns – nach den eigenen Maßstäben des Bankkapitals – auf; er ist andererseits rücksichtslos gegen die tatsächlichen Erfolge auf dem Warenmarkt. Kredite werden nämlich als rechtlich bindende Verträge vergeben und müssen sich an den Vertragszeiten orientieren, auch wenn das in ökonomischer Hinsicht Probleme bereitet. So entscheiden Banken, die in der Regel selbst Privatunternehmen sind, durch ihre Kreditvergabe, wie zahlungsfähig die Privatproduzenten in Handel und Produktion sind, und machen diese zugleich von Erfolg und Misserfolg des Bankgeschäfts abhängig. Im Extremfall einer Bankenkrise zwingen sie ihren Kunden die Notwendigkeit auf, echte Zahlung statt Zahlungsverprechen zu leisten.

Durch die ständig mit geliehenem Geld, also versprochener Zahlung, ausgeweitete Produktion wird eine Überproduktion in Gang gesetzt. Fehlender Erlös auf dem Markt lässt sich durch neuen Kredit ersetzen. Wenn es dann aber an einer Stelle der wechselseitigen Abhängigkeit um definitive Zahlung geht, kann das auf andere zurückwirken, letztlich eine Kettenreaktion auslösen – und auf einmal stehen Produktion und Handel still, obwohl alle objektiven und subjektiven Faktoren weiterhin vorhanden sind. Es gibt, gemessen an der Verwertung, zu viele Waren, die nicht verkäuflich sind. Und so wird nun gerade wegen des Wertes in seiner Geldgestalt nicht produziert. Eher werden die Arbeitenden entlassen und die Produktionsmittel veräußert, um an Geld zu kommen, damit dem Kredit, also den früher gemachten Schulden, seine Schuldigkeit

erwiesen werden kann. Dafür lässt man die lebendige gesellschaftliche Arbeit brach liegen.²

Also zeigt die Warenform der Arbeitsprodukte im Kapitalismus, dass die Menschen den Ablauf ihrer gesellschaftlichen Produktion nicht bewusst kontrollieren, sondern dass sie durch die Form der Privatproduktion und die damit gegebene Konkurrenz den widersprüchlichen »Sachzwängen« unterworfen sind, deren Zweck in der ständigen Anhäufung von abstraktem Reichtum, von Geld, besteht. Dem ist der konkrete Reichtum samt seiner Nützlichkeit für die Gesellschaftsmitglieder untergeordnet und dem wird er in der Krise buchstäblich geopfert, obwohl alle Potenzen für einen gesellschaftlichen Produktionsprozess (Arbeitskräfte, Arbeitsmittel, Produktions- und Konsumgüter) zur Verfügung stünden.

7. Konsequenz: Spaltung in Arm und Reich

Allen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft ist gemeinsam, dass sie als Warenbesitzer freie Privateigentümer sind und den Zweck verfolgen, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Geld zu verdienen. Der Zweck, mit Geld reich zu werden, geht aber unter dieser Vorgabe nie für die Mehrheit auf, sondern nur für die Geldbesitzer, die über die objektiven Mittel der Arbeit verfügen. Diese Sortierung in zwei Klassen ist keine staatliche Vorgabe, sondern erscheint als Leistung des Einzelnen.

Wenn Arbeit zur Lohnarbeit wird, erscheint deren Aneignung durch den Unternehmer nicht mehr als Ausnutzung der Mehrarbeit. Vielmehr gilt alle Arbeit als im Arbeitslohn entgolten. Doch wäre dem so, woher käme dann die ungeheure Anhäufung des Reichtums in fremder Hand, nämlich in der Hand derer, die arbeiten lassen und sich nicht selbst als Arbeitskraft verdingen müssen? Marx zeigt, dass die Formen, in denen sich der Warenreichtum darstellt, zugleich eine Täuschung über die Produktionsverhältnisse entstehen lassen; denn die Warenformen werden als Bedingung für den individuellen Zweck des Privateigentümers (Kapitalist oder Arbeiter), an Geld zu kommen, benutzt und gesehen. »Die Illusion, welche die Geldform erzeugt, verschwindet sofort, sobald statt des ein-

² Die Rettung des Vertrauens in die Bankenwelt durch Verlagerung der Schulden auf Nationalbanken oder übernationale Rettungsschirme und damit auf das Vertrauen in die Macht eines Staates (oder einer Staatenunion wie im Fall der EU) samt der anwachsenden Staatsverschuldung soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Sie ist aber eine notwendige Folge des staatlichen Kreditgeldes.

zelen Kapitalisten und des einzelnen Arbeiters Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse [also die Gesamtheit der beiden wesentlichen ökonomischen Gesellschaftsklassen, U.F.F.] betrachtet werden.« (MEW 23, 593) »Der Produktionsprozess wird eingeleitet mit dem Kauf der Arbeitskraft. (...) Gezahlt wird der Arbeiter aber erst, nachdem seine Arbeitskraft gewirkt hat. (...) Er hat also (...) den Fonds seiner eigenen Zahlung (...) produziert, bevor er ihm in der Form des Arbeitslohns zurückfließt. (...) Es ist seine Arbeit von voriger Woche oder vom letzten halben Jahre, womit seine Arbeit von heute (...) gezahlt wird. (...) Die Kapitalistenklasse gibt der Arbeiterklasse beständig in Geldform Anweisungen auf einen Teil des von der letzteren produzierten und von der ersteren angeeigneten Produkts. Diese Anweisung gibt der Arbeiter der Kapitalistenklasse ebenso beständig zurück und entzieht ihr damit den ihm selbst zufallenden Teil seines eigenen Produkts. Die Warenform des Produkts und die Geldform der Ware verkleiden die Transaktion.« (Ebd., 592f.)

Sobald die Arbeit zur Lohnarbeit geworden ist, erscheint die Aneignung der Arbeit durch den Kapitalisten nicht mehr als unentgeltliches Aneignen eines Teils des Produkts, sondern als im Arbeitslohn bezahlt. Aber in Lohn und Gehalt erhält der Arbeiter nicht den von ihm geschaffenen Gesamtwert, sondern nur den, der seiner Ware Arbeitskraft entspricht; und die misst sich nicht am gesellschaftlichen Reichtum und dessen Potenzen, vielmehr an der Erhaltung, der »Reproduktion« der lebenslangen Arbeitsfähigkeit. Es ist die Leistung der modernen Form der Aneignung, ohne den Zwang von Sklaverei oder Leibeigenschaft dennoch den geschaffenen Reichtum von den produzierenden Menschen zu trennen und auf der Seite einer Minderheit zu akkumulieren.

Teil 2: Gesetze der Kapitalentwicklung – eine kurze Übersicht

Die kapitalistische Produktionsweise ist keine statische Produktion, die Anhäufung von Geldreichtum ist vielmehr ihr ständiger Stachel. Die Unternehmen sind bestrebt, ihre jährliche Gewinnspanne zu vergrößern, da die Geldvermehrung kein anderes Maß hat als ihre weitere Steigerung. Das Kapital ist daher ständig in Bewegung. Einige Gesetze dieses Prozesses, die Marx in Formeln gefasst hat, sollen hier kurz erläutert werden. In ihnen sind auch die immanenten Faktoren enthalten, die zu Stockungen, Überproduktionen oder Krisen führen. Diese und weitere

Bewegungsgesetze sind ausführlich in den Schriften von Marx zur politischen Ökonomie erklärt.

1. Formel: $W - G - W$

Ware – Geld – Ware

Da das Kapital die Produktion nur als Privatarbeit ohne gesellschaftliche Absprache durchführt, tritt es mit seinen Waren erst beim Austausch in einen gesellschaftlichen Kontakt. Für seinen Lebensunterhalt benötigt jedes Individuum Konsumtionsmittel, die es kaufen muss. Von diesem Standpunkt aus besteht die Teilhabe an den für die Gesellschaft hergestellten Konsumgütern und daher der gesamte Stoffwechsel der Gesellschaft in der Bewegung: $W - G - W$ (Ware – Geld – Ware). In ihr ist die individuelle Konsumtion das Ziel, aber deren Grenze ist mit der konkreten Größe von Geld in der Hand des Einzelnen gegeben.

2. Formel: $G - W - G'$

Geld – Ware – mehr Geld

Bei dieser in der Zirkulation auffindbaren Bewegung ist das Ende und damit das Ziel nicht die Konsumtion, sondern der Rückfluss des Geldes. Das heißt: kaufen, um zu verkaufen. Diese »Metamorphose« ist nur sinnvoll, wenn nach dem G am Anfang der Bewegung schließlich am Ende ein vermehrtes G steht, das Marx G' nennt. Das Geld wird nicht ausgegeben, um eine Ware für die Konsumtion zu erwerben. Es wird vielmehr vorgeschossen; der anfängliche Kauf der Ware dient nur dazu, sie auf irgendeinem Weg weiterzuverkaufen. Den Zweck, G' zu erhalten, kann man auch durch das Festhalten von G , durch die Unterbrechung der Bewegung $W - G - W$, also durch Schatzbildung realisieren. Aber das ist nur durch Verzicht möglich. Die kapitalistische Form nutzt eine andere Art der Reichtumsaufhäufung: fremde Arbeit.

3. Formel: $M = m : v$

Mehrwert = Mehrwert : variables Kapital

Der als ›Arbeitskosten‹ gezahlte Teil wird von den ›abhängig Beschäftigten‹ für den Lebensunterhalt ausgegeben, er ist aber kleiner als der von der Arbeit geschaffene Reichtum – sonst bliebe ja nichts für den Kapitaleigner übrig. Aus dem täglich neu geschaffenen Wert (W' – siehe die 4. Formel) wird also nur ein Teil für die Ware Arbeitskraft gezahlt. Die restlichen Waren machen den Mehrwert aus und stellen Eigentum des

Kapitalisten dar. So stehen – auch wenn es im Lohn erscheint, als würde alle Tagesarbeit entgolten – bezahlte und unbezahlte Arbeit in einem Verhältnis, das als Mehrwertrate $M = m : v$ (= Mehrwert im Verhältnis zum »variablen«, in Arbeitskraft ausgelegten Kapital) gefasst wird.

Dass die Unternehmer an Mehrarbeit interessiert sind, kann man dem peniblen Umgang mit Arbeitszeit und Bezahlung entnehmen. Ist der Produktionsprozess abgeschlossen, muss das Mehrprodukt auf dem Markt verkauft werden, um den Mehrwert zu realisieren und dann den Prozess fortzusetzen. Das macht es erforderlich, dass ständig ein »Umschlag« des Kapitals stattfindet.

4. Formel: $G - W(Pm + A) - W' - G'$

Geld – Waren (Produktionsmittel + Arbeitskraft) – mehr Warenwert – mehr Geldwert

Die Formel lautet: Geld – Ware (eingekauft werden: Produktionsmittel + Arbeitskraft) – vermehrter Warenreichtum (W') – vermehrtes Geld (G'). Marx' Analyse im »Kapital« kommt zu dem Ergebnis, dass bloß durchs Verkaufen der Zuwachs in G' nicht entstehen kann. Denn wenn alle mit einem Aufschlag teurer verkaufen, bezahlt diesen jeder da, wo er kauft. Also würde im Endeffekt das Plus wieder zum Verschwinden gebracht. Deshalb folgert Marx, dass das Mehr an Geld als Mehrwert außerhalb der Zirkulation geschaffen wird, in der Produktion. (Die Arbeitsteilung zwischen produktivem, Handels- und Bankkapital behandelt Marx im 3. Band des »Kapital«.)

Alle Kapitale kaufen Produktionsmittel und zahlen Entgelte für Arbeiter und Angestellte, die in Produktion oder Dienstleistung Wert schaffende Arbeit verausgaben. In der Produktion wird den Rohstoffen und Produktionsmitteln Arbeitszeit hinzugefügt, womit neue Produkte, neuer Reichtum hergestellt werden, die in der Formel als W' (vermehrter Warenreichtum) dargestellt sind. Und am Verkauf dieser Produkte verdient der Kapitaleigentümer nur, wenn nicht der gesamte neu geschaffene Wert, der Mehrwert, an die Arbeiter weitergegeben wird.

5. Formel: $Kredit - G - W(Pm + A) - W' - G' (= UG + Z)$

Kredit – Geld – Ware (Produktionsmittel + Arbeitskraft) – mehr Warenwert – mehr Geld (getrennt in Unternehmerngewinn + Zins)

Ein Unternehmen wird heute in der Regel mit fremdem Geld, also mit Kredit, gegründet oder ausgeweitet. Eigene Rücklagen von Unternehmen

sind dafür meist nicht ausreichend. Das hat zur Konsequenz, dass durch den Kredit ein Anspruch auf Zins besteht. Dieser wird vom Rückfluss abgezogen, G-Strich teilt sich auf in Unternehmergewinn (UG) und Zins (Z). Bei reinen Geldgeschäften (Formel: $G - G'$) würde der Umweg über die Produktion entfallen, aber der Rückfluss der Zinsen und des Kredites hängt von anderen Krediten ab, sodass diese Bewegung spekulativ auf die Verlängerung des Kredits zielt und ihre Grenze in der Verschuldungsfähigkeit des Schuldners hat.

6. Die einfache Reproduktion des Gesamtkapitals

Wenn in einer Gesellschaft kapitalistische Produktion herrscht, dann handeln die Privatproduzenten nach dem Gesichtspunkt der Verwertung/Vergrößerung ihres vorgeschossenen Werts. Damit sie dies jedes Jahr von Neuem schaffen, ist es notwendig, dass auch die anderen Produzenten ihre Geschäfte erfolgreich abschließen, da sie ja alle voneinander als Käufer und Verkäufer abhängig sind. Betrachtet man nun nicht den einzelnen Produzenten, sondern deren Gesamtheit, so stellt sich die Frage der Reproduktion des Warenreichtums – nach seiner stofflichen Seite und nach der Seite der Verwertung der im Jahr hergestellten Waren – als ein kontinuierlicher Prozess, der sich jedes Jahr wiederholt.

Jede Produktionsweise reproduziert sich, wenn sie über einen längeren Zeitraum existiert. Dabei ist die einfache Reproduktion Teil der erweiterten, bei Letzterer wird das Mehrprodukt nicht nur dem Konsum zugeführt, sondern für ein größeres Wachstum investiert. Das Folgende nimmt nur zwei Momente aus der einfachen Reproduktion auf. Die genaue Analyse ist in Band 2 des »Kapital« (MEW 24, 351-520) nachzulesen.

Welche Gesetzmäßigkeit ist nun für die kapitalistische Reproduktion gegeben? Von der stofflichen, sachlichen Seite aus gliedert sich die Produktion in die Abteilung, die Produktionsmittel (Maschinen/Rohstoffe), und in die Abteilung, die Lebensmittel (im weiteren Sinne) herstellt. Im Kapitalismus repräsentieren die im Jahr hergestellten Produkte, also das Jahresprodukt, eine bestimmte Wertgröße. Alle Kapitale jeder Abteilung in ihrer Gesamtheit haben daher ein gleiches Schema der Wertaufteilung: Ein Teil der im Jahr hergestellten Waren repräsentiert die Wertanteile, die durch die Produktionsmittel in das Endprodukt übertragen worden sind (»konstantes« Kapital = c), einen Teil, der der Arbeitstätigkeit, d.h. den gesamten Lohnzahlungen in dieser Abteilung, entspricht (»variables« Kapital = v), und einen Teil, der den Mehrwert in dem im Jahr geschaf-

fenen Mehrprodukt ausdrückt (Mehrwert = m). Als Formel des Gesamtwarenprodukts hält Marx für die beiden Abteilungen fest:

Produktionsmittel: Abteilung I $4.000c + 1.000v + 1.000m = 6.000$

Konsumtionsmittel: Abteilung II $2.000c + 500v + 500m = 3.000$.

Betrachtet man in der Konsumtionsmittelabteilung II, wie v-Anteil und m-Anteil zusammenhängen, so ergibt sich: Als Jahresprodukt existiert dieser Wertanteil in einer Menge von Konsumtionsmitteln. Diese benötigen die Arbeiter und Unternehmer für ihren Lebensunterhalt. Also kaufen sich die Arbeiter, die in dem Jahr für ihre Arbeit den v-Anteil als Lohn erhalten haben, die Waren von den Kapitalisten – zum Teil sogar von ihren eigenen Unternehmen – in dieser Abteilung. Damit erhalten diese wieder das Geld zurück, das sie als Lohn vorgeschossen haben, und können es nun im nächsten Jahr wieder für Lohnzahlung benutzen. Die Kapitalisten sind ja Eigentümer des Mehrprodukts, das sie entweder gleich selbst verzehren, ohne es bezahlen zu müssen, oder sie verteilen es unter sich durch vermittelnde Verkäufe (vgl. MEW 24, 410ff.). Damit hat sich dieser Teil sowohl nach seiner sachlichen Seite als auch nach der Wertseite reproduziert.

Wie verhält es sich nun in der Produktionsmittelabteilung I mit dem Wertteil v, der dem Lohn für die gekaufte Arbeitskraft entspricht, und dem Wertteil m, der als Mehrprodukt existiert, und zwar in Form von Maschinerie, Zwischenprodukten, Rohstoffen etc.? Sie müssen verkauft werden, um ihren Wert zu realisieren. Die Arbeiter der Abteilung I kaufen ihre Lebensmittel natürlich nicht innerhalb der eigenen Branche, da sie von Maschinen nicht leben können. Also müssen sie für die Reproduktion ihren gesamten Lohn bei Unternehmern aus der Konsumtionsmittelabteilung ausgeben. Damit sie sich reproduzieren können, muss die Abteilung II genauso viel hergestellt haben, wie der Lohn von I an Waren realisieren kann – was wertmäßig dem c-Anteil entsprechen muss, da ja die v- und m-Anteile (s.o.) schon umgesetzt wurden. Dann können diese Kapitalisten der Abteilung II sich mit dem realisierten Anteil durch den Verkauf der Konsumtionsmittel nachträglich die Maschinenanteile, die Rohstoffe und Zwischenprodukte aus der Abteilung I kaufen. Auch die Kapitalisten der Abteilung I müssen ihren Gewinn in Konsumtionsmittel umsetzen, der aber bei ihnen als Mehrprodukt in Form von Maschinen vorliegt. Also müssen ihnen die Kapitalisten der Abteilung II diesen Anteil abkaufen, damit sie nachträglich mit dem erlösten Geld bei Letzteren Lebensmittel, Luxusartikel etc. kaufen können. Es

gibt daher zwischen beiden Abteilungen eine quantitative Abhängigkeit, die erfüllt werden muss, wenn die einfache Reproduktion stattfinden, die Produktion also auf dem gleichen Niveau im nächsten Jahr weitergehen soll. Aber diese Abhängigkeit, die man auch als Gleichgewicht in den Produktionsbeziehungen bezeichnen kann, wird wegen der Verwertung nur als Tendenz eingehalten, da die Aufsplitterung in einzelne Transaktionen zu ständigen Abweichungen führt. Die Abhängigkeit soll kurz erläutert werden.

6.1 Abhängigkeit zwischen I und II – quantitatives Verhältnis gestört

Da der gesamte Wert des Jahres in Abteilung I in Form von Produktionsmitteln existiert, müssen die Kapitalisten und Arbeiter dieser Abteilung die zur Konsumtion notwendigen Lebensmittel über die Kapitale aus der anderen Abteilung beziehen. Daher besteht ein gesetzmäßiger Zusammenhang zur Abteilung der Konsumgüterproduzenten (II). Abteilung I $1000v + 1000m$ (sie haben die Form von Produktionsmitteln) ist auf Abteilung II $2000c$ (sie haben die Form von Konsumtionsmitteln) verwiesen. Diese beiden Wertgrößen müssen gleich sein, damit überhaupt die einfache gesellschaftliche Reproduktion ungestört stattfindet. Da aber diese Beziehung in einem ständigen Prozess isolierter Verkäufe und Käufe realisiert wird, entsteht schon dadurch ein Ungleichgewicht und daher als mögliche Folge das Scheitern der Verwertung. »Wäre es [I v und m , U.F.F.] geringer als II c , so könnte II sein konstantes Kapital nicht ganz ersetzen; wäre es größer, so bliebe ein Überschuss unbenutzt liegen. In beiden Fällen wäre die Voraussetzung: einfache Reproduktion, verletzt.« (MEW 24, 406)

Betrachtet man die einfache Reproduktion der Jahresproduktion in ihrer Abhängigkeit von der Wertumsetzung, so zeigt schon die ungeplante Zerstückelung der Käufe und Verkäufe, dass diese Form die Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Stoffwechsels zwischen den Hauptbranchen nicht erfüllt und daher an irgendeiner Ecke des Marktes der notwendige Umsatz unterbleibt, somit die Reproduktion gestört ist. Die Kapitalisten, die auf einem unverkäuflichen Teil sitzen bleiben, können diesen nicht einfach auf Halde legen und abwarten, denn sie müssten für die Lagerhaltung eigene Kapitalauslagen tätigen, hätten also sogar mehr Kapital vorzuschießen. Sie stehen unter dem Zwang des ständigen Umschlages ihres Kapitals, um ihren vorgeschossenen Wert zu verwerten, und dabei ist Zeit Geld. Marx stellt dazu fest: »An und für sich sind solche Über-

schüsse kein Übel, sondern ein Vorteil; sind aber Übel in der kapitalistischen Produktion.« (MEW 24, 464)

6.2 Verwertungszweck durch die Rücklage für den Verschleiß gestört

Zwischen den beiden Abteilungen der Produktionsmittelbranchen und der Konsumtionsmittelbranchen, die die Produkte von I ($1000v + 1000m$) gegen die von II ($2000c$) umsetzen müssen, besteht zudem ein zweites Problem, das mit den Rücklagen für den Verschleiß der Produktionsmittel zusammenhängt. Dieser Verschleiß wird ja nicht jährlich ersetzt, sondern dies findet oft zu einem späteren Zeitpunkt statt. Wir wissen, dass sich die Werte, die in der Formel fett hervorgehoben sind, für die einfache Reproduktion wechselseitig ausgleichen müssen:

$$\text{I. } 4.000c + \mathbf{1.000v} + \mathbf{1.000m}$$

$$\text{II. } \mathbf{2.000c} + 500v + 500m.$$

Wenn wir eine normale jährliche Reproduktion annehmen, dann gleichen sich alle Werte untereinander aus. »Es drängt sich daher sofort bei dem Umsatz von I ($1.000v + 1.000m$) gegen 2.000 IIc die Schwierigkeit auf, daß die Produktionsmittel I, in deren Naturalform die 2.000 ($v+m$) existieren, zu ihrem ganzen Wertbetrag von 2.000 gegen Äquivalent in Konsumtionsmitteln II umzusetzen sind, dahingegen andererseits die Konsumtionsmittel 2.000 IIc nicht zu ihrem vollen Wertbetrag in die Produktionsmittel I ($1.000v + 1.000m$) umgesetzt werden können, weil ein aliquoter Teil ihres Werts – gleich dem zu ersetzenden Verschleiß oder Wertverlust des fixen Kapitals – sich zunächst in Geld niederschlagen muß, das innerhalb der laufenden jährlichen Reproduktionsperiode, die allein betrachtet wird, nicht wieder als Zirkulationsmittel fungiert.« (MEW 24, 451)

Damit ist die Verwertung und Reproduktion unterbrochen und es tritt eine Krise ein. »Daß solches Mißverhältnis bei bloßer Erhaltung des fixen Kapitals entspringen (...) kann und muß bei Voraussetzung einer idealen Normalproduktion, bei einfacher Reproduktion des bereits fungierenden gesellschaftlichen Kapitals« (MEW 24, 465), ist hiermit nachgewiesen. Es ergibt sich daher aus diesen quantitativen Maßverhältnissen zwischen den Produktionsabteilungen die Notwendigkeit einer erweiterten Reproduktion, die eine ständige Überproduktion zur Folge hat. Marx beschreibt dies im zweiten Band des »Kapital« bei der erweiterten Reproduktion (vgl. MEW 24, 485-520).

7. Formel: Tendenzielles Sinken der Profitrate = $m : c + c1 + v - v1$

Fall der Profitrate: Mehrwert : konstantes Kapital + steigendes konstantes Kapital + variables Kapital – sinkendes variables Kapital

Für den Standpunkt des Kapitals zählt nur, dass das Geld, das vorgeschossen wurde, wieder zurückfließt, und zwar mit dem genannten Zuwachs. Dabei muss es darauf achten, dass Produktionsmittel und Arbeitskraft ($P_m + A$) technisch zusammenpassen. Vom Ziel der Verwertung her sind es jedoch gleichermaßen Ausgaben, aus denen ein Profit herausgeschlagen werden soll. Seinen Profit berechnet der Kapitalist auf den Gesamtvorschuss. Ihm ist gleichgültig, woraus der Mehrwert (m) entspringt; er weiß nur, dass es ohne fremde Arbeit nicht geht. Die gesellschaftliche Profitrate enthält aber eine widersprüchliche Tendenz. Die Kapitale berechnen ihren Profit als den Überschuss über die Ausgaben für Produktionsmittel (Ausgaben für $c =$ konstante Kapitalteile) und Lohn (Ausgaben für $v =$ variable Kapitalteile). Mit der Produktivkraftsteigerung wird immer mehr für die sachliche, technische Seite ausgegeben und relativ immer weniger für die subjektive, die Lohnseite. Das ist oben ausgedrückt mit $c+c1$ und $v-v1$. Mit der Akkumulation, d.h. der Reproduktion der Verwertung auf erweiterter Stufenleiter, wird der Anteil des konstanten Kapitals c (Maschinerie usw.) im Verhältnis zum v -Anteil (Löhne und Gehälter) immer größer. Das Kapital benötigt mit dem laufenden Produktivitätsfortschritt immer weniger v , um die gleiche Menge von Waren zu produzieren. Damit wird der Anteil, der allein Wert schafft, die lebendige Arbeit, immer geringer.

Die letzte Formel gibt die Konsequenz an. Das Sinken der Profitrate p' ist gleich $m : c+c1 + v-v1$ (= Mehrwert im Verhältnis zum konstanten Kapital $c + c1$ wachsend + variables Kapital $v - v1$ sinkend). Das Verhältnis von steigenden Ausgaben für c und sinkenden für v drückt einen Widerspruch der Produktionsweise aus. Die Steigerung der Produktivität, die eigentlich eine Erleichterung der gesellschaftlichen Arbeit bedeuten könnte, führt, wenn es um Profit geht, zu einem relativen Sinken der Ausgaben für v . Resultat ist das Überflüssigmachen von Arbeitskraft – man denke an die Millionen Arbeitslosen in den kapitalistischen Ländern der so genannten Globalisierungsära –, was sich in letzter Konsequenz als Sinken der Profitrate ausdrückt. Es gibt allerdings entgegenwirkende Ursachen, daher gilt dieses Gesetz – wie die anderen auch, die sich wegen Gegenwirkungen ungleichmäßig geltend machen – als Tendenz. Eine aktuell feststellbare Gegenwirkung ist die Verbilligung der

Arbeit, wobei als europäisches Musterbeispiel für die Senkung des nationalen Lohnniveaus die Agenda 2010 (Verbilligung der Sozialtransfers, Druck auf die Beschäftigten, Schaffung eines Niedriglohnssektors usw.) Karriere gemacht hat. Von einer geringeren Anzahl der gesellschaftlich genutzten Arbeitskräfte wird mehr kostenlos gearbeitet, sodass dies die geringere Anzahl der Benutzten kompensieren kann.

Schon im ersten Band des »Kapital« hat Marx das allgemeine Gesetz der Akkumulation und seine Konsequenz formuliert, die Schaffung einer Reservearmee, die vom Kapital aktuell nicht benutzt wird (vgl. im vorliegenden Band den Beitrag von Johannes Schillo über die neuere Armutsforschung). Je mehr c eingesetzt wird – Unternehmer sprechen von steigenden Investitionskosten für einen Arbeitsplatz –, desto weniger v wird gebraucht und daher weniger m geschaffen. Es liegt also an der ökonomischen Rechnungsweise der Verwertung, dass mit immer weniger v immer mehr m erreicht werden soll. Ein bemerkenswerter Widerspruch! Denn die Steigerung der Produktivität hat eine Folge für den Umgang mit den Arbeitern: Deren Produktivität sorgt für die eigene »Freisetzung«, da es mit der Steigerung der Produktivität nun relativ zu viele Arbeiter im jeweiligen Produktionsprozess gibt, sie also wegrationalisiert werden (was in der Regel wegen des jeweils neuen Maßstabs der Rentabilität die Börsenkurse beflügelt).

Weil die Unternehmen die Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung beständig selbst begrenzen (Entlassungen, Lohnsenkungen...), treten ihnen die hergestellten Produkte, die sie dank der »Kraft der Produktivität« – diese allein gilt ihnen als Grenze der Produktion – auf den Markt werfen, vermehrt als unverkäufliche Waren gegenüber. Deren »Verteilung« wird ja an der von ihnen selbst beschränkten Zahlungsfähigkeit gemessen und nicht am Stand der Produktivkräfte und am Versorgungsbedarf der Bevölkerung. Der Verkauf soll den Unternehmen ihre Investition sichern, auf die sie neben dem abzuschreibenden Teil einen ansehnlichen Gewinn machen möchten. Sie laborieren also an ihrem eigenen Widerspruch, die Arbeit einerseits grenzenlos ausnutzbar zu machen und andererseits die Kosten dafür ständig zu senken, sodass die Marktbedingungen im Blick auf den Absatz ständig verschlechtert werden. Auch der Sprung auf den Weltmarkt oder in die Kreditspekulation erlaubt es nur, diesen Selbstwiderspruch des Kapitals vorübergehend zu suspendieren. Dies zeigt zugleich, dass das Kapital der arbeitenden Bevölkerung kein nationales, sondern ein weltweites soziales Problem schafft.

Der Widerspruch zwischen der ständigen Produktivitätssteigerung in der Industrie und der Begrenzung der Distribution der Warenmassen durch die Fixierung auf eine Geldrechnung, bei der die Unternehmen die Seite der Zahlungsfähigkeit konsequent beschränken, führt notwendigerweise zur Überproduktion und damit zu Krisen des vorgeschossenen Kapitals. Diese sorgen nun über die Zerstörung von Wertmassen (Platzen von Krediten, Insolvenzen von Unternehmen und Banken, Übernahme durch Krisengewinnler usw.) dafür, dass die Wirtschaftstätigkeit wieder auf ein Niveau gelangt, bei dem Produktion und Distribution – für eine Zeit lang – im Gleichgewicht stehen und so für die Verwertung funktional sind. Die Arbeiter werden in solchen Situationen entsprechend behandelt. In juristischer Hinsicht sind sie wie alle anderen in der bürgerlichen Gesellschaft Privateigentümer und an ihre Anwender durch einen Kontrakt gebunden. Daher kann der Eigentümer der sachlichen Arbeitsbedingungen – rechtlich einwandfrei – diejenigen, die nur über ihre subjektive (Arbeits-)Fähigkeit verfügen, durch Beendigung des Vertragsverhältnisses entlassen, also ihre soziale Existenz infrage stellen oder zerstören, da er die angebotene Ware nicht mehr benötigt. Was eigentlich gesellschaftlich notwendig zusammengehört, die subjektiven und die objektiven Faktoren des Arbeitsprozesses, wird hier als zwei Sorten von Privateigentum getrennt. Folge ist, dass der Arbeiter nicht länger arbeiten kann, was nicht daran liegt, dass er dazu unfähig oder unqualifiziert wäre, sondern daran, dass er von der Erlaubnis der Produktionsmittelbesitzer abhängig ist, arbeiten zu dürfen.

Im Rahmen solcher Formeln, die systematisch in den drei Bänden des »Kapital« entwickelt sind, bewegen sich die Kalkulationen des Kapitals, und zwar weltweit, wie nicht zuletzt die Globalisierungsrhetorik seit Ende des 20. Jahrhunderts deutlich macht.

Teil 3: Marx neu gelesen – Hinwendung als Abwendung

Spätestens seit der weltweiten Finanzkrise ist wieder ein stärkeres Interesse aufgekommen, sich mit der Theorie von Marx auseinanderzusetzen. Was diese Bemühungen – teilweise laufen sie unter dem Titel der »neuen Marx-Lektüre« – in Sachen Marxsche Theorie leisten, soll im Folgenden an exemplarischen Fragestellungen aufgegriffen werden. Auf die Diskussion weiterer Themen, die etwa politische Bewegungen wie

Feminismus oder Ökologie betreffen (vgl. z.B. Flemming u.a. 2015), kann hier nicht eingegangen werden. Im folgenden Durchgang wird nicht jeder Autor mit seiner speziellen Position gewürdigt, sondern ein Überblick versucht.

Die »neue Marx-Lektüre« ist eher ein Sammelbegriff als eine einheitliche Position. Es gibt darunter Autoren, die ihre Hinwendung zu Marx mit einer philosophischen Wendung begründen und sich vom Ökonomen Marx distanzieren. Es gibt Autoren, die die Kritik der politischen Ökonomie ausführlich referieren und – je nachdem – dazu Einwände oder ihre eigene Sichtweise formulieren. Bei den im Folgenden behandelten Autoren werden die Aussagen immanent auf ihre Stimmigkeit und, wo sie sich direkt auf Erklärungen von Marx beziehen, als deren Interpretation überprüft. Dabei werden nicht die vielen Passagen, in denen Marx referiert und richtig erläutert wird, eigens hervorgehoben. Zweck der folgenden Überlegungen ist es vielmehr, die Punkte zu nennen, die diskussionswürdig sind und bei denen die größten Differenzen bestehen. Es geht also nicht um eine Liste von richtigen oder fehlerhaften Aussagen, die sich bei verschiedenen Autoren finden. Thema ist die Herausarbeitung von Streitpunkten, die sich – wie in den Überschriften angedeutet – aus den verschiedenen Argumentationsgängen zusammenfassen lassen. Da viele Autoren diese Punkte hervorheben, erscheint ein solches resümierendes Vorgehen sinnvoll.

1. Streitpunkt: Was für eine Erkenntnis leistet »Das Kapital«?

1.1 Wissenschaftsgeschichte – Vielfalt ohne Korrektur

Ingo Elbe, der auch eine Gesamtdarstellung der Marx-Lektüre in der Bundesrepublik vorgelegt hat (Elbe 2008), gibt einen Überblick über die Interpretationen des »Kapital«, die mit Engels, Kautsky, Bernstein, Mehring begannen und sich besonders durch die historische Einordnung der Marxschen Warenanalyse auszeichneten, indem sie das Kapitel über die Ware, den Austausch und das Geld einer Phase der einfachen Warenproduktion zuordneten. Danach entstand laut Elbe der westliche Marxismus, zu dem Lukács, Korsch, Bloch, die Frankfurter Schule, Gramsci oder Lefebvre zu zählen seien. Diese Strömung habe gegen die Objektivität den subjektiven Faktor bei der gesellschaftlichen Praxis betont. Die »neue Marx-Lektüre« beginnt dieser Übersicht zufolge in den 1960er Jahren, wozu Backhaus, Reichelt und Heinrich zu rechnen seien. Hier gehe es

um die Dechiffrierung der Form kapitalistischer Gesellschaften. »Das Verfahren der Ökonomiekritik kann als ›Formentwicklung‹ oder ›-analyse‹ bezeichnet werden. Diese zielt auf die Erfassung der spezifischen Gesellschaftlichkeit historisch unterschiedlicher Produktionsweisen. (...) Formanalyse betreibt (...) die Entwicklung der Formen (wie Wert, Geld, Kapital, aber auch Recht und Staat) aus den widersprüchlichen Vergesellschaftungsbedingungen der Arbeit, sie ›erklärt sie, sie begreift ihre Genesis, ihre Notwendigkeit‹ (Marx) (...). Sie dechiffriert die scheinbar selbstständigen, scheinbar gegenständlich begründeten Formen des gesellschaftlichen Reichtums und des politischen Zwangs der kapitalistischen Produktionsweise als historisch-spezifische und damit, wenn auch keineswegs beliebig oder stückwerkstechnologisch, veränderbare Praxisformen.« (Elbe 2006, 64f.) Solche Passagen, die Theoriegeschichte nacherzählen, bieten als Zusammenfassung des theoretischen Gehalts und als Verlaufsschilderung der Rezeption keine große Klärung. Zugute halten kann man dem Beitrag von Elbe, dass er das liefert, was er ankündigt: ein Resümee der Interpretations- und Wirkungsgeschichte, das nicht den Anspruch erhebt, die einzelnen Ansätze zu überprüfen, zu korrigieren und mit der Marxschen Theorie selbst zu vergleichen. Es werden lediglich die Differenzen benannt, als Zeiterscheinungen erläutert, nicht aber ausgeräumt. (Als weitere Titel, die die Theoriegeschichte diskutieren, wären zu nennen: Heinrich 2009, Candeias 2009.)

1.2 Schuld der Geschichte: Beschäftigung mit Marx verhindert!

Der reale Sozialismus, heißt es seit den 1990er Jahren, habe eine wissenschaftliche Beschäftigung mit der Theorie von Marx unmöglich gemacht, da er sie als Ideologie in Dienst genommen habe. Jetzt erst könne sie ernsthaft studiert werden. Angeblich sind spezielle Anstrengungen zur Neulektüre nötig, z.B. der Rückgriff auf die authentische Textgestalt der Marxschen Werke, an deren Edition seit der Wende (weiter)gearbeitet wird. Die Marx-Engels-Gesamt-Ausgabe (MEGA) will in diesem Sinne alle Schriften der beiden Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise zugänglich machen. Das kann nicht schaden, doch bleibt es verwunderlich, dass Wissenschaftler, die nicht im Ostblock lebten, den Vorwurf erheben, man hätte die freie Betätigung ihres kritischen Denkens unterbunden.

Der Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) lud im Januar 2005, gemeinsam mit der Internationalen Marx-Engels-

Stiftung (IMS) und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, zu einer Veranstaltung »Karl Marx – Neue Perspektiven auf sein Werk« ein, bei der es um die Arbeit an der MEGA ging.³ Dieter Dowe, Leiter des historischen Forschungszentrums der FES, wies in der Einführung auf die Aktualität der historisch-kritischen Ausgabe hin. Dass 15 Jahre nach dem Ende des Ostblocks weiter Gelder für die MEGA fließen, sei nicht Marx dem »Heilsbringer«, sondern dem Denker und gewissermaßen »letzten Universalgelehrten« geschuldet. Die Marx-Forschung erhole sich mittlerweile vom legitimatorischen Gebrauch durch Staaten und Parteien, heute erst könne man ein unvoreingenommenes Interesse an der zugrunde liegenden Theorie entwickeln.

Einleuchtend ist die Begründung nicht, denn von der Wissenschaft wäre zu erwarten, dass sie die legitimatorische Vereinnahmung der Kritik der politischen Ökonomie durch den Arbeiter- und Bauernstaat östlicher Prägung von der ökonomischen Analyse unterscheidet – und das auch dann, wenn ein ganzer Staatenblock seine reale Existenz mit einer Berufung auf (und einer Revision von) Marx begründet. Für die theoretische Beschäftigung müssen ja nicht die betreffenden Staaten untergehen, damit man sich von der Voreingenommenheit freimachen kann. Es sei auch daran erinnert, dass die Kritik der politischen Ökonomie schon im 19. Jahrhundert erschien und keine Anleitung zum Aufbau des Realen Sozialismus bot, sondern eine Darstellung der Gesetze des Kapitals, also eine Kritik des real existierenden Kapitalismus, wie er heute in den Staaten des ›freien Westens‹ vorliegt.

³ Neben Prof. Dowe nahmen teil: der IMS-Vorsitzende Prof. Herfried Münkler, der zum Thema »Die Aktualität des Karl Marx – Marx gegen den Marxismus gelesen« Stellung nahm (s.u.); Prof. Bertram Schefold, der für die aktuelle Edition verantwortlich zeichnete (s.u.), und Prof. Izumi Omura, der über den Beitrag japanischer Wissenschaftler zur Fertigstellung der MEGA informierte. Ein Bericht von der Veranstaltung findet sich bei Findeisen 2005. Eine flotte Rezension zur Fortsetzung der MEGA-Edition hat Dietmar Dath in der FAZ anlässlich der Neuedition von »Kapital«, Band 3, beigesteuert. Sie kommt bemerkenswerterweise, nachdem der Autor den »un glaublich öden Streit« um die Arbeitswertlehre gestreift hat, in puncto »Kapital« zu dem Schluss: »Was man damit nicht versuchen sollte, ist die Enträtselung der Welt von heute. Klarer, als sie den meisten in ihr Lebenden längst ist, kriegt man sie mit Marx nämlich nicht.« (Dath 2007, 290, 292)

Oder wollte Dowe mit seiner Bemerkung darauf hinaus, dass im heutigen Wissenschaftsverständnis die Suche nach Gründen für gesellschaftliche Widersprüche immer zu einer Legitimation führen muss und dass daher die marxistische Analyse des westlichen Kapitalismus zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes als unzulässiger Störfaktor gewirkt hätte? Die westlichen Staaten waren ja in ihrer ideologischen Betreuung der Bevölkerung nicht gerade Freunde einer kritischen Selbstanalyse, wie man etwa am lange Jahre offiziell geltenden Antikommunismus ablesen kann (siehe den folgenden Beitrag über Antimarxismus).

1.3 Was ist eine Theorie? Die Forderung nach Offenheit – Ergebnis ausgeschlossen

1.3.1 Die Denkfähigkeit eines »Universalgelehrten«

Herfried Münkler führte auf der genannten Veranstaltung zur Vorstellung des neuen MEGA-Bandes, der die Texte zum »Kapital«, Band 3, enthält, als Beleg für die generelle Unabgeschlossenheit und Offenheit von Wissenschaft die Denkfähigkeit des »letzten Universalgelehrten« Marx an: Dessen Denken zeichne sich durch Vieldeutigkeit, durch Offenheit aus. Es sei antidogmatisch – und Marx selbst ein famoser Kopf, aber total schwierig. Wie ein Chamäleon präsentiere er sich, mit brillanten Formulierungen, doch unklaren Antworten; eine Theorie, die auf Dogmen beruhe, habe Marx sogar für unsittlich gehalten.

Vieldeutigkeit oder prinzipielle Offenheit als Gütesiegel zu nehmen, bedeutet aber, dass man vor dem Studieren und der theoretischen Arbeit einen Maßstab setzt, der, ohne Nachweis durch den Argumentationsgang der Theorie, diese vorab festlegt, also relativiert. Denn klar ist für den Marx-Experten, dass »unklare Antworten« vorliegen – was ihn nicht zu einem Prozess der Klärung motiviert, sondern zu dem Lob, man habe es mit dem offenen Denken eines »Universalgelehrten« zu tun.

1.3.2 Vielfältigkeit der Forschungen schafft Unsicherheit: Kontinuität oder Bruch?

Mit der Veröffentlichung aller Manuskripte und Entwürfe von Marx in der MEGA liegt für die Wissenschaft eine Unmenge Material vor. Daraus wird aber heute eine merkwürdige Fragestellung verfertigt: Kann angesichts der Fülle des Materials von einer Einheit im Marxschen Denken gesprochen werden? Das ist eine andere Frage als die wissen-

schaftliche Erkundigung danach, was der Theoretiker zu den von ihm erforschten Kategorien der kapitalistischen Gesellschaft mit welchen Forschungsschritten herausgefunden hat. Man konfrontiert nämlich die in verschiedenen Zeiten entstandenen und sich mit verschiedenen Gegenständen beschäftigenden Schriften mit dem Anspruch der Einheit, Konsistenz und Kohärenz.

»Was umfasst überhaupt das Marx'sche Werk, mit dem wir uns auseinandersetzen wollen? Inwiefern kann hier überhaupt von einer Einheit gesprochen werden?« (Heinrich 2009, 20) »Wie weit ist Marx mit seiner Analyse überhaupt gekommen? Wie ist es um die Konsistenz und Kohärenz der Marx'schen Argumentation bestellt?« (Heinrich 2011, 9) Diese Fragestellung prüft nicht, ob die Aussagen von Marx stimmen. Statt dessen gelangt diese Variante der neuen Marx-Lektüre zu einer neuen Fragestellung, die dem Weg nachgeht, auf dem Marx zu seinen Forschungsergebnissen gekommen ist. Jetzt wird diskutiert, welches Manuskript als Vorarbeit zum »Kapital« gesehen werden kann oder ob sich die Einordnung, die in der MEGA vorgenommen wird, aufrechterhalten lässt. (Dies ist das Thema von Heinrich 2011, 155-193.)

Auch wenn man in der intellektuellen Biografie des antikapitalistischen Theoretikers nachschaut, wann die ersten Arbeiten zum »Kapital« entstanden sind, und dort fündig wird, bleibt immer noch unklar, ob man die Kenntnis der einzelnen biografischen Etappen benötigt, um das von Marx veröffentlichte Resultat im ersten Band des »Kapital« oder die später veröffentlichten Manuskripte zu beurteilen. Das Interesse, frühere Ausführungen zum Verständnis heranzuziehen, ergibt sich dann, wenn ein vom Autor veröffentlichtes Werk dem Verstehen Schwierigkeiten bereitet, wenn Unklarheiten vorliegen und man daher, um sich Klarheit über die Argumentation zu verschaffen, Hilfen in Vorarbeiten des Autors sucht. Allein die Existenz solcher Texte zum Grund für einen Vergleich zu machen, ist jedoch etwas anderes als die Bemühung um eine Klärung. Hier macht man den Vergleich zu einem eigenen Thema, das zur Beschäftigung mit dem »Kapital« hinzutritt. Sachlich gesehen würde man damit den Forschungsprozess von Marx nachvollziehen und käme dann etwa zu dem Ergebnis, dass spätere Texte die Mängel der früheren überwunden haben. So stellen z.B. Bischoff/Lieber beim Nachvollzug der Theorie der Produktionspreise fest: »Marx zieht hier die entscheidenden Konsequenzen aus den Erkenntnissen und Ungereimtheiten des zweiten »Kapital«-Entwurfs.« (Bischoff/Lieber 2011, 229) Dies ist kei-

ne neue Erkenntnis in der Sache. Besteht man aber auf der Notwendigkeit des Vergleichs, dann eröffnet sich eine neue Fragestellung: War der Forschungsprozess schon immer geradlinig oder unterbrochen?

»In der Diskussion über Marx ist das Verhältnis von Kontinuität und Bruch innerhalb seiner eigenen intellektuellen Entwicklung außerordentlich umstritten. Fand Marx bereits recht früh (etwa in der *Dissertation* von 1840/41 oder in der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* von 1843) zu seinem eigenen kritischen Ansatz, der in den folgenden Jahrzehnten dann lediglich noch weiter entwickelt und entfaltet wird? Oder gibt es eine (oder auch mehrere) Bruchstellen in der Marxschen Entwicklung, sodass sich etwa ein ›junger‹ (philosophischer) Marx von einem ›späteren‹ (ökonomischen) Marx unterscheiden lässt?« (Heinrich 2009, 20) »Im einzigen Text, der die Skizze einer intellektuellen Autobiografie von Marx enthält, dem Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859), heißt es über die *Deutsche Ideologie*, dass es dort darum gegangen sei, ›in der Tat mit unserem ehemaligen philosophischen Gewissen abzurechnen‹ (...). In der *Deutschen Ideologie* wird sowohl die Philosophie des menschlichen Wesens als auch die Vorstellung einer Entfremdung von diesem Wesen einer grundlegenden Kritik unterzogen. Nach 1845 ist von einem ›Wesen des Menschen‹ bei Marx nicht mehr die Rede.« (Ebd., 21)

Eigentlich müsste die Frage nach Kontinuität oder Bruch in der Entwicklung des Denkens bei Marx mit dessen eigener Aussage über seine Themenwahl als definitiv beantwortet gelten. Sinnvollerweise wäre dann nur noch zu klären, ob die Urteile zu den betreffenden Gegenständen im »Kapital« – oder, wenn man unbedingt diesen Fokus wählt, in den Frühschriften – zutreffend sind oder nicht. Aber diese Prüfung steht nicht an, wenn man die Forscherbiografie in den Vordergrund rückt. (Die Forscherbiografie ist ferner Thema bei Bonefeld/Heinrich in der Einleitung zu ihrem Sammelband »Kapital & Kritik«, 2011, 7-12, oder im selben Band bei Musto 2011.)

1.3.3 Die Fiktion des authentischen Marx: Konstruieren statt Wissen

Es ist eher die Ausnahme, dass Vertreter der neuen Marx-Lektüre »für die gesellschaftskritische politische Bildung« (Steckner 2011, 16) die Befassung mit dem Original favorisieren, wobei dann mitunter wieder eigenartige Probleme aufgeworfen werden. Es gibt aber auch deutliche Ansagen wie die folgende: »Wer die ausgefochtenen Kämpfe der Sekun-

därliteratur nicht kennt, muss sie auch nicht bewusst zur Seite legen, um sich zunächst dem Originaltext zu widmen. Er kann sich der Herausforderung stellen, die Kritik der Politischen Ökonomie aus sich selbst heraus zu begreifen.« (Steckner 2011, 19) Dass die authentischen Texte mit dem »Kapital« zur Verfügung stehen, ist für den Mainstream der Marxforschung nicht die ausreichende Bedingung. Hier problematisiert man, wie sich ein authentischer Zugang erreichen lasse.

Michael Heinrich stellt die Frage, was durch die neue Marx-Forschung überhaupt erneuert werden soll. »Soll ›Marxismus‹ lediglich den erneuerten Bezug zu Marx verdeutlichen, sozusagen eine Verbeugung vor dem großen Kopf? Oder ist damit tatsächlich ein ›System‹, eine ›Weltanschauung‹ gemeint, nur eben ohne die Dogmatismen des ›orthodoxen‹ Marxismus (...) ?« (Heinrich 2009, 17f.) Und er beantwortet die Frage so: »Zwar lassen sich eine Reihe offensichtlicher Fehlinterpretationen zurückweisen, doch kommen wir nicht davon los, dass wir uns mit Marx jeweils unter bestimmten politischen und sozialen Umständen auseinandersetzen, dass jene Umstände einen erheblichen Einfluss auf diese Auseinandersetzungen haben. Ein authentischer Marx, der immer schon da ist und nur darauf wartet, endlich von uns entdeckt zu werden, ist eine Fiktion.« (Ebd., 20)

Indem Heinrich den Bezug auf Marx gleich psychologisch ausdrückt als Verbeugung vor einer Autorität, unterstellt er einem Studium des »Kapital«, das einfach den Text ernst nimmt, eine unreflektierte Haltung. Er begründet das damit, dass die äußeren Umstände die Rezeption so beeinflussen, dass die Vorstellung, Marx zu verstehen, zur Illusion werde. Wenn das stimmt, wie soll man dann Heinrichs eigene Urteile lesen? Trifft es auch auf ihn zu, dass sich seine Argumente nie authentisch rezipieren lassen? Zugleich will Heinrich die Offenheit für Interpretationen nicht so weit treiben, dass er sie auch für den »Leninismus« gelten lässt. In diesem Fall weist er »eine Reihe offensichtlicher Fehlinterpretationen« zurück. Er ist sich sicher, dass hier Fehler vorliegen. Wenn man das ernst nimmt, ist der Autor mit seinem Denken zu einem Ergebnis gekommen, das er für richtig hält. Wissenschaft findet also, müsste man schlussfolgern, doch etwas heraus. Aber es bleibt dabei, wissenschaftliche Analysen stellt sich der Autor als subjektiv gefärbte Konstruktionen vor.

»Die Vorstellung, dass es ein Marxsches Werk gibt, das ›vorliegt‹ und das jetzt endlich jenseits aller vorgefassten Urteile nur noch gelesen und

verstanden werden muss, ist reichlich naiv. (...) Von einem ›Marxschen Werk‹ zu sprechen, setzt immer schon eine bestimmte Konstruktionsleistung derjenigen voraus, die lesen. (...) Es sind eben jene ›unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umstände‹, die unsere Probleme, Konflikte und Fragen definieren, die dann in die jeweilige Konstruktion eingehen. Dieser unvermeidlich konstruierende Charakter bedeutet aber nicht, dass mit dem Verweis auf die ›Umstände‹ jede Interpretation zu rechtfertigen wäre. (...) Statt die Vielzahl der Marxschen Texte als einen Steinbruch zu betrachten, aus dem man sich beliebig bedienen kann, hat man sich zunächst einmal mit der Konstitution des jeweiligen Werkes zu beschäftigen und dann die eigenen Interpretationsversuche an den jeweiligen Texten auch zu begründen.« (Ebd., 24f.)

Heinrich plädiert *gegen* die Willkür, Theorien wie einen Steinbruch für eigene Fragestellungen zu benutzen, und *für* die Text-gebundene Begründung der herangetragenen Gesichtspunkte. Aber woher stammt eigentlich die Notwendigkeit, vor der Lektüre des Marxschen Opus erst einmal den eigenen Standpunkt zu untersuchen, die eigenen Forschungsgesichtspunkte zu erläutern? Folgt man damit nicht einfach den Regeln des pluralistischen Wissenschaftsbetriebs, der vor der Befassung mit einem Gegenstand mit allerlei Vorschriften aufwartet? Auffällig ist übrigens, dass man bei naturwissenschaftlichen Gesetzen die subjektive Färbung durch den Forscher nicht problematisieren muss, damit die Erkenntnisse wissenschaftlichen Charakter erhalten. Und auch Heinrich erwartet selbstverständlich vom Leser seines Aufsatzes, dass er die dort getroffenen Aussagen über soziale Konstruktionen ernst nimmt, und macht ihm nicht das Angebot, diese im Blick auf seine eigene soziale Lage umzuinterpretieren. In seiner weiteren Ausführung widerspricht er seiner eigenen Einsicht: »Auch Wissenschaft will Zusammenhänge verstehen und deren Zustandekommen erklären, sie ist sich aber über ihre eigene Vorläufigkeit im Klaren; nichts, erst recht nicht die eigenen Ergebnisse sind der wissenschaftlichen Kritik entzogen.« (Ebd., 18f.)

Heinrichs Fehler liegt erstens darin, die Systematik einer wissenschaftlichen Erklärung mit Weltanschauung gleichzusetzen und den so konstruierten Universal-Systemanspruch Marx zu unterstellen, und zweitens, die Entwicklung von Wissenschaft durch Kritik und Verbesserung bestimmter Fehler – ein Prozess, der im Ergebnis zu wissenschaftlicher Korrektheit, zur Erlangung richtiger Urteile führt – mit dem unbegründeten Postulat, also dem Dogma der prinzipiellen Offenheit zu konfron-

tieren. Ein Postulat, das er, wie gesagt, für seine eigenen Überlegungen bei Gelegenheit nicht gelten lässt, denn er kann ja offensichtlich Fehlinterpretationen erkennen. Die Forderung nach genereller Offenheit von Wissenschaft ist also ein Widerspruch in sich, da man im Moment der gedanklich ernst gemeinten Äußerung oder Veröffentlichung auf einer bestimmten Aussage besteht. Deren Korrektur würde zu einer verbesserten Aussage führen, aber nicht zum Sachverhalt einer generellen Offenheit, die nichts festhält und alles im Unbestimmten belässt. (Als weiterer aktueller Diskussionsbeitrag liegt jetzt vor: Heinrich 2015.)

1.3.4 Trennung von Ökonomie und Methode

David Harveys in den USA entstandene Publikationen zur Kritik der politischen Ökonomie, die mittlerweile auch in Deutschland größere Aufmerksamkeit finden, weisen eine gewisse Doppeldeutigkeit auf. Einerseits referiert er mit ausführlichen Zitaten die Erkenntnisse von Marx, andererseits sucht er hinter diesen Kategorien eine vom ökonomischen Inhalt abstrahierte dialektische Denkmethode.

Nachdem Harvey in seinem Begleitbuch zum »Kapital« den Inhalt der drei Bände aufgeführt hat, resümiert er: »Das bringt uns wieder zur Methode von Marx zurück. Zu verstehen, wie seine Methode funktioniert, ist eine der wichtigsten Sachen, die ein sorgfältiges Studium des ersten Bandes vermitteln kann. Das ist meiner Ansicht nach genauso wichtig wie seine Erkenntnis zur Sache selbst.« (Harvey 2011, 21) Und an anderer Stelle: »Dummerweise hat Marx aber nie eine Abhandlung über Dialektik geschrieben und seine dialektische Methode nie erläutert. (...) Wir stehen also vor einem scheinbaren Paradox. Um Marx' dialektische Methode zu verstehen, müsst ihr das *Kapital* lesen, weil sie dort tatsächlich praktiziert wird; aber um das *Kapital* zu verstehen, müsst ihr Marx' dialektische Methode verstehen.« (Ebd., 22)

Harvey ist der Meinung, dass die ökonomischen Argumente besser zu verstehen seien, wenn man sie zusätzlich mit einer vom ökonomischen Inhalt getrennten Methode verbindet. Das ist sachlich nicht einleuchtend, da ja die Systematik der ökonomischen Kategorien sich aus diesen ergibt – und eine reine Methode davon abstrahieren würde. Man hätte damit nur eine Verdopplung der Argumentation erzielt, wobei die inhaltliche in ihrer angeblichen Unvollkommenheit stehen bliebe und die methodische unökonomisch wäre. Denn Letztere könnte den Grund für die Abfolge der inhaltlichen Kategorien nie angeben, da sich dieser ja aus dem

Inhalt ergibt. Dreht man aber die Sache um und geht von einem methodischen Muster aus, dann werden die ökonomischen Kategorien in einen anderen Zusammenhang gebracht.

Wo Harvey sich in seiner Abhandlung auf die Seite der Methode stellt, wird aus dem Kapital eine Bewegung von Dualität und Einheit, die sich angeblich an allen Gegenständen wiederholt. Er schreibt über die Analyse von Marx: »Nachdem er mit Gebrauchswert und Tauschwert – einer Dichotomie – begonnen hat, gelangt er zu einem einheitlichen Begriff von Wert« (Harvey 2011, 37); in der Folge »stoßen wir auf eine weitere Dualität, die von konkreter (tatsächlicher) und abstrakter (gesellschaftlich relevanter) Arbeit. Diese (...) vereinigen sich wiederum im einheitlichen Akt des Warentausches. Aber die Untersuchung dieses Moments des Austausches enthüllt eine weitere Dualität zwischen relativer Wertform und Äquivalentform des Werts. Diese (...) vereinigen sich mit (...) der Geldware. (...) Was wir hier vor uns haben, ist ein Muster der Argumentationsweise, eine schrittweise Entfaltung des Arguments dergestalt, dass Gegensätze wieder in eine Einheit gebracht werden. (...) Dadurch wird ein Widerspruch in die Sache selbst hineingelegt, der zu einer neuen Dualität führt. (...) Das ist Marx' dialektische Methode der Darstellung.« (Ebd., 38)

Aus der bloßen methodischen Fixierung von Dualität und Einheit lässt sich nicht ableiten, welche Dinge jeweils verbunden werden und was die Einheit ausmacht. Und bei der Prüfung des konkreten Sachverhalts zeigt sich, dass das Schema von Dualität und Einheit der besprochenen Sache selbst widerspricht. Die Dualität von Gebrauchswert und Tauschwert fällt nämlich nicht in die Einheit des Werts. Sie verlangt eine Verlaufsform, in der sich Gebrauchswert und Tauschwert trennen und daher eine Verdoppelung von Ware und Geld nötig machen. Auch am Wert, den Harvey als Einheit sieht, ist ganz von der konkreten Arbeit abgesehen, er ist negativ die Abstraktion davon und positiv die Durchschnittszeit jeglicher Arbeit; also ist in dieser Einheit (Wert) kein Moment von konkreter Arbeit enthalten. Auch die Feststellung, dass relative Wertform und Äquivalentform im Geld eine neue Einheit bilden, ist unrichtig. Geld ist die von der Warenwelt ausgegliederte, zur selbständigen Ware gewordene Äquivalentware, zunächst Gold, später staatlich gültig gemachtes Papiergeld. Der Fall, in dem der Wert als relative Wertform auftritt, geht gleichzeitig mit der Geldentwicklung in eine Preisform über, sodass der Wert nun einmal ideell vorweggenommen im Preis und

einmal reell in der Geldsumme existiert. Der Tausch ist dann die Realisierung des Werts durch den Übergang aus seiner ideellen – mit dem Gebrauchswert als Träger verbundenen Form – in die selbständige, reelle Form. Die Geldware ist also nicht die neue Einheit der Dualität relativer und äquivalenter Wertform.

Anscheinend hat Harvey an der Idee Gefallen gefunden, einen »Widerspruch in die Sache selbst« (ebd., 38) hineinzulegen, weil ihm das als Kennzeichen kritischer Wissenschaft gilt. Um das am Fall der Ökonomie zu praktizieren, muss man sich allerdings den sachlichen Zusammenhang zurechtbiegen. Man muss sich die Kritik der ökonomischen Inhalte als einen Standpunkt der kritischen Methode vorstellen, um dann überall diese Kategorien in ein Hin und Her von Dualität und Einheit zu zwängen.

1.3.5 Praxis braucht nicht Marx, sondern Marxismus und Fallibilismus
Alex Demirović bringt in der Einleitung des Sammelbands »Was ist der Stand des Marxismus?« folgendes Statement zur Marxschen Theorie: »Während sie als Kritik der politischen Ökonomie einen präzise umschriebenen Gegenstand hat, kann unter dem Titel eines Marxismus der Anspruch entstehen, dass sie auf viele oder alle Probleme, die die kapitalistische Gesellschaftsformation aufbringt, eine systematisch ableitbare Antwort geben muß. Damit droht sie ihren wissenschaftlichen Charakter zu verlieren und verändert den Textkorpus von Marx zum quasi-heiligen Kanon einer Weltanschauung.« (Demirović u.a. 2015, 16f.)

Die Autoren des Bandes kennen und benennen den Unterschied von Wissenschaft, die sich einem bestimmten Gegenstand widmet, und Weltanschauung, die als Sinnstiftung letztlich über Gott und die Welt, über alles und nichts Auskunft gibt. Aber das ist nicht ihr letztes Wort, denn anstatt nun die von Marx geleistete Kritik der Ökonomie der Leserschaft (wieder) bekannt zu machen, ist den hier versammelten Autoren das Programm »Marxismus« ein wichtiges Anliegen: Sie bemühen dafür den scheinbaren Mangel, den eine bestimmte Erkenntnis wegen ihrer Bestimmtheit haben soll, da sie diese einfach als Begrenztheit für problematisch erklären. War im obigen Zitat der wissenschaftliche Vorteil noch, dass »ein präzise umschriebener Gegenstand« Thema ist, so wird das nun zum Mangel, wenn man es mit zwei oder mehr Gegenständen zu tun habe. »Denn wenn unterschiedliche ›Bereichstheorien‹ innerhalb der kritischen Gesellschaftstheorie mit jeweils unterschiedlichen, aber

begrenzten Erklärungsreichweiten angenommen werden, bleibt unklar, wie das Zusammenwirken und die Durchdringung dieser Bereiche und Herrschaftsverhältnisse zu denken ist.« (Ebd., 20)

Wie zwei Gegenstände zusammenpassen oder nicht, ist eine Frage des Inhalts – und anders nicht zu beantworten. Im Beitrag von Demirović wird dagegen die falsche Schlussfolgerung gezogen, aus zwei Gegenständen ein abstraktes Problem ihres Zusammenhangs zu machen; man sucht eine inhaltsleere gedankliche Krücke, um eine »kritische Gesellschaftstheorie« zu etablieren, die »sich von einem Standpunkt gewissermaßen ›außerhalb‹ der Theorie bestimmen lässt, wann und warum welche ›Bereichstheorien‹ für bestimmte Analysen relevant werden.« (Ebd., 20) Wieso soll die Tatsache, dass man Gegenstände auswählt, also einmal über das Kapital, dann über den Kredit, den Staat, die Umwelt usw. etwas wissen oder vermitteln will, einen außerhalb der Theorie liegenden Standpunkt nötig machen? Warum soll das dazu führen, dass die »Bereichstheorie« relativiert wird? Diese Notwendigkeit wird folgendermaßen begründet: Es »stellt sich das Problem des ›weltanschaulichen Moments‹ auch im Hinblick auf die Frage, wie die Erkenntnisse kritischer Gesellschaftstheorie für das eigene Handeln motivierend, verbindlich und handlungsleitend werden können. (...) Dieses Handeln soll (...) darum wissen, dass wir uns immer begrifflich vermittelt in der Welt bewegen, diese Begriffe jedoch auf Grund der Praxis ihrerseits ständig zur Disposition stehen. (...) Auch das spricht dafür, am Begriff eines Marxismus festzuhalten, der um seine Offenheit, seine Historizität, seinen Fallibilismus weiß.« (Ebd., 20f.)

Ein seltsamer Bedarf nach einer motivierenden Handlungsanleitung wird hier angemeldet. Erst soll für denjenigen, der die wissenschaftliche Erklärung rezipiert, die Auswahl einer Bereichstheorie motivierend und handlungsleitend sein, indem sie ihm den Begriff der Sache vermittelt. Dann aber soll genau diese Handlung »aufgrund der Praxis« bewirken, dass einem die Begriffe verloren gehen, woraus wiederum folgen soll, dass man diese als offen, historisch und fallibilistisch anzusehen habe. Was ist mit dieser Problematisierung erreicht? Man hat sich die Theorie des »Kapital« als einen Standpunkt kritischer Gesellschaftstheorie zu-rechtgelegt. Mit dem gelangt man durch Betonung des Wortes »kritisch« zu einer Haltung, die vorab für die Beschäftigung mit der Kritik der politischen Ökonomie verlangt wird. Sie gibt sich kritisch gegen jedes bestimmte Urteil – so wie im Fallibilismus, dem Bekenntnis zur mensch-

lichen Fehlbarkeit, der alte philosophische Widerspruch »Ich weiß, dass ich nichts weiß«, der vom eigenen Wissen gerade das Gegenteil aussagt, zur höchsten Erkenntnis stilisiert wird. Und diese kritische Haltung wird mit der außerwissenschaftlichen Motivierung von Praxis legitimiert.

Dass diese Praxis keiner richtigen Kritik des Kapitals als Anleitung bedarf, ist offensichtlich. Dennoch sieht nun Klaus Dörre eine Gefahr bei den Praxisansprüchen. »Aber was genau ist heute das Ziel gesellschaftsverändernder Praxis? Kritik am Kapitalismus ist inflationär geworden. Selbst der Papst spricht von einer Wirtschaft, die tötet. Doch durch was wäre die kapitalistische Wirtschaft, wäre die kapitalistische Gesellschaft zu ersetzen? Auf diese Frage gibt es in der Gegenwart allenfalls vage Antworten. (...) Ein soziologischer Marxismus kann daher nur experimentell verfahren. Überbordenden Praxisansprüchen wird er sich aus guten Gründen verweigern müssen.« (Dörre 2015, 58) Wie argumentiert hier ein Vertreter der neuen Marx-Lektüre? Er stellt fest, dass es viele Arten der Kritik am Kapitalismus gibt. Nun werden sie nicht im Einzelnen präsentiert, geprüft oder in ihrer gemeinsamen (Un-)Haltbarkeit zusammengefasst. Vielmehr soll sich allein über ihre Vielheit das Verdikt »inflationär« ergeben, sodass man sie als nicht befassungswürdig abtun kann. Der Autor wechselt direkt zur generellen Frage, wodurch der Kapitalismus zu ersetzen sei. Es werden also nicht die vielen, bei den einzelnen Kritikern anzutreffenden Vorstellungen aufgeführt, sondern es wird gleich global der Ersatz einer Gesellschaft durch eine andere verlangt. Der Autor stellt diese Frage, aber man darf nicht glauben, dass er sie beantworten will. Eine Alternative arbeitet er nicht aus. Die Frage wurde nur aufgeworfen, um die Unmöglichkeit ihrer Beantwortung zu belegen: Es gibt nur vage Vorstellungen, also keine ernsthafte Alternative, wohin man auch blickt. Daher soll sich der soziologische Marxismus jeder antikapitalistischen Praxis verweigern, wenn sie über die experimentellen Verfahren der Soziologie hinausgeht. Aus Praxis wird Feldforschung!

Die Beispiele zeigen, dass in der neuen Marx-Lektüre Bemühungen unternommen werden, die vor dem Beginn der Wissenschaft einen außerwissenschaftlichen Standpunkt einnehmen oder dies zur Regel erheben wollen. Wie sich ein solches Vorgehen geltend macht, wenn die Argumentation von Marx zum Thema wird, soll im Folgenden an weiteren Beispielen erläutert und kommentiert werden.

2. Streitpunkt: Die soziologische Fragestellung von Struktur und Handeln

2.1 Von der Wertform zur Markt- und Organisationsform

Bei der neuen Befassung mit der Marxschen Theorie trifft man das eigenartige, aber in der heutigen Wissenschaft akzeptierte Verfahren an, einfach eine eigene Sichtweise vorzuschlagen. Dabei macht man sich nicht einmal mehr die Mühe, an den Urteilen des Ökonomen Marx einen Fehler nachzuweisen. Dessen Theorie wird als einseitig klassifiziert, ebenso einseitig wird der eigene Gesichtspunkt dazugestellt – und schon ist die Sache falsch, aber schön zweiseitig aufbereitet. Jacques Bidet fordert z.B.: »So plausibel mir dieser Anfang der Darstellung ist, kritisiere ich doch den ›einseitigen‹, weil ›unipolaren‹ Charakter, den er aufweist, obwohl doch eigentlich *zwei Pole* berücksichtigt werden müssten. Die ›Form der Organisation‹ besitzt einen gleichermaßen abstrakten und somit der weitgehenden Analyse vorausgesetzten Charakter wie die ›Marktform‹. Es ist ganz befremdlich, dass Marx erst im Abschnitt IV des ersten Bandes des *Kapital* die Organisation entdeckt und sie unter dem Stichwort ›Kooperation‹ behandelt. (...) Der ›Reichtum‹, das heißt der produzierte Gebrauchswert, nimmt in modernen Gesellschaften auf zwei Arten Gestalt an: gewiss auch als eine ›ungeheure Warensammlung‹, wie es der berühmte erste Satz des *Kapitals* formuliert. Aber auch als Nicht-Ware, als Materialisierung großer Organisationen, wie sie Michel Foucault beschrieben hat: Als Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungen. Diese beiden polaren Formen verbinden und durchdringen sich in vielfältiger Weise auf allen Ebenen moderner gesellschaftlicher Institutionen.« (Bidet 2006, 149f.)

Marx geht von der Ware aus, da sie die elementare Größe darstellt, die den Markt bestückt und sich dort nach dem Wertgesetz austauscht, ihm also logisch vorausgesetzt ist. Das übersieht Bidet. Ebenso bleibt ihm unklar, dass die Organisation des Produktionsprozesses als Kooperation oder Fabrikssystem erst dann zu klären ist, wenn die spezifische Ware Arbeitskraft erläutert ist, deren Betätigung dann innerhalb des vom Kapitaleigentümer organisierten Produktionsprozesses stattfindet (vgl. im »Kapital«, Band 1, die Kapitel 11-13). Daher wird die »Organisation« erst hier von Marx aufgenommen.

Es ist der Willkür Bidets geschuldet, einen Dualismus von Markt und Organisation einzuführen und Ersteren in eine Form »mit abstraktem Charakter« zu verwandeln, der dann Letztere mit einem ebenso »abstrakten

Charakter« entgegengestellt wird. Man kann die beiden Abstraktionen nun, wenn eingeführt, beliebig benutzen, um viele Pfeildiagramme zu weiteren Gegenständen zu zeichnen.

»Die Metastruktur beinhaltet sowohl die marktförmige als auch die organisationsorientierte Konzeption der bürgerlichen Gesellschaft und impliziert damit zugleich eine dritte Gestalt: den Staat als die reine Form der als gemeinschaftlich unterstellten Organisationen.« (Bidet 2006, 151) Mit dem Begriff Organisation lässt sich gut hantieren: In der Wirtschaft duellieren sich Marktform und Organisationsform und darüber wacht als gemeinschaftliche Größe die »Staatsorganisation«. Bidet unterstellt die ausgleichende Wächterfunktion schlichtweg dem Staat als dessen inneren Zweck – und schon liegt eine Legitimation des Gewaltmonopols vor, dessen Gewalt allein dem Organisieren dienen soll.

Fragt sich nur, warum diese harmlose Leistung einer Ordnungsstiftung mit dem Monopol auf Gewalt verbunden sein soll. Das Ganze nennt man dann »metastrukturelle Rekonstruktion des Kapitals« und zeigt im Titel schon an, dass man die Theorie von Marx nicht verstehen, sondern für eine »organisationsorientierte Konzeption« umschreiben will – und wirft dem antikapitalistischen Theoretiker dann vor, dass er den eigenen Gesichtspunkt nicht beachtet hat. Dass es in der Theorie von Marx z.B. Gründe gibt, die Kooperation erst nach der Einführung der Ware Arbeitskraft zu behandeln, ist oben gezeigt worden, stellt aber für das Paradigma des Strukturalisten schlichtweg eine Abweichung von seiner Fragestellung dar.

2.2 Marx hat das soziologische Grundproblem von Struktur und Handeln gelöst

Wenn überhaupt, dann sind von den neueren Initiativen in Sachen Marx-Lektüre die Publikationen interessant, die einzelne Fragen zu klären versuchen. Manchmal handelt es sich freilich nur um den Nachvollzug der Marxschen Argumentation, wie sie sich in den Entwürfen finden lässt und wie sie dann im Ergebnis in den späteren Schriften, speziell im »Kapital«, vorliegt. In diesem Zusammenhang sind z.B. Joachim Bischoff und Christoph Lieber zu nennen. Sie haben die Argumente zur Verwandlung der Warenwerte in Durchschnittspreise noch einmal in früheren Manuskripten nachgelesen und bringen entsprechende Zitate bei. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Dann wird es aber doch wieder merkwürdig, wenn die Autoren z.B. feststellen, dass Marx ein Grundproblem kritischer Ge-

sellschaftstheorie gelöst habe: Es soll in der »Vermittlung von Struktur und Handlung« (Bischoff/Lieber 2011, 230) bestehen.

Dieses Problem hatte Marx allerdings nicht. Die beiden Begriffe Struktur und Handlung sind inhaltsleer; es sind Abstraktionen, die weit über den historischen Gegenstand Kapitalismus hinausgehen. Es handelt sich um methodische Begriffe, die aus der ökonomischen Kritik von Marx eine Variante des Grundproblems der Soziologie machen: Wie funktionieren Struktur und Handeln? So stehen also richtige Momente neben von vornherein falschen Fragestellungen, wobei Letztere meist als der Zweck der Marxschen Untersuchung behauptet werden. Eine solche Verwendung des ökonomischen Themas für eine soziologische Fragestellung findet sich ebenfalls bei Demirović (2010). Auch Hanno Pahl greift in seinem Aufsatz über »Marx, Foucault und das Projekt einer Wissenssoziologie der Wirtschaftswissenschaften« die Erklärung der Kreisläufe aus dem »Kapital« auf und nimmt sie dann für eine soziologische Fragestellung in Anspruch (siehe Pahl 2010, 243f.).

3. Streitpunkt: Wo bleibt der Gebrauchswert?

3.1. Das »Kapital« beginnt mit nicht-kapitalistischem Reichtum

John Holloway hält sich beim Wort »Reichtum« aus dem ersten Satz des »Kapital« auf und vertritt die These, dass es uns auffordert »zu fragen, wie der Reichtum in einer Gesellschaft aussehen würde, in der die kapitalistische Produktionsweise *nicht* herrschte« (Holloway 2015, 21). Diese kontrafaktische Idee bebildert er mit der Vorstellung eines den Bedürfnissen entsprechenden Reichtums. »Damit Marx die Erscheinung transzendieren kann und seinen Standpunkt jenseits von ihr einnehmen kann (wie er es in seinem ersten Satz tut), muss es eine nicht innerhalb der Erscheinung enthaltene Nicht-Erscheinung geben, ein Überfließen, ein Unpassendes, einen Rest.« (Ebd., 31) »Also eröffnet der Ausdruck ›erscheint als‹ einen Raum der Hoffnung (...), dass Reichtum mehr ist als dies, dass es einen Reichtum gibt, der jenseits seiner Form drängt.« (Ebd., 34) »Noch bevor irgendetwas über die Ware gesagt wurde, hat er sie als Objekt der Kritik konstituiert. (...) Im selben Atemzug setzt er den Reichtum als Standpunkt der Kritik.« (Ebd., 36f.)

Natürlich gibt es je nach Gesellschaft verschiedene Formen des Reichtums, und man kann sich auch bei einer Assoziation freier Menschen – ausgehend von einschlägigen Marx-Zitaten (vgl. MEW 23, 29f.

und MEW 42, 395f.) – eine Universalität der Bedürfnisse und Produktivkräfte vorstellen. Aber dies als »Standpunkt der Kritik«, als »Raum der Hoffnung« noch vor der ersten Erklärung der Form des Reichtums in kapitalistischen Gesellschaften einzuführen, konfrontiert die Analyse der hier vorfindlichen Reichtumsart mit dem Ideal der Universalität des Reichtums, dem die Ware nicht entspreche. Ganz anders Marx, der zeigt, dass der Gebrauchswert, dessen weitere Analyse er einer eigenen »Disziplin, der Warenkunde« (MEW 23, 50) überlässt, nur der Träger des Tauschwertes ist, wodurch er zum Mittel des Geldes wird und daher nicht als Zweck die Produktion bestimmt. Damit ist der negative Umgang mit den Gebrauchswerten und den Bedürfnissen aus der Form der Ware erklärt und wird nicht als Ideal eines möglichen universellen Reichtums ausgemalt.

3.2 Preisbildung mit und ohne Gebrauchswert

Bertram Schefold sprach bei der Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung (s.o.) über das »Kapital« als »Ausgangspunkt von Wegen und Irrwegen des ökonomischen Denkens im 20. Jahrhundert«. Den Schwerpunkt legte er auf die Preistheorie. Hier sah er ein Problem bei der Bestimmung des Marktpreises durch den Produktionspreis: Das Unternehmen sei bei seiner Preisstruktur auf ganz konkrete, sachliche Mittel wie Rohstoffe verwiesen, die den Preis mitbestimmen – zusätzlich zum Wert, den Marx als ausschlaggebend betrachte. Marx habe aber beim Preis die Gebrauchswertstruktur übersehen und die Preisbildung vereinseitigt, weil er die Arbeitsseite und damit den wertschaffenden Gesichtspunkt betonen wollte. Daher sei auch Marx' Schluss aus dem Austausch zweier Waren auf ein Drittes, nämlich ihre Gemeinsamkeit als Arbeitsprodukte, unrichtig. Man könne genauso auf die Natur als Drittes schließen, wie es die Physiokraten vor Ricardo taten. Dass Marx deren Ansatz nicht übernahm, sei eine Sache seiner theoretischen Entscheidung gewesen. Außerdem sei der tendenzielle Fall der Profitrate nicht richtig gefasst, da es lange Phasen der Akkumulation gegeben habe.

Schefold hält die Theorie von Marx trotz der Fehler für faszinierend. Ihre Kategorien seien wie Fernrohre und Linsen, zwar nicht vollkommen, aber so zu gebrauchen, dass man immer wieder durch sie schauen und zu weiteren Entdeckungen gelangen könne. Schefolds inhaltliche Relativierung überrascht. Marx hat sich ausführlich mit den Physiokraten auseinandergesetzt. Diese sahen die wertschaffende Qualität in der Natur,

obwohl sie nur konkreten Reichtum (z.B. Lebensmittel) hervorbringt, nicht Reichtum in der abstrakten Wertform, die erst aus den vielen verschiedenen Produkten Waren mit einem Preis macht. Das alles kann man in den »Theorien über den Mehrwert« (MEW 26.1-3) nachlesen. Dort wird die physiokratische Theorie auch auf ihre gesellschaftliche Grundlage zurückgeführt: dass Produktion damals im Grunde Landwirtschaft bedeutete und eine große Industrie noch nicht existierte.

Ebenso verhält es sich mit dem Einkaufspreis des Unternehmers. Marx hat im Band 2 des »Kapital« über die Zirkulation alle Phasen des Kapitalkreislaufs analysiert, die den Kauf der Arbeitskraft, der Maschinen und der Rohstoffe betreffen, und ist darauf eingegangen, dass der Unternehmer eine bestimmte technische Zusammensetzung berücksichtigen muss. Der Unternehmer geht davon aus, dass alles, was er dafür braucht, auf dem Markt als Ware zu erhalten ist. In seiner Rechnung summieren sich dann die verschiedenen Waren zum Gesamtkostpreis. Im verlangten Preis und dem gezahlten Geld stellt aber die Natur keinen Faktor dar. Das Faktum, dass z.B. ein Stahlproduzent Eisenerz kauft, gibt keineswegs dem Preis über den Wertinhalt hinaus noch einen Gebrauchswertinhalt. Wem sollte auch diese erfundene Kostenkomponente vergütet werden? Man wundert sich, dass längst widerlegte Einwände erneut vorgetragen wurden – und das bei Spezialisten, die sich der Wiederaneignung der Marxschen Theorie widmen.

3.3 Was kostet mich das? Der Wert als subjektive Wertbedeutung

Ralf Krämer gibt eine knappe Zusammenfassung der Erklärung des Werts und seiner Ausdrucksformen als Produktionspreis, Marktwert und Marktpreis (Krämer 2006). Er ist aber darüber hinaus der Meinung, der Grund für die differierenden Auffassungen der alten und neuen Marx-Lektüre liege im Fehlen einer funktionalen Betrachtung des Werts. »Wirtschaft und Gesellschaft ergeben sich als System aus der Wechselwirkung menschlicher Tätigkeit, insbesondere der Arbeit, und der Verteilung ihrer Produkte. Der durch den Wert regulierte ökonomische Austausch ist eine besondere Form dieses allgemeinen sozialen ›Austausches‹ im Sinne des Gebens bzw. Leistens und des Empfangs von Tätigkeiten und Produkten.« (Krämer 2006, 237)

Der Wert wird so als Mechanismus eines allgemeinen sozialen »Austauschs« gesehen, wobei Letzterer hier historisch übergreifend als Geben und Nehmen, als Interaktion und nicht als Kaufen und Verkaufen ver-

standen wird. Als Beleg wählt Krämer (ebd., 236f.) Aussagen über Kauf und Verkauf aus dem Austauschkapitel im ersten Band des »Kapital«. Gerade diese Stellen zeigen aber, dass sich die Menschen im Austausch als Besitzer von Waren aufeinander beziehen. Dabei spielt die sozialpsychologische oder kommunikative Dimension keine Rolle, wenn man den Inhalt ihres Tuns beurteilen will. Die handelnden Subjekte machen sich zu Käufern und Verkäufern, weil sie sich als Eigentümer gegenüberstellen, die die Waren nur aus der Hand geben, wenn sie den Gegenwert erhalten. Bei Krämer macht sich wie bei Heinrich (s. u.) die logische Ver-tauschung, die Identifikation der Erscheinungsform des Tausch-werts mit ihrem eigenen Inhalt, geltend, nur dass Krämer das als kommunikatives Deutungsmuster verstehen will und nicht als Frage des Abstraktionsbegriffs, den sich Heinrich als »unsichtbar« vorstellt und der dann in der Tauschbewegung real werden soll.

»Unmittelbar bedeutungsvoll für die ökonomischen Subjekte ist der Preis bzw. Tauschwert der Waren. Dieser gilt im Alltagsbewusstsein (nicht nur in der wissenschaftlichen Analyse) als Ausdruck für eine ihm zu Grunde liegende Qualität der Waren, die mehr oder weniger angemessen (preisgünstig, preiswert oder zu teuer) und in unterschiedlicher Weise (in verschiedenen Währungen, in einer anderen Ware oder in einer Zeitdauer, die man dafür arbeiten muss) ausgedrückt werden kann.« (Krämer 2006, 237) »Dieser *Begriff des Werts von Dingen im Alltagsbewusstsein* ist im Anschluss an die kulturhistorische und die kritische Psychologie (...) *als eine soziale Objekt- bzw. Gegenstands- und Mittelbedeutung* zu begreifen. Die Wertgegenständlichkeit, die den Waren zugewiesen wird, reguliert die ökonomischen Tätigkeiten nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ.« (Krämer 2006, 237f.)

Krämer nimmt den Wert nicht als die im Geld ausgedrückte Menge Durchschnittsarbeitszeit in einer Ware, sondern will ihn aus der Wechselwirkung der handelnden Subjekte erklären, die den Gebrauchswert ins Verhältnis zum Preis setzen und diese Verhältnisbestimmung jeweils als preisgünstig oder überteuert bewerten. Bei dem Gedanken werden aber zwei ganz verschiedene Faktoren in eins gesetzt. Die Frage der Angemessenheit der Preishöhe angesichts des Nutzens einer Ware ergibt sich erstens aus dem Vergleich mit konkurrierenden Waren und zweitens aus der Menge des Geldes im eigenen Geldbeutel – wobei sich für einen Reichen die Frage »Was kostet das? Ist das preiswert?« ganz anders darstellt als für einen Minderbemittelten. Objektiv besteht aber zwi-

schen Gebrauchswert und Tauschwert keine Beziehung, da Letzterer die Abstraktion vom Gebrauchswert darstellt. Die (potenziellen) Käufer in der Marktwirtschaft fragen sich deshalb bei jedem Wunsch nach einem Konsumgut, ob sie sich es leisten können, weil sie mit ihrem Geld nicht auskommen. Krämer macht daraus die Notwendigkeit, dass man den Wertausdruck einer Ware im Wertverhältnis als ein Repräsentationsverhältnis sehen soll, denn nur dann, wenn eine Wertbedeutung vorliege, könne man mit Waren rational operieren. Der Wertausdruck wird so zum Mittel der Kommunikation für die wechselseitige Wertbedeutung der Akteure.

Mit dieser Umformulierung des Werts in eine sozialpsychologische Theorie der Bedeutung, die eine falsche Verbindung von Gebrauchswert und Tauschwert in der Angemessenheit des Preises für den Gebrauch anführt und im Tausch ein Wechselverhältnis von zwei entsprechend denkenden und kommunizierenden Teilnehmern sehen möchte, wird dann auf die Analyse von Marx losgegangen: »Das Unterkapitel über die Wertformen im ersten Band des Kapital gilt als Musterbeispiel marxsscher dialektischer Analyse. Ich vertrete im Folgenden die Auffassung, dass dabei Repräsentationsverhältnisse des Werts in problematischer Weise ausgedrückt werden.« (Ebd., 241) »Mit Einschränkungen kann diese Analyse als *Entwicklung der Formen der Repräsentation bzw. der Bezeichnung der Wertbedeutung* reformuliert werden. Diese Repräsentation ist notwendig, um mit den Wertbedeutungen in der kommunikativen und psychischen Regulation von Austausch und Produktion von Waren rational operieren zu können.« (Ebd., 242)

In der Wertformanalyse bei Marx folgt aus dem Begriff des Werts – Gegensatz von Masse vergegenständlichter abstrakter Durchschnittsarbeit an einem Produkt konkreter Arbeit zu sein –, dass dieser eine Form der Verdopplung in die zwei Seiten Ware – Geld notwendig macht. Den Nachweis hat die Wertformanalyse geliefert. Daraus wird nun bei Krämer ein Wert-Bedeutungsverhältnis von am Tausch beteiligten Personen, die je nach ihrer Angemessenheitsvorstellung des Preises überhaupt erst die Wertgegenständlichkeit erschaffen sollen. Das führt zu dem kuriosen Vorwurf, dass Marx dieses Verhältnis »in problematischer Weise ausgedrückt« habe. Die Frage ist aber, ob Marx überhaupt beabsichtigte, das zur Sprache zu bringen, was ihm hier unterstellt wird. Die Trennung des Handelns vom Sachzwang, dass Waren ihre Werte auf dem Markt realisieren und die Beteiligten dementsprechend kaufen und verkaufen – und

zwar als bewusst Handelnde, die sich allerdings über ihren gesellschaftlichen Zusammenhang täuschen –, lässt das Handeln als ökonomisch voraussetzungslos stehen; ihm wird dann nachträglich ein sozialpsychologischer Inhalt gegeben, damit das rationale Agieren der Beteiligten möglich wird. Dass dieser Inhalt sich auf die Sachzwänge bezieht, zeigt aber, dass die Zwänge dem Handeln der Individuen vorausgesetzt, diese ihnen also unterworfen sind.

3.4 Kultur und Ware: Kulturware als Überwindung des Warenfetischs

Paul Willis will die normalen Waren von den Kulturwaren unterscheiden. »Waren sind einander entfremdet, sie sind früheren Bedeutungszusammenhängen ebenso entfremdet wie den Beziehungen und Vorgängen zwischen den Menschen, die sie hervorbrachten. Sie scheinen nur an sich und für sich zu existieren, sie sind *Fetische*.« (Willis 2009: 150) Bedeutungszusammenhänge – wenn man das so nennen will – lassen sich zwischen einem Menschen und einem Gebrauchsgegenstand auffinden: Letzterer ist zur Befriedigung irgendeines Bedürfnisses da, hat also eine Bedeutung für den Nutzer. So weit wäre das Kulturgut in die allgemeine Warenwelt eingeordnet. Auch für Margareta Steinrücke ist »fraglich, ob die Tatsache, dass der *Gebrauchswert der kulturellen Ware aus Bedeutungen* besteht, diese *wirklich prinzipiell von anderen Waren unterscheidet*. Auch materielle Waren und ihr Konsum setzen ein bestimmtes kulturelles Einverständnis zwischen Produzenten und Konsumenten über ihren Gebrauch voraus.« (Steinrücke 2009: 178)

In der Feststellung von Willis ist ein falsches Verständnis von Ware enthalten. Man weiß, dass Waren aus der Produktion kommen, diese aber mit dem Resultat abgeschlossen ist. Würde sich im Resultat noch der Produktionsprozess geltend machen, wäre das ein Mangel am Produkt. Dass dieses für sich existiert, verschafft ihm aber keine fetischistische Qualität. Der Fetisch-Begriff hat überhaupt zu vielen Missverständnissen Anlass gegeben. Nicht gemeint ist bei Marx, dass Dinge isoliert existieren, sondern dass sie gesellschaftliche Eigenschaften aufweisen, mit denen die Menschen im praktischen Handeln wie mit Natureigenschaften umgehen. Der Preis, der zu jeder Ware gehört, ist eine solche fetischisierte Eigenschaft. Im religiösen Denken wird Dingen eine geistige Macht zugeschrieben, die der Gläubige im betreffenden Objekt, dem Fetisch, anbetet. Beim ökonomischen Warenfetisch liegt der Fall vor, dass dem Arbeitsprodukt das Maßnehmen an der Durchschnittsarbeit als sachliche

Eigenschaft im Wert eingeschrieben ist, von dem sich die Menschen im Austausch praktisch abhängig machen.

Willis schreibt: »Marx zufolge stellt die Ware im Allgemeinen eine gesellschaftliche Hieroglyphe dar. Daran anknüpfend könnten wir sagen, die kulturelle Ware ist die Hieroglyphe einer Hieroglyphe, ein doppeltes, in sich verschlungenes Rätsel. Die erste Hieroglyphe verweist dunkel auf die verborgene Produktion zurück, die zweite zeigt leuchtend klar nach vorn, wo mögliche Gebrauchsweisen warten. (...) Der Widerspruch, um den es mir zu tun ist, besteht also darin, dass kulturellen Waren, einfach weil sie Waren sind, der Warenfetischismus anhaftet; trotzdem müssen sie sich gleichzeitig und notwendigerweise »entfetischisieren«, weil sie nämlich bedeutungstragende kommunikative Gegenstände sind. (...) (Doch) lässt sich sagen – und das ist mein Punkt –, dass die zunehmende Warenförmigkeit die Gemeinschaft, wenn auch ausbeuterisch, zugleich anerkennt, und zwar in einer Art, die sich schwerlich begreifen lässt, wenn man nur den Fetischcharakter der Waren im Allgemeinen im Blick hat.« (Willis 2009, 153f.) »Fetischcharakter und Entfetischisierung wirken in der Kulturware wechselseitig gegeneinander, was zu einer stabilen Instabilität von Dauer führt. Es ist diese schwer zu fassende Qualität, die die *Besonderheit* der kulturellen Warenform ausmacht.« (Ebd., 155)

Weil der Autor den Fetisch mit der Einzelheit der materiellen Ware gleichsetzt und deren von der Produktion getrennte Existenz – das »Kap-pen gesellschaftlicher Verbindungen« – als Isolierung versteht, werden ihm die kulturellen Waren zu Waren mit dem Charakter der Fetisch-überwindung. Nun hat aber Marx nicht über den Inhalt von z.B. Literatur – vom Ritterepos bis zum Kriminalroman – geurteilt, sondern über deren Verkäuflichkeit in Buchform oder als Theateraufführung. Und da kostet auch die Kulturware Geld, übrigens nicht erst seit heute, wo angeblich alles kommerzialisiert wird, sondern seitdem Kulturschaffende ihr Brot auf dem Markt verdienen müssen. Wem der Fetisch mit dem Ding zusammenfällt, dem erscheint die an kulturelle Inhalte und Kontexte gebundene Ware schon als Antikapitalismus und er wundert sich über den selbst fabrizierten Widerspruch: Ware mit eigentlich nötigem Fetisch, die aber nicht fetischisiert! Hätte er an der Verwunderung weitergedacht, wäre ihm vielleicht aufgefallen, dass nicht der Fetisch durch die Einzelware entsteht und ein Antifetisch durch eine kommunikative Ware, sondern dass alle Waren nur durch das Geld ihren gesellschaftlichen Charakter erhalten. Ob eine kulturelle Ware zum Durchschau-

en des Fetischs beiträgt, das hängt z.B. bei einem Buch, das Bedeutung transportiert, immer noch von seinem Inhalt ab. Das Buch von Marx wäre dafür ein treffendes Beispiel.

4. Streitpunkt: Der Wert

4.1 Der Wertbegriff als Problem der Logik

Zur neuen Marx-Lektüre ist auch Hans-Georg Backhaus zu zählen, dessen Kritik der Wertformanalyse 2011 in einer Neuauflage erschien. Neben Beiträgen zur Kritik bürgerlicher Wirtschaftstheorien betont Backhaus weiterhin die Wichtigkeit seines Aufsatzes über die »Dialektik der Wertform«. Da sich auf diesen Text auch andere Autoren berufen, soll er hier ausführlicher kommentiert werden. »Im ersten Abschnitt« des »Kapital«, heißt es dort, »geht Marx bekanntlich in der Weise vor, dass er von dem ›empirischen‹ Faktum Tauschwert ausgeht und diesen als ›Erscheinungsform eines von ihm unterscheidbaren Gehalts‹ bestimmt. Dasjenige, was dem Tauschwert ›zugrunde‹ liegen soll, wird Wert genannt. Im Fortgang der Analyse ist dieser zunächst jedoch unabhängig von seiner Form zu betrachten. Die von der Erscheinungsform unabhängige Analyse des Wesens führt nun dazu, daß Marx gänzlich unvermittelt, ohne Aufweis einer inneren Notwendigkeit, zur Analyse der Erscheinungsform zurückkehrt: ›Wir gingen in der Tat vom Tauschwert (...) der Waren aus, um ihrem darin versteckten Wert auf die Spur zu kommen. Wir müssen jetzt zu dieser Erscheinungsform des Wertes zurückkehren.« (Backhaus 2011, 43) Der Autor resümiert: »Daß der ›allgemeine Gegenstand‹ als solcher, das heißt der Wert als Wert, sich gar nicht ausdrücken läßt, sondern nur in verkehrter Gestalt ›erscheint‹, nämlich als ›Verhältnis‹ von zwei Gebrauchswerten, entzieht sich dem Verständnis des Lesers.« (Ebd., 44)

Backhaus vollzieht den Gedanken nach, dass zur Erklärung des Tauschwertes der vielen Produkte eine gemeinsame Eigenschaft vorliegen muss, die sie vergleichbar macht. Anstatt aber nun den Wert zu erklären – dass er eben die in Zeit gemessene menschliche Arbeit in den Waren ist und sich wegen des Prinzips der Privatarbeit nicht unmittelbar ausdrücken kann, sondern nur als wechselseitig anerkanntes Privateigentum (Ware gegen Ware) im Maßverhältnis zu einer Vergleichsware, womit der Wert eine Ausdrucksform in einer anderen Ware erhält als in der, die ihn ausdrückt –, wird von Backhaus als der nicht notwendige Sprung

zur Erscheinungsform bemängelt. Diese ist aber in der Marxschen Analyse abgeleitet, da sie nun nicht mehr nur Tauschwert der Waren, sondern die notwendige Doppelform von Ware und Wert ist, also vermittelt als Ding mit einem Doppelcharakter. Warum soll dieser Übergang nicht zu verstehen sein? Der Grund für das Unverständnis liegt nicht bei Marx oder den Lesern, sondern bei Backhaus, denn der fordert entgegen den ökonomischen Argumenten einen Hegelschen Dreischritt ein. Damit ihm persönlich der Zusammenhang von Wert und dessen Wertform verständlich wird, braucht er den dialektischen Dreischritt vom Sein zum Wesen und zur Existenz.

»Ist aber die Entwicklung Tauschwert – Wert – Wertform nicht mehr begreifbar als dialektische ›Bewegung vom unmittelbaren ›Sein‹ durch das ›Wesen‹ zur vermittelten ›Existenz‹ [hier wird H. Marcuse zitiert, U.F.F.]‹, dergestalt, daß ›die Unmittelbarkeit aufgehoben und als vermittelte Existenz wieder gesetzt wird‹ (...), so wird auch der Ursprung jener ›dialektischen Interpretationen‹ verständlich, die auf eine Karikatur von Dialektik hinauslaufen. (...) Das Wesen im Unterschied zur Erscheinungsform wird formallogisch als das ›Allgemeine, Typische und Hauptsächliche‹ bestimmt. Die Vermittlung von Wesen und Erscheinungsform ist nur noch als pseudodialektische Bewegung pseudodialektischer Widersprüche konstruierbar.« (Ebd.) Dies geht an der Marxschen Begründung vorbei. Da Marx einen wirklich existierenden Gegenstand zum Ausgangspunkt hat, den Tauschwert, ist nach der Erklärung des Werts als der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit die Fortsetzung der Argumentation auf der Ebene der Erscheinung vermittelt. Es trifft auch nicht zu, dass Marx das Wesen formallogisch als das Allgemeine, Typische, Hauptsächliche bestimmt hätte. Wäre dem so, so wäre – verallgemeinert aus den vielen Tauschwerten – nur der allgemeine Tauschwert festgehalten, ein gedanklicher Fortgang von der Vielheit zur formalen Einzelheit, aber nicht zum Grund oder der Bedingung der Möglichkeit für diese Erscheinungsweise von Gebrauchswerten. Es handelt sich bei Marx aber um eine Bestimmung des Wesens der wechselseitigen Tauschbeziehungen, die ihren Grund in der gleichen Qualität aller Tauschwaren haben, menschliche Arbeit zu enthalten; deren in Zeit gemessene Ver-
ausgabe stellt den Maßstab der Wertkategorie dar.

Backhaus dagegen will – wie man es vom idealistischen Philosophen Hegel kennt –, dass gewissermaßen die Existenz des Werts am isolierten Gebrauchswert selbst herbeigezaubert wird, und zwar ohne Wertverhält-

nis und rein aus der Abstraktion, einem Gedachten, mit dem er die Wertsubstanz, d.h. die menschliche Arbeit, verwechselt. Für ihn ist der Wert, statt ein Maßverhältnis von Arbeit in Zeit zu sein, ein rein Gedachtes, ein Gedankending. Daher sei dessen Gegenständlichkeit nur abstrakt. Dass es um den praktischen Gesichtspunkt geht, Arbeitszeit durch Messung am Produkt zu fixieren, übersieht er geflissentlich. Marx sagt zur Wertgröße: »Was (...) der Bestimmung der Wertgröße zugrunde liegt, die Zeitdauer jener Verausgabung oder die Quantität der Arbeit, so ist die Quantität sogar sinnfällig von der Qualität der Arbeit unterscheidbar.« (MEW 23, 85)

Im nächsten Zitat von Backhaus zeigt sich die Verwechslung von Wertbegriff und Gedankending. Da der Autor vom Inhalt des Werts, der durchschnittlichen Arbeitszeit, absieht, verwandelt sich die ökonomische Fragestellung unter der Hand in eine der Erkenntnistheorie: Wie kann ein Gedanke objektiv werden? Backhaus fragt: »Wie ist die Genesis abstrakter Wertgegenständlichkeit zu begreifen: in welcher Weise ›vergegenständlicht‹ sich das Subjekt, tritt es sich selbst als Objekt gegenüber? – Dieser mysteriöse Sachverhalt läßt sich auch folgendermaßen beschreiben: Der Wert eines Produkts ist als ein Gedachtes vom Produkt selbst unterschieden. Andererseits jedoch ist der Wert immer nur Wert eines Produkts und erscheint so als ›ideelle Form‹ eines Materiellen.« (Backhaus 2011, 47) »Der ›Träger‹ dieses Geschehens ist ein ›Gedankending‹, ›abstrakte Gegenständlichkeit‹.« (Ebd., 55) Der Träger des Tauschgeschehens ist aber kein Gedankending, sondern das Maß der gesellschaftlichen Arbeitszeit, eben der Wert.

Backhaus will die Marxsche Analyse nachvollziehen, indem er sie mit der Hegelschen Logik, die nicht die Ökonomie, sondern die Denkformen zum Gegenstand hat, vergleicht und der ökonomischen Analyse vorwirft, dass sie ihre Gegenstände nicht aus dem Wesen, sondern aus der Empirie aufnimmt und diese erklärt. Auch beim Übergang von der allgemeinen Äquivalentform zum Geld fehlt Backhaus die entsprechende Logik des Übergangs. Hierauf hat ihm Dieter Wolf mit einer zutreffenden Replik geantwortet. Wolf merkt an, dass bei Backhaus eine schwerwiegende Fehlinterpretation vorliegt, die nicht berücksichtigt, wo eine logisch-systematische Darstellung an ihre Grenzen stößt und wo »die historische Betrachtung herein treten muss« (Wolf zit. nach Anders 2015, 242f.; vgl. zu dem Thema auch Frieder Otto Wolf 2006, 163). Backhaus dagegen verlangt, dass der Wert sich an einem Gegenstand materialisie-

ren müsse und nicht in einem Verhältnis zu einem anderen Gegenstand. Weil er sich die Logik vom Wesen zur Existenz als Übertragung des Werts auf einen Gegenstand vorstellt, dabei die Abstraktion des Wertgesichtspunktes vom Gegenstand vernachlässigt, begreift er nicht, dass der innere Gegensatz der Ware von Gebrauchswert und Wert seine Lösung in der Verdoppelung von Ware und Geld erhält.

4.2 Der Wertbegriff als Geltung einer Abstraktion im Tausch

Diese Ineinssetzung von Wert und »einem Gedachten« hat Helmut Reichelt (Reichelt 1973; 2008) übernommen und das damit geschaffene Problem, wie denn nun ein Gedanke in der Wirklichkeit objektiv, materiell werden kann, als Frage der Geltung fortgesetzt. In der Theorie von Marx ist Wert allerdings nicht ein Gedachtes, sondern eine reale Praxis des Messens an einem Vergleichsmaßstab – Geld –, der in den als »Masse vergegenständlichter Arbeit« existierenden Waren – im Preis – angelegt ist. Dass dieses Messen an den Gegenständen selbst diesen existenten Gesichtspunkt unterstellt, dass dies die Bedingung der Möglichkeit fürs Messen ist, war Marx selbstverständlich. In diesen Mess- oder Tauschprozess treten die Waren schon mit dem einseitigen, abstrakten Gesichtspunkt ein, alle Waren kommen mit einem Preis auf den Markt. »Um in der Zirkulation als Preis zu erscheinen, sind die Waren der Zirkulation als Tauschwert vorausgesetzt.« (MEW 13, 51). Und man kann hinzufügen: »Dass die Gefahr besteht, ihn nicht zu realisieren, heißt nicht, dass sie ihn nicht haben.« (Henning 2015, 64)

Anders bei Reichelt. »Adornos Konzeption eines mit der Tauschabstraktion gegebenen ›Begrifflichen in der Realität selbst‹ lässt sich in einer ›Phänomenologie der realen Abstraktion‹ anhand der Forschungsergebnisse von Hans-Georg Backhaus zum Gegenstandsverständnis der theoretischen (National) Ökonomie näher bestimmen.« (Reichelt 2008, 13) »Dies setzt allerdings voraus, dass es möglich ist, einen Begriff allgemeiner Arbeit zu konzipieren, die als ›Substanz des Wertes‹ eine existierende Abstraktion darstellt, die völlig unabhängig von gedanklicher Tätigkeit der am Gesamtprozess beteiligten Subjekte zu Gelddarstellung führt. Andererseits ist nicht abzuweisen, dass dem von den Subjekten durchgeführten Abstraktionsprozess eine konstitutive Bedeutung zukommt. Doch wie gelangt diese ›Begrifflichkeit‹ als ein Übersinnlich-Allgemeines in die Dinge?« (Ebd., 59) »Aber diese Begrifflichkeit verweist auf den Austauschprozess, denn Geltung ist nicht zu denken ohne

jene, die diese Geltung setzen und für die ein Geltendes gilt.« (Ebd., 104) Bei Marx bleibe Geltung aber ein »ausschließlich objektivistisch verstandener Begriff, der subjektive Anteil an der Konstitution dieser Gegenständlichkeit bleibt im Dunkeln.« (Ebd., 15)

Die Verwechslung des Werts mit einem Gedanken führt zu dem Problem, wie das Ideelle eine objektive, außerhalb des Denkens existierende Objektivität haben kann. Marx hat freilich nicht das Problem, wie der Gedanke zur Wirklichkeit kommt, da er von einem aus der Praxis entstehenden Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Messung der Waren ausgeht, die mit Geld realisiert wird. Die Messung aber setzt an den zu messenden Gegenständen diesen Gesichtspunkt voraus, so wie die Messung der Schwere ein einseitiger Gesichtspunkt an Dingen ist und zugleich beim Messen vorausgesetzt werden muss. Nur dass hier beim Wert eben die Durchschnittsarbeitszeit die Maßeinheit ist, wie sie oben mit der vermittelten Bewegung der Preiskonkurrenz erklärt wurde (vgl. Teil I). Da Reichelt aber den Wertbegriff nur als Denkinhalt fasst, wird ihm der Austauschprozess zu einem Denkprozess des Vergleichens, wobei die Dinge sozusagen gesellschaftlich eigenschaftslos nur als Gebrauchswerte in den Austausch kommen. Warum aber setzen die Menschen dann nicht einfach die Produkte zueinander ins Verhältnis und vermitteln die Verteilung über ihre jeweiligen Bedürfnisse, warum erfinden sie dafür eine von den Waren getrennte Messware, das Geld?

Reichelt fährt mit seinem Gedankengang fort: »Aber schlägt nicht der Vorgang des Gleichsetzens die Brücke zwischen der Intentionalität und den Dingen? Immerhin scheint hier von bewusst handelnden Menschen die Rede zu sein, wenn Marx feststellt, dass sie ›ihre Produkte *aufeinander als Werthe* beziehen.« (Ebd., 119) »Das würde aber auch bedeuten, dass die ›Form der Gleichgeltung«, die ›Form unmittelbarer Austauschbarkeit«, die sie in der Gleichsetzung konstituieren, auch nur eine geltende Form ist, eine Form, die nur für die Beteiligten als Form gilt – und dies nur in ihrem ›Hirn«. Der außer ihnen existierende Gegenstand wird in seiner sinnlichen Gestalt wahrgenommen, aber gilt zugleich in dieser gedanklich durchgeführten Gleichsetzung als unmittelbar austauschbar.« (Ebd., 122) »Wenn Marx den Anteil des Denkprozesses der Handelnden in der realen Genese der Wertform zu einer ›bewusstlos instinktiven Operation ihres Hirns« herabsetzt, so entspricht dies sicherlich nicht den Tatsachen, ist aber konsequent innerhalb seiner Konstruktion. Es gibt keine Brücke zwischen dem objektiven Vorgang und dem bewussten Handeln

der Subjekte.« (Ebd., 122f.) Reichelt irrt, da Marx nicht von bewusstlosem Handeln spricht, sondern von einem Handeln, bei dem die Sache unrichtig verstanden wird. Marx spricht von einem falschen Bewusstsein der Marktteilnehmer über ihr Handeln – und auch das ist ein bewusster Akt, allerdings kein wissenschaftlich aufgeklärter, der die Sache durchschaut. Marx geht überhaupt nicht von einer bewusstlosen Operation aus, sondern von einem dem Wert angepassten bewussten Handeln. Die Verkäufer sind an der Wertgröße interessiert und stehen in einer Preiskonkurrenz. Dafür müssen sie in vielerlei Hinsicht bewusst handeln, was Reichelt mit seiner Forderung nach einem Geltungskonzept übersieht. Um die Waren aufeinander zu beziehen, müssen sie diese nämlich wechselseitig als Eigentum von Privatproduzenten anerkennen und zugleich mit dem Willen auftreten, dieses Eigentum nicht zu behalten, sondern an andere wegzugeben. Von denen verlangt man, dass sie einem die eigene Ware gegen eine gleichwertige Erstattung abnehmen. Als ein über die ganze Gesellschaft verteilter Prozess der Warenzirkulation kann Privateigentum nur etwas für die Gesellschaft produzieren, wenn die Beteiligten den Tausch als Willensverhältnis betreiben: »Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dieses Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, (...) ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt.« (MEW 23, 99)

Das ist die Antwort von Marx auf die Frage nach der Geltung des Wertgesetzes in der kapitalistischen Gesellschaft. Reichelt u.a. aber verwechseln die praktische Geltung des Werts der Waren in der Anerkennung des Privateigentums mit einem nachträglichen Denkprozess des Zumesens einer Verteilungsgröße auf die ohne Wert auf den Markt kommenden Waren. Warum aber, wenn nur die Form den Wert bestimmt, pendeln sich bestimmte Wertgrößen für spezielle Waren ein? Warum kostet eigentlich ein Auto 20.000 statt 20 Euro? Weil eben schon im Preis die Anforderung enthalten ist, mit ihm den entsprechenden Anteil am gesellschaftlichen Reichtum zu erhalten, der in dem Ding steckt und auf dem Markt über die Preiskonkurrenz seinen Wert aus der ideellen Form in die reelle Form des Geldreichtums umsetzen und so realisieren soll. Die Akteure stellen sich zu ihrer gesellschaftlichen Arbeit in der widersprüchlichen Form der Verdopplung, die die Sphäre der Privatarbeit neben die allein gesellschaftliche Sphäre des Marktes stellt.

4.3 Das Geltungsproblem wird durch das Wort Realabstraktion »gelöst«

Auch Heinrich hat diese Erklärung des Werts aus der Geltung, dem Geltenlassen der beteiligten Subjekte im Austausch, übernommen. Er schreibt: »Abstrakte Arbeit ist nicht sichtbar, sichtbar ist immer nur eine bestimmte konkrete Arbeit. (...) Im Tausch wird vom Gebrauchswert der Waren abstrahiert, die Waren werden als Werte gleichgesetzt (...). Erst indem die Waren als Werte gleichgesetzt werden, wird faktisch von der Besonderheit der sie produzierenden Arbeit abstrahiert, diese gilt jetzt nur als wertbildende ›abstrakte‹ Arbeit. Die Abstraktion findet also real statt, unabhängig davon, was sich die beteiligten Warenbesitzer dabei denken.« (Heinrich 1999, 47f.)

Heinrich nimmt also das Vergleichen als ein praktisches Vergleichshandeln, wobei die Beteiligten nicht darüber Bescheid wissen müssten, was sie tun. Entscheidend sei, dass sie es tun. Dieser Akt wird daher auch »Realabstraktion« genannt. Aber das Wort verdeckt mehr, als es erklärt. Wenn die Abstraktion als Tauschabstraktion, als bloßer Vorgang des Vergleichens genommen wird, »dann kann sich abstrakte Arbeit aber auch nicht einfach durch Arbeitsstunden messen lassen: Jede mit der Uhr gemessene Arbeitsstunde ist eine Stunde einer ganz bestimmten konkreten Arbeit, verausgabt von einem bestimmten Individuum.« (Ebd., 49) Da kann man Heinrich nur nochmals zur Lektüre auffordern. Marx sagt im »Kapital« zur Wertgröße: »Was (...) der Bestimmung der Wertgröße zugrunde liegt, die Zeitdauer jener Verausgabung oder die Quantität der Arbeit, so ist die Quantität sogar sinnfällig von der Qualität der Arbeit unterscheidbar.« (MEW 23, 85) Wenn die Arbeitszeit von konkreten Arbeiten gemessen wird, dann werden alle konkreten Arbeiten eben unter diesem Gesichtspunkt gemessen, also jede konkrete Arbeit als messbare Arbeit genommen.

Auch Heinrichs Einwand gegen die abstrakte Arbeit in der Produktion ist nicht zutreffend. Er schreibt: »Abstrakte Arbeit kann dagegen überhaupt nicht ›verausgabt‹ werden. Abstrakte Arbeit ist ein im Tausch konstituiertes Geltungsverhältnis: Im Tausch gilt die verausgabte konkrete Arbeit als ein bestimmtes Quantum Wert bildender abstrakter Arbeit und damit auch als Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit.« (Heinrich 1999, 49) Wenn im Tausch der Anteil der Ware als Anteil an der gesellschaftlichen Arbeit gilt, dann muss ja wohl ein Vergleichsmaß für die Arbeitsverausgabung vorliegen, denn wie soll sie sonst »Bestandteil der

gesellschaftlichen Gesamtarbeit« werden? Dies ist ein Punkt, auf den auch Reitter hinweist (vgl. seinen Beitrag über Backhaus und Heinrich in: Reitter 2015, 119ff.). Wenn die abstrakte Arbeit nur ein im Tausch vorliegendes Geltungsverhältnis darstellt, wie Heinrich sagt, dann ist überhaupt nicht klar, was es nun mit der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zu tun hat.

Der Einwand, dass abstrakte Arbeit nicht verausgabt werden kann, ist einerseits richtig (abstrakte Arbeit ist nicht konkrete) und andererseits falsch (abstrakte Arbeit existiert als gesellschaftliche Durchschnittsarbeit); denn ebenso wie die Zeitmessung individueller Arbeiten die Abstraktion von der konkreten Arbeit unterstellt – alle werden in Zeit gemessen –, so auch die Angleichung aller konkreten Arbeitsvorgänge zu einer gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit der Verausgabung von menschlicher Fähigkeit, der Existenzweise abstrakter Arbeit. Marx führt in den Kapiteln über die Kooperation bis hin zur großen Industrie aus, wie sich dieser Prozess der Herstellung von Durchschnittsarbeit im Fabrikssystem gestaltet: »In Wert vergegenständlichte Arbeit ist Arbeit von gesellschaftlicher Durchschnittsqualität, also die Äußerung einer durchschnittlichen Arbeitskraft. Eine Durchschnittsgröße existiert aber immer nur als Durchschnitt vieler verschiedener Größenindividuen derselben Art. In jedem Industriezweig weicht der individuelle Arbeiter, Peter oder Paul, mehr oder minder vom Durchschnittsarbeiter ab. Diese individuellen Abweichungen, welche mathematisch ›Fehler‹ heißen, kompensieren sich und verschwinden, sobald man eine größere Anzahl Arbeiter zusammennimmt.« (MEW 23, 341f.) Auf diesen Unterschied einer Durchschnittsarbeit von einem physikalischen Arbeitsbegriff verweist auch Thomas Gehring (2011). Folgte, wie Heinrich meint, der Wertcharakter der Ware aus dem Tausch, dann würde die Warenproduktion ihre Wirkung erst auf dem Markt entfalten: Vor dem Gang zum Markt wäre die Welt der Warenproduzenten gewissermaßen noch in Ordnung. Es würde nur konkrete Arbeit verausgabt, da die Waren ja nur als Gebrauchswerte auf den Markt kämen. Mit der Gleichsetzung von abstrakter Arbeit und nicht-sichtbarer Arbeit übersieht Heinrich, dass Durchschnittsarbeit in Kooperation und Industrie praktisch hergestellt wird; der Arbeitsprozess wird der Zeitmessung unterworfen, sodass im entwickelten Fabrikssystem die abstrakte Arbeit als menschliche Durchschnittsarbeit existiert. Der Wertcharakter der Ware folgt aus dem Doppelcharakter der auf den speziellen Zweck der Wertrealisierung

und Wertvermehrung hin organisierten Arbeit. (Vgl. zu diesen Überlegungen auch Lueer 2010 und Arthur 2011.)

4.4 Der Wert: immateriell repräsentierend statt abstrakt und gegenständlich

Harvey bespricht in seinem neuesten Buch (2015, 17) die Arbeitsteilung im Kapitalismus. Durch die komplexe, arbeitsteilige Gesellschaft, so die Feststellung, hängen die Menschen wechselseitig voneinander ab. Alle Güter und Dienstleistungen absorbieren direkt oder indirekt menschliche Arbeit. »Der gesellschaftliche Wert (...) wird vom Geld repräsentiert. ›Wert‹ ist eine gesellschaftliche Beziehung zwischen der arbeitenden Tätigkeit von Millionen Menschen in aller Welt. Als gesellschaftliche Beziehung ist der Wert selbst immateriell und unsichtbar (wie die Beziehung zwischen mir, dem Autor, und Ihnen, dem Leser dieses Textes). Doch wie moralische und ethische Werte hat auch dieser immaterielle Wert objektive Konsequenzen für die gesellschaftliche Praxis. Im Falle der gesellschaftlichen Arbeit bringt der ›Wert‹ zum Ausdruck, warum Schuhe mehr kosten als Hemden (...). Da der Wert immateriell und unsichtbar ist, bedarf er einer materiellen Repräsentation. Diese materielle Repräsentation ist das Geld (...). Aber wie bei allen Repräsentationen (Landkarten zum Beispiel) gibt es eine Lücke zwischen dem Zeichensystem und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die es repräsentiert. In einer Hinsicht gelingt es der Repräsentation recht gut, den relativen Wert der gesellschaftlichen Arbeit wiederzugeben, doch in einer anderen verfehlt sie ihn.« (Harvey 2015, 44f.)

Harvey setzt in seinem Buch darauf, die Widersprüche des Kapitals mit vielen Beispielen plakativ darzustellen. Dabei kommt es im Unterschied zu seinen früheren Publikationen – vielleicht gerade wegen der plakativen Absicht – zu verkürzten Aussagen. Dass der Wert immateriell sei und daher eine Repräsentation benötige, wie sie in allen möglichen Repräsentationsverhältnissen (Beispiel Landkarte) vorliege, erklärt die Wertgegenständlichkeit gerade nicht aus dem Inhalt der verhandelten Sache.

Dafür müsste man auf den Gegensatz der Ware zwischen Gebrauchswert und Wert zu sprechen kommen, auf die Tatsache, dass das Messen der Zeit aller Arbeiten gerade die Abstraktion von der konkreten Arbeit darstellt und dass daher dieses abstrakte Maßverhältnis einen Wertausdruck benötigt, der im Wertverhältnis von zwei Waren existiert.

Harvey führt einfach den Begriff der Repräsentation ein und überträgt ihn auf den Wert. Der Wert ist aber nicht als etwas Immaterielles bestimmt. Er ist auch nicht die »gesellschaftliche Beziehung zwischen der arbeitenden Tätigkeit von Millionen Menschen«. Wegen der ungesellschaftlichen Privatarbeit der Millionen Menschen treten sie erst im Austausch in ein gesellschaftliches Verhältnis, indem sie die sachliche Beziehung der Waren als Wertverhältnis praktizieren.

Für Harvey ist das Geld eine Repräsentation des relativen Werts, die einmal den Wert richtig repräsentiert, ein anderes Mal aber nur lückenhaft, was eben an der Repräsentation liegen soll. Dass aber der individuelle Wert bzw. Preis vom gesellschaftlichen Marktwert abweicht, ist keine »Lücke der Repräsentation«, sondern eine Notwendigkeit des Widerspruchs einer Privatarbeit, die erst in der Sphäre des Austauschs am Wert der Waren (ihres Vergleichs mit der durchschnittlichen Arbeitszeit) sicherstellt, dass für die Gesellschaft produziert wurde – oder eben nicht.

4.5 Wo steckt der Wert: im Produktionsprozess oder Tausch?

Eine unlösbare Frage!

Das Unverständnis von Lesern in Sachen Wertbegriff und seiner Erklärungsweise, die zwischen Erscheinungsform (Tauschwert) und seinem Inhalt/Wesen (gesellschaftliche Durchschnittsarbeit) unterscheidet, hat Marx in seinen »Randglossen« zum seinerzeit populären Lehrbuch der politischen Ökonomie von Adolph Wagner angesprochen: »›Ware‹ ist einerseits Gebrauchswert und andererseits ›Wert‹, nicht Tauschwert, da die bloße Erscheinungsform nicht ihr eigener *Inhalt* ist.« (MEW 19, 369). Marx wendet sich gegen einen logischen Fehler, die Erscheinungsform eines Inhalts mit dieser Form zu erklären, was eine Tautologie wäre. Insofern lässt sich der Wert nicht aus dem Tausch erklären, in dem er ja nur erscheint. Diesen logischen Fehler betreiben seit Backhaus und Reichelt viele Vertreter der neuen Marx-Lektüre, weil sie den Wertinhalt mit einer Denkabstraktion verwechseln, die sie dann als subjektives Vergleichshandeln verstehen. Abstrakte Arbeit ist für sie dieses Vergleichshandeln im Austausch und nicht die an der Arbeit hergestellte Gleichbehandlung als Durchschnittsarbeit und Durchschnittsleistung unter dem Regime der Zeitmessung.

Wenn nun ein Geheimnis daraus gemacht ist, was die Kategorie »abstrakte Arbeit« meint, dann wundert es nicht mehr, wenn in Materialien

für Bildungsarbeit, Lesekreise oder Schulungen statt der Erklärung des Werts die Frage aufkommt, wo der Wert entsteht – ohne zu wissen oder zu klären, was er selber ist. Im Bildungsmaterial zur Kapital-Lektüre »PolyluxMarx«, das im Umkreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden ist (Bruschi u.a. 2012), erfahren die Leser z.B., dass man bei der Beantwortung dieser Frage vor einem Dilemma steht. »Mit Blick auf den Unterschied zwischen Wert und Tauschwert taucht häufig die Frage auf, wo sich der Wert genau befindet bzw. wo er entsteht oder sich manifestiert, ob im Produktionsprozess oder im Tausch. Dass es dazu verschiedene Lesarten gibt, die für unterschiedliche Interpretationen des Wertes verantwortlich zeichnen, weist darauf hin, dass diese Frage sich nicht einfach klären lässt. (...) Die ›Neue Marx-Lektüre‹ betont das Gesellschaftliche des Werts, in den ›kein Atom Naturstoff‹ eingehe und der ›nur im gesellschaftlichen Verhältnis von Ware zu Ware erscheinen‹ könne (MEW 23: 62). Andere Interpretationen führen die Entstehung des Werts auf die Produktion zurück: Jedes hergestellte Produkt besitze Wert unabhängig vom Tausch, der Wert stecke in der Ware wie die Marmelade im Pfannkuchen. Mit Marx könnte man sagen, dass daher die ›Wertgröße der Waren ihre Austauschverhältnisse reguliert‹ (MEW 23: 78) – Die aufgeworfene Frage (wo sich der Wert genau befindet bzw. wo er entsteht oder sich manifestiert) begleitet den Fortgang der Lektüre, ohne dass sie an diesem Punkt schon befriedigend beantwortet werden kann.« (Bruschi u.a. 2012, 35)

So werden also Erscheinungsform und Inhalt auseinandergerissen, als wären es voneinander unabhängige Begründungen, und der Nachvollzug der Marxschen Argumente wird zu einer Entscheidungsfrage, auf welche Seite man sich schlagen will. Aber diese Entscheidungssituation entsteht nur, weil man das abstrakte Maßverhältnis von Durchschnittszeiten an der konkreten Arbeit als Abstraktion vom realen Prozess ansieht, sodass es keine materielle Basis mehr in einer Ware haben soll und daher als Denkverhältnis zu definieren sei, zu dem die Subjektivität von zwei Tauschindividuen gehöre. Diese Unfähigkeit, in der Quantität der Arbeitszeit aller Arbeiten die Qualität einer abstrakten Arbeit = Durchschnittsarbeit als Inhalt zu erkennen, hat zur Folge, dass man die ökonomische Erklärung mit einer erkenntnistheoretischen Frage verquickt. Was folglich in solchen Materialien den Lesern angeboten wird, ist die Unmöglichkeit, den Wert zu erklären, ihn sich aber auch als »Marmelade im Pfannkuchen« vorzustellen zu können.

Der im obigen Zitat gegebene Hinweis darauf, dass die Wertfrage an diesem Punkt noch nicht – also wohl an einer späteren Stelle – beantwortet werden kann, wird übrigens im ganzen Material nicht mehr eingelöst. Wie auch, wenn das Thema an der Stelle, wo Marx es behandelt, übergangen wird? So heißt es passenderweise als Ausblick: »im Fortgang der Darstellung (ab dem zweiten Kapitel) taucht diese missverständliche Verknüpfung (...) mit der Kategorie der abstrakten Arbeit nicht mehr auf.« (Ebd., 46) Das ist ja wohl kaum eine Hilfe, um den Wertcharakter der Waren zu verstehen!

4.6. Wert: messtheoretisch oder relationslogisch betrachtet

Mit der Trennung der Analyse vom ökonomischen Inhalt bieten Vertreter der neuen Marx-Lektüre auch abseitige Subsumtionen des Werts und seiner Wertformanalyse an. Aus Marx wird da ein Messtheoretiker oder Relationslogiker. »Marx behandelt den ökonomischen Wert in den Anfangskapiteln des *Kapitals* als quantitative, eines numerischen Ausdrucks fähige Bestimmung der Ware. Er macht dabei immer wieder von messtheoretischem (...) Vokabular Gebrauch (*Größe und Größenausdruck, Maß, Inkommensurabilität, quantitative Inkongruenz etc.*).« (Schlaudt 2011, 258) Von dieser Feststellung ausgehend weist Oliver Schlaudt im Nachvollzug der Wertentwicklung nach, dass Marx bei der Bestimmung des relativen Werts und seines Wertausdrucks richtig gerechnet hat. Dass die Rechnungsweise schlüssig ist, hat Marx selbst mit dem Hinweis auf das Wiegen eines Gewichts erläutert: Dabei wird ein Gegenstand mit einem anderen Gegenstand, der als Gewichtsmaß dient, verglichen, und das geht nur, weil beide die Natureigenschaft der Schwere besitzen. Dann hört aber die Analogie auf, sagt Marx, da Wert keine Natureigenschaft der Produkte ist. Schlaudt gibt nun zu, dass diese isolierte Betrachtung des Messvorgangs nur einen Teil der Argumentation darstellt.

»Die eigentliche Auffassung des Werts, die die Originalität des Marx'schen Standpunktes ausmacht, ist hier nun noch gar nicht berührt. Sie ergibt sich aus dem Unterschied des Wertbegriffes zu physikalischen Größenbegriffen.« (Ebd., 278) Diesen Unterschied hat aber Marx selber kenntlich gemacht. Demnach ist die Erklärung des Maßverhältnisses eine notwendige Folge aus der Vielfältigkeit der Tauschwerte, die eine Ware hat; dass die vielen Tauschwerte untereinander vergleichbar sind, heißt also, dass in ihnen ein gemeinsames Maß enthalten sein muss, nämlich die menschliche Durchschnittsarbeit. Durch die Trennung dieses Wert-

inhalts von der Wertformanalyse wird nun von einschlägig interessierten Interpreten die Leistung des Theoretikers Marx als Messtheorie definiert. Dass dies dem Inhalt der Analyse nicht gerecht wird, wird bei Schlaudt noch zugestanden – anders als bei den folgenden Autoren, die aus der Wertform eine Relationslogik machen.

Dennis Kirchhoff und Alexander Reutlinger zitieren Heinrich: »Wenn das Ergebnis der Wertformanalyse richtig ist, dann kann der Wert in einer kapitalistischen Ökonomie nicht existieren (und verstanden werden) ohne Bezug auf Geld«, und fahren fort: »In einer Rekonstruktion der marxschen Argumentation nachzuweisen, dass kapitalistische Wirtschaft nicht ohne monetäre Größen beschrieben werden kann, gäbe in weiteren theoretischen Debatten ein entscheidendes Argument gegen die neoklassische Trennung von monetärer und realer Sphäre der Ökonomie an die Hand.« (Kirchhoff/Reutlinger 2006, 202) Das Ergebnis, dass die vergangene abstrakte Arbeit, also die verausgabte Arbeitszeit, die Wertgemeinschaft der Ware ist und sich nicht an der einzelnen Ware ausdrücken kann, sondern nur an einer Vergleichsware, verallgemeinert im Geld, wird von den Autoren als noch zu analysierender Ausgangspunkt genommen. Sie übersehen, dass das Geld nur die abstrakte Wertdarstellung des Warenwerts ist, also im Ware-Geld-Verhältnis nur ein Wert, nämlich der in relativer Form – im Preis ideell, im Geld reell – ausgedrückt wird; statt dessen gehen sie von zwei getrennten Gegenständen aus, zwischen denen sie die formale Relationslogik anwenden.

»Unsere These ist: Wenn die Relation zwischen Ware und Geld eine Äquivalenzrelation darstellt, dienen die Operationen in der Wertformanalyse, das heißt die Abfolge der einzelnen Wertformen (einfache, entfaltete und allgemeine Wertform) primär dem Zweck, die Eigenschaften einer Äquivalenzrelation (Reflexivität, Symmetrie und Transitivität) aufzuzeigen.« (Ebd., 203) Hier zeigt sich eine Verkehrung von Gegenstand und formaler Logik. Die Wertformanalyse wird zum Beleg einer Argumentationsmethode, »denn jede Gleichung ist eigentlich eine Äquivalenzrelation und explizit durch die These, dass ›der relative Wertausdruck einer Ware stets der Ausdruck der Äquivalenz zweier Waren‹ (MEW 23, 116) sei.« (Ebd., 207) Äquivalenz enthalte, so die Autoren, die Bestimmungen Reflexivität, Symmetrie, Transitivität. »Die Operation, einfache, entfaltete und allgemeine Wertformen aufeinander folgen zu lassen, erscheint unter diesem Gesichtspunkt durch das Motiv angeleitet, die Eigenschaft einer Äquivalenzrelation zwischen den Elementen Ware und

Geld nachzuweisen.« (Ebd., 218) Die Autoren folgern: Also »kann die Wertformanalyse als paradigmatische Herstellung eines notwendigen Begründungszusammenhangs zwischen zwei Kategorien als legitimierte Elemente einer Theorie gelten.« (Ebd., 219)

Die Autoren behandeln Ware und Geld als zwei Gegenstände, die sie in eine Relation stellen, ohne zu berücksichtigen, dass sich in diesem Verhältnis, wie oben angesprochen, nur der Wert *einer* Ware ausdrückt, also auf der Seite des Äquivalents bloß der Gebrauchswert auftritt, um den Wert der in der Position des relativen Werts stehenden Ware auszudrücken. Es besteht zwischen beiden Seiten keine Symmetrie, worauf übrigens schon Christian Iber hingewiesen hat (Iber lehnt die formallogische Äquivalenzrelation für die Wertformanalyse ab, wie sie von Kirchoff/Reutlinger vertreten wird; vgl. das Nachwort zu Hoff u.a. 2006, 357, wo auf die Kontroverse eingegangen wird). Für die genannten Autoren aber ist dies irrelevant; sie sind anscheinend zufrieden, wenn sich durch ihre Relationslogik eine in andere Wissenschaftsgebiete weit ausgreifende Diskussion eröffnen lässt, für die man die Theorie von Marx ummodeln kann.

»Eine Übersetzungsleistung mit Hilfe von relationslogischen Mitteln bietet die Möglichkeit, Ambivalenzen herausarbeiten und sie zugunsten fundiert abgegrenzter Redebereiche von Gesellschaftstheorie zu beheben. Eine solche Übersetzung könnte die bisherige Isolation der neuen Marx-Lektüre und die in ihr vorhandene Tendenz zur Selbstreferenzialität und terminologischen Hermetik aufbrechen und marxische Gesellschaftstheorie anschlussfähig machen für so unterschiedliche Diskurse wie den der postanalytischen Philosophie, der allgemeinen Systemtheorie und der mathematisierten Makroökonomie.« (Kirchoff/Reutlinger 2006, 219f.) Die Autoren bieten also die Umwandlung der Kritik der politischen Ökonomie in eine Wissenschaftstheorie an, um dann mit anderen Diskursen aus Systemtheorie oder Philosophie ins Geschäft zu kommen. Vom Anliegen und Ertrag der Wert-Kritik ist damit nichts mehr übrig geblieben.

5. Streitpunkt: Fetischismus – kann man den Kapitalismus durchschauen?

Heinrich schreibt: »Mit der ›Personifizierung der Sachen und Versachlichung der Produktionsverhältnisse‹ (MEW 25, S. 838) scheint der Kapitalismus als Ganzer gegen Kritik aber weitgehend immun zu werden.« (Heinrich 2004, 186) »Dem Fetischismus der gesellschaftlichen

Verhältnisse unterliegen alle Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser Fetischismus schlägt sich in ›objektiven Gedankenformen‹ nieder, welche die Wahrnehmung aller Gesellschaftsmitglieder strukturieren. Weder Kapitalisten noch Arbeiter haben eine privilegierte Position, um dem Fetischismus zu entgehen.« (Ebd., 185) »Alle, auch diejenigen, die vom Wirken des Kapitalismus profitieren, sind Teil eines großen Räderwerks. Der Kapitalismus erweist sich als eine anonyme Maschine.« (Ebd., 186)

Diese Auffassung liegt nahe an der Vorstellung, dass es der Gegenstand ist, der das Denken bestimmt. Als Determinismus ist aber der berühmte Satz von Marx über das gesellschaftliche Sein, das das Bewusstsein bestimmt, nicht zu verstehen. Und auch aus dem »Kapital« lässt sich das nicht entnehmen. Die praktische Notwendigkeit, sich Geld zu besorgen, um Lebensmittel zu kaufen, hindert niemanden – auch Heinrich nicht – daran, der Frage nachzugehen, was denn die »Macht des Geldes« ausmacht. Jeder kann sich trotz der praktischen Notwendigkeit, mit Geld umzugehen, erklären, was Geld ist. Das Nachdenken über die Gegenstände Ware, Geld und Lohnarbeit wird nicht durch diese selbst beherrscht, auch wenn man jeden Tag Geld zum Einkaufen benötigt und seinem »Arbeitgeber« als »Arbeitnehmer« die Arbeit zur Verfügung stellen muss, die er rentabel nutzt.

Marx spricht nämlich nicht vom Fetisch des Kapitalismus als allgemeinem Verblendungszusammenhang, sondern vom Fetisch der ökonomischen Formen, also vom Waren-, Geld- und Kapitalfetisch. Diese enthalten – so der Nachweis in »Kapital« Band 1 bis 3 – in verdinglichter Form die gesellschaftlichen Eigenschaften, denen die Käufer, Verkäufer, Gläubiger, Schuldner, Kapitalisten, Arbeiter, Rentiers... folgen, wobei sie ihre Interessen jeweils mehr oder weniger erfolgreich realisieren. Gerade die Änderung der Blickrichtung weg vom Handeln des Privateigentümers und hin zum Blick auf die Gesamtgesellschaft hält Marx hier für aufklärerisch. Die Gesamtsicht zeigt nämlich, dass die eine ökonomische Klasse sich das Gesamtprodukt aneignet und nur einen Teil davon an die andere zurückgibt. Sobald die Arbeit zur Lohnarbeit wird, erscheint deren Aneignung durch den Unternehmer nicht mehr als Ausnutzung der Mehrarbeit, sondern alle Arbeit als im Arbeitslohn bezahlt. Wie schon eingangs mit einem Marx-Zitat deutlich gemacht wurde: »Die Illusion, welche die Geldform erzeugt, verschwindet sofort, sobald statt des einzelnen Kapitalisten und des einzelnen Arbeiters Kapitalistenklasse und

Arbeiterklasse betrachtet werden. (...) Der Produktionsprozess wird eingeleitet mit dem Kauf der Arbeitskraft. (...) Gezahlt wird der Arbeiter aber erst, nachdem seine Arbeitskraft gewirkt hat. (...) Die Kapitalistenklasse gibt der Arbeiterklasse beständig in Geldform Anweisungen auf einen Teil des von der letzteren produzierten und von der erstren angeeigneten Produkts. Diese Anweisung gibt der Arbeiter der Kapitalistenklasse ebenso beständig zurück und entzieht ihr damit den ihm selbst zufallenden Teil seines eigenen Produkts. Die Warenform des Produkts und die Geldform der Ware verkleiden die Transaktion.« (MEW 23, 592f.) Der Gesichtspunkt der Gesamtgesellschaft durchbricht die pragmatische Stellung zu den Sachzwängen und erklärt den Schaden, der mit ihnen für die benutzte ökonomische Klasse verbunden ist.

Auch Robert Kurz geht von einem Verblendungszusammenhang des Gesamtsystems aus. Alexander Gallas fasst die Auffassung von Kurz wie folgt zusammen: »Da für Kurz ›das absolute Tabu der Moderne, die Warenform-Wertform als solche, das Geld und damit die eigene Subjektform‹ ist, und er ›diesen Zusammenhang‹ im Hinblick auf ›das fetischistisch konstituierte Bewusstsein‹ für ›ebenso wenig kritisch und aufhebend thematisierbar wie für die Religion das Mysterium‹ (Kurz 1995, 102) hält, bestätigt er die Unmöglichkeit, innerhalb des Kapitalismus einen Standpunkt der Wertkritik zu verorten. Er wählt folglich eine andere Problemlösungsstrategie. Für ihn ist der Ausbruch aus dem Gefängnis des Fetischismus erst an den ›historischen Grenzen‹ (Kurz 2001, 19) des Kapitalismus möglich. Entsprechend fasst er den von Marx skizzierten Zusammenbruch als ökonomisch-systemische finale Krise auf. (...) Wenn der systemische Kern des Kapitalismus erodiert, dann reißt zugleich der ›universelle Verblendungszusammenhang‹ auf (Kurz 1995, 102f.).« (Gallas 2006, 311; vgl. auch Albohn 2015)

Der Unterschied zwischen der Kritik eines Verblendungszusammenhangs und der Kritik der Ausnutzungsverhältnisse der Lohnarbeit ist grundsätzlicher Art: Im Fall der Verblendung spricht man über die Bedingungen und Möglichkeiten von Kritik, während man im anderen Fall die benutzte Mehrheit der Bevölkerung über die Widersprüchlichkeit ihres falschen Bewusstseins aufklärt, mit dem sie gute, d.h. praktisch notwendige Gründe ihres eigenen Schadens, der mit der funktionierenden Lohnarbeit organisiert ist, anerkennt. Brugger erinnert daher auch an die politische Durchsetzungsweise ökonomischer Zwecke: »Die These von der ›Herrschaft der Sachen‹ ist eine zirkulationsmarxistische, die ihre Sicht

auf den Kapitalismus allein vom Standpunkt der einfachen Warenproduktion vornimmt. Sie (...) ignoriert (...) die konstitutive Dimension des Klassenverhältnisses, das auf der politischen Ebene immer von Neuem durchgesetzt werden muss.« (Brugger 2015, 192)

6. Streitpunkt: Praxis und Theorie – Kritik der Kritiker der neuen Marx-Lektüre

6.1 Ökonomie braucht Philosophie:

Der falsche Gegensatz von Emanzipation und Erklärung

Als eine Art Gegenpol zur neuen Marx-Lektüre hat sich eine Variante von Kritik entwickelt, die aber ihr Hauptaugenmerk auf die Betonung der Philosophie im Gegensatz zur Ökonomie legt (vgl. auch Marti 2010, Lindner 2011). Diese Kritiker machen einen Gegensatz zwischen ihrem kritischen Impetus und einer »bloßen« Erklärung auf. Dabei besteht doch gerade die Leistung von Marx in dem durchgeführten Nachweis, dass die ökonomischen Formen im Widerspruch zu den Lebensinteressen der arbeitenden Menschen und zu den natürlichen Grundlagen der Gesellschaft stehen. Die Parteigänger einer philosophischen Auslegung treibt nicht einfach die Sorge um, dass die Verbreitung der Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise vorankommt; sie betonen vielmehr, dass man von einem sittlichen Auftrag für die Menschheitsgeschichte ausgehen müsse. »Eine solche Philosophie, die sich aus einem sittlichen Auftrag im Zusammenhang der Menschheitsgeschichte versteht, wird zur ›Kritik‹, die sich dem ›kategorischen Imperativ‹ verpflichtet weiß, ›alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Schmied-Kowarzik 2010, 60) »Wo aber allein die wissenschaftliche Methode der Kritik der politischen Ökonomie nachbuchstabiert wird, da wird, so verdienstvoll und erhellend die einzelnen Untersuchungen auch sein mögen, Marx zu einem ›kritischen‹ Ökonomen degradiert, ihm werden sozusagen die philosophischen Krallen gestutzt und die revolutionären Zähne gezogen.« (Ebd., 58)

Anstatt der neuen Marx-Lektüre ihre Fehler nachzuweisen – was nur vereinzelt stattfindet –, halten die Kritiker ihre Konfrontation von Philosophie und Ökonomie für das wichtigste Argument. »Eine Theorie-Neu-Konstruktion ›in einer herrschaftskritischen und emanzipatorischen, letztlich auf die Abschaffung des Kapitalismus zielenden Perspektive«

findet allerdings durch die ›neue Marx-Lektüre‹ nicht statt.« (Ebd., 76) »Aus einer Marxschen Philosophie der Befreiung und der Emanzipation wird eine Theorie, die uns die Phänomene des Kapitalismus erklären möchte.« (Reitter 2015, 150) Der Vorwurf, dass die Vertreter der neuen Marx-Lektüre etwas erklären wollen, trifft die Kritiker selbst, die doch auch mit ihren Beiträgen auf das Verständnis der Leser abzielen. Nicht das Erklären ist der Fehler, sondern die Fehlurteile bei der Erklärung sind das, was Kritik verdient.

6.2 Der Wissenschaftsbegriff muss sich aus der Praxis ergeben

Wie geht denn nun die Alternative zum Erklären, was vermögen die »philosophischen Krallen«? Johann-Friedrich Anders gibt Auskunft: »Wer den Marxschen Intentionen gerecht werden will, muss der nicht die marx(isti)schen Begriffe, so wie sie vorliegen und für wie klar oder unklar man sie immer halten mag, baldmöglichst versuchsweise zur Erklärung der schlechten Wirklichkeit benutzen?« (Anders 2011, 47ff.) Hier wird also zunächst die Position vertreten, dass die Marxschen Begriffe angewandt werden sollen, um die Wirklichkeit zu erklären. Darin gibt es also keinen Gegensatz zu Positionen aus der neuen Marx-Lektüre – und auch keine Korrektur der dort anzutreffenden grundlegenden Fehler. Sein Plädoyer für die versuchsweise Erklärung führt der Autor so fort: »Um dann gegebenenfalls zu erfahren, dass und wie die Begriffe klarer bestimmt werden müssen, damit sie geeignet sind, die schlechte Wirklichkeit grundlegend zu verändern? Aber ohne jeden Anwendungsversuch – wie sollte man so je zu adäquaten Begriffen kommen können?« (Ebd.) Bei der Erklärung stellt man gegebenenfalls fest, dass die Wirklichkeit besser bestimmt werden muss, weil – so ist anzunehmen – Fehler gemacht wurden und ein Sachverhalt nicht einleuchtend erklärt werden konnte. Also auch hier geht es noch um Erklärung.

Aber nun kommt ein neuer Gesichtspunkt hinzu: der »Anwendungsversuch«. Was ist damit gemeint? Ist die Theorie ein Thesenpapier, das noch korrigiert wird? Auch Reitter wendet sich gegen einen Begriff, der die Wirklichkeit erklärt, und fordert, dass der Begriff sich an der Wirklichkeit zu messen habe. »Anstatt den Begriff an der Wirklichkeit zu messen, misst Backhaus die Wirklichkeit am Begriff.« (Reitter 2015, 147) Wie geht das, einen Begriff an der Wirklichkeit messen? Es soll ja kein Pragmatismus gepredigt werden, der nur erlaubt, funktionale Überlegungen anzustellen. »Konkrete Alternativen sind aus der täglichen Pra-

xis zu entwickeln. Das ist ein wesentlicher erkenntnistheoretischer und politischer Charakterzug marxistischen Denkens, der von vielen ökonomistischen Marx-Schulen übersehen oder schlicht weggeschoben wurde.« (Heigl 2009, 56) Die Kritiker setzen auf die Praxis, zu der man sich Alternativen ausdenkt oder aus der solche Möglichkeiten hervorgehen sollen. Alternativen gibt es viele. Ob sie aber ein Schritt zur Überwindung der beklagten elenden Verhältnisse sind? Die Praxis soll hier eine wegweisende Rolle spielen. »Denn der operative Intellektuelle, wie Fülberth sagt, wird erst durch die Praxis klug. Erst die Praxis zeigt Anknüpfungspunkte, Fragestellungen und Strategien.« (Ebd., 60) Aus Erfahrung wird man klug – oder auch nicht. Erfahrung ist wirklich keine Erklärung. Mit der Betonung der konkreten Erfahrungen wird das Interesse an der Erklärung der kapitalistischen Produktionsweise auf die Rolle einer Zutat zu einem praktischen Subjektivismus heruntergebracht, der sich nicht von der Theorie leiten lässt, sondern sich durch alle möglichen Aktivitäten von »Gutmenschen« auszeichnet: Hauptsache, man tut etwas! »Dies ist zugegeben sehr leicht gesagt, aber das Verstecken hinter Büchern und Stapeln von Artikeln ist trügerisch, denn der Rückzug führt notwendigerweise zu Pessimismus.« (Ebd., 60)

Nun gibt es ja die unterschiedlichsten Aktionen und Unternehmungen, die man im Einzelnen beurteilen könnte. Das findet aber nicht statt, da nicht der Begriff der Wirklichkeit etwas vorschreiben, sondern die Praxis darüber Auskunft geben soll, was konkret geht. Damit wird aus dem großen »kategorischen Imperativ« und dem »sittlichen Auftrag« die landläufige Haltung des Optimismus, mit dem man durchs Leben gehen soll. Den Bücherlesern kann man dann vorwerfen, dass sie sich auf die Lektüre zurückziehen, also nichts Praktisches machen und daher zum Pessimismus neigen. Marx allerdings hat aus seiner Kritik keine Alternative zwischen Pessimismus und Optimismus gemacht. Da die Kritiker die Marxsche Ökonomiekritik nicht als Anleitung für ihr Handeln sehen, sondern für die Bebilderung und Legitimation einer kritischen Lebenseinstellung nutzen wollen, übersehen sie auch den immanenten Ansatz der Alternative (s.u.).

Für sie sieht das »Kapital« so aus: »Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie ist negative Theorie, die lediglich dazu taugt, die Logik des Kapitals in ihrer negativen Stoßkraft gegenüber der lebendigen Arbeit und der lebendigen Natur aufzuzeigen. Weder ist sie das Fundament einer Ökonomie im Sinne herkömmlicher Wissenschaftlichkeit,

noch lassen sich von ihr ohne Weiteres sozialistische Alternativen ableiten.« (Schmied-Kowarzik 2010, 67) Weil solche praxisorientierten Theoretiker ihren kritischen Standpunkt außerhalb der Ökonomiekritik verorten, wird ihnen diese nur zu einer negativen Kritik, der die Entfaltung einer positiven Konsequenz fehlt. Sie irren sich, die Marxsche Alternative ist eindeutig und man kann sie ohne philosophische Präliminarien zur Kenntnis nehmen. Mehr dazu im nächsten Abschnitt. (Zum Theorie-Praxis-Verhältnis, das in der marxistischen Debatte breiten Raum einnimmt, sei hier nur noch auf einige neuere Beiträge verwiesen: Fülberth 2009, Marchart 2009, Reitz 2009, Deppe 2015.)

6.3 *Wie kommt die Alternative bei Marx vor?*

»Die Alternative zu einem kommodifizierten System [Kommodifizierung = Kommerzialisierung, Ausbreitung des Warencharakters, U.F.F.], das den Reichen dient, wäre ein System, in dessen Mittelpunkt die Produktion und (...) Bereitstellung von Gebrauchswerten ohne Marktvermittlung stehen.« (Harvey 2015, 41f.) Dem ist zuzustimmen. Der Autor fährt fort: »Um eine Vorstellung davon zu bekommen, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen könnte, müssen wir eine funktionstüchtige, geldlose Wirtschaft entwerfen.« (Ebd., 56) Diese Aufgabe stellt sich allerdings nicht als eigenständiges theoretisches Projekt, Marx hat sie allgemein mit seiner Kritik schon gelöst, und zwar gerade dadurch, dass er die kapitalistische Produktionsweise als eine bestimmte Form der Produktion und damit als einen historisch produzierten Zustand erklärt hat.

Es ist bekannt, dass Marx kein Modell einer nachkapitalistischen Gesellschaft entworfen hat. Er wusste, dass es bei gesellschaftlichen Entwicklungen nicht um eine Auswahl von Modellen geht; solche Entwicklungen hängen vielmehr von den realen Bedingungen ab, die sich mit der Technik und Produktivität unter kapitalistischen Vorzeichen ergeben haben. Dennoch hat Marx die Alternative nicht im Dunkeln gelassen, denn in seiner Kritik des Kapitals sind alle allgemeinen Bestimmungen einer Produktion enthalten, die sich bei der Abstreifung der kapitalistischen Besonderheiten ergeben würden. Und dass dabei die Bestimmung des Werts – unter Abstreifung seiner Wertgegenständlichkeit in Form des Geldes – die Grundlage bildet, dürfte sowohl die Vertreter der neuen Marx-Lektüre als auch ihre Kritiker überraschen.

Marx schreibt: Es »bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die

Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, dass die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird.« (MEW 25, 859) Und an anderer Stelle stellt er dar, was seine Formanalyse – neben den immanenten Widersprüchen der Verwertung – erbracht hat. Sie habe all die Formen erfasst, die einer gesellschaftlichen Produktionsweise widersprechen und daher überwunden werden müssen. »Reduziert man allerdings den Arbeitslohn auf seine allgemeine Grundlage, nämlich auf den Teil des eignen Arbeitsprodukts, der in die individuelle Konsumtion des Arbeiters eingeht; befreit man diesen Anteil von der kapitalistischen Schranke und erweitert ihn zu dem Umfang der Konsumtion, den einerseits die vorhandne Produktivkraft der Gesellschaft zuläßt (also die gesellschaftliche Produktivkraft seiner eignen Arbeit als wirklich gesellschaftlicher) und den andererseits die volle Entwicklung der Individualität erheischt; reduziert man ferner die Mehrarbeit und das Mehrprodukt auf das Maß, das unter den gegebenen Produktionsbedingungen der Gesellschaft erheischt ist, einerseits zur Bildung eines Assekuranz- und Reservefonds, andererseits zur stetigen Erweiterung der Reproduktion in dem durch das gesellschaftliche Bedürfnis bestimmten Grad; schließt man endlich in Nr. 1, der notwendigen Arbeit, und Nr. 2, der Mehrarbeit, das Quantum Arbeit ein, das die arbeitsfähigen für die noch nicht oder nicht mehr arbeitsfähigen Glieder der Gesellschaft stets verrichten müssen, d.h. streift man sowohl dem Arbeitslohn wie dem Mehrwert, der notwendigen Arbeit wie der Mehrarbeit den spezifisch kapitalistischen Charakter ab, so bleiben eben nicht diese Formen, sondern nur ihre Grundlagen, die allen gesellschaftlichen Produktionsweisen gemeinschaftlich sind.« (MEW 25, 883) Dies ist die wahre Konsequenz aus der Formanalyse kapitalistischer Produktion und darin besteht ihre Bedeutung für die Alternative.

Auf diesem Reich der gemeinschaftlich kontrollierten Ökonomie entfaltet sich dann das Reich der freien Entwicklung der Individualität, wobei es eine Bedingung gibt: Die gemeinschaftliche Produktion verlangt die Überwindung der Privatarbeit und damit die Überwindung der Spaltung der Gesellschaft in die Klasse der Kapitalisten und die Klasse der Arbeiter, um eine gemeinsame gesellschaftliche Produktion zu schaffen. (Vgl. dazu auch Ingo Stütze 2015) Angesichts der Arbeitslosigkeit in England schrieb Engels 1886 im Vorwort zur englischen Ausgabe des »Kapital« (Marx referierend), »daß, zumindest in Europa, England das einzige Land

ist, wo die unvermeidliche soziale Revolution gänzlich mit friedlichen und gesetzlichen Mitteln durchgeführt werden könnte. Gewiß hat er nie vergessen hinzuzufügen, dass er kaum erwarte, die herrschenden Klassen Englands würden sich ohne ›proslavery rebellion‹ dieser friedlichen und gesetzlichen Revolution unterwerfen.« (MEW 23, 40)

*

An zentralen Streitpunkten wurde gezeigt, dass in der neuen Marx-Lektüre Ansichten vorgetragen werden, die sich bei ihrer Hinwendung zu den Texten von Marx, zur Kritik der politischen Ökonomie, mit wissenschaftstheoretischen, formallogischen oder erkenntnistheoretischen Fragen, mit weit ausholender Kultur- und Gesellschaftskritik oder soziologischen Funktions- und Struktur-Erfordernissen, mit einem subjektiven Praxisanspruch oder kritischen Aktionismus zugleich wieder von den Marxschen Erkenntnissen abwenden. Diese Art von Neu-Lektüre hilft nicht, Marx zu verstehen. Aber es stellt sich überhaupt die Frage, warum man eigentlich – speziell dann, wenn ein Konsens über die Bedeutung dieser theoretischen Leistung vorliegt – immer einen Zusatz zum Original machen muss. Marx ist mit Marx zu verstehen, und auch wenn man einen Kommentar zur Hilfe nimmt, entbindet das nicht von der Notwendigkeit, ihn am Original zu überprüfen. Zu glauben, mit einem Kommentar könnte man sich die Lektüre des Originaltextes ersparen, ist ein Missverständnis. Dies gilt es vor allem angesichts der Tatsache zu betonen, dass der Mainstream der Kommentare heutzutage eine Umwandlung der Kritik der politischen Ökonomie in Philosophie, Erkenntnistheorie oder Soziologie betreibt. Diesen Umweg sollte man sich ersparen, wenn man die heutige politische Ökonomie verstehen und verändern will. Die Aufforderung, das Original zu lesen, ist das Fazit der vorliegenden Publikation. Und dazu bieten deren Autoren auch Möglichkeiten der Unterstützung und Diskussion an (siehe die Kontaktadresse unter den Autorennotizen).

Literatur

- Albohn, Jürgen (2015): Eine kurze Kritik der Wertkritik. In: Reitter, Karl Marx, S. 153-178.
- Anders, Johann-Friedrich (2011): Wie Marx nicht gelesen werden sollte – Zur Kritik der neuen Marx-Lektüre (I). In: grundrisse, Nr. 37, 2011, S. 47-56 (zit. nach dem Online-Text: www.grundrisse.net).
- Anders, Johann-Friedrich (2015): Was spricht eigentlich gegen eine Popularisierung der Marxschen Werttheorie? Ein Plädoyer für die Wiederaufnahme der »Popularisierungsdebatte«. In: Reitter, Karl Marx, S. 234-250.
- Arthur, Christopher J. (2011): Arbeit, Zeit und Negativität, in Bonefeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 281-305.
- Backhaus, Hans-Georg (2011): Dialektik der Wertform – Untersuchungen zur marxschen Ökonomiekritik. (Erstausgabe 1997) 2. Aufl., Freiburg.
- Bescherer, Peter/Schierhorn, Karen (Hrsg.) (2009): Hello Marx – Zwischen »Arbeiterfrage« und sozialer Bewegung heute. Hamburg.
- Bidet, Jacques (2006): Die metastrukturelle Rekonstruktion des Kapital. In: Hoff u.a., Das Kapital neu lesen, S. 146-158.
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2011): Konkurrenz und Gesellschaftskritik. In: Bonefeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 194-231.
- Bonefeld, Werner/Heinrich, Michael (Hrsg.) (2011): Kapital & Kritik – Nach der »neuen« Marx-Lektüre. Hamburg.
- Brugger, Tobias (2015): Die ideologische Lesart der Neuen Marx-Lektüre als Totengräber radikaler Kritik. In: Reitter, Karl Marx, S. 179-202.
- Bruschi, Valeria u.a. (2012): PolyluxMarx – Bildungsmaterial zur Kapital-Lektüre. Erster Band. Berlin.
- Candeias, Mario (2009): Von der Struktur, die ihre Geschichte hat – Anti-Ökonomismus, Klassenkampf, Periodisierung. In: Bescherer/Schierhorn, Hello Marx, S. 36-45.
- Dath, Dietmar (2007): Der dritte Band. In: ders., Heute keine Konferenz – Texte für die Zeitung, Frankfurt a.M., S. 289-294.
- Decker, Peter (und Redaktionskollektiv) (2008): Wie man das Kapital nicht schon wieder neu lesen sollte. In: Gegenstandspunkt, Nr. 2, S. 93-117.
- Demirović, Alex (2010) Struktur, Handlung und der ideale Durchschnitt. In: PROKLA, Nr. 159, 2010, S.153 -176.
- Demirović, Alex/Klauke, Sebastian /Schneider, Etienne (Hrsg.) (2015): Was ist »der Stand des Marxismus«? Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute. Münster.
- Deppe, Frank (2015): Ein kurzer Sommer des akademischen Marxismus? In: Demirović, Was ist der Stand des Marxismus?, S. 63-77.
- Dörre, Klaus (2015): Marxsche Theorie und kritische Soziologie – Acht Thesen zu einer Wahlverwandtschaft. In: Demirović, Was ist der Stand des Marxismus?, S. 38-62.

- Elbe, Ingo (2006): Zwischen Marx, Marxismus und Marxisten – Lesarten der marxischen Theorie. In: Hoff u.a., *Das Kapital neu lesen*, S. 52-71.
- Elbe, Ingo (2008): *Marx im Westen – Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Berlin.
- Findeisen, Uwe F. (2005): *Das Kapital lesen*. In: *Praxis Politische Bildung*, Nr. 2, 2005, S. 147-151.
- Flemming, Jana/Pichler, Melanie/Plank, Christina (2015): Alle knechtenden Verhältnisse umwerfen – und doch ein paar Bäume stehen lassen – Zum Verhältnis von marxistischer Theorie und sozial-ökologischen Fragen. In: Demirović u.a., *Was ist der Stand der Marxismus?*, S. 141- 156.
- Fracchia, Joseph (2011): *Verwertung der Sachenwelt – Entwertung der Menschenwelt*. In: Bonefeld/Heinrich, *Kapital & Kritik*, S. 65-92.
- Fülberth, Georg (2009): *Praxisgeschichte des Marxismus: Arbeiterbewegung und Gewerkschaften*. In: Bescherer/Schierhorn, *Hello Marx*, S. 46-54.
- Gallas, Alexander (2006): *Subjektivität = Fetischismus? Die wertkritische Marxrezeption auf dem Prüfstand*. In: Hoff u.a., *Das Kapital neu lesen*, S. 303-323.
- Gehring, Thomas (2011): *Der entropische Marx – Eine Bitte an den Marxismus, die Entropie-Kirche im thermodynamischen Dorf zu lassen*. In: PRO-KLA, Nr. 165, 2011, S. 619-644.
- Harvey, David (2011): *Marx' »Kapital« lesen – Ein Begleiter für Fortgeschrittene und Einsteiger*. Hamburg.
- Harvey, David (2015): *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus*. Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (1974): *Vorlesungen zur Einführung ins Kapital*. Köln.
- Haug, Wolfgang Fritz (2013): *Das Kapital lesen – aber wie?* Hamburg.
- Heigl, Richard (2009): *Drei Anforderungen an operative Intellektuelle*. In: Bescherer/Schierhorn, *Hello Marx*, S. 55-61.
- Heinrich, Michael (1999): *Die Wissenschaft vom Wert*. 2., überarb. Aufl., Münster.
- Heinrich, Michael (2004): *Kritik der politischen Ökonomie – Eine Einführung*. 2. Aufl., Stuttgart.
- Heinrich, Michael (2008): *Wie das Marxsche Kapital lesen? Hinweise zur Lektüre und Kommentar zum Anfang von »Das Kapital«*. Stuttgart.
- Heinrich, Michael (2009): *Theoriegeschichte der Marxschen Ökonomie-Kritik*. In: Bescherer/Schierhorn, *Hello Marx*, S. 15-35.
- Heinrich, Michael (2011): *Entstehungs- und Auflösungs-Geschichte des Marxschen Kapital*. In: Bonefeld/Heinrich, *Kapital & Kritik*, S. 155-193.
- Heinrich, Michael (2015): *Marx oder Marxismus? Anmerkungen zum unkritischen Umgang mit der Lage*. In: Demirović u.a., *Was ist der Stand des Marxismus?*, S. 121-129.
- Henning, Christoph (2015): *»All das ist nicht mysteriös« – Wider die Verrätselung der Marxschen Geldtheorie*. In: Reitter, *Karl Marx*, S. 49-85.

- Hoff, Jan/Petrioli, Alexis/Stützle, Ingo/Wolf, Frieder Otto (Hrsg.) (2006): Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie. Münster.
- Holloway, John (2015): Das Kapital lesen: der erste Satz – Oder: Das Kapital beginnt mit dem Reichtum, nicht mit der Ware. In: Reitter, Karl Marx, S. 19-48.
- Iber, Christian (2005): Grundzüge der Marx'schen Kapitalismustheorie. Berlin.
- Iber, Christian (2006): Die Bedeutung der Differenz in der Entwicklung der Wertformen zwischen der ersten und zweiten Auflage des Kapital. In: Hoff u.a., Das Kapital neu lesen, S. 189-199.
- Kirchhoff, Dennis/Reutlinger, Alexander C. (2006): Vorarbeiten zu einer relationalen Rekonstruktion der Marx'schen »Wertformanalyse«. In: Hoff u.a., Das Kapital neu lesen, S. 200-227.
- Krämer, Ralf (2006): Wertbedeutung: Thesen zur Werttheorie. In: Hoff u.a., Das Kapital neu lesen, S. 228-253.
- Kurz, Robert (1995): Postmarxismus und Arbeitsfetisch – Zum historischen Widerspruch in der marxistischen Theorie. In: Krisis, Nr. 15, 1995, S. 95-125.
- Kurz, Robert (2001): Marx lesen – Die wichtigsten Texte von Karl Marx für das 21. Jahrhundert. Frankfurt a.M..
- Lindner, Urs (2011): Philosophie, Wissenschaft und Weltveränderung. In: Bonfeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 93-129.
- Lueer, Hermann (2010): Warum verhungern täglich 100.000 Menschen? Argumente gegen die Marktwirtschaft. 4. Aufl., Münster.
- Marchart, Oliver (2009): Antagonismen jenseits des Klassenkampfes – Postmarxismus und Neue Soziale Bewegungen. In: Bescherer/Schierhorn, Hello Marx, S. 97-120.
- Marti, Urs (2010): Marx und die politische Philosophie der Gegenwart. In: PROKLA, Nr. 159, 2010, S. 177-194.
- Marx, Karl (1971): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Marx-Engels-Werke, Band 23, Berlin (zit. als MEW 23).
- Marx, Karl (1971): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Zweiter Band. In: Marx-Engels Werke, Band 24, Berlin (zit. als MEW 24).
- Marx, Karl (1983): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. In: Marx-Engels-Werke, Band 25, Berlin (zit. als MEW 25).
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke, Band 42 Berlin (zit. als MEW 42).
- Marx, Karl (2009): Das Kapital 1.1 – Sechstes Kapitel: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Berlin.
- Musto, Marcello (2011): Marx und die Kritik der politischen Ökonomie – Von den frühen Studien bis zu den »Grundrissen«. In: Bonfeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 130-154.
- Pahl, Hanno (2010): Marx, Foucault und das Projekt einer Wissenssoziologie der Wirtschaftswissenschaften. In: PROKLA, Nr. 159, 2010, S. 241-258.
- Reichelt, Helmut (1973): Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl

- Marx. Frankfurt a.M.
- Reichelt, Helmut (2008): Neue Marx-Lektüre – Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik. Hamburg.
- Reichelt, Helmut (2011): Zur Konstitution ökonomischer Gegenständlichkeit – Wert, Geld und Kapital unter geltungstheoretischem Aspekt. In: Bonefeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 232-257.
- Reitter, Karl (Hrsg.) (2015): Karl Marx – Philosoph der Befreiung oder Theoretiker des Kapitals? Zur Kritik der »Neuen Marx-Lektüre«. Wien.
- Reitter, Karl (2015): Rubin, Backhaus und im Anschluss Heinrich – Wegbereiter der neuen Marx-Lektüre. In: Reitter, Karl Marx, S. 119-152.
- Reitz, Tilman (2009): Auswege aus der Theoriepolitik – Postmarxistischer Diskurs und soziale Deutungskämpfe. In: Bescherer/Schierhorn, Hello Marx, S. 121-131.
- Schlaudt, Oliver (2011): Marx als Messtheoretiker. In: Bonefeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 258-280.
- Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich (2010): Die Herausforderung der Marxschen Philosophie der Praxis und die Misere aktueller Marxinterpretation. In: Müller, Horst (Hrsg.): Von der Systemkritik zur gesellschaftlichen Transformation, Norderstedt, S. 58-78.
- Steckner, Anne (2011): Von Chemielaboren, Zoomobjektiven und Affenanatomie – Die Hürden der Aneignung und Vermittlung des *Kapital*. In: Bonefeld/Heinrich, Kapital & Kritik, S. 13-35.
- Steinrücke, Margarete (2009): Learning to Consume – Zu Paul Willis »The Cultural Commodity«. In: Bescherer/Schierhorn, Hello Marx, S. 175-181.
- Stützle, Ingo (2006): Die Frage nach der konstitutiven Relevanz der Geldwäre in Marx' Kritik der politischen Ökonomie. In: Hoff u.a., Das Kapital neu lesen, S. 254-286.
- Stützle, Ingo (2015): Rebellische Verhältnisse – Die marxistische Debatte braucht mehr Verständigung über die Marxsche Theorie hinsichtlich des Zusammenhangs von gesellschaftlichen Formen, Geschichte und sozialer Kämpfe. In: Demirović, Was ist der Stand des Marxismus?, S. 130-140.
- Willis, Paul (2009): Kulturelle Waren, symbolische Arbeit und eine Hegemonie in Bewegung. In: Bescherer/Schierhorn, Hello Marx, S. 149-174.
- Wolf, Dieter (2004): Zur Konfusion des Wertbegriffs – Kritische Theorie und Kritik der politischen Ökonomie. In: Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition (Hrsg.): Wissenschaftliche Mitteilungen, Nr. 3, Berlin 2004, S. 9-190.
- Wolf, Frieder Otto (2006): Marx' Konzept der Grenzen der dialektischen Darstellung. In: Hoff u.a., Das Kapital neu lesen, S. 159-188.

*

Im Übrigen werden einzelne Aussagen von Marx und Engels nach der Ausgabe »Karl Marx/Friedrich Engels, Werke« aus dem Berliner Dietz-Verlag als »MEW« mit Angabe der Band-Nummer zitiert.

Johannes Schillo

Antimarxismus heute

Schon das Kommunistische Manifest begann mit der Feststellung, dass der Antikommunismus allerorten von den Vertretern der bestehenden Ordnung gepflegt wird: »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.« (MEW 4, 461) Heute, mehr als 150 Jahre später, ist die Lage nicht viel anders. Zum Antikommunismus ist der Antimarxismus hinzugekommen, der dabei gewisse Konjunkturen aufweist. Spätestens seit der Finanzkrise der Jahre 2007ff. gab es an den verschiedensten Stellen – bis hinein ins konservative Feuilleton – Würdigungen von Karl Marx, die dem Theoretiker der Arbeiterbewegung wichtige Einsichten oder Voraussagen bescheinigten. Dies bedeutet aber in der Regel nicht, dass seine Theorie ernsthaft zur Kenntnis genommen würde und Zustimmung fände, ist vielmehr der Auftakt zu einer Auseinandersetzung, die nur einzelne »Prognosen«, »Ansätze« oder »zeitbedingte« Erkenntnisse gelten lassen will. Im Endeffekt kommt es nach wie vor darauf an, den Marxismus zu widerlegen, auszugrenzen oder als überholtes Gedankengebäude geistesgeschichtlich einzuordnen. Insofern ist die Tradition, die der westdeutsche Frontstaat in Sachen Antikommunismus geschaffen hat, immer noch lebendig (vgl. Schillo 2015). Und auch das Geschäft der Marx-Widerlegung ist nicht aus der Mode gekommen. Zu aktuellen Trends hier ein Überblick.

Marx als Linksextremist

Die maßgebliche Marx-Widerlegung liefern in Deutschland die Verfassungsschutzberichte und die darauf fußende Extremismusforschung. Diese wendet sich – dem Abwehrgedanken der streitbaren Demokratie folgend – gegen Extremismus überhaupt. Die Ablehnung des Marxismus ist dabei für sie nur ein Unterfall, der nicht inhaltlich durchexerziert werden muss, da er durch die Subsumtion unter das Extremismus-Schema erledigt ist. Dafür reicht ein formaler Kriterienkatalog, der die mangelnde Übereinstimmung mit Essentials des demokratischen Verfassungsstaates feststellt. Der ausgewiesene Extremismusforscher Ar-

min Pfahl-Traugher, ehemals im Bundesamt, jetzt an der Akademie des Verfassungsschutzes tätig, hat sich jedoch in seiner jüngsten Publikation zum Linksextremismus in Deutschland (2014) die Mühe gemacht, auf Marx und dessen Theorie eigens einzugehen. Als erstes soll daher diese gewissermaßen amtliche Verurteilung des Marxismus vorgestellt werden, die ja auch für den Bildungs- und Wissenschaftsbetrieb ihre Verbindlichkeit besitzt.

Pfahl-Traugher nimmt sich den Marxismus, d.h. die Theorie der Klassiker Marx und Engels, gesondert von Leninismus, Stalinismus etc. vor. Dabei vermerkt er eingangs, dass nicht jede Berufung auf diese Theorie unter das Verdikt einer revolutionär-kommunistischen, also aus dem demokratischen Pluralismus als extremistisch auszugrenzenden Position fällt (Pfahl-Traugher 2014, 29). Man darf sich ihr – so das großzügige Angebot – aus wissenschaftlichem Interesse nähern. Als »bekannteste Werke« (ebd., 30) nennt Pfahl-Traugher neben zwei Schriften von Engels das Kommunistische Manifest, »Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie«, den 18. Brumaire und die »Kritik des Gothaer Programms«. Ob die drei letztgenannten wirklich zu den bekanntesten gehören, mag dahingestellt bleiben, in der späteren ML-Dogmatisierung von Historiat und Diamat (sowie den darauf bezogenen Widerlegungen) sind eher Werke wie die »Deutsche Ideologie«, die kürzeren Schriften oder die legendäre Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie populär geworden. Wichtiger wäre es aber, die Veröffentlichungen nicht nach Bekanntheitsgrad, sondern nach ihrer theoretischen Relevanz zu sortieren. Insofern müsste man das »Kapital« (Band 1-3) an die erste Stelle rücken – einen Text übrigens, der, wie die vor einigen Jahren aufgekommene »neue Marx-Lektüre« betont, im Grunde zu den unbekanntesten Werken der Weltliteratur zu zählen wäre.¹

¹ Die Zeitschrift »Konkret« veröffentlichte in ihrer Oktober-Ausgabe 2014 die Ergebnisse einer Umfrage unter Linksintellektuellen, die das für sie wichtigste politische Buch nennen sollten. Als letzter antwortete Klaus Theweleit, der den Verdacht äußerte, hier handle es sich um eine Fangfrage; sie werde nämlich in der Erwartung gestellt, dass die richtige Antwort »Das Kapital« laute. In Wahrheit gab keiner der Befragten einen Text von Karl Marx an. Der einzige, der sich auf die Klassiker bezog, war der Schriftsteller Hermann Kant. Er nannte unter bewusster Absetzung von den Marxschen Schriften den »Anti-Dühring« von Friedrich Engels. – Ob es früher in den sozialistischen Bewegungen viel anders aussah, ist zweifelhaft. Nach der Auswertung von Ausleihstatistiken so-

Zu seiner Auswahl bemerkt der Autor: »Bereits aus den Titeln dieser Publikationen geht hervor, dass Marx/Engels mit polemischem Unterton für inhaltliche Positionen eintraten, für ihre Analysen der gesellschaftlichen Gegebenheiten aber auch einen wissenschaftlichen Anspruch erhoben.« (Ebd.) Mit dem Hinweis auf Polemik wird hier ein Gegensatz zur Wissenschaftlichkeit suggeriert, der aber nicht aus den genannten Titeln hervorgeht. Auch die Hauptwerke des Philosophen Kant tragen das Wort »Kritik« im Titel und wollen damit gerade ihren wissenschaftlichen Anspruch zum Ausdruck bringen. Eine solche Formulierung bedeutet zunächst nicht mehr als die Ankündigung, dass sich der Autor die prüfende Beurteilung des betreffenden Gegenstandes zum Anliegen gemacht hat. Ob und in welchem Sinne der Anspruch eingelöst wird, muss sich an den vorgelegten theoretischen Leistungen erweisen. Ohne deren Sichtung lässt sich dazu nichts sagen. Pfahl-Traugherber trifft aber mit seiner Feststellung einfach die Vorentscheidung, dass Wissenschaftlichkeit nur als die eine Seite des Marxismus gelten kann. Dass es sich um einen wissenschaftlichen Anspruch handelt, wird dann anhand eines Zitates aus der »Deutschen Ideologie« bestätigt, wo Marx und Engels gegen die (jung-)hegelianische Spekulation die Notwendigkeit »wirklichen Wissens« setzten. Das kommentiert der Extremismusexperte so: »Mit solchen Auffassungen bekannten sich Marx und Engels zu einem empirischen und positivistischen Wissenschaftsverständnis. Gleichzeitig verknüpften sie dieses mit ihren politischen und sozialen Grundpositionen, woraus sich eine innere Spannung und Widersprüchlichkeit ergab.« (Ebd.)

Das ist ein Missverständnis, gegen das sich auch Vertreter einer empirischen oder positivistischen Wissenschaft zur Wehr setzen dürften. Keine Schrift der beiden Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus – vielleicht mit ein bis zwei Ausnahmen wie Engels' Frühwerk über die Lage der arbeitenden Klasse in England – tritt mit dem Anspruch an, eigenes empirisches Material erhoben zu haben und dem Leser zu präsentieren. Immer geht es darum, die gesellschaftliche Realität samt ihren vorfind-

zialdemokratischer Arbeiterbibliotheken aus der Zeit von 1880 bis 1900 (vgl. Lucas 1983, 71ff., 112ff.) waren Bücher von Marx, Engels oder Kautsky kaum gefragt, Spitzenreiter waren Titel aus der Sparte »Naturwissenschaften«, Bebels »Die Frau und der Sozialismus« und vor allem – von der Partei nicht gern gesehen – der schlüpfrige »Pfaffenspiegel« von Corvin.

lichen Widersprüchen zu erklären. Dafür werden dann zahlreiche Daten, Fakten, Berichte verwendet, die von Fachleuten oder offiziellen Stellen stammen, oft auch, wie die berühmten Berichte der Fabrikinspektoren im »Kapital«, von der Öffentlichkeit nicht ernsthaft zur Kenntnis genommen wurden. Dass Widersprüchlichkeit bei Marx und Engels erst durch das Einbringen von »Grundpositionen« zustande käme, ist entweder ein Vorurteil oder ein Missverständnis dessen, was als »dialektische Methode« bezeichnet wird. Für Voreingenommenheit spricht das anschließende erste Resümee, das großzügig einräumt: »Auch wenn im Marxismus die Ideologie mit der Wissenschaft einhergeht, sollte die Existenz von Letztgenanntem nicht ignoriert werden.« (Ebd.) Der Satz ist unsinnig, denn wenn das eine mit dem andern einhergeht, ist dessen Existenz ja schon zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus drückt er an dieser Stelle nichts anderes als die Vorentscheidung des Autors aus, den Marxismus als fragwürdiges Gebilde einzuführen, ohne dass er bis dahin einen einzigen Beleg für den ideologischen, d.h. unwissenschaftlichen Charakter vorgebracht hätte.

Mit einem Bemühen, diese These zu beweisen, fährt der Autor auch nicht fort, sondern wechselt die Ebene. Zunächst will er den »Anspruch des Marxismus als exklusives Modell der Gesellschaftsanalyse« (ebd., 31) veranschaulichen, wozu als Erstes die Differenz zu den utopischen Sozialisten festgehalten wird. Marx und Engels sei es nicht darum gegangen, »den Entwurf einer späteren Idealgesellschaft zu zeichnen« (ebd.). Man kann festhalten, dass dies einer der wenigen zutreffenden Sätze im Text ist. Er wird aber gleich wieder durch die Feststellung verfälscht, dass die Utopisten politisch dasselbe wie der Marxismus gewollt hätten: »die Etablierung einer Gesellschaft von sozialer Gleichheit« (ebd.). Ein Blick in die »Kritik des Gothaer Programms« hätte den Autor darüber belehren können, dass es Marx um etwas anderes ging, nämlich um die Abschaffung der Klassenherrschaft, also der Indienstnahme der Lohnarbeit für die Verwertung des Kapitals, und dass er die sozialdemokratischen Gleichheits-Phrasen – in der Tat polemisch – aufs Korn nahm, da sie sich am bürgerlichen Wertehimmel orientierten.²

² Zu diesem Thema siehe unten die ausführlichen Bemerkungen zu der Sarrazinschen Behauptung vom Gleichheits- und Gerechtigkeitsfanatismus des Marxismus sowie zu den ähnlich gelagerten Vorwürfen, die aus dem christlich-sozialen Raum kommen.

Pfahl-Traugher hält jedenfalls fest, dass Marx und Engels im »zukünftigen Weg vom Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus eine historische Notwendigkeit sahen« (ebd.). Das kann man nicht bestreiten, Marx und Engels hielten diesen Weg für notwendig. Sie neigten auch dazu, vor allem im revolutionären Pathos des Kommunistischen Manifests, den »Untergang« der Bourgeoisie und den »Sieg des Proletariats« für »unvermeidlich« zu halten (MEW 4, 474). In dieser Prognose haben sie sich – wie in einigen anderen – getäuscht (während sie angeblich, so die Kommentierung von FAZ, Handelsblatt etc. anlässlich des 150. Jubiläums des Manifests, im Blick auf die Globalisierung zu den hellstichtigsten Prognostikern der Neuzeit zählen). Dazu ist jedoch anzumerken, dass bei Marx der Geschichtsoptimismus weder das erste noch das letzte Wort hat. Das Manifest hält gleich eingangs bei seiner – ebenfalls etwas apodiktischen und daher korrekturbedürftigen – Bestimmung der Geschichte »aller bisherigen Gesellschaft« als »Geschichte von Klassenkämpfen« (ebd., 462) fest, dass die erfolgreiche revolutionäre Umgestaltung geschichtlich nicht fest steht. Es gebe auch die Möglichkeit des »gemeinsamen Untergang(s) der kämpfenden Klassen« (ebd.). Das ist übrigens in der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert mit dem geflügelten (und wohl von Marx stammenden) Wort von der Alternative »Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei« (vgl. Luxemburg 1979, 62) zum Ausdruck gebracht worden.

Die prognostische Fähigkeit der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus steht hier jedoch nicht zur Debatte (genauso wenig wie ihre persönliche, moralische Integrität etc.), sondern der (un-)wissenschaftliche Gehalt ihrer Erklärung des Kapitalismus. In der Kritik der politischen Ökonomie, die Marx begründet hat, ist die Berufung auf die Zwangsläufigkeit einer geschichtlichen Tendenz eine absolute Randerscheinung, im dritten Band des »Kapital« fällt z.B. in einem Halbsatz eine Bemerkung, die in diesem Sinne ausgelegt werden kann.³ Wenn

³ Marx resümiert zum tendenziellen Fall der Profitrate (MEW 25, 260): »Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck, der Verwertung des vorhandenen Werts.« Daran schließt er folgende Überlegung an: »Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen« – und dies hat sie ja geleistet, somit war die Entwicklungstendenz korrekt bestimmt –, »ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer

sie die theoretische Leistung von Marx tangieren sollte, wäre das darzulegen. Das tut Pfahl-Traughber aber nicht. Mit seiner Thematisierung des Geschichtsoptimismus will er nämlich auf etwas anderes hinaus: Er nimmt Anstoß am Programm der sozialistischen Bewegung, die sich auf die Marxsche Theorie stützt, den Kapitalismus zu überwinden. Das ist ein überraschender Vorwurf. Dass die Bewegung die Notwendigkeit der Veränderung theoretisch untermauert, ist ja für sich genommen kein Kritikpunkt; man müsste dies gerade als eine vernünftige Entscheidung bewerten. Denn so wird das Programm rational nachprüfbar – und ist nicht das Produkt einer weltanschaulichen Grundsatzentscheidung. Dass dann eine Bewegung das Ziel, das sie sich gesetzt hat, in der Erwartung angeht, es zu erreichen, und dazu möglicherweise Optimismus verbreitet, verwundert auch nicht und ist zudem nicht besonders kritikabel. Die Hoffnung diskreditiert das Unternehmen nicht – genauso wenig, wie sie es beglaubigt.

Wenn übrigens ein moderner Politikwissenschaftler den Weg von der antiken Demokratie über die Neuzeit, die bürgerlichen Revolutionen und das »Jahrhundert der Extreme« (Hobsbawm) bis zum gegenwärtigen demokratischen Verfassungsstaat nachzeichnet und darin die Erfüllung der historischen Hoffnungen auf ein humanes Zusammenleben sieht – und das genau ist der Standpunkt der Extremismusforschung, die ja die parlamentarische Demokratie als das geschichtliche Nonplusultra definiert (vgl. Bundschuh 2013) –, dann ist das in Ordnung. Beim Marxismus aber nicht. Hier sollen die Konsequenzen, die aus der Theorie gezogen werden (können), diese disqualifizieren. Das Vorhandensein eines praktischen

historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen«. (Ebd.) Mit der Formulierung von der »historischen Aufgabe« wird in die ökonomische Analyse ein merkwürdiger Gedanke eingeführt. Falls es sich nicht um das Stilmittel der uneigentlichen Rede handelt, wird hier allen Ernstes behauptet, es gäbe eine historische Bestimmung, die die Menschheit über die Produktion des Massenelends hinaus zum (heils-)geschichtlichen Endpunkt führe. – Das wäre eine Mystifizierung des Geschichtsprozesses, und solche Glaubensgewissheiten haben sich ja auch in der Arbeiterbewegung ausgebreitet (s.u.). Dass später im Neomarxismus, etwa seit Walter Benjamin, der »Engel der Geschichte« rückwärtsgewandt fliegt, also nicht mit Heilsgewissheit nach vorn, sondern, der Opfer eingedenk, zurückblickt, macht die Sache auch nicht besser. Man sollte sich lieber bei analytischen Fragen von fliegenden Engeln ganz verabschieden und sie amerikanischen TV-Serien überlassen.

Interesses soll unvereinbar mit wissenschaftlicher Professionalität sein: Das ist die Vorentscheidung, die vor aller Befassung mit einzelnen Theorieelementen vom Extremismusforscher getroffen wird.

Im normalen wissenschaftlichen Diskurs hätte man hier übrigens das Wertfreiheits-Postulat erwartet. Marx hat ja keine wertfreie Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse angestrebt, was nicht heißt, dass er aus einem voreingenommenen Standpunkt heraus die Welt betrachtet hätte. Die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen hat er vielmehr darauf verwiesen – Pfahl-Traughber hat dazu das Zitat aus der »Deutschen Ideologie« beigebracht –, dass sie von wirklichem Wissen auszugehen habe und nicht von einer idealistischen Bestimmung der Welt, wie sie eigentlich, ihrem Wesen nach sei oder zu sein hätte. Dass die wissenschaftliche Wertfreiheit bei Pfahl-Traughber nicht zum Thema wird, dürfte damit zusammenhängen, dass die Extremismusforschung selber wertbasiert auftritt und ihren Grundwert apodiktisch an den Anfang stellt, ja dass sie im Grunde nichts anderes als das Abziehbild der staatsschützerischen Wertung politischer Strömungen ist. So überlässt man den einschlägigen Vorwurf wohl eher den Kollegen im Rahmen des wissenschaftlichen Pluralismus...

Pfahl-Traughber fährt stattdessen mit einer eigenartigen Kritik fort. Wegen der Überzeugung von einer historischen Notwendigkeit »handelt es sich beim Marxismus nicht um eine politische Theorie wie andere politische Theorien. Er beansprucht neben einer rationalen Begründung für seine Grundprämissen die wissenschaftliche Gültigkeit für seine Weltanschauung. Dadurch könnte es zu einer kritischen Prüfung der Kernaussagen des Marxismus kommen, sofern sie durch deren Formulierung realisierbar wäre. Aufgrund der Abstraktheit und Vieldeutigkeit zahlreicher Bestandteile dieser Lehre – von der »Arbeitswerttheorie« über die »Dialektik« bis zur »Entfremdung« – lässt sich ein solches Verfahren aber nicht umsetzen.« (Pfahl-Traughber 2014) Dass Theorien einen gewissen Abstraktionsgrad aufweisen, ist kein exklusives Merkmal des Marxismus. Auch die Extremismusforschung, die ja mit den zentralen Kategorien »Extremismus«, »Demokratie« oder »Freiheit« arbeitet, ist dadurch gekennzeichnet.

Die beiden letztgenannten Kategorien gehören übrigens zu den vieldeutigsten im politischen Kontext. Antiextremistisch orientierte Wissenschaftler verzichten aber nicht auf ihre Verwendung, sondern versuchen eben, sie für ihre Zwecke zu präzisieren. Ähnlich verfährt Marx.

Es wäre daher gerade nachzuweisen, inwiefern sich die Bestandteile einer rationalen Prüfung entziehen. Dafür müsste man sie allerdings erst einmal referieren, was unterbleibt.

Kapitulieren will Pfahl-Traugher vor der Aufgabe jedoch nicht ganz, er macht ein Zugeständnis. »Gleichwohl bleibt aufgrund der ideologischen Prägungen des Marxismus das wissenschaftliche Selbstverständnis existent: Es geht mit seinem exklusiven Erkenntnisanspruch mit einer Absolutsetzung eigener Auffassungen als allein wissenschaftlich und Negierung gegenteiliger Positionen als notwendigerweise unwissenschaftlich einher. Hierin kann ein bedeutender Gesichtspunkt zur extremistischen Rezeption des Marxismus gesehen werden.« (Ebd., 31f.) Kann – muss aber nicht? Und muss man solche Sätze formulieren? Möglicherweise sind sie verunglückt (das »aufgrund« soll doch wohl »trotz« heißen), auf jeden Fall steht der Vorwurf der Exklusivität im Raum. Der trifft in einem banalen Sinne zu – wie eben auch bei anderen Theoriebildungen. Der betreffende Gegenstand wird erklärt, natürlich mit dem Anspruch, dass die Erklärung zutrifft und daher andere Positionen teilweise oder ganz negiert. So verfährt z.B. der Extremismusforscher. Er orientiert sich am demokratischen Verfassungsstaat, erläutert, worin dieser besteht, und zieht die Grenze zu extremistischen Auffassungen, denen generell ihre Gültigkeit abgesprochen wird. Sie sollen als Ideologien unter ein theoretisches und (in der streitbaren Demokratie auch) praktisches Verdikt fallen, somit ausgegrenzt werden. Die Grundprämisse Verfassungsstaat gilt übrigens absolut. Inwiefern man einen Absolutheitsanspruch bei Marx antrifft, wäre gerade nachzuweisen. In seinem bisherigen Argumentationsgang hat Pfahl-Traugher nichts Derartiges geleistet, sondern nur belegt, dass der Marxismus einen wissenschaftlichen Anspruch erhebt und seine Erklärung der sozialen Welt mit einer Hoffnung auf tief greifende Veränderungen verbindet bzw. diese durch praktische Tätigkeit auf den Weg bringen will.

Soweit ist die Zurückweisung des Marxismus ein einziges Armutszeugnis des Experten. Die Sache ist allerdings noch nicht zu Ende. Es folgen drei kurze Kapitel, die der Darstellung von (1) »Dialektik und Materialismus als Grundlagen«, (2) »Gesellschaftsbild, Kapitalismus und Klassenkampf« sowie (3) des »Kommunismus als Folge von Revolution und Sozialismus« gewidmet sind. Nach einer Würdigung »unangemessener Kritik am Marxismus« folgen dann vier »Einschätzungen« des Marxismus, womit der Autor übrigens fälschlicher- (oder ironischer-?)

weise einen Ausdruck aus dem ML-Jargon benützt: Er »schätzt« ja nicht politische Potenziale der verhandelten Position »ein«, sondern statuiert den extremistischen Grundzug des Marxismus, mit dem dieser definitiv aus dem verfassungskonformen Lager ausgesondert wird.

Immerhin, es ist im Rahmen der Extremismusforschung schon ein ungewöhnlicher Aufwand, rund zehn Seiten einer solchen Widerlegung zu widmen. In ähnlich gelagerten Publikationen macht man das in der Regel kürzer ab (vgl. Bergsdorf/van Hüllen 2011, Dovermann 2011, Hirscher/Jesse 2013), wenn man sich überhaupt Mühe gibt, einen Satz oder ein Theorem von Marx zur Kenntnis zu bringen. Im Folgenden sollen die Kritikpunkte der drei Kapitel vorgestellt werden.

Der Autor beginnt wiederum nicht mit einer sachlichen Aussage, die unhaltbar wäre, sondern mit einem theoriegeschichtlichen Resümee, die Herkunft des Marxismus aus der idealistischen Philosophie Hegels betreffend. Mit deren philosophischer Prämisse – der Selbstbewegung des Begriffs, dem bestimmenden Charakter des (Welt-)Geistes – hat Marx in der Tat gebrochen, während er Hegels begriffliche Schärfe, die dieser in seiner dialektischen Logik demonstrierte, für die Analyse der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze als vorbildlich ansah. Diese »Arbeit des Begriffs« hat Marx als »Dialektik« geschätzt. Ob die Herkunft aus solchen Kämpfen mit der damals herrschenden Form der Philosophie für die Beurteilung der Marxschen Theorie wichtig oder erhellend ist, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall führt es vom Thema ab, und zweifelhaft ist auch die daraus abgeleitete Widerspiegelungstheorie, die Pfahl-Traugher anschließend referiert. Er belegt seine Behauptung, die Widerspiegelung sei für Marx von grundlegender Bedeutung, mit einem Zitat aus dem ersten Band des »Kapital« (MEW 23, 27). Das Ideelle wäre nichts anderes »als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Ideelle«, heißt es da. »Umsetzen« bzw. »Übersetzen« ist allerdings etwas anderes als »Widerspiegeln«, mit den beiden erstgenannten Tätigkeiten wird eine subjektive Leistung der Individuen angesprochen und nicht der passive Zustand eines Reflektors, der die gegebenen Verhältnisse abbildet.

Hätte Pfahl-Traugher den ganzen Absatz aus dem »Kapital« zitiert, wäre auch klar geworden, was solche methodischen Hinweise und die Berufung auf den Materialismus meinen. Bei Marx heißt es: »Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denk-

prozess, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen... .« (Ebd.) Materialismus ist also bei Marx die Entscheidung, diese idealistische Prämisse zu verwerfen – wobei es sich in seinem Fall um keine Standpunktentscheidung handelte, sondern um einen mühseligen, jahrelangen Prozess. Dieser hat auch viele Texte hervorgebracht, so etwa die »Deutsche Ideologie«, ein Manuskript, das die Autoren nicht veröffentlichten, da es mit der Selbstverständigung seinen Zweck erfüllt hatte. Die philosophischen Fragen könnte man als theoriegeschichtlichen Hintergrund abbuchen, der zu der entscheidenden Frage – was vom Erklärungswert der Kritik der politischen Ökonomie zu halten ist – nichts Wesentliches beiträgt, sondern ein philologisches oder geistesgeschichtliches Zusatzproblem aufmacht. Es ist aber bezeichnend, dass Pfahl-Traugher solche Umwege braucht, um die Seiten seiner knapp bemessenen Widerlegung zu füllen.

Zudem hätte ihm auffallen können, dass Marx an der besagten Stelle im Vorwort zum »Kapital« von der Darstellungsweise spricht, die ihm viel Kopfzerbrechen bereitet habe. Beim Forschungsprozess gehe es darum, sich »den Stoff im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht« ist, fährt Marx fort, »kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffes ideell wider, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun.« Er geht also nicht von einer Setzung aus, sondern vom »Stoff«, von der wirklichen Welt, die auch schon in den früheren Schriften als der Ausgangspunkt benannt ist. Die Marxsche Theorie will also explizit keine Weltanschauung sein, keine »Konstruktion a priori«. Sie will sich daran messen lassen, inwiefern sie die politökonomische Realität auf den Begriff bringt, das »Leben des Stoffes«, wie es heißt, »ideell widerspiegelt«, also der Wirklichkeit gemäß ist und nicht einen Standpunkt des Autors abbildet. Dies ist kein aparter Zugang, der eine eigene Zurichtung des Denkens bräuchte – außer der Auf- und Durcharbeitung des »Stoffes« ist nichts verlangt. Und Marx sieht in der Hegelschen Dialektik gewissermaßen eine Schulung des Denkens. Nur in diesem Sinne, sagt er, habe er sich als Schüler Hegels bezeichnet, den man Mitte des 19. Jahrhunderts wie einen »toten Hund« behandelte: »Ich bekannte mich daher offen als Schüler jenes großen Denkers und kokettierte sogar hier und da im Kapitel über die Werttheorie mit der ihm eigentümlichen Ausdrucksweise.« (Ebd.)

Endlich kommt Pfahl-Traughber auf rund einer Seite zum eigentlichen Punkt, zur Kritik von Marx am Kapitalismus. Doch auch hier muss er – bevor er sich in rund 20 Zeilen dem Thema widmet – wieder auf methodische Fragen ausweichen, nämlich darauf, dass Marx bei der Gesellschaft die Basis vom Überbau trennt. Das tut Marx, und es ist keine gewagte gedankliche Operation. Bei der ökonomischen Basis einer Gesellschaft handelt es sich um das zentrale Thema, das zur Klärung ansteht, um die kapitalistische Produktionsweise – und man kennt diese Basis ja seit der jüngsten Finanzkrise als hochproblematische, in sich noch einmal von der ›Realwirtschaft‹ bis zu den windigsten Finanz-Derivaten abgestufte Größe, die ihren eigenen Gang geht unabhängig vom Überbau der Interventionen, Deutungen oder wirtschaftspolitischen Schulen. War Marx hier nun Ideologe? Oder hat seine Theorie Hand und Fuß? Das ist die Frage, um die sich alles drehen müsste. Marx ist der entscheidende Kritiker des Kapitalismus, und die Frage steht im Raum, ob das, was er vorgebracht hat, wissenschaftlich haltbar ist oder nicht. Die ideelle Bezugnahme auf die vorhandene ökonomische Basis, der »ideologische Überbau«, die Verkehrung des Verhältnisses in der idealistischen Philosophie etc. – all das sind Themen, denen man sich widmen kann oder auch nicht, die aber von der zentralen Frage wegführen, genau so wie die Auskünfte über Klassenverhältnisse in vorkapitalistischen Zeiten und deren jeweilige Überbauten etc. All das spielt für die eigentliche Kontroverse keine Rolle, wird aber immer wieder ausgebreitet.

Über die kapitalistische Basis erfährt man dann endlich von Pfahl-Traughber, dass hier Besitzer der Produktionsmittel, die man früher »Bourgeoisie« nannte, den Arbeitern als abhängig Beschäftigten, dem früheren »Proletariat«, gegenüberstehen. Beide hätten für Marx »unvereinbare soziale Interessen«: »Erstere strebten eine Steigerung ihrer Gewinne auf Kosten der Arbeiter, diese eine Erhöhung der Löhne auf Kosten der Unternehmer an.« (Pfahl-Traughber 2014, 34) Nach so vielen Präliminarien findet man endlich eine inhaltliche Aussage. Es ist keine falsche Paraphrase, aber auch nicht gerade die Marxsche Theorie. Den Gegensatz von Arbeit und Kapital kennen ebenfalls die katholische Soziallehre oder das DGB-Grundsatzprogramm. Bei Marx geht dagegen die ganze theoretische Anstrengung darauf, den unversöhnlichen, »antagonistischen« Charakter dieses Gegensatzes nachzuweisen. Ob das nun stimmt oder nicht, bleibt bei der Referierung im Dunkeln. Für sich genommen hält die aufgespießte Aussage nur einen grundsätzlichen Sachverhalt der

Wirtschaftsweise fest, in der sich Lohnarbeit und Kapital gegenüber stehen. Soweit müsste man dem Marxismus Realismus bestätigen, der sich jenseits ideologischer Vorannahmen und im Einklang mit zahllosen Kritikern des Neoliberalismus oder Marktradikalismus befindet.

Was Pfahl-Traugher dazu beizusteuern hat, soll in voller Länge zitiert werden: »Für Marx und Engels war der Wert einer Ware durch die in ihr enthaltene menschliche Arbeitskraft (›Wertgesetz‹) bedingt. So könne jeweils mehr Wert geschaffen werden als für das Leben des Menschen notwendig sei. Den damit entstandenen Überschuss aus der Produktion (›Mehrwert‹) eigne sich der Kapitalist einseitig an, d.h. es handle sich eigentlich um die Ausbeutung fremder Arbeit im eigenen Interesse. In der Erzeugung dieses Mehrwerts sahen Marx und Engels ein Grundprinzip des Kapitalismus, erlaube dieses doch erst den Unternehmern möglichst hohe Profite zu erlangen. Die ständige Erhöhung der Produktion von Waren würde aber zu Absatzkrisen führen, könnten diese doch nicht mehr verkauft werden. Insofern käme es im Kapitalismus aufgrund dieser inneren Logik kontinuierlich zu Wirtschaftskrisen. In deren Folge würden einerseits immer mehr kleine und mittlere Unternehmen bankrott gehen und danach in den Besitz von größeren Kapitalisten gelangen, wodurch eine Konzentration und Zentralisation des Kapitals vorangetrieben werde.« (Ebd.)

Das ist an Dürftigkeit nun wirklich nicht zu überbieten. Es beginnt bei der Referierung des Wertgesetzes, das ja nicht von Marx und Engels in die politische Ökonomie eingeführt wurde, sondern auf der Arbeitswerttheorie der Vorläufer (Smith, Ricardo) beruht. Marx revidierte die ursprüngliche Theorie. Die entscheidende Größe ist bei ihm die abstrakte Arbeit, denn in der konkreten Ausübung der menschlichen Arbeitskraft unterscheiden sich die Tätigkeiten und können in dieser Hinsicht nicht als Tausch-Äquivalente gleichgesetzt werden. Nur in der Abstraktion von den Unterschieden bilden sie Wert. Der ist das Ziel des Arbeitens in der Warenproduktion, der Gebrauchswert ist nur die lästige Bedingung, an die dieser ökonomische Zweck gebunden ist. Das »so« im zweiten Satz des Referats ist überhaupt kein logischer Fortgang vom Wertgesetz zur Mehrwertproduktion, hier wird schlichtweg auf die Wiedergabe der Argumentation verzichtet. Dass das Ganze Ausbeutung zum Inhalt hat, wird in redundanten Formulierungen ausgedrückt. Wie sich der Prozess vollzieht – vom Einsatz einer Geldgröße, die somit als Kapital fungiert, über einen zweckmäßig organisierten Produktionsprozess (inklusive be-

ständiger Steigerung der Produktivität), bis zu den Gesetzmäßigkeiten der Akkumulation, der Zirkulation etc. – und wie Marx das minutiös entwickelt, fällt völlig unter den Tisch. Auf dieses Funktionieren des Kapitalismus bezieht sich aber die Marxsche Kritik. Pfahl-Traugher dagegen landet nach vier Sätzen bei der Krisenanfälligkeit, die dann auch noch mit der unabhängig davon bestehenden Tendenz zu Konzentration und Zentralisation (übrigens nicht nur von kleinen und mittleren Unternehmen) vermengt wird.

Das »Einerseits« des letzten Satzes wird im nächsten Abschnitt zum Kommunismus fortgeführt, indem ein längeres Zitat aus dem ersten Band des »Kapital« zum allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, das Überflüssigmachen von Arbeit und die daraus resultierende Verelendung betreffend, nachgereicht wird. Hieran haben Marx und Engels in der Tat ihre Hoffnung geknüpft, dass diese Produktionsweise, nach den Worten des Kommunistischen Manifests, »ihre eigenen Totengräber« (MEW 4, 447) produziert, die die Akkumulation des Elends nicht länger hinzunehmen bereit sind.

Dass der Marxismus für dieses Vorhaben Partei ergreift – eine Tatsache, die schon mehrfach benannt wurde –, wird nun wiederum als besondere Erkenntnis festgehalten. Dabei wäre doch der begrenzte Platz auf die spezielle Theorie, die die Notwendigkeit dieses Vorhabens (im Unterschied zu anderen Projekten, die auf Erhaltung, Verbesserung oder Humanisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse setzen) zu verwenden und deren Korrektheit, also ihr wissenschaftlicher Erklärungswert zu überprüfen.

Die Nachlässigkeit bei der Wiedergabe und Kritik der Marxschen Theorie hat aber System. Pfahl-Traugher fährt im nächsten Abschnitt, der zum Resümee hinführt, mit der Feststellung fort, dass es ihm gar nicht darum gehe, »danach zu fragen, ob der Marxismus eine angemessene oder zutreffende Einschätzung politischer und sozialer Entwicklungen vornimmt« (Pfahl-Traugher 2014, 35). Die Richtigkeit der Theorie interessiert ihn also nicht; ob nun die These, dass es »kontinuierlich zu Wirtschaftskrisen« kommt, stimmt oder nicht, wird nicht weiter verfolgt. Statt dessen stehen »allein jene Aspekte der Theorie des Marxismus im Fokus, die als Bestandteile einer extremistischen Auffassung und Zielsetzung deutbar sind.« (Ebd., 34f.) Den ganzen Aufwand einer Referierung hätte man sich folglich schenken können, denn in der Hauptsache soll der Modus der Rezeption darüber entscheiden, ob der Marxismus im wissen-

schaftlichen Diskurs seinen Platz hat oder daraus auszugrenzen ist. Das Fazit lautet: »Eine demokratische und wissenschaftliche Rezeption von Marx und Engels nimmt einzelne Bestandteile von deren Lehren in den Blick, um in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit ihnen eine eigene Deutung sozialer Entwicklungen vorzunehmen. Eine extremistische und ideologische Rezeption von Marx und Engels sieht in deren Lehre eine allein richtige und inhaltlich umfassende Theorie, wobei von deren besonderer Bedeutung nicht abgewichen werden darf.« (Ebd., 36)

Das Ganze löst sich also wiederum in den Formalismus der Extremismustheorie auf: Diese konstatiert nur, dass Theoretiker von ihrer Position überzeugt sind und an deren Richtigkeit (bzw. »besonderer Bedeutung« – eine erstaunliche Erweiterung!) festhalten, also im demokratischen Pluralismus einen Fremdkörper bilden. Das Verdikt trifft natürlich keinen Psychoanalytiker, Hirnforscher oder Evolutionstheoretiker, die auch ziemlich umfassende Erklärungen (sogar unter Einschluss der Natur) anzubieten haben, sondern nur diejenigen, die eine Kritik an Staat und Ökonomie vortragen. Und es trifft natürlich auch nicht die Extremismusforschung, die im demokratischen Verfassungsstaat – aufgeschlüsselt nach einem halben Dutzend Kriterien – das Nonplusultra der menschlichen Entwicklung seit den Anfängen in der antiken Demokratie sieht und von der Richtigkeit dieser Auffassung felsenfest überzeugt ist, jedenfalls keine Relativierung zulässt.

Das Fazit dieser Linksextremismus-Analyse ist also ganz einfach: Wer Marxens Ausführungen für richtig hält, ist ein Extremist; wer sich aus einer Distanz heraus auf sie bezieht und sie weiterentwickelt, revidiert, kritisiert etc., darf das im demokratischen Rahmen ungehindert tun. Das Ganze kommt ohne die Beanstandung der theoretischen Leistung aus, die Inhalte werden nicht als falsch nachgewiesen. Es wird nur dem Theoretiker Marx ein Absolutheitsanspruch untergeschoben, den dieser, auch nachweislich der beigebrachten Zitate, gar nicht hat – der eher schon die unbedingte, absolute Gültigkeit des demokratischen Verfassungsstaates in der Extremismustheorie kennzeichnet. So macht sich die resümierende negative Bewertung der Marxschen Theorie auch frei von der Beurteilung der Theoriefragmente, die vorher mehr schlecht als recht geliefert wurden.

Abschließend tritt Pfahl-Traugherber dann – nochmals bekräftigend – mit der durch nichts gedeckten Behauptung auf, Marx habe den Standpunkt des »absoluten Wissens« eingenommen (ebd., 37). Dafür wird

jetzt bezeichnenderweise nicht das vorausgegangene Referat bemüht, sondern ein neues Zitat aus dem Briefwechsel mit Engels beigebracht. Dort schreibt Marx 1857 anlässlich eines Artikels, den er zur britischen Kolonie Indien verfassen soll, dass er nur ungesicherte Nachrichten über die Entwicklung des dortigen Aufstands besitze, sich dazu aber – als Vertreter des Fachmanns Engels – kurzfristig in der Presse äußern müsse. Wegen der Unsicherheit der Informationslage sei es schwierig, die militärischen Maßnahmen der Kolonialherren zu bewerten. Er habe daher seine Einschätzung vorsichtig formuliert – »augenblicklich ist es äußerst schwierig, die Kräfte beider Seiten abzuschätzen«, heißt es in dem Artikel über den »Stand der indischen Insurrektion« (abgedruckt in: MEW 12, 252) –, also, wie er Engels schreibt, seine »Aufstellungen so gehalten, daß ich im umgekehrten Fall auch recht habe« (MEW 29, 161). Soll heißen: dass sein Bericht über den Kampf zwischen Aufständischen und britischer Armee sachlich korrekt ist, unabhängig davon, wie sich die konkrete Situation in der Stadt Delhi entwickelt. Marx verweist dazu auf die indische Presse, die er studiert hat, die ihm aber nur Hinweise, keine Sicherheit gibt; im Artikel sind dann zahlreiche Quellen angegeben, auf die sich der zusammenfassende Bericht stützt. Das Ganze hat also mit absolutem Wissen nicht das Geringste zu tun. Marx bekennt sich – ganz relativ – mit seiner Expertise dazu, dass er von der Nachrichtenlage abhängig ist. Unter dem Druck des Redaktionsschlusses will er so agieren – eine Notlage, die jeder Journalist kennt –, dass er sich mit seinem Artikel nicht blamiert. Pfahl-Traughbers Interpretation ist ein groteskes Missverständnis. Er kommentiert: »Hier geht es nicht mehr um die genaue Einschätzung von Entwicklungen, sondern die Rechtfertigung gegensätzlicher Bewertungen. Daraus konnten spätere kommunistische Diktaturen ein methodisches Instrument zur Legitimation ihrer Herrschaft entwickeln.« (Pfahl-Traughber 2014, 37) Dieses Missverstehen hat System: Es müssen randständige Dinge (theoriegeschichtliche oder methodologische Hintergründe, Nebenbemerkungen etc.) gesucht werden, weil die Theorie selber außen vor bleibt.

Marx, so Pfahl-Traughber, »beanspruchte eine Art exklusives Deutungsmonopol auf dieses Wissen [über das ›wahre Wesen‹ des Menschen, J.S.], das sich aber einer genauen Begründung und kritischen Prüfung verweigerte.« (Ebd.) Der durch nichts bewiesene, nur beständig wiederholte Vorwurf eines Absolutheitsanspruchs ist also der Grund für die antiextremistische Verurteilung des Marxismus. Insofern hat Pfahl-

Traugherber auch nichts anderes zu bieten als die gängige Extremismusforschung, die sich die Auseinandersetzung mit der Marxschen Theorie meist gleich spart. Den Anschein, sie würden eine solche inhaltliche Auseinandersetzung führen, wollen die einschlägigen Publikationen jedoch gelegentlich erwecken. Harald Bergsdorf und Rudolf van Hüllen betonen z.B. in ihrer Linksextremismus-Studie (2011) die Bedeutung der inhaltlichen Argumentation, sie kündigen sogar in einem eigenen Kapitel »Argumente gegen linksextreme ›Stammtischparolen« an. Im Grunde beziehen sich aber nur zwei Seiten des betreffenden Kapitels auf die aktuelle Kritik an Kapitalismus, Neoliberalismus oder Globalisierung. Behandelt werden der Vorwurf der Umverteilung von unten nach oben (der so auch von CDU-Mitgliedern wie Blüm oder Geißler erhoben wird), die Frage der Staatsverschuldung (wobei es im Grunde um eine keynesianische Gegenposition geht, die vielerlei Anhänger hat) und die Frage: »Hungersnöte durch Globalisierung?« Zu Letzterem heißt es, dass Kritiker, die gegen Hungersnöte in Entwicklungsländern »wettern«, oft vergessen würden, »in welchen Ländern solche Katastrophen schwerpunktmäßig wüten: In kommunistischen und anderen Diktaturen, die sich gegen den Welthandel abschotten, eine staatlich gelenkte Kommandowirtschaft betreiben und weder eine Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrung sichern noch Meinungsfreiheit garantieren.« (Bergsdorf/van Hüllen 2011, 177) Das ist dann die ganze »Argumentation« – und von Marxismus keine Spur!

Der Antimarxismus gerät so ins Absurde. Bei Bergsdorf/van Hüllen spielen z.B. Brandanschläge auf Autos in Berlin (die nachträglich größtenteils einem unpolitischen Einzeltäter zugeordnet wurden) eine entscheidende Rolle, wenn es um die Verurteilung des linken Antikapitalismus geht. In Thilo Sarrazins neuestem Buch über den »Tugendterror« ist Marx schuld an der Einführung der Homo-Ehe: »Der Marxismus mag gescheitert sein. Aber die von Marx und Engels geforderte Zerstörung der bürgerlichen Familie bleibt trotzdem das Ziel des Gleichheitswahns.« (Sarrazin 2014, 327, vgl. 323) So ist man beim klassischen Niveau des Antikommunismus, der seinen Gegner dämonisiert, ihn zum Gespenst macht – mit wirklichen oder erfundenen Untaten der sich kommunistisch nennenden Bewegungen. Hier wird man dann schlussendlich mit Enthüllungen des Kalibers bedient, dass Kommunisten kleine Kinder fressen – so in der legendären Streitschrift »Schwarzbuch des Kommunismus« von Stéphane Courtois. Dort wird der Kannibalismus im

kommunistischen Sündenregister aufgeführt; er soll, wie der betreffende Asienexperte (Jean-Louis Margolin) mitteilt, wesensmäßig zu dieser Politik gehören, zumindest im Fernen Ostern, weil dort solche Tischsitten prinzipiell zuhause sind: »Kannibalische Bräuche finden sich in Südostasien überall.« (Courtois u.a. 1998, 669)

Exkurs: Marxismus – eine Ersatzreligion?

Ein Topos, der in den Widerlegungen immer wieder vorkommt, sei noch einmal aufgegriffen: der Vorwurf, der Marxismus sei eine Ersatzreligion.⁴ In der Tat, es gibt das Phänomen. Parteidogmatik und -gläubigkeit haben nicht Antikommunisten erfunden. Dass der Marxismus zu einer (Ersatz-)Religion, genauer gesagt zu einer Weltanschauung werden kann, davon haben die kommunistischen und Arbeiterparteien in ihrer Geschichte vielfach Zeugnis abgelegt. Sie haben damit das praktiziert, was bei ihren Antipoden, den bürgerlichen Parteien, gang und gäbe ist. Sie haben sich einen ideologischen Überbau verschafft, der dem Programm der Partei eine höhere Weihe verleiht, es z.B. unter eine historische Mission stellt oder auf die Lösung von Menschheitsproblemen, modern auf Herausforderungen der Globalisierung, hin orientiert. Sozial- oder Christdemokraten berufen sich heute auf Grundwerte, die, wie der Name sagt, der Programmatik zugrunde liegen, also nicht verhandelbar sind. Als diese Wertbasierung von Politik gelten sie absolut – so der programmatische Anspruch. Was das dann in der Praxis heißt, steht natürlich auf einem anderen Blatt.

Parteien wie die CDU oder CSU berufen sich dabei explizit auf ein Gedankengebäude mit Absolutheitsanspruch, auf die christliche Religion. Sozial- oder Freidemokraten sehen sich als Erben einer geschichtlichen Entwicklung, die in ihrem Verständnis von sozialer oder liberaler Demokratie definitiv zum Abschluss gekommen sein soll. Die demokratischen Parteien machen ihre Grundwerte dabei nicht vom wissenschaft-

⁴ Bleibt nachzutragen, dass es auch eine – eher verquere – Debatte über den Kapitalismus als Religion gibt. Sie geht auf polemische Bemerkungen aus der sozialistischen Tradition des 19. Jahrhunderts zurück, für die Bourgeoisie sei das Kapital zum Gegenstand religiöser Verehrung geworden. Siehe dazu die Hinweise im folgenden Beitrag über die marxistische Religionskritik.

lichen Fortschritt abhängig, der ihnen möglicherweise neue Erkenntnisse bringt, etwa darüber, dass ihre jeweiligen Vorstellungen von der Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse widersprüchlich oder unhaltbar sind. Sie stellen ihre Grundwerte gerade nicht zur Disposition, sondern bekennen sich grundsätzlich dazu und pflegen die Tradition und das Brauchtum ihrer Parteigeschichte – wofür ihnen der deutsche Staat übrigens eigens parteinahe Stiftungen finanziert. Das, was hier praktiziert wird, haben in der Tat die Parteien, die sich auf Marx und Engels berufen, in vielen Fällen kopiert.

Es findet sich dafür aber in der Marxschen Theorie kein Anhaltspunkt, und Marx hat mit seiner »Kritik des Gothaer Programms« am exemplarischen Fall der SPD eine Distanzierung von Parteibestrebungen geliefert, die sich in den bürgerlichen Betrieb einzuklinken versuchten. Parteidogmatik und der Glaube an eine höhere historische Mission sind eine Rückverwandlung des wissenschaftlichen Programms von Marx in eine Frage von Grundwerten. Sie sind eine Revision, zu der man sich in der europäischen Arbeiterbewegung ja auch explizit bekannt hat, als die reformistischen Parteien das revolutionäre Vorhaben einer Abschaffung des Kapitalismus durch dessen schrittweise Verbesserung mithilfe staatlicher Eingriffe etc. ersetzten. Dabei behielten sie meist irgendeine Bezugnahme auf die Klassiker der antikapitalistischen Theorie bei, auch wenn deren Einfluss nur noch Bedeutung für die innerparteiliche Brauchtumspflege oder die Selbstdarstellung hatte. Solche Modifikationen, Revisionen etc. fallen eben unter die Rubrik: »Was man mit Marx alles anstellen kann«.

Sarrazin hat jüngst die kommunistische Parteigläubigkeit am Fall berühmter »Renegaten«, d.h. Partei-Aussteiger wie Arthur Koestler oder George Orwell, dargelegt – nämlich an deren »Glaube, nicht nur im Besitz einer zentralen Wahrheit zu sein, sondern auch zu den auserwählten Agenten zu gehören, die sie gegen das Böse oder Rückschrittliche auf der Welt durchsetzen müssen« (Sarrazin 2014, 188). Diese Formulierung beschreibt in groben Umrissen die Haltung jedes normalen gläubigen Menschen. Aufschlussreich ist: Fällt ein solcher Kommunist von seinem politischen Glauben ab und findet z.B. zurück in den Schoß der alleinseigmachenden Kirche, ist sein Glaube akzeptierter Bestandteil des heutigen Pluralismus. Glaubt er nicht an den Himmel, sondern an eine bessere Welt, handelt es sich um eine totalitäre oder (tugend-)terroristische Gesinnung. Sarrazin zitiert (ebd., 189) Koestler, der selber nostalgisch

auf seine kommunistische Jugendzeit zurückblickt: Für diesen Schriftsteller und ehemaligen Parteiaktivisten waren es die »besten Jahre, sowohl dem Alter nach, als wegen der bedingungslosen Hingabe, die sie ausfüllte. Nie zuvor oder danach schien das Leben so übertoll an Sinn wie während dieser Jahre.«

Fazit: Die Selbstauskünfte, z.B. aus der »Renegatenliteratur«, belegen die Existenz von Sinnsuchern, die im Marxismus ihren Lebenssinn finden wollen. Es handelt sich hier zwar um ein Bedürfnis, das Marx und Engels mit ihrer Berufung auf den Standpunkt des »positiven Wissens« – siehe die Hinweise auf die »Deutsche Ideologie« – nicht befriedigen können und wollen. Es hindert aber Menschen nicht daran, aus der Theorie über die Unbekömmlichkeit des Kapitalismus für die breite Masse eine Art Weltanschauung oder Religion zu machen. Und in diesem gläubigen Zugang ist im Grunde der spätere Ausstieg angelegt, denn jeder Glaube muss beständig erneuert und gegen Zweifel aufrechterhalten werden. Es liegt ganz an der subjektiven Entscheidung des Einzelnen, ob er ein persönliches Erlebnis oder einen theoretischen Zweifel zum Anlass nimmt, aus der beständigen Anstrengung, sich die Glaubensgewissheit zu erhalten, auszusteigen. Dass solche Personen, die sich selber als gläubige Fanatiker outen, besonders zuverlässige Zeitzeugen in Sachen Marxismus darstellen, ist allerdings zu bezweifeln...

Ein Sonderfall von Extremismus

Die entscheidende wissenschaftliche Absage an den Marxismus erfolgt heute – wie angesprochen – im Rahmen der Extremismusforschung, wobei sie ihn nicht als inhaltlich zu widerlegende Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus der praktische Konsequenzen gezogen werden (sollen), ins Visier und ernst nimmt. Sie bewertet ihn als Fall einer extremistischen Denkform bzw. kämpferischen Einstellung, die es insgesamt auszugrenzen gilt, und zwar aufgrund formaler Gemeinsamkeiten mit anderen politischen Bestrebungen. Wenn diese Gemeinsamkeiten eine – nach bestimmten Kriterien festgelegte – Distanz zum demokratischen Verfassungsstaat erkennen lassen, steht das negative Urteil fest. Dafür ist es unerheblich, ob etwa die Marxsche Theorie der Ausbeutung oder der Krisenentstehung zutrifft oder nicht. Dieser eigentümliche Antimarxismus, der sich an der Identifizierung, genauer gesagt – wie das

Beispiel Pfahl-Traugher gezeigt hat – der Konstruktion eines Denkstils festmacht, soll im Folgenden gewürdigt werden.

Das Extremismus-Konzept folgt einem Freund-Feind-Schema, wie Gerhard Hirscher und Eckhard Jesse in ihrem repräsentativen Sammelband gleich eingangs deutlich machen: »Der politische Extremismus (...) ist dadurch gekennzeichnet, dass er den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt, ihn beseitigen oder einschränken will.« (Hirscher/Jesse 2013, 9) Diese beiden Pole – der gute Verfassungsstaat und sein übler Gegenspieler – bestimmen das Weltbild der Extremismusforscher, obwohl ihre nach Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus gegliederten Übersichten immer wieder zu erkennen geben, dass die inkriminierten Positionen ganz Unterschiedliches wollen und sich nicht einfach in eine solche Dichotomie einfügen. Exemplarisch können das Beispiele aus dem aktuellen Jahrbuch »Extremismus und Demokratie« von Hirscher/Jesse veranschaulichen. Dort heißt es: (Radikale) Linke kritisieren die »kapitalistische Klassengesellschaft« (ebd., 10), die sie, wie man sich denken kann, durch eine klassenlose ersetzen wollen; dabei streiten sie über die Rolle der Demokratie, die Linkspartei versteht sich z.B. mehrheitlich als deren Garant (gegen Faschisierung, neoliberale Aushöhlung...). Das rechtsextreme Lager, wie es Tom Thieme im Blick auf Europa darstellt, hat sich dagegen der nationalen Sache und der wahren Volksvertretung verschrieben; es wird auch in vielen Ländern von demokratischen Parteien mit Regierungsbeteiligung belohnt, wozu der Autor resümiert: »Nur wenige rechtsextreme Parteien in Europa zielen augenscheinlich auf die Abschaffung der Demokratie« (ebd., 35). Der Islamismus wiederum, wie ihn Barbara Zehnpfennig am Beispiel seines Vordenkers Sayyid Qutb porträtiert, hat andere Probleme als die Unterminierung von Verfassungsstaaten. Im Einklang mit den meisten Konservativen beklagt er die Entwicklung einer permissiven Gesellschaft, den Trend eines »allgemein zu verzeichnenden Werteverlusts« (ebd., 331); als Schuldigen hat er dafür übrigens den Marxismus ausgemacht, wie der islamische Fundamentalismus ja überhaupt als Gegenspieler der sozialistisch angehauchten Nationalbewegungen zu einer politischen Macht aufstieg und in dieser Rolle vom Westen gefördert wurde.

Der genannte Sammelband aus der Extremismusforschung belegt es: Der politische Standpunkt Extremismus als Programm einer Demokratiefeindschaft existiert nicht. Es gibt ihn nur aus der Perspektive des Staatsschutzes, der kritische, störende oder umstürzlerische Positionen

zu einer festen Größe zusammenfassen will – darin übrigens dem verschwörungstheoretischen Denken verwandt, das ein Gemeinschaftswerk dunkler Mächte (paradigmatisch die »Achse des Bösen« von US-Präsident Bush jr.) im Kampf gegen die Guten ausmacht. Was die einzelnen Bewegungen, denen das Extremismus-Etikett verpasst wird, bekämpfen, sind großenteils anerkannte Zeitübel, jedenfalls nicht »der« Verfassungsstaat. Der Schlussteil des Sammelbandes kommt daher unter dem Titel »Vergleiche« noch einmal explizit auf die offenkundige Verschiedenartigkeit zurück, um den Differenzen ihre Gemeinsamkeiten, strukturellen Ähnlichkeiten etc. zu entlocken. Eine Meisterleistung in dieser Hinsicht ist Sebastian Liebolds Vergleich von zwei Linksextremistinnen – hier werden Sahra Wagenknecht und Jutta Ditfurth präsentiert! – mit zwei gestandenen Rechtsextremen, die allerdings »ungleich weniger prominent« sind (ebd., 352). Allen vieren sei u.a. gemeinsam, dass sie den (Neo-)Liberalismus kritisieren – für Extremismusforscher ein klarer Fall. Man fragt sich, was der Autor zur Neoliberalismuskritik von Papst Franziskus sagen würde...

Die »kritische Bestandsaufnahme«, die Pfahl-Traughber zum Linksextremismus vorgelegt hat, ist, wie gezeigt, nur scheinbar reeller. Natürlich ist ihr Gegenstand eine fassbare Größe. Es existiert(e) ja hierzulande ein eingrenzbare Lager der radikalen Linken. Es gibt auch so etwas wie ein gemeinsames Projekt, den Sozialismus, bei dem die Implementierung – der Weg, die Mittel, die Bedingungen – allerdings umstritten ist. Und Pfahl-Traughber spezifiziert den extremistischen Bestand, den er aufnehmen will. Er zielt nur auf die »Erfassung von Gegnern von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nicht von Kritikern von Kapitalismus und Staat« (Pfahl-Traughber 2014, 2). Seine Variante des Extremismus-Konzepts bzw. der Anwendung auf die einschlägige Theorieproduktion und Gesinnungslage sieht folgendermaßen aus: Sechs Wörter, »Minimalbedingungen« genannt – bestehend aus »Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität« (ebd., 25) –, grenzen die zulässige linke Kritik vom Linksextremismus ab. Die Minimal-, d.h. Fundamentalbedingungen sind nicht abgeleitet oder diskursiv begründet, werden nur gelegentlich mit vagen Literaturreferenzen versehen, also dogmatisch gesetzt. Und sie illustrieren im Grunde das, was der Autor als die acht Merkmale extremistischer Ideologie statuiert: (1) Exklusivität, (2) Absolutheitsanspruch, (3) objektive Gültigkeit, (4) umfassender Anspruch, (5) Geschichtsphiloso-

phie, (6) gesellschaftliche Homogenität, (7) Gut-Böse-Dichotomie, (8) Fundamentalopposition (ebd., 18f.). Unter dem Blickwinkel seiner acht Merkmale sollen hier einmal die sechs Minimalbedingungen, die demokratische Unbedenklichkeit garantieren, betrachtet werden (alle Zitate aus der Merkmalsliste des Autors, ebd.):

Er erhebt mit der Identifizierung der sechs Punkte erstens einen »exklusiven Erkenntnisanspruch«, denn er hat sie als unhintergehbare Bedingungen einer humanen Gesellschaft erkannt bzw. in der Literatur ausfindig gemacht und schließt mit ihnen andere (anarchistische, marxistische, radikaldemokratische) Positionen aus. Die Minimalbedingungen gelten zweitens absolut, der Extremismusforscher geht von ihrer Nicht-Relativierbarkeit, somit ihrer »unbezweifelbaren Richtigkeit« aus, was sich drittens noch einmal – leicht redundant – als »das essentialistische Deutungsmonopol« fassen lässt. Der Parteigänger des Verfassungsstaates behauptet ja, dass sie objektiv die einzig gültige Voraussetzung gedeihlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens sind und nicht ein Angebot, das er subjektiv wertschätzend in den Diskurs einbringt und das von andern auch anders gesehen werden könnte. Beim vierten Merkmal extremistischer Gesinnung geht es um die »holistischen Steuerungsabsichten«, die eine »ganzheitliche Kontrolle der Gesellschaft« anstreben. Die sechs Bedingungen Pfahl-Traughbers erfüllen diese Funktion, sie definieren den umfassenden Steuerungsmodus des gesellschaftlichen Ganzen: Machtkontrolle durch Gewaltenteilung, die als ungeteilte vom Kollektiv der Volksangehörigen ausgeht, deren Individualität und Pluralität nach den Vorgaben des Menschenrechtskatalogs und einer – nicht näher definierten, aber die gesellschaftlichen Lebensbedingungen komplett regulierenden – Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten sind. Fünftens existiert ein Geschichtsdeterminismus, das »Wissen um den vorgegebenen historischen Weg«, der ja nach jahrhundertelangen Kämpfen (von der antiken Polis über die bürgerlichen Emanzipationsbewegungen bis zur Niederlage der totalitären Herrschaftssysteme des 20. Jahrhunderts) im demokratischen Verfassungsstaat zu seinem Endpunkt gelangt sein soll, jedenfalls nur mit systemimmanenter Verbesserung weiter beschritten werden darf. Sechstens wird in der Liste die bedenkliche »Forderung nach politischer Homogenität der Gesellschaft« genannt. Im Falle Pfahl-Traughbers trifft das auf seine eigene antiextremistische Orientierung am einheitlichen Staatsvolk zu – »Volkssouveränität« heißt der Berufungstitel –, im Gegensatz etwa zur marxistischen Betonung des gesellschaftlichen

Klassencharakters, der die Homogenität infrage stellt. Und es ist ja ein Merkmal der streitbaren deutschen Demokratie, dass sie bereits im gesellschaftlichen Vorfeld aktiv wird und nicht bis zur Infragestellung der staatlichen Macht wartet; gesellschaftlicher Zusammenhalt und Verhinderung von Parallelgesellschaften sind z.B. große Sorgethemen, deren sich die Politik ausdrücklich annimmt. Als siebtes Extremismus-Merkmal führt der Autor den »dualistischen Rigorismus«, das »Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren wie Gut-Böse«, auf und – wiederum redundant – als achttes die »fundamentale Verwerfung«, wobei diese sich per definitionem auf die bestehenden Verhältnisse beziehen soll. Das unterscheidet natürlich den Extremismus vom Extremismusforscher, denn letzterer verwirft fundamental jede Relativierung der sechsfachen Grundvoraussetzung und hat dafür seine kompromisslosen Gegensatzpaare erfunden, die über eine moralische Ächtung übrigens weit hinausgehen. Wie weit die einzelnen Forscher hier gehen wollen – ob sie nur »einschätzen« oder bei Behörden Meldung erstatten –, mag variieren. Der kompromisslose Dualismus, die Aufteilung in Gut und Böse, ist auf jeden Fall das Paradigma ihrer Forschung.

Natürlich herrscht auch in der Extremismusforschung ein gewisser Pluralismus. Die Abgrenzungskriterien oder die Merkmalslisten variieren. Bei den einen (vgl. Bergsdorf/van Hüllen 2011, Hirscher/Jesse 2013) steht die Linkspartei im Mittelpunkt, bei andern (vgl. Pfahl-Traugher 2014) wird ihr nur ein Exkurs gewidmet. In der grundsätzlichen Beurteilung des Marxismus gibt es aber kaum Unterschiede. Das Buch von Bergsdorf/van Hüllen, das kurz vor dem NSU-Skandal erschien und noch kräftig vor einer unterschätzten gewaltbereiten linken Szene warnte, unterscheidet beim Marxismus als »ideologische Großfamilie des Linksextremismus« (2011, 35) verschiedene Strömungen. »Der als wissenschaftliche Weltanschauung bezeichnete Marxismus« (ebd., 37) wird mit einigen Worten als revolutionäre, kapitalismuskritische Theorie vorgestellt, bevor es um Leninismus, Stalinismus oder Trotzismus geht. Dem Marxismus wird zugestanden, dass er »auf den ersten Blick etwas Bestechendes« (ebd.) hat, denn die Marktwirtschaft neige, wenn man ihr freien Lauf lasse, zu gewissen Entartungen in Form von »sozialen oder ökologischen Folgeschäden« (ebd.). »Allerdings ist es bislang in Europa immer gelungen, diese Nachteile der Marktwirtschaft durch politisches Eingreifen zu korrigieren. Für Revolution gibt es also keinen Bedarf.« (Ebd.)

Es gibt in der antiextremistischen Szene gelegentlich das Bedürfnis, wissenschaftlich anmutende Debatten in Szene zu setzen. Ulrich Dovermann (2011) hat das mit seinem Band aus der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung dokumentiert. Dort erinnert er im Vorwort an gewisse Differenzen in Sachen Extremismus, aber auch an die Leistung der Bundeszentrale, die sich für die Verbreitung des Extremismuskonzepts in der Bundesrepublik stark gemacht habe (Dovermann 2011, 7ff.). In der Tat hat sich die Extremismusforschung ja nicht einfach im Rahmen des wissenschaftlichen Pluralismus als überzeugende Theorie durchgesetzt. Vielmehr wurde sie mit staatlicher Protektion und Promotion verbindlich gemacht. Und an dieser Bekräftigung des Extremismus-Paradigmas wird beständig weitergearbeitet. Besonders aktiv war z.B. ab 2009 die schwarzgelbe Koalition mit ihren Extremismusbekämpfungsprogrammen, die offiziell den noch unter der großen Koalition der 16. Legislaturperiode (2005-09) gültigen Förderungsstandpunkt »Kampf gegen rechts« ablösten, oder mit ihrer »Extremismusklausel« für Programme im Rahmen des Kinder- und Jugendplans. Die Zurücknahme der Klausel unter der großen Koalition Anfang 2014 (vgl. Hafener 2014) änderte übrigens an der Ausgrenzung link(sextrem)er Positionen nichts Wesentliches, sie befand nur das gewählte Verfahren für unhandlich.

Im Zusammenhang solcher Bemühungen um Pluralismus werden dann unterschiedliche Akzente gesetzt. Dovermanns Sammelband lässt hier und da kritische Bemerkungen zur Extremismusforschung zu. Der Extremismus-Experte Hans-Gerd Jaschke hält z.B. fest: »Marx und Engels haben den sozialistischen Ideen ein noch heute bedeutsames theoretisches Fundament geliefert.« (Ebd., 37) Dieses Fundament müsse dann aber wieder auf seine Kompatibilität mit extremistischen Positionen abgeklopft werden, es soll nicht einfach in Bausch und Bogen verworfen werden. Eckhard Jesse, einer der führenden Extremismusforscher der Republik, hat sich sogar der »Fundamentalkritik« gestellt (Hirscher/Jesse 2013, 505ff). Wird sie »differenziert« vorgetragen – wie Jesse etwa die Einwände des Politikwissenschaftlers Claus Leggewie einstuft –, kann er ihr durchaus etwas abgewinnen. Er nimmt sie als Bestätigung seiner Bemühungen im Grundsätzlichen und als Hinweis darauf, dass der Kampf gegen den Linksextremismus auch in einer breiter angelegten, offeneren, etwa zivilgesellschaftlichen Form geführt werden kann. Wichtig ist ihm dabei der Aspekt, dass sich so das Moment der »Liberalität« ver-

stärken ließe. Denn das Lob der freiheitlichen Ordnung, die ihre Feinde ausgrenzt und ihnen die Freiheit nimmt, könnte als widersprüchlich erscheinen, »die jakobinischen Geist atmende Formel ›keine Freiheit den Feinden der Freiheit‹ ziehe unter Umständen den Verdacht mangelnder Freiheitlichkeit auf sich (ebd., 516). Jesses Überlegungen gelten also der Frage, ob man die Extremismus-Abwehr nicht optisch verbessern, nämlich liberaler aussehen lassen könnte. Leggewies Vorschläge empfindet Jesse allerdings als zu weitgehend, er schlägt stattdessen folgende Modifikation des antiextremistischen Mottos vor: »keine Freiheit zur Abschaffung der Freiheit« (ebd.).

Man sieht, wenn der grundsätzliche Abgrenzungsstandpunkt geteilt wird, lässt die Extremismusforschung auch andere Akzente oder Ansätze bei der Verurteilung des Marxismus zu. Es gibt natürlich ebenfalls, das sei hier erwähnt, die Randerscheinung einer grundsätzlichen Kritik am Extremismuskonzept (vgl. Forum für kritische Rechtsextremismusforschung 2011, Feustel u.a. 2012, Schillo 2013). Aber solche Kritikpunkte überschreiten bereits – wie etwa die Publikationspolitik der Bundeszentrale deutlich macht – den Rahmen des zulässigen Pluralismus. Jennifer Stange hat in dem von ihr mitherausgegebenen Sammelband (Feustel u.a. 2012) Nachdruck darauf gelegt, dass sich die Verbreitung des Extremismus-Paradigmas nicht einfach dem wissenschaftlichen Diskurs, sondern staatlicher Steuerung verdankt: »Mit der Bundeszentrale für politische Bildung genießen die ExtremismusforscherInnen bis heute das Privileg, einen zuverlässigen Abnehmer ihrer Publikationen zu haben.« (Feustel u.a. 2012, 10) Solche Durchsetzungsstrategien werden in den kritischen Publikationen unter die Lupe genommen, diese gehen aber auch auf die ideologische Konstruktion ein.

Stange erinnert z.B. an den ›Startschuss‹ der einschlägigen Publikationspolitik, an die Veröffentlichung von Manfred Funkes »Extremismus und demokratischer Rechtsstaat« in der Schriftenreihe der Bundeszentrale im Jahr 1978. Extremismus liegt Funke zufolge dann vor, »wenn Abweichung vom Gruppenverhalten oder von der allgemeinen vorherrschenden Ansicht auffällig ausgeprägt ist«, oder, wie er konkretisiert: »Steht jemand mit einem Meinungsbild von 1:10 allein, so befindet er sich in einer extremen Position.« (Zit. nach Stange, ebd., 10f.) Solche Aussagen werden heute, nach jahrzehntelangen Fortschreibungen der Extremismusforschung, auch etwas differenzierter formuliert. Im Kern aber, das macht der kritische Sammelband deutlich, ist die Vorstellung

von der gesunden Mitte, die sich der »vorherrschenden Ansicht« fügt, und von den problematischen Randexistenzen, die irgendeinen (für die Theorie inhaltlich vernachlässigbaren) Dissens oder Änderungsbedarf formulieren, für das Extremismuskonzept weiterhin konstitutiv. Es setzt also, was auch der ganzen Forschungsrichtung auf die Stirn geschrieben steht, auf die Konformität mit den herrschenden Verhältnissen und ist skeptisch gegenüber einem ›Bürgermut‹, der sich gegen den Mainstream stellt.

Gegen Marx im Namen sozialer Demokratie

Thilo Sarrazin ist möglicherweise kein typischer Sozialdemokrat, verdient aber insofern Interesse, als er mit seinen Büchern ein Millionenpublikum erreicht. So hat er es mit seiner letzten Streitschrift im Februar 2014 gleich wieder auf die Spiegel-Bestsellerliste geschafft. Sein aktuelles Thema war der »Tugendterror«, dessen »Kern« die »Ideologie (oder Religion) der Gleichheit« (Sarrazin 2014: 39) sei; diese erkläre »alle sich manifestierenden Unterschiede in den Leistungen und im materiellen Erfolg (...) zum Ausfluss von Ungerechtigkeit, letztlich zum Ergebnis des Bösen, das in dieser Welt wirkt« (ebd.). Durch diesen Kampf des Guten gegen das Böse hätten sich »verdeckte Formen der Formierung und Kontrolle von Meinungen herausgebildet«, ja ein regelrechter moralischer Terror, mit dem »der gesellschaftlich akzeptierte Kreis des Sagbaren und Denkbaren (...) wirksam begrenzt« werde (ebd., 14). Gegen diese Begrenzung will die neue Streitschrift angehen und die Meinungsfreiheit retten. Bemerkenswert ist neben der Problemlage, die der Autor konstruiert und zu der sich vieles sagen ließe, die Tatsache, dass der Marxismus wieder in den Mittelpunkt rückt.

Sarrazin liefert eine weit ausholende theoretische Aufbereitung des Tugendterrors, der angeblich seit den Zeiten der Französischen Revolution, speziell der Phase der »Schreckensherrschaft«, und deren sozialistischer Nachfahren die freie Äußerung menschlicher Grundwahrheiten unterdrücken will. Das Buch beginnt mit dem Motto von Saint-Just »Wenn alle Menschen frei sind, sind alle gleich; wenn sie gleich sind, sind sie gerecht.« (Sarrazin 2014, 5) Das (wohl aus Wikipedia übernommene) Zitat des radikalen Jakobiners stammt aus dessen eher gemäßigter Schrift zur französischen Verfassung von 1791. Der bürgerliche Revo-

lutionär zieht dort noch die Möglichkeit einer konstitutionellen Monarchie in Betracht und beendet das Werk mit dem besagten Satz. Wörtlich genommen ist die Aussage unsinnig: Wenn alle Menschen unterschiedslos, also in gleicher Weise frei sind, können sie sich zu allem Möglichen entscheiden – zur Gerechtigkeit, zu deren Gegenteil oder zum Ignorieren des Prinzips, das ja seit der antiken Staatsphilosophie die humane Qualität der politischen Ordnung verbürgen soll. Der Satz zielt aber wohl eher darauf, dass die Gewährleistung der freien Interessenverfolgung für alle gilt und dass dies die Lösung des Gerechtigkeitsproblems einschließen soll: Mehr hat der Bürger von seinem Staat in sozialer Hinsicht nicht zu erwarten.

Das geflügelte Wort des Jakobiners wird nun von Sarrazin gar nicht im Blick auf seinen Bedeutungsgehalt oder Kontext diskutiert, sondern als Startschuss eines Terrors genommen, der dann durch seine marxistischen Nachfolger erst richtig in Gang gekommen sein soll. Die »Anbetung der Gleichheit« (ebd., 39) habe zwar verschiedene Quellen, wozu auch das Christentum zähle. Hauptübeltäter ist für Sarrazin aber der Marxismus. Die Linie geht von Saint-Just zu Marx und Engels über Lenin und Stalin – abgeschwächt, aber nicht aufgehoben in der poststalinistischen Sowjetunion (ebd., 201ff.) – bis zu den Resten des marxistischen Gedankenguts, das heute die »Gesinnungen in der Medienklasse« (ebd., 35) präge. Deshalb sei ein »Grundmisstrauen gegen alle politischen Richtungen (erfordert), die der marxistischen Lehre in allen ihren Spielarten nicht vollständig abgeschworen haben« (ebd., 203).

Was der Marxismus in diesem Szenario verloren hat, ist einigermaßen unerfindlich. Marx hat sich in seiner »Kritik des Gothaer Programms« mit aller Schärfe gegen die Phrase von der »gerechten Verteilung« gewandt (MEW 19, 18), ebenso gegen die Vorstellung, jeder Arbeiter habe das »gleiche Recht« auf den »unverkürzten Arbeitsertrag« (ebd., 20f.). Mit der Gleichheitsvorstellung bewege man sich auf dem Boden des bürgerlichen Rechts, so Marx. Den müsse aber eine entwickelte sozialistische Gesellschaft verlassen, wobei Marx gerade mit der Verschiedenartigkeit der Menschen argumentiert und die Widersprüchlichkeit der sozialdemokratischen Programmatik aufspießt: Die Gleichheitsforderung gehe über »die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter« (ebd., 21) hinweg; wolle sie diesen und anderen Unterschieden in den Lebenslagen gerecht werden, müsste »das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein« (ebd.). Das Fazit lautet, sich

von solchem »veraltetem Phrasenkram« (ebd., 22) zu verabschieden. Marx formuliert dagegen das berühmte Prinzip: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!« (Ebd., 21) Es benennt für eine neue Organisation der gesellschaftlichen Arbeit also die Notwendigkeit, den Unterschieden der Menschen – als Produzenten und Konsumenten – Rechnung zu tragen.

Wenn Marx sich, etwa im »18. Brumaire des Louis Bonaparte«, zu den Leistungen der Revolutionäre vom Schlage Saint-Justs äußert, betont er gerade, dass diese mit ihren »Phrasen die Aufgaben ihrer Zeit, die Entfesselung und Herstellung der modernen bürgerlichen Gesellschaft« vollbracht hätten (MEW 8, 115f.). Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit benennen (und idealisieren) demnach die Rechtsprinzipien der bürgerlichen Ordnung. Sie sind nicht die Leitlinie marxistischer Kritik. Im »Kapital« analysiert Marx, wie das Gleichheits-, nämlich Äquivalenzprinzip, das dem Warentausch zugrunde liegt, das Gerechtigkeitsproblem löst und gleichzeitig die Ausbeutungsordnung regiert. Die Kritik der politischen Ökonomie, die Marx als wissenschaftliches Unternehmen etabliert hat, zielt auf das Prinzip der Tauschökonomie, mit dem Einsatz einer Geldsumme G , aufgeteilt in variables und konstantes Kapital, einen Geldzuwachs, das berühmte G' , zu erzielen. Das ist der zentrale Kritikpunkt und nicht ein Gleichheits- oder Gerechtigkeitsdefizit dieser Produktionsweise – wie das Ziel der sozialen Bemühungen die Abschaffung der Armut ist und nicht die Herstellung einer Gesellschaft von Gleichen.

All das ist Sarrazin unbekannt oder für ihn irrelevant. Es gibt keine einzige Stelle, die sich mit der Theorie von Marx auseinandersetzt. Stattdessen wird das bekannte Sündenregister der kommunistischen Parteien aufgemacht, die sich auf diesen Theoretiker berufen (haben). Dabei könnte heute jeder wissen – siehe die aufstrebende kapitalistische Weltmacht China –, dass die Etikettierung als kommunistisch nichts darüber aussagt, was eine Partei wirklich treibt.

Zu den Aktivitäten der einschlägigen sozialistischen/kommunistischen Parteien ließe sich vieles sagen (siehe oben die Hinweise zum Thema Ersatzreligion), und viele haben sich ja explizit zu einem Revisionismus bekannt. Entscheidend dabei ist: Wenn Sarrazin das Gleichheits- und Gerechtigkeitspostulat für bedenklich hält, sollte er sich dahin wenden, wo es programmatisch gilt, nämlich an seine eigene Partei. Es ist ja gerade die Leistung der Sozialdemokratie, von deren mit Gotha eingeschlagener Linie Marx sich eindeutig abgesetzt hat, dass die

Gewährleistung von Gleichheit und Gerechtigkeit durch die soziale Demokratie zur Kernforderung avanciert ist.

Christliches Menschenbild und Personalität

Christdemokratische, näherhin christlich-soziale Positionen stehen gelegentlich – so bei Sarrazin – selbst unter Verdacht, anfällig für oder kompatibel mit Marxismus zu sein. So hat der Vorwurf des »Herz-Jesu-Marxismus« seit dem 19. Jahrhundert Tradition. Ein aktueller Fall ist Norbert Blüm, der sich – noch vor der Finanzkrise – als Kapitalismuskritiker profilierte. Dass dieser Vorwurf ungerecht ist, hat Blüm in einer eigenen Publikation dargelegt. Er macht hier deutlich, dass er in einem definitiven Gegensatz zur klassischen linken Politik, zu Sozialismus, Marxismus etc. steht. Blüm entfaltet seinen Gerechtigkeitsbegriff explizit als antimaterialistisches Programm auf dem Boden der christlichen Gesellschaftslehre: »Das Streben nach Gerechtigkeit entspringt dem Heimweh nach dem Paradies.« (Blüm 2006, 31) Und er will keineswegs, obwohl er verbal Antikapitalismus vertritt, in die Nähe marxistisch inspirierter Befreiungstheologien oder ähnlicher Positionen geraten. Diese Abgrenzung hat wohl ihre parteipolitischen Gründe – die Blüm heute möglicherweise anders sieht. Theoretisch ist das Unterfangen haltlos. Das zeigt sich da, wo Blüm in die direkte Auseinandersetzung mit Marx eintritt. Das Generalverdikt über den Marxismus lautet: Kollektivismus, Vergewaltigung der Persönlichkeit. Dafür will Blüm in einem ersten Schritt das Marxsche Projekt der klassenlosen Gesellschaft einer Verirrung, nämlich des Utopismus, überführen. »Marx erstrebt in seiner Zukunftsvision eine Gesellschaft des Überflusses, in der alles zum Nulltarif zu haben ist: ›Jeder nach seinen Bedürfnissen‹. Diese Gesellschaft liegt in Utopia.« (ebd., 30) Die Verfälschung des Marx-Zitats ist kein Zufall, der Utopismus muss in den wissenschaftlichen Sozialismus hineinkonstruiert werden. Bei Marx heißt es ja in der »Kritik des Gothaer Programms«, wie oben erwähnt, dass in einer »höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft«, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben seien, nach dem Prinzip verfahren werde: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.« (MEW 19, 21) Hieraus ist ersichtlich, dass vom Nulltarif keine Rede sein kann. Jeder hat nach seinen Fähigkeiten an der gesellschaftlichen Arbeit mitzuwirken, um die

benötigten Güter herzustellen; von »Schlaraffenland«, das Blüm (2006, 30) entdeckt, keine Spur.

Der zweite Bestandteil des genannten Prinzips orientiert die Verteilung an den Bedürfnissen, und zwar im Plural. Es heißt nicht »Jedem das Gleiche« oder was sich sonst als kollektivistische Festlegung eines allgemeinen Maßes denken ließe. Erledigt ist damit die Vorstellung einer Zuteilung gemäß dem, was den Einzelnen zukommt, also das klassische »suum cuique« des philosophischen Gerechtigkeitsbegriffs. Bei dieser Vorstellung ist immer mit eingeschlossen, dass eine Instanz – wie radikaldemokratisch sie auch gedacht sein mag – darüber verfügt, was den Menschen zusteht. Wenn dagegen gilt »Jedem nach seinen Bedürfnissen«, vollzieht sich die Verteilung nach dem Bedarf der Einzelnen. Das führt je nach Entfaltung der Interessen zu einer Pluralität von Lebensformen oder auch nicht, denn vielleicht wird sich eine vom Vermarktungszwang befreite Menschheit darauf besinnen, dass man mit zwei PC- oder PKW-Varianten gut über die Runden kommt und nicht eine endlose Produktdifferenzierung braucht. Was bei Blüm meist mitschwingt, ist die Ver- und Zuteilungspraxis des realen Sozialismus, in der die »Werkstätigen« mit einer Mangelwirtschaft zu kämpfen hatten. Die realsozialistische Versorgung mit Konsumgütern kann man unter die Lupe nehmen, doch damit wechselt man die Ebene. Dann steht die Diskussion darüber an, was die Parteien des Ostblocks aus Marx gemacht haben; dann geht die Auseinandersetzung nicht mehr übers Grundsätzliche, übers Menschenbild etc., wo Blüm ja gerade die Verirrung des Sozialismus dingfest machen will.

Der nächste Schritt betrifft die Auseinandersetzung mit dem Warentausch, den Blüm im Gegensatz zur Marxschen Kritik der Warenproduktion als »ausgleichende Gerechtigkeit« versteht (ebd., 32ff.). Hier wird Marx eine gewisse analytische Leistung zugutegehalten, da er mit der Arbeitswertlehre das Äquivalenzprinzip, das dem Tausch zugrunde liegt, erklärt habe: »Marx maß den Wert eines Produkts an der Zahl der Arbeitsstunden, die für seine Herstellung aufgewendet wurden.« (Ebd., 32) Doch weder hat Marx dies getan – er legte dem Warenwert vielmehr die »gesellschaftlich notwendige Arbeit« zugrunde, die Blüm nachträglich als Korrekturgröße einführen will –, noch hat er in der Arbeitswertlehre seine wissenschaftliche Leistung gesehen. Er teilt vielmehr im ersten Band des »Kapital« mit (siehe oben), dass er von der Arbeitswertlehre der Klassiker ausgeht und sie in seiner Kritik der politischen Ökono-

mie einer Revision unterzieht. Seine Leistung sah Marx in der Bestimmung der »abstrakten Arbeit«. Dies sei der »Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht.« (MEW 23, 56) Blüm bemüht sich weder um eine korrekte Wiedergabe noch um eine argumentative Widerlegung. Mit dem Hinweis auf die »gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit« oder den Tatbestand »komplizierter Arbeit«, die beide im »Kapital« thematisiert werden, tut er so, als habe er Korrekturen angebracht. Der Ertrag ist jedenfalls, dass er einer ökonomischen Erklärung von Ausbeutung ausweicht – wobei doch gerade beim Infragestellen der kapitalistischen »Verwirtschaftung des Lebens« (Blüm) eine solche Erklärung zu leisten wäre.

Der dritte Punkt ist die Alternative von Personalismus und Kollektivismus (Blüm 2006, 45ff.). Hier verzichtet der Autor gleich ganz auf Belege, noch nicht einmal der berühmte Marx-Spruch vom Individuum als »Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« wird zitiert. Stattdessen gibt es folgende Zusammenfassung: »Der Sozialismus versteht den Menschen nur als Gattungswesen. Der Einzelne ist nur Baustein eines größeren Ganzen. Der Staat ist eine Art Übermensch, der seinen Teilen die Funktion zuweist. Um des Großen und Ganzen wegen war der Sozialismus bereit, auch Einzelne zu opfern.« (Ebd., 46) Das geht nun ganz ins Allgemeine. Auch Staaten wie die USA oder Deutschland sind bereit, für das große Projekt des Demokratieexports »einzelne« Soldaten vor Bagdad oder am Hindukusch zu opfern. Die großen Zeugnisse der bürgerlichen Literatur, Schillers Dramen oder Hölderlins Hymnen, haben solche Opferbereitschaft idealisiert. Dass der Staat seinen Teilen die Funktion zuweist, ist Herrschaft des Rechts – und ein solcher funktionaler Zusammenhang wird etwa dann, wenn Geschäftsleute in Afrika oder Osteuropa investieren wollen, schmerzlich vermisst. Wo das Gewaltmonopol, die Geltung der Gesetze in allen Teilbereichen, nicht gegeben ist, hat man nämlich einen failing state vor sich.

»Der Einzelne ist nichts, das Kollektiv ist alles.« (Ebd., 46) Dies soll das Prinzip des Sozialismus sein. Dabei stört sich Blüm nicht daran, dass er einige Seiten zuvor Marx noch vorgehalten hat, er hänge mit seinem Bedürfnis-Prinzip einer Schlaraffenland-Vision der Selbstverwirklichung an. Jetzt wird schlichtweg das Gegenteil behauptet. Zudem könnte Blüm auffallen, dass er sich mit seinem Personalismus, der das Soziale als konstitutives (und nicht additiv hinzutretendes) Moment des Individuums bestimmt, nahe bei der Aussage vom Ensemble der gesellschaftlichen

Verhältnisse befindet. Der Vorwurf, der Einzelne würde verleugnet, ist überhaupt befremdlich, da Marx sich – man mag seine Überlegungen teilen oder nicht – minutiös mit dem Prozess der Vergesellschaftung auseinandersetzt, dem die Individuen im Kapitalismus unterliegen. Marx zielt dabei gar nicht auf die Konstruktion eines Menschenbildes, sondern kritisiert die Festlegung der Einzelnen auf die Arbeitsteilung der bürgerlichen Gesellschaft und rät ihnen, diesen Zustand zu beenden. Die bürgerliche Arbeitsteilung fixiere nämlich den Menschen, wie es in der berühmten Stelle der »Deutschen Ideologie« heißt (MEW 3, 33), auf einen »ausschließlichen Kreis der Tätigkeit«, also auf die Rolle als Lohn-, Kopf- oder Handarbeiter – »während in der kommunistischen Gesellschaft, wo jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden«. Und das soll Kollektivismus sein?

Die Entgegensetzung der Pole Individualismus und Kollektivismus hat generell etwas Gekünsteltes. Geistesgeschichtlich haben solche Geisterdebatten eine Rolle gespielt. In Friedrich A. Hayeks »Weg zur Knechtschaft« (1944) wird damit der Einstieg gemacht, wobei der Autor für den von ihm vertretenen Individualismus gerade das christliche Persönlichkeits-Verständnis in Anspruch nimmt, das Blüm dagegen für seinen sozial orientierten Personalismus reklamiert. Umgekehrt dürfte für Hayek, der sein Buch – ironisch – den »Sozialisten in allen Parteien« widmete, und für die von ihm inspirierte »neoliberale« Schule Blüms Gerechtigkeits-Postulat einen Fall des perhorreszierten Kollektivismus darstellen. Die Polemik, die dem ehemaligen, kritisch gewordenen CDU-Sozialminister vom wirtschaftspolitischen Mainstream und seiner eigenen Partei entgegenschlug (vgl. Die Welt, 7.11.06), ging jedenfalls in eine solche Richtung. Das Konstruierte dieser Konfrontation von Individuum und Kollektiv sieht man auch daran, dass aufs Wirtschaftsgeschehen bezogen nichts daraus folgt. Blüms Position bleibt letztlich erstaunlich unbestimmt. So referiert er die Vermögensverteilung in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts (10% der Haushalte haben ein durchschnittliches Vermögen von 670.000 Euro, am unteren Ende stehen 10% mit Schulden von 8.000 Euro...) und bemerkt dazu: »Wie die Gerechtigkeitsrechnung aus-

sieht, weiß ich nicht. Aber dass in dieser großen Kluft zwischen Reichtum oben und Schulden unten die Göttin Justitia spurlos verschollen ist, daran zweifle ich nicht.« (Blüm 2006, 37) Ein bemerkenswertes Eingeständnis des Gerechtigkeits-Theoretikers, dass er nicht weiß, was sein Prinzip konkret bedeutet... In der Auseinandersetzung mit Marx hätte Blüm Gelegenheit gehabt, seine Kritik des Kapitalismus zu präzisieren. Das unterbleibt bezeichnenderweise.

Aus der katholisch-sozialen Richtung gibt es traditionell Einwände gegen einen – entfesselten, übertriebenen etc. – Kapitalismus. Noch vor dem apostolischen Schreiben »Evangelii gaudium« von Papst Franziskus hat sich hier der deutsche Kardinal Reinhard Marx profiliert und gleich die pflichtgemäße Widerlegung des Marxismus abgeliefert. Sein unter Mitarbeit des katholischen Sozialethikers Arnd Küppers (vgl. Küppers 2008) entstandenes Buch »Das Kapital« (Marx 2008) bietet einen problemorientierten Streifzug durch die katholische Soziallehre – mit deutlicher Bevorzugung des konservativen Stranges, wie die ausdrückliche Verneigung vor Joseph Kardinal Höffner und dessen dem Geist des Kalten Krieges verpflichteten Standardwerk »Christliche Gesellschaftslehre« zeigt. Den roten Faden bilden in der Schrift des Münchner Kardinals, der Titelidee entsprechend, die Rekonstruktion und Rehabilitation katholischer Kapitalismuskritik, was aber vor allem deshalb geschieht, um sich vom großen Antipoden, dem Namensvetter Karl Marx, abzugrenzen.

Dies wird nicht direkt mit dem Holzhammer gemacht, den noch Blüm zur Verteidigung des christlichen Personalismus gegen den »sozialistischen Kollektivismus« schwang. Die Positionierung von Reinhard Marx contra Marxismus bzw. Planwirtschaft und pro Liberalismus bzw. Marktwirtschaft ist erkennbar von der neueren Verunsicherung über die Leistungsfähigkeit des Kapitalismus gekennzeichnet. So wird dem Marxismus in Teilen eine hellsichtige Analyse bescheinigt, die aber prinzipiell bedeutungslos sei, da sie zur Klärung des aktuellen Gerechtigkeitsproblems nichts beitrage. Der Kirchenmann unternimmt eine Bestimmung dessen, was soziale Gerechtigkeit angesichts der heutigen Lage bedeutet. Er fasst sie vorrangig als Beteiligungsgerechtigkeit und grenzt sich so – ähnlich wie Blüm – vom Marxismus ab. Die ausführliche Fassung der Marx-Widerlegung findet sich in der Veröffentlichung von Küppers (2008). Dieser hält eingangs fest, dass die »christliche Sozialethik ihre eigene Sozialanalyse und -kritik von Anfang an wesentlich als Gegen-

entwurf zu marxischen und marxistischen Vorstellungen entwickelt« hat (Küppers 2008, 18). Das ist eine zutreffende Feststellung. Der Sozialkatholizismus ist ja in der Tat als Antisozialismus in die Welt gekommen. Maßgeblich für die Kirchenführer war eben nicht die Not der Arbeiter, sondern die Gefahr, dass sie den falschen, nämlich sozialistischen Führern folgen könnten.

Küppers' Schrift beginnt mit der Einsicht, dass die wissenschaftliche Leistung von Marx nicht in der von Arbeiterparteien dogmatisierten materialistischen Philosophie eines Diamat oder Histomat besteht, sondern in der Kritik des kapitalistischen Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionsprozesses, wie sie in den drei Bänden des »Kapital« ausgeführt ist. Küppers greift aus dem ersten und dritten Band die Bestimmungen über Arbeit als »Stoffwechselprozess« zwischen Mensch und Natur auf – ein Prozess, in dem der Mensch sowohl seine Produktivkräfte als auch seine Bedürfnisstruktur entwickle – und thematisiert die von Marx angesprochene Dualität von »Reich der Notwendigkeit« und »Reich der Freiheit«, die »dialektisch« zu verstehen sei.

In einem theoriegeschichtlichen Abriss wird dargelegt, dass es bei der Beurteilung der kapitalistischen Arbeitswelt zahlreiche Übereinstimmungen zwischen Marx und christlich-sozialer Kritik gebe. Das Ergebnis ist jedoch eine kategorische Absage an Marx. »Der Mensch ist nicht auf seine Arbeit zu reduzieren, er findet in der Arbeit nicht zur Fülle seiner Wirklichkeit« (Küppers 2008, 50f.), resümiert Küppers als Gegenposition christlicher Sozialethik.

Das ist ein merkwürdiges Fazit, das durch die Argumentation von Marx in keiner Weise gedeckt ist. Bei ihm kann von einer solchen Reduktion nicht die Rede sein, Arbeit ist für ihn nicht Erfüllung menschlichen Daseins. Sie ist ihm vielmehr bleibende Grundlage dafür, dass der Mensch im Reich der Freiheit seine Zwecke verwirklicht, und seine Kritik zielt darauf, dass im System der Lohnarbeit die Lebenszeit in Arbeitszeit verwandelt wird, dass es die Marktwirtschaft also zu der paradoxen Glücksverheißung »Arbeit, Arbeit, Arbeit« (wie die FDP früher im Wahlkampf plakatierte) gebracht hat. Dass der Mensch auf sein Arbeitsvermögen reduziert wird, ist für Marx gerade der Skandal und seine Ausführungen zum Arbeitsbegriff im »Kapital« sind nur der Auftakt oder auch das Resümee einer Untersuchung, die das eigentümliche Schicksal der Arbeit im Kapitalismus thematisiert – mit dem Resultat, dass ihre wirkliche Zweckbestimmung nicht in der Bedürfnisbefrie-

digung, der Vergrößerung des »Reichs der Freiheit«, sondern in ihrer wert- bzw. mehrwertschaffenden Qualität besteht. Um diesen theoretischen Zusammenhang kümmert sich Küppers nicht. Stattdessen kommen dann doch wieder Basis und Überbau, Geschichtsphilosophie oder Entfremdung zur Sprache – also Kategorien, die im »Kapital« keine besondere Rolle spielen.

Was im Einzelnen an Widerlegung angeführt wird, macht die Absage nicht einsichtiger. Als erstes hat Küppers ein Problem damit, dass die Marxsche Bestimmung der Arbeit als gesellschaftliche Selbster-schaffung des Menschen kaum von christlich-sozialen Aussagen, auch konservativer Provenienz, zu unterscheiden ist. »In der Arbeit entfaltet sich der Mensch zu sich selbst«, schrieb etwa Joseph Höffner in seiner »Christlichen Gesellschaftslehre« (1975, 123). Hier hilft der Kunstgriff, die Marxsche Position mit Zitaten aus seinen frühen philosophischen Manuskripten als materialistische »Selbsterzeugung« im Unterschied zur christlichen »Selbstentfaltung« zu fassen. Eine subtile Differenzierung! Marx soll als Atheist überführt werden, weshalb aus seiner Religionskritik zitiert werden muss. Dass Marx materialistischer Theoretiker war, ist Küppers in der Tat zuzugestehen. Dies war aber schon vorher bekannt – sodass der Autor sich und dem Publikum den Blick in die Marxschen ökonomischen Schriften hätte ersparen können. Außerdem wird heute – aber das steht auf einem anderen Blatt (siehe den folgenden Beitrag) – die Marxsche Religionskritik, wenn es um den Islam geht, bis in religiöse Kreise hinein als tragfähige wissenschaftliche Leistung bewertet.

Ein anderer wichtiger Einwand kommt merkwürdigerweise als Zugeständnis, aber in Form der Distanzierung daher: Die Marxsche Erkenntnis, »dass die Notwendigkeit ein Signum menschlicher Arbeit ist«, sei »banal« (Küppers 2008, 77). Im selben Duktus wird – unter Anlehnung an den wissenschaftlichen Mainstream – das Basis-Überbau-Schema als »trivial« (ebd., 49, 69) verworfen. Banalität oder Trivialität sind aber als analytische Kategorien wertlos. Hinzu kommt, dass die zusammenfassende Bemerkung über die Notwendigkeit der Arbeit an der theoretischen Leistung von Marx, die mit dem »Kapital« vorliegt, zielstrebig vorbeigeht. Hier ist ja nicht die notwendige Arbeit Thema, sondern die »Mehrarbeit«, die »Surplusarbeit«, deren Aneignung den Angelpunkt kapitalistischer Produktion bildet und zugleich diese Produktionsweise in systemeigene Widersprüche (tendenzieller Fall der Profitrate etc.) verwi-

ckelt. Grundlage dafür ist der »Doppelcharakter der Arbeit«, den Marx aus den Grundbestimmungen der Warenproduktion ableitet.

Wozu der ganze Aufwand?

Der Aufwand, der in Sachen Antimarxismus als Teil einer generellen Bekämpfung des Linksextremismus betrieben wird, hat etwas Irreales. Die seit der schwarzgelben Koalition 2009 eigens aufgelegten Programme gegen den Linksextremismus (vgl. Roßbach 2011), die Verstärkung entsprechender Maßnahmen im Rahmen des Staatsschutzes (Aussteiger-Telefone, Erarbeitung eigener Materialien wie der »Andi-Comics«, vgl. Arbeitskreis Extremismusbegriff 2012) oder das Vordringen des Verfassungsschutzes im Bildungsbereich (vgl. Mohr/Rübner 2010; Schillo 2012), die Publikationspolitik der Bundeszentrale für politische Bildung oder der Extremismusforschung erwecken den absurden Eindruck, in der Republik hätten sich Politik und Öffentlichkeit in den letzten Jahren gegenüber linksradikaler Kritik nachsichtig gezeigt und man müsste sich jetzt dem drohenden Ansturm einer mit Marx- und Engels-Zungen auftretenden Bewegung entgegenstemmen.⁵ Autoren wie Uwe Backes

⁵ Die neueste Variante dieser These hat das Autoren-Duo Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin mit seiner empirischen Studie über »Linksextremismus in Deutschland« (2015) vorgelegt. Die beiden Politikwissenschaftler halten den Linksextremismus ebenfalls für eine unterschätzte Gefahr, die wegen der Fixierung der öffentlichen Wahrnehmung auf Islamismus und Rechtsextremismus nicht ausreichend ins Visier genommen und auch nicht wirklich bekämpft werde. Ihr Buch versteht sich als Handreichung dazu, einen solchen Kampf nachhaltig zu betreiben. Dabei schließen sie – bei gewissen Modifikationen des Rasters »links«, »linksradikal« und linksextrem« – an die gängige Extremismusforschung an, unterstellen also als Zweck der einschlägigen Bestrebungen, dass sie »die Verfassung und die ihr zugrundeliegende Werteordnung ablehnen« (Deutz-Schroeder/Schroeder 2015). Sie wissen zwar, dass »im Zentrum des linksextremen Denkens und Handelns (...) die Fundamentalkritik des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft sowie der bürgerlichen Herrschaftsform insgesamt« (ebd.) steht. Die Auseinandersetzung damit ist aber für sie nicht von Belang, denn sie wollen sich mit den inkriminierten politischen Aktivitäten unter dem Blickwinkel befassen, dass von ihnen »Gefährdungen zu befürchten sind – unabhängig von ›linken‹ oder ›rechten‹ Positionen, Inhalten und politischen Zie-

oder Eckhard Jesse versuchen das konstruierte Szenario einer roten Gefahr mit dem Hinweis auf die relative Stärke der Linkspartei zu untermauern, obwohl die einschlägigen Detailuntersuchungen dann meist einräumen, dass es allenfalls linksextreme Tendenzen in oder am Rande der Partei gibt und dass sich deren Mandatsträger in der praktischen Arbeit regelmäßig als gemäßigt und politikfähig erweisen.

Die Irrealität wird noch dadurch verstärkt, dass das Bildungssystem selbst schon an dieser Front tätig ist, ohne dass es dazu spezieller Programme bedürfte. Denn unabhängig von solchen Zusatzbemühungen erledigt gewissermaßen »das gesamte Curriculum, nach dem der deutsche Nachwuchs heute zu mündigen und gut-deutschen Demokraten erzogen werden soll, zugleich den Auftrag, den Jungdeutschen beiderlei Geschlechts einen geistig-moralischen Panzer zu verpassen, der sie nicht

len« (ebd.). Die Standpunkte, Inhalte und Zielsetzungen spielen also keine Rolle, es zählt nur die Einordnung in das Freund-Feind-Schema der Extremismusforschung anhand »struktureller Gemeinsamkeiten«. Bei der repräsentativen empirischen Erhebung des staatlich geförderten Forschungsverbands ist übrigens bemerkenswert, dass die so genannten linksextremen Positionen hohe Zustimmungswerte erzielten. Ein Befund heißt z.B.: »Eine nennenswerte Minderheit im Westen und eine absolute Mehrheit im Osten halten den Sozialismus/Kommunismus für eine gute Idee.« (Ebd.) Noch deutlicher: »Eine breite absolute Mehrheit hält die praktizierte Demokratie nicht für eine echte Demokratie, weil der Einfluss der Wirtschaft zu groß sei.« (Ebd.) Die Berliner Extremismusforscher lassen sich durch solche Ergebnisse, die ihrem eigenen Ansatz zuwiderlaufen, nicht irritieren. Erstens könnte man den genannten Befunden entnehmen, dass hier gar nicht die Demokratie als die abgelehnte und angefeindete Größe im Visier ist. Im Gegenteil, die Befragten wollen sie vor einer Unterminierung durch den Kapitalismus in Schutz genommen sehen, und so wird auch der Kommunismus nicht als Errichtung einer Partei-Diktatur ins Auge gefasst, sondern wohl eher als Möglichkeit, eine ideale Demokratie zu realisieren. Zweitens klassifizieren die Sozialforscher hier gängige, in der politischen Mitte beheimatete Bedenken – die z.B. in Sachen TTIP bei der Parteibasis von Sozialdemokraten oder Grünen breit vertreten sind und die sich auf den übermächtigen Einfluss der Wirtschaftslobby beziehen – als extremistische Randerscheinung, die sich aus dem demokratischen Konsens ausschließt. Als Antwort auf diesen Einwand deuten die Autoren an, dass man hier eben – wie man es von der antirassistischen Sozialforschung (Wilhelm Heitmeyer etc.) kennt – mit dem Theorem des »Extremismus der Mitte« operieren müsse. Das Resultat ist jedenfalls paradox: Die »Mitte der Gesellschaft« erweist sich gleichzeitig als rechts- und linksextrem!

nur gegen Neo-Faschismus, sondern erst recht gegen jede Absage an den Kapitalismus und demokratische Herrschaft immun macht.« (Huisken 2012, 58) Das betrifft, so der Erziehungswissenschaftler Freerk Huisken, nicht nur die Fächer, die sich explizit mit Politik und Wirtschaft befassen, sondern einen großen Teil des schulischen Lehrplans. Huisken hat dies vor Jahren in einer kritischen Lehrplananalyse dargelegt (vgl. Huisken 2001, 300ff.), in einem neueren Aufsatz skizzierte er diese Beurteilung im Blick auf die schulische Thematisierung von Demokratie und Marktwirtschaft.

Die von Huisken angesprochene »Immunsierungsstrategie« wird heute übrigens im Rückblick – wenn es etwa um die Anfänge der Bundeszentrale für politische Bildung im Kalten Krieg geht – offiziell konstatiert (vgl. Schillo 2014). Dies wird dann als politisch-pädagogische Sturm- und-Drang-Phase verbucht, die mittlerweile überwunden sei; statt sich am Manipulationsideal zu orientieren, setze man heutzutage auf die rationale Urteilskraft der Adressaten. Huisken widerspricht dem, er legt in seinem neueren Text (2012, 60f.) auch dar, dass die Kompetenzorientierung des modernen Unterrichts ihren Teil zu einer solchen Immunisierung beitrage. Er diskutiert dies an den drei aktuellen Erfordernissen der Kritikfähigkeit, der Vermittlung von Skepsis gegenüber jedem Wahrheitsanspruch und der Stärkung des Selbstbewusstseins. Eine kritische, skeptische Haltung soll sich der Nachwuchs nämlich angesichts einer Lage aneignen, in der Kritiker der gesellschaftlichen Verhältnisse auftreten, die ihre Einwände theoretisch begründen und so auf deren Gültigkeit bestehen, statt sich bloß mit einer subjektiven Meinungsäußerung zu Wort zu melden. Davor ist der Nachwuchs zu schützen, so der Sinn der modernen Kompetenzorientierung. Mit ihr wird, wie Huisken resümiert, das Prinzip konstruktiver Kritik verankert: Selbstbewusste Mitmacher in der Konkurrenzordnung sollen lernen, bestimmte Diskussionsbeiträge als destruktiv zu identifizieren und darauf mit Nichtbefassung zu reagieren, denn als Privatmann dürfe man auf seiner persönlichen Meinung bestehen und müsse sich keine Wahrheit aufnötigen lassen.

An den Linksextremismusprogrammen der schwarzgelben Koalition hat es schon mehrfach Kritik gegeben. Die offiziellen Evaluierungsberichte des Deutschen Jugendinstituts (DJI) legen nahe, dass die Programme sich vor allem einem ideologischen Reflex verdanken (vgl. »Bilanz: extrem mies«, TAZ, 31.1.2014). Uwe Roßbach, der in der Bildungsarbeit tätig ist, sieht hier eine Art Identitätskrise der konservativen

Volksparteien am Werk (Roßbach 2011, 51). Die unter der Bundeskanzlerin Merkel vollzogene Abgrenzung vom rechten Rand – mit der ersten großen Koalition von 2005 bis 2009 wurde ja der ›Kampf gegen rechts‹ Teil der Koalitionsvereinbarung und der folgenden Förderungspolitik – habe den C-Parteien Probleme bereitet. Deswegen habe zum Ausgleich eine Abgrenzung gegenüber der Linken nachgeholt werden müssen. In der Tat fällt als Erstes bei den einschlägigen, vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) autorisierten Unterrichtsmaterialien (vgl. Stiftung Zeitbild 2011) auf, dass hier ganz unterschiedliche linke, radikaldemokratische, antifaschistische Bewegungen ins Visier genommen werden, die bis in sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise reichen. Unter die betreffende Rubrik fallen auch schon Hausbesetzer oder Leser des Neuen Deutschland, wie ja überhaupt die Linkspartei ein bevorzugtes Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes darstellt.

Dies hat immer wieder den Vorwurf der Überreaktion hervorgerufen. »Doch ist das alles andere als albern oder wahnhaft«, schreibt Huisken (2012, 62) und fährt fort: »Es zeugt auch nicht von Unkenntnis über wahren ›Linksextremismus‹, sondern verweist auf die Maßstäbe, die regierende Politiker anlegen, wenn sie daran gehen, linke Demokratiefeinde zu benennen.« Klargestellt werden soll nämlich erstens, wie es in dem Streitgespräch zwischen Richard Stöss und Uwe Backes heißt (Dovermann 2011, 294), dass es »aus der Perspektive der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (...) gleichgültig (ist), ob sie von links oder rechts zerstört werden soll.« Das Extremismusparadigma erhält damit offizielle Gültigkeit: Kritiker an den politischen und ökonomischen Verhältnissen – sowie der Nachwuchs, der von solchen Stellungnahmen erfährt – bekommen mitgeteilt, dass sie auf die Grenzen ihrer Kritik zu achten haben. Ihre inhaltlichen Begründungen, die ja bei Kommunisten und Faschisten durch diametrale Gegensätze gekennzeichnet sind, zählen nicht; sie müssen »nur« darauf achten, dass sie nicht zu weit gehen.

Zweitens ist die politische Absicht erkennbar, innerhalb der Linken nicht zu differenzieren. Die gesamte Szene erhält die Mitteilung, dass die politische Hoheit über die Gesinnung der Bevölkerung und speziell des Nachwuchses sichergestellt werden muss. Aus Unzufriedenheit mit den hiesigen Zuständen darf auf keinen Fall der Schluss gezogen werden, Dinge in die eigene Hand zu nehmen. Am Kapitalstandort D, das bilanzieren ja nicht nur die Verfassungsschutzberichte, gibt es massen-

haft Gründe, unzufrieden zu sein. Aus staatlicher Perspektive ruft das die Frage nach dem richtigen Adressaten hervor. Die Antwort heißt: Es muss »ein eingerichtetes Beschwerdewesen geben, das einerseits dafür sorgt, dass alle Beanstandungen bei denen landen, die sich allein dafür verantwortlich erklären, den Politikern; und das andererseits sicherstellt, dass gerade die staatliche Erlaubnis von Kritik und Klage zu dem vertrauensvollen Urteil führt, es würden genau diejenigen die Schäden wieder beseitigen (wollen), die sie in Verfolgung ihrer politischen Zwecke gerade angerichtet haben.« (Huisken 2012, 65)

In den Arbeitsmaterialien, die von der Bundeszentrale oder dem BM-FSJ zur Verfügung gestellt werden, geht es konkret etwa darum, soziale Gegensätze als – im Prinzip – versöhnbar darzustellen, also den Antimarxismus, der Leitmaxime des hiesigen Pluralismus ist, zu verankern. Wie oben an dessen modernen Varianten vorgeführt wurde, heißt das gerade nicht, in eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Marx'schen Theorie einzutreten und deren Auskünfte über die spezielle Produktionsweise namens Kapitalismus zu prüfen. Umgekehrt: Es wird kategorisch festgestellt, dass man dieser Theorie nur in dem Bewusstsein einer möglichen Grenzüberschreitung, die geltende Werte verletzen könnte, nahetreten darf, dass man also von vorneherein auf Distanz zu dieser Erklärung des Kapitalismus zu gehen hat. Nur vom Standpunkt einer solchen prinzipiellen Absage aus darf man dann einzelne Erkenntnisse für »interessant«, »prognostisch haltbar« oder »wissenschaftlich fruchtbar« befinden.

Die Linksextremismus-Kampagnen im Bildungsbereich, wie sie in den letzten Jahren verstärkt wurden, zielen also wie gehabt auf eine Immunisierung des Nachwuchses. Es wird offiziell klargestellt, dass mit der Sorge um die Abwehr von Rechtsradikalismus und Rassismus keine Duldung von Bestrebungen am anderen Ende des politischen Spektrums beabsichtigt ist. Antifaschismus ist kein offizieller Auftrag, der an die Adresse der jungen Generation oder der Zivilgesellschaft gerichtet ist. Die neofaschistischen Aktivitäten, die das Gewaltmonopol des Staates herausfordern, die aber aus einer dem Staatsschutz vertrauten Gesinnung heraus verübt werden – der ganze NSU-Skandal legt ja von diesem Tatbestand einer ›Kollusion‹ Zeugnis ab –, sollen nicht als Faschismus, sondern als Extremismus bekämpft werden.

Dabei muss die Jugend speziell darauf aufmerksam gemacht werden, dass der linksradikale Antifaschismus, der sich hierzulande in zahlreichen

Initiativen und Aktionen betätigt, wegen seines Misstrauens in die Ernsthaftigkeit der staatlichen Neonazi-Bekämpfung keine ideale Adresse für Staatsbürger ist. So simpel, dass es nur gelte, den Anfängen des Faschismus zu wehren, ist die Perspektive der streitbaren Demokratie nicht. Sie fordert dem Antifaschisten vielmehr ein Bekenntnis ab, dass er sich genau so entschieden, wie er den rechten Parolen entgegentritt, von andern Kritikern der Verhältnisse absetzt. Radikale oder Extremisten, heißt es dann, würden mit einfachen Lösungen auf die komplexen Verhältnisse in der globalisierten Marktwirtschaft reagieren. Im Bewusstsein der sozialen Härten und politischen Zumutungen, die die Jugend in Europa oder anderswo hinzunehmen hat, muss den Bürgern eingeschärft werden, dass eine grundsätzliche Absage an die Rechnungsweisen der Marktwirtschaft nicht infrage kommt und dass schon die theoretische Begründung eines solchen Vorhabens indiskutabel, ja unzulässig ist.

Die Auflage entsprechender Programme gegen links fügt dem pädagogischen Betrieb also nichts Neues hinzu, sie ist aber »vom Standpunkt herrschender Politik nicht überflüssig, sondern die zeitgemäße Zuspitzung des Auftrags der hiesigen Staatsschule, die Schüler gegen jede Systemkritik an Demokratie und Marktwirtschaft zu immunisieren« (ebd., 68). Die besonderen Bemühungen um Extremismusbekämpfung sprechen nur das Prinzip, das auch sonst den pädagogischen und wissenschaftlichen Betrieb regiert, noch einmal eigens aus und stellen so klar, wie der Pluralismus gemeint ist.

Literatur

- Arbeitskreis Extremismusbegriff (2012): Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen »Extremismus« scheitert. Münster.
- Bergsdorf, Harald/van Hüllen, Rudolf (2011): Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr? Zwischen Brandanschlag und Bundestagsmandat. Paderborn u.a.
- Blüm, Norbert (2006): Gerechtigkeit – Eine Kritik des Homo oeconomicus. Freiburg u.a.
- Bundschuh, Stephan (2013): »Extremismus« – Versuch einer ideologiekritischen Auseinandersetzung. In: Journal für politische Bildung, Nr. 3, 2013, S. 54-62.
- Courtois, Stéphane u.a. (1998): Schwarzbuch des Kommunismus – Unterdrü-

- ckung, Verbrechen und Terror (Originalausgabe 1997). München und Zürich.
- Dovermann, Ulrich (Hrsg.) (2011): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1135. Bonn.
- Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohschneider, Tom (Hrsg.) (2012): Verfassungsfeinde – Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem »Linksextremismus« umgehen. Hamburg.
- Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): Ordnung. Macht. Extremismus – Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden.
- Hafener, Benno (2014): »Extremismusklausel« – endlich abgeschafft. In: *Journal für politische Bildung*, Nr. 2, 2014, S. 74-75.
- Hayek, Friedrich A. (2003): *Der Weg zur Knechtschaft* (Originalausgabe 1944). München.
- Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.) (2013): *Extremismus in Deutschland – Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven. Extremismus und Demokratie*, Band 26. Baden-Baden.
- Höffner, Joseph (1975): *Christliche Gesellschaftslehre*. Studienausgabe. Köln.
- Huisken, Freerk (2001): *Erziehung im Kapitalismus*. Studienausgabe. Hamburg.
- Huisken, Freerk (2012): Mobilisierung in deutschen Schulen gegen Linksextremismus: Eigentlich überflüssig? In: Feustel u.a. (Hrsg.): *Verfassungsfeinde*, S. 57-70.
- Küppers, Arnd (2008): *Gerechtigkeit in der modernen Arbeitsgesellschaft und Tarifautonomie*. Paderborn u.a..
- Lucas, Erhard (1983): *Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung*. Basel und Frankfurt a.M.
- Luxemburg, Rosa (1979): *Die Krise der Sozialdemokratie* (Originalausgabe 1916). In: Dies., *Gesammelte Werke*, Band 4. Berlin, S. 49-164.
- Marx, Karl (1973): *Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte*. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 8, Berlin (zit. als MEW 8).
- Marx, Karl (1974): *Die deutsche Ideologie*. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 3, Berlin (zit. als MEW 3).
- Marx, Karl (1974): *Das Manifest der kommunistischen Partei*. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 4, Berlin (zit. als MEW 4).
- Marx, Karl (1977): *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 23, Berlin (zit. als MEW 23).
- Marx, Karl (1978): *Kritik des Gothaer Programms*. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 19, Berlin (zit. als MEW 19).
- Marx, Karl (1983): *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*. Dritter Band. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 25, Berlin (zit. als MEW 25).
- Marx, Reinhard (2008): *Das Kapital – Ein Plädoyer für den Menschen*. Unter

- Mitarbeit von Arnd Küppers. München.
- Mohr, Markus/Rübner, Hartmut (2010): Gegnerbestimmung – Sozialwissenschaft im Dienst der »inneren Sicherheit«. Münster.
- Pfahl-Traughber, Armin (2014): Linksextremismus in Deutschland – Eine kritische Bestandsaufnahme. Wiesbaden.
- Roßbach, Uwe (2011): Erfolge kopieren? Die Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus. In: Journal für politische Bildung, Nr. 1, 2011, S. 50-55.
- Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland. München.
- Schillo, Johannes (2012): Zur staatlichen Formierung politischer Bildung. In: Ahlheim, Klaus/Schillo, Johannes (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Formierung und Aufklärung, Hannover, S. 126-143.
- Schillo, Johannes (2013): Extremismus. In: Journal für politische Bildung, Nr. 2, 2013, S. 83-87.
- Schillo, Johannes (2014): Vom Heimatdienst zur politischen Bildung. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Nr. 1, 2014, S. 131-140.
- Schillo, Johannes (2015): Mustergültig geläutert – Zur Restaurationsgeschichte der Bundesrepublik. In: Junge Welt, 18.2.2015, S. 12-13.
- Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika (2015): Gegen eine offene Gesellschaft. In: FAZ, 23.2.2015.
- Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika (2015): Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie. Frankfurt a.M. u.a.
- Stiftung Zeitbild (Hrsg.) (2011): Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern. Zeitbild Wissen, 53. Jg., München 2011. Download unter: www.zeitbild.de/materialien/download.

Johannes Schillo

Die Aktualität der Marxschen Religionskritik

Religionskritik ist, wenn man den neueren Einlassungen zum Verhältnis von Religion und Politik Glauben schenken darf, das Gebot der Stunde – eine erstaunliche Ansage mehr als 200 Jahre nach dem Jahrhundert der Aufklärung und 170 Jahre nach dem bekannten Statement von Karl Marx, der das Thema ad acta legen wollte. »Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik«, schrieb er 1844 in den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern«, doch diese Aufgabe, so sein Resümee im Blick auf die Leistung seiner kritischen Vorläufer, sei für Deutschland »im wesentlichen beendet« (MEW 1, 378). Man kann diese Äußerung als Beispiel dafür nehmen, wie sich die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus in ihren Prognosen getäuscht haben. Man sollte dann jedoch hinzufügen, dass die Vorstellung vom Absterben der Religion und der fortschreitenden Säkularisierung – der »Entzauberung der Welt«, wie Max Weber formulierte – seit Mitte des 19. Jahrhunderts als Zeitdiagnose allgemein verbreitet war. Und man sollte überprüfen, ob sich die Position von Marx in solchen Voraussagen erschöpft.

Spätestens seit Huntingtons »Clash of Civilizations« und seit »Nine-Eleven« gilt die Säkularisations-These als überholt. Eine religiöse »Renaissance« oder »Erneuerung« wird allenthalben registriert (Huntington 1996, 144), und das Verhältnis von Religion und Politik gewinnt wieder an Brisanz (vgl. Varwick/Schieren 2012). »Die Religionen – oft genug abgeschrieben – scheinen vitaler denn je« (Der Spiegel 2012, 114), »Theologie und Religion (sind) so häufig Thema öffentlicher Auseinandersetzung wie nie zuvor« (Brumlik 2013, 51). Auch im Zuge der Marxismus-Renaissance hat es allerlei Rückgriffe auf die religionskritische Tradition gegeben.¹ Ernst Blochs einschlägige Schriften oder die Bemerkungen des alten Friedrich Engels über die Analogien zwischen der Ausbreitung des Urchristentums und dem Erstarken der Arbeiterbewegung fanden wieder Aufmerksamkeit (vgl. Heuer 2006). Besonderer

¹ Einen Einblick in die Wiederaneignung der Marxschen Religionskritik in Folge der 68er-Bewegung gibt jetzt die Aufsatzsammlung »Mehr Opium als Salz? Theologie und Religionskritik nach 1968« von Klaus Ahlheim (2015b).

Beliebtheit erfreute sich die von Paul Lafargue Ende des 19. Jahrhunderts als satirisches Pamphlet in Umlauf gebrachte These von der »Religion des Kapitals« (Lafargue 2009), die Walter Benjamin später mit einigen kryptischen Andeutungen zum Theorieansatz stilisierte (vgl. Fleischmann 2010).

Was aber weitgehend aus dem Blickfeld geraten ist oder in seiner Bedeutung relativiert wird, ist die grundsätzliche Kritikposition des jungen Marx in dieser Frage. Zu deren Stichhaltigkeit und Relevanz will der folgende Beitrag erstens einige Überlegungen beisteuern, die auch auf den aktuell angemeldeten Bedarf eingehen, und zweitens die modernen Revisionen, die die Religionskritik »weiterdenken« oder die »Marx gegen Marx lesen«, unter die Lupe nehmen.

Die Marxsche Position

Um der Position von Marx gerecht zu werden, muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass es ihm bei seinem Aufsatz für die »Deutsch-Französischen Jahrbücher«, der die Kritik an Hegels Rechts- und Staatsphilosophie einleiten sollte, streng genommen nicht um eine Prognose zum Ende der Religion ging. Er bilanzierte hier vielmehr – im Verhältnis der beiden Länder – die Leistungen der Kritik, die bereits vollbracht waren respektive weiter anstanden. In der vorrevolutionären Situation des Vormärz konstatierte Marx eine heillose Rückständigkeit des absolutistisch regierten Deutschlands, den deutschen »Anachronismus«, mit dem radikale Kritik konfrontiert sei: »Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen.« (MEW 1, 379) Dieselbe Position formulierte Engels übrigens kurz darauf mit seiner berühmten Artikelreihe »Deutsche Zustände« (siehe MEW 2) als Information für das englische Publikum.

Was Marx in diesen trostlosen Zuständen als Aktivposten verbuchte, war die Leistung der philosophischen Kritik in Deutschland, womit er vor allem die Junghegelianer und Ludwig Feuerbach meinte. Auf der theoretischen Ebene hielt er die Religionskritik für »beendet«, er sah darin keine Aufgabe mehr, der sich die Kritik anzunehmen habe. Jetzt gehe es um den »Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist.« (MEW 1, 378) Diese Welt verdiene die Aufmerksamkeit der Kritik; darauf müsse sich die Anstrengung der Theorie richten, um die

nächsten Schritte des menschlichen Emanzipationsprozesses zu klären. »In Deutschland ist die Emanzipation von dem Mittelalter nur möglich als die Emanzipation zugleich von den teilweisen Überwindungen des Mittelalters.« (Ebd., 391) Das heißt: In Deutschland ist es mit einer liberalen, bürgerlichen Kritik an den rückständigen, dem Mittelalter verhafteten Verhältnissen – in denen die Religion ja weiterhin als gesellschaftliche Macht wirkte – nicht getan, denn das würde nur die moderne Klassengesellschaft, wie sie in Frankreich oder England entstanden war, affirmieren. Also stehe auch hier die Überwindung des Klassencharakters der Gesellschaft an.

Die Bedingungen dieser Aufgabe – »die Emanzipation des Menschen« (ebd.), also eine Befreiung, die nicht bei einer bloß politischen Revolution stehen bleibt – müsse die Theorie klären und dabei die praktischen Konsequenzen zur Realisierung eines solchen Vorhabens bestimmen. Die Voraussetzung dafür, dass sich die Menschen ihrem gesellschaftlichen Lebensprozess zuwenden, ist laut Marx mit der Religionskritik geschaffen. Die Leistung der weiter gehenden Kritik besteht folglich nicht darin, eine Welt ohne Gott zu verkünden und Atheismus zu predigen, sondern sich von den imaginären Konflikten ab- und der gesellschaftlichen Wirklichkeit zuzuwenden – einer Wirklichkeit, die die Religion als ein »verkehrtes Weltbewußtsein« produziere, »weil sie eine verkehrte Welt« sei (ebd., 378).

Zu diesem Zweck resümierte Marx die Leistungen der philosophischen Religionskritik. Das, was er als deren fundamentale Einsicht betrachtete, fasst Feuerbachs Projektionsthese aus dem »Wesen des Christentums« zusammen: Der Mensch habe in der »phantastischen Wirklichkeit des Himmels«, in der er seine Erfüllung suchte, »nur den Widerschein seiner selbst gefunden«. Das führt Marx zu dem Fazit: »Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen.« (Ebd.). Die Skizze schließt dann mit der berühmten Bemerkung: »Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.« (Ebd.)

Damit ist die grundsätzliche Position von Marx umrissen. Religion ist erstens *notwendig falsches Bewusstsein*. Sie ist ein Irrtum über Mensch und Gesellschaft; die wirklichen Subjekte sehen sich einer fremden, unverfügbaren Macht unterworfen und deuten das unbegriffene Gesche-

hen als deren Willensakt. Dabei ist Religion eine Täuschung, die sich nicht individueller Willkür oder Zufälligkeit verdankt, sondern mit gesellschaftlicher Notwendigkeit »produziert« wird. Die Welt ist so eingerichtet, dass ein Bedarf nach dieser Deutung entsteht. Das Hervorbringen religiöser Vorstellungen vollzieht sich jedoch nicht als ein überindividueller Automatismus, jenseits von Wille und Bewusstsein. Die betreffenden Vorstellungen werden von Menschen gemacht, die sich in ihren gesellschaftlichen Verhältnissen selbst entfremdet sind und darin zurecht kommen wollen. Die Menschen sind die selbstbewussten Produzenten des Glaubens und nicht passive Opfer eines Priestertrugs, wie ihn die Philosophen der Aufklärung dingfest gemacht hatten. Religionskritik wird also bei Marx *Ideologiekritik*.

Zweitens liegt in der Religion ein spezieller Fall von Ideologie vor. Sie nimmt den Standpunkt einer *absoluten Kompensation* ein, der in ein ambivalentes Verhältnis zur gesellschaftlichen Realität tritt. Diese erscheint als bestritten – und gerechtfertigt zugleich. Religion wird von Marx nicht mehr als unvollständige, mythologische Vorstufe des Wissens genommen (in dieser Funktion hat sie mit Beginn der bürgerlichen Gesellschaft ausgedient), sondern als *Sinnstiftung*, die sich gerade da etabliert, wo das menschliche Elend »zum Himmel schreit«. Sie will nicht Not und Entbehrungen, die sie beim Namen nennt, beseitigen, sondern betreibt deren Überwindung in Form eines prinzipiellen *Antimaterialismus*. Die materiellen, irdischen Bedürfnisse der Menschen zählen nicht angesichts einer ewigen Glückseligkeit, wobei die Aussicht darauf allerdings wieder auf dialektische Weise den Materialismus ins Spiel bringen kann. Mag die Wunscherfüllung fürs Jenseits gelten, fürs Diesseits bleibt es dabei: Es ist ein Jammertal, das man aushalten muss – und für diese Zumutung bietet die Religion *Trost* und *Orientierung*. Diese Doppelfunktion der Religion, die immer wieder beschworen wird, unterliegt bei Marx der Kritik. Sie ist Ausweis trostloser Verhältnisse, auf deren Verewigung sie als Hilfe zum Durchhalten setzt, und orientiert die Menschen auf eine übermenschliche Instanz, trägt also als verkehrtes Weltbewusstsein maßgeblich zur Desorientierung bei. Genau darin liegt ihre ideologische Funktion zur Absicherung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse.

Die moderne Revision

Damit hat Marx – unter Fortführung und Zuspitzung der aufklärerischen und kritischen Traditionen der Philosophie – angekündigt, was die Kernpunkte einer modernen Religionskritik sein müssten. Somit passt er einerseits zum heutigen Zeitgeist, in dem Religionskritik als neuer Bedarf angemeldet worden ist. Das betrifft natürlich hauptsächlich eine Religion, nämlich den Islam, doch die Debatten über die allgemeine fundamentalistische Tendenz bei Glaubensgemeinschaften, über ihre demokratischen, rechtlichen und Toleranz-Defizite, in Deutschland etwa an Kopftuch, sexuellem Missbrauch oder Beschneidung durchexerziert (vgl. Brumlik 2013), haben deutlich gemacht, dass es um Grundsätzliches geht.

Und den Bedarf melden erstaunlicherweise nicht nur staatliche Stellen an, wie die 2006 ins Leben gerufene Deutsche Islamkonferenz, die beim Bundesinnenministerium (BMI) angesiedelt ist. Sie wurde gegründet, um »den Dialog zwischen Staat und Muslimen zu verbessern und somit einen Beitrag für die gesellschaftliche und religionsrechtliche Integration der Muslime und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland zu leisten sowie gesellschaftlicher Polarisierung und Segregation entgegenzuwirken« (zitiert nach: www.deutsche-islamkonferenz.de).

Der Bedarf wird sogar von konfessioneller Seite angemahnt. So rezipieren christliche oder christdemokratische Kreise Forderungen wie die von Seyran Ateş, die in einer Streitschrift erklärt, »warum der Islam eine sexuelle Revolution braucht«, oder machen sich für eine frühzeitige Emanzipation junger Musliminnen von den Vorstellungen ihrer Familie über Sitte, Anstand und Frauenehre stark (vgl. Bahners 2011). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) geht auf Distanz zum Islam, da dieser »von Aufklärung und Religionskritik kaum irritiert in unserer Gesellschaft auftritt« (RP-Online, 10.1.2011). Der CDU-Politiker Heiner Geißler referiert bei der Katholischen Erwachsenenbildung in Niedersachsen zur Frage »Warum wir eine neue Aufklärung brauchen« und fordert »von den Weltreligionen, ihren rückwärtsgewandten Fundamentalismus zu überwinden« (kebinfo, Nr. 3/12). Als progressiv bewertete Zeitgenossen wie Alice Schwarzer, Ralph Giordano oder Henryk M. Broder treten mit religionsfeindlichen, antiislamischen Parolen auf und finden – gewollt oder ungewollt – Anschluss an einen neuen rechten Aufschwung.

Andererseits passt Marx' Religionskritik überhaupt nicht zum aktuellen Zeitgeist. Und dieses Missverhältnis ist bemerkenswert, es gibt zu dem Aufschluss über den modernen Umgang mit Religion, der für sich gerne das Erbe der Aufklärung in Anspruch nimmt. Diese Unvereinbarkeit wird auch da deutlich, wo explizit an Marx angeknüpft wird, wie etwa in der Zeitschrift für marxistische Philosophie »Das Argument«, die Ende 2012 ein Schwerpunktheft (Nr. 299) dem Thema »Religionskritik weiter denken« widmete. Hier findet eine *Revision*, ja ein expliziter *Widerruf* der Marxschen Kritik statt. »Die Religionskritik ist für Deutschland keinesfalls ›beendet‹«, heißt es programmatisch im Editorial (Plonz 2012, 643), womit nicht nur angekündigt wird, dass im Gegensatz zu Marx emanzipatorische Potenziale der Religion identifiziert werden sollen, sondern auch die Forderung aufgestellt wird, »religionskritische Diskurse« auf »ideologische Fallen« hin »zu befragen«: Marxisten müssten den Gedanken zulassen, »dass auch Religionskritik unter bestimmten Umständen zum ›Opium des Volkes‹ werden kann« (ebd.).

Dieses Programm, »Marx gegen Marx zu lesen« (Rehmann 2012, 655), realisieren die Beiträge des Schwerpunkthefts mit Nuancen, aber mit eindeutigem Ergebnis: Religionskritik als Ideologiekritik ist obsolet. Dabei werden bemerkenswerte exegetische Leistungen zustande gebracht, die die originäre Marxsche Kritik kaum noch erkennen lassen. Jan Rehmann zitiert die berühmten Stellen vom Seufzer der bedrängten Kreatur und vom Geist geistloser Zustände, um daraus zu schlussfolgern, dass die Rede vom »verkehrten Weltbewusstsein« nicht das letzte Wort sei: »Offensichtlich sind diese Bestimmungen von einer bloßen Kritik falschen Bewusstseins weit entfernt.« (Ebd., 656) Offensichtlich ist das gerade nicht. Die Ideologie – das falsche Bewusstsein –, die der Marxsche Text zunächst grundsätzlich aufs Korn genommen hat, wird hier vielmehr nach ihrer besonderen Beschaffenheit hin präzisiert, als Angebot für das unglückliche Bewusstsein, als Vergeistigung etc. Bei Rehmann soll dagegen die Tatsache, dass Marx seine allgemeine Aussage über das kritikwürdige Weltbewusstsein an einzelnen Varianten konkretisiert und erläutert, die Abwendung von der generellen Position belegen.

Dazu helfen dann merkwürdige Interpretationsschritte. Dass die Rede vom Seufzer biblische Anklänge, speziell an den Römerbrief, aufweist, deute auf eine Hochschätzung biblischer Überlieferung hin: »Die Aufnahme dieser Traditionslinie macht deutlich, wie sehr sich Marx für die im Religiösen enthaltenen Sehnsuchts- und Protestimpulse interessiert.«

(Ebd.) Marx' Interesse gilt aber der theoretischen Klärung. Er bemüht sich hier darum – wie der Gang seiner Argumentation zeigt – das spezielle »geistige Aroma« einer verkehrten Welt näher zu bestimmen und – was eine Schwäche seiner Darlegungen ausmacht – speziell durch Sprachbilder auf den Punkt zu bringen. Nahe liegend, dass er dafür auf die entsprechende Tradition zurückgreift, also keine sachfremden Assoziationen ins Spiel bringt. Dasselbe gilt für die Formulierung vom »Opium des Volkes«, die nicht von Marx stammt, sondern auf die deutschen Frühromantiker zurückgeht. Diese schrieben in den berühmten »Athenäum«-Fragmenten 1798, dass den Spießern, den »Philistern«, »ihre Religion bloß wie ein Opiat (wirkt)« (Heinrich 1978, 76). Auch hier greift Marx auf das zurück, was sich im religiösen Selbstbewusstsein und seiner Selbstreflexion artikuliert hat, ohne sich damit zum Anwalt einer romantischen Verzauberung der Welt im Gegensatz zur Religiosität der Spießbürger zu machen.

Die romantische Traditionslinie übergeht Rehmann übrigens, er hat mit der Opium-Stelle ein anderes Problem. Diese schließt die Reihe von Protestation, Gemüt, Seufzer und Geist ab, aus deren Ambivalenz Rehmann eine Wertschätzung der Religion herauslesen will. Der Schlusspunkt passt offenkundig nicht zu dieser Interpretation, was auch der Interpret zugehen muss. Die Rede vom Opium des Volkes resümiert eindeutig die Betäubungsfunktion, den illusorischen Charakter des Trostes. Rehmanns Lösung besteht darin, die abschließende Bestimmung von den vorhergehenden abzutrennen und sie als speziellen Angriff auf eine »Religiosität der Subalternen« (Rehmann 2012, 656) zu werten. Diese Frontstellung sei historisch begründet – etwa durch die Abgrenzung von der quasireligiösen Propagandatätigkeit Wilhelm Weitlings –, aber spätestens seit Ernst Blochs religionsphilosophischen Arbeiten theoretisch obsolet. Das ist abwegig, denn bei Marx ist gerade nicht von einer Fehldeutung der Religion wie im »Athenäum« die Rede. Marx fasst hier grundsätzlich die Leistung der Religion zusammen und spielt eher darauf an, dass die Massen sich mit Ersatzangeboten zufriedengeben müssen, während die Herrschenden noch über ganz andere, nämlich gediegene Rausch- und Betäubungsmittel verfügen.

Die Revision der Marxschen Position beruft sich dann auf Marx selber: Dieser habe schließlich das Feld der politischen Ökonomie beschritten, die Religionskritik hinter sich gelassen und sie im berühmten Abschnitt über den »Fetischcharakter der Ware« im ersten Band des »Ka-

pital« auf die Ökonomie bezogen, somit die Religion im eigentlichen Sinne aus der Kritik entlassen und dafür die ökonomische Zivilreligion ins Visier genommen. Das ist eine bemerkenswerte Fortsetzung der religiös interessierten Auslegung. Marx stellte bei der Analyse der Ware fest, dass sie kein »selbstverständliches, triviales Ding« ist, sondern ein widersprüchliches gesellschaftliches Verhältnis einschließt (MEW 23, 85). Um dies zu explizieren, genauer gesagt: die vorhergehende Analyse des ersten Kapitels zusammenzufassen, suchte er nach einer Möglichkeit der Veranschaulichung und wählte die Methode des Vergleichs. Er machte auch sein Verfahren explizit kenntlich: »Um (...) eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten.« (Ebd., 86).

Es geht also um eine Analogiebildung zwecks Verdeutlichung der Kritik – nicht als Erklärung selbst, sondern korrekterweise im Anschluss an die ersten drei Abschnitte der Waren- und Wertanalyse, die für das Verständnis der Kapitalverwertung konstitutiv sind und die Erklärung geleistet haben (vgl. den Beitrag zur neuen Marx-Lektüre in diesem Band). So kommt Marx auf die Ähnlichkeit der Warenproduktion mit dem Fetisch zu sprechen. Dieser dient als vergleichendes Beispiel dafür, wie Menschen den gesellschaftlichen Zusammenhang, den sie selber mit Willen und Bewusstsein herstellen, als eine fremde, ihnen gegenüber tretende Macht erleben. Es geht im »Kapital« also nicht mehr um Religionskritik. Die Kritik ist vielmehr bei dem »eigentlichen«, ein Vierteljahrhundert früher angekündigten, Thema angekommen. Bei Rehmann erscheint dagegen der Fortgang der Analyse als Relativierung des theoretischen Ausgangspunkts: »Die marxsche Spezifik in der Behandlung des Religiösen wird man also nicht in inhaltlichen Bestimmungen als ›verkehrtem Weltbewusstsein‹ oder ›Opium des Volkes‹ usw. finden, sondern gerade in einem Paradigmenwechsel, der die religionsförmigen Verkehungen im Recht, in der Politik und schließlich in den ökonomischen Entfremdungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst aufdeckt.« (Rehmann 2012, 658) Ein erstaunliches Resultat: Die Religionskritik soll man bei Marx gerade da finden, wo von ihr nicht mehr die Rede ist!

Diese Art einer Marx-Revision kennt Varianten. Dick Boer kreidet Marx gleich eingangs – ganz abstrakt auf dem Stand moderner Wissenschaftstheorie – drei Grundfehler an: »Auch für ihn war selbstverständlich: Es gibt das Phänomen ›Religion‹, deren ›Wesen‹ sich bestimmen lässt. Und eurozentrisch, wie er auch war, war die christliche Religion

ihre höchste Form.« (Boer 2012, 665) Zweimal gesetzte Anführungszeichen sollen zeigen, dass, wie vom modernen Pluralismus vorexerziert, weder ein Gegenstand noch dessen wesentliche Bestimmungen eine Selbstverständlichkeit sind. Alles ist vielgestaltiger, es gibt z.B. auch Christen, die sich für den Marxismus interessieren. Als Nachweis hierfür wird dann die lateinamerikanische Befreiungstheologie herangezogen, und das zu einem Zeitpunkt, wo Leonardo Boff, ehemaliger Wortführer dieser marginalen, inzwischen untergegangenen theologischen Richtung, in einem Interview mitteilte, dass es sich bei der Begegnung von Christentum und Marxismus eher um ein Missverständnis gehandelt habe (vgl. Boff 2012). Boff selber votiert mittlerweile – ähnlich wie der Dalai Lama – für »ökologische Spiritualität« und sieht im kapitalistischen Aufbruch des *emerging market* Brasilien einen Erfolg seiner heterodoxen theologischen Bemühungen. Es ist schon merkwürdig, dass das historische Zwischenspiel einer Befreiungstheologie heute als maßgeblicher Bezugspunkt gelten soll und dass daran wieder Interpretationen der Bibel als antiimperialistische Kampfschrift – »Der Gott der Bibel richtet sich gegen ökonomische Ausbeutung, Herrschaft und imperiale Fremdbestimmung...« (Wagner 2012, 10) – oder als ein »atheistisches Buch« (Boer 2012, 666) anknüpfen.

Der Vorwurf des Eurozentrismus wird übrigens ganz formell erhoben, Marx war schließlich Europäer. Und er hatte wohl auch die jüdisch-christliche Tradition vor Augen, ohne dass er übrigens vom Christentum als der »höchsten Form« spricht. Marx ging von der faktischen Geltung der Religionen seiner Zeit aus, zu Anthroposophie, Islamismus oder Scientology konnte er sich wirklich nicht äußern. Was er mit seinem Ansatz aus dem Blick verloren haben soll, ist nicht ersichtlich. Besonderheiten des Christentums wie Trinitätslehre, Christologie oder Eschatologie sind bei ihm kein Thema. Bezeichnend auch, dass Boers Einspruch sich auf das Allgemeine, alle Religionen Auszeichnende bezieht, auf den von der Kritik hervorgehobenen Tatbestand, dass der Mensch die Religion macht. Boer kontert (ebd., 668): »Die Erfahrungen, die in der Religion mythologisiert werden, sind nicht menschlich ›gemacht‹«. Ideologiekritik wird schlichtweg verworfen, das »Argument« ist allein das religiöse Selbstbewusstsein, das sein Gedankenprodukt als Ausfluss einer höheren Realität nimmt.

Die genannten Aktualisierungen und Richtigstellungen sind insofern erstaunlich, als sie unter expliziter Anknüpfung an Marx erfolgen, und

sie werfen zudem ein bezeichnendes Licht auf den Anspruch der »neuen Marx-Lektüre«, sich unvoreingenommen, ohne die ideologischen Scheuklappen des Marxismus-Leninismus mit den Schriften der Klassiker zu befassen. Zu dieser widersprüchlichen wertschätzenden Bezugnahme auf Marx gehört dann auch noch – dies sei als letzte Argumentationsfigur erwähnt – die apodiktische Zurückweisung von Religionskritik, wie man sie seit der Aufklärungsepoche kennt: Der Kritisierte verwahrt sich gegen die Kritik mit der Replik, dass er selber kritisch sei, und fordert den Kritiker auf, vor der eigenen Tür zu kehren. Mit den Worten von Rolf Bossart (2012, 683): »Religionen sind auch als Orte permanenter Religionskritik aufzufassen«, woraus dann die Notwendigkeit einer permanenten Kritik »jeglichen – auch des atheistisch-aufgeklärt sich verstehenden – Glaubens« abgeleitet wird. Fazit: Jede Äußerung ist Glaube, wer das bestreitet, glaubt selber an etwas und ist damit im Grunde unaufgeklärter als der religiöse Mensch, der in seiner Glaubensgemeinschaft mit permanenter Religionskritik vertraut gemacht wird.

Die aktuelle Gemengelage

Im heutigen Mainstream spielt der Islam die Hauptrolle. In den Worten von Ralph Giordano: »Der Islam ist das Problem.« (Zit. nach Bühl 2010, 281) *Islamkritik* ist das Gebot der Stunde. Dazu heißt es von einem eher um Mäßigung bemühten Fachmann: »Die Islamkritik hat sich sehr erfolgreich emanzipatorische Positionen zu Eigen gemacht«, und zwar Positionen, die »ein genuines Produkt« von »weltanschaulichen Strömungen«, in erster Linie des Marxismus, darstellten (Weidner 2011, 11). Patrick Bahners dagegen hat in seiner Studie über die »deutsche Angst vor dem Islam« die Landschaft der neueren Islamkritik vermessen und etwas Anderes ermittelt, er sieht Panikmache, »Rhetorik der Einschüchterung« (Bahners 2011, 288) und die Wegbereitung für einen antimuslimischen Rassismus am Werk. Sein Fazit lautet: »Die Islamkritik ist die jüngste Gestalt einer Religionskritik, deren Mittel und Zweck die Allmacht des Staates ist.« (Ebd., 297) So steht die Kontroverse im Raum: Einlösung emanzipatorischer Hoffnungen oder Ingangsetzung eines totalitären Projekts?

Bahners' Zuspitzung kann auf die Faktenlage verweisen. Der Islam ist durch einen politischen Beschluss ins Visier kritischer Bemühungen

geraten. Von dem Anfang der 1990er Jahre erstellten, noch um Konfliktminderung bemühten weltpolitischen Szenario Huntingtons zum Zusammenprall religiös geprägter Kulturkreise über den antiislamistischen »War on terror« von US-Präsident Bush jr. bis zur Einrichtung staatlicher Islamkonferenzen ist die politisch-soziale Wirkmächtigkeit des Islam, der »Islamismus«, zum vorrangigen politischen Sorgeobjekt avanciert. Was man dem Katholizismus oder dem Protestantismus im demokratischen Staat zugesteht, wird im Fall des Islam zum Problem: dass er sich als Deutung der weltlichen Angelegenheiten versteht und zum -ismus aufschwimmt. Und er wird dazu, weil er – wie immer wieder versichert wird – als eine Religion, die Aufklärung und Religionskritik »verpasst« habe, selber das Problem sei. Um das zu teilen, muss man natürlich die Leistungen beiseite lassen, die jede Religion erbringt und die speziell die christlichen Kirchen in der Zeit nach der Aufklärungsepoche zustande gebracht haben, etwa ihre aktive, seelsorgliche Beteiligung an kolonialistischen Massakern, imperialistischen Kriegen und nationalistischen Radikalisierungen des 19. oder 20. Jahrhunderts.

Um dies zu veranschaulichen, sei als ein Beispiel von vielen Folgendes genannt: Klaus Ahlheim hat jüngst einen instruktiven Band über die protestantische Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik vorgelegt, der auch zum Verhältnis von Religion und Politik Klärendes beiträgt. Er thematisiert nämlich die ideologischen Positionen, die Aufstieg und Durchsetzung der NS-Herrschaft ermöglichten. Der Protestantismus mit seinen volkspädagogischen Bemühungen spielte hier – wie Ahlheim an ausgewählten Beispielen aus der Volksbildung beleuchtet – eine wichtige Rolle. So sah sich z.B. der Theologe und Begründer der »Dorfkirchenbewegung«, Hans von Lüpke, der bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit seinen Bildungsbemühungen begonnen hatte, durch die Machtergreifung Hitlers in seinem Lebenswerk bestätigt. »Er begrüßte die nationalsozialistische Bewegung und den nationalsozialistischen Staat vorbehaltlos, ja jubelnd.« (Ahlheim 2015a, 136) Aber es geht nicht nur um die religiöse Zustimmung zum NS-Programm. Wichtiger noch war der genuine Beitrag der evangelischen Kirchen zum nationalistischen und rassistischen Programm einer großdeutschen Politik. Ahlheims Veröffentlichung liefert einschlägiges Anschauungsmaterial zum Stichwort »Klerikalfaschismus«, also zu einer christlich-abendländischen Traditionslinie, die heutzutage gerne verdrängt wird. Mit der Dorfkirchenbewegung, die das Buch vorstellt, gab es jedenfalls einen eigenständigen

christlichen Weg der Nation hin zur faschistischen Radikalisierung der Volksgemeinschaft; oder auch mit den »Deutschen Christen«, einem 1932 gegründeten Zusammenschluss volks- und führertreuer Protestanten, der den Mainstream der evangelischen Volksbildung repräsentierte und 1933 eine Erklärung abgab, in der das folgende politische »Programm des Schreckens schon in aller Klarheit verkündet (ist)«, wie Ahlheim resümiert (ebd., 141).

Weltpolitisch hat die Art und Weise der Islam-Problematisierung ihre Konjunkturen. Sie änderte ihren Charakter z.B. durch die Politik von US-Präsident Obama, der den »War on terror« seines Amtsvorgängers einstellte und in einen neuen Umgang mit Problemstaaten transformierte.² Ablesbar wird dieser Wandel etwa am unterschiedlichen Umgang der westlichen Welt mit den Reaktionen auf die dänischen Mohammed-Karikaturen 2005 und auf das Mohammed-Video 2012 (»Die Unschuld der Muslime«). Die ursprüngliche Unversöhnlichkeit von Abendland und Morgenland wurde dann nach den Pariser Attentaten vom Januar 2015 mit dem allgemeinen Bekenntnis »Je suis Charlie« wiederhergestellt. Im Kern bleibt es aber, trotz wechselnder oder national unterschiedlicher Gefahrendiagnosen, bei der Frage, ob sich die islamische Religiosität als konstruktiver Beitrag für das Gemeinwesen in Dienst nehmen lässt. Es geht also um eine politische Funktionalisierung von Religion. Diese wird darauf hin befragt, ob sie sich als moralische Produktivkraft bewährt. Die in den modernen westlichen Staaten verankerte Religionsfreiheit ist dabei das zentrale Instrument, um die Religionsgemeinschaften auf diese Rolle festzulegen. Indem sich die verschiedenen Bekenntnisse an der staatlichen Lizenz und damit aneinander relativieren, ist ihr öffentlicher Bezug auf einen Allmächtigen zum partikularen Standpunkt zurückgestuft. In diesem Sinne kann man Bahners recht geben, wenn er vom Geltendmachen der Allmacht des Staates spricht. Nur ist dies kein

² Seit dem Sommer 2014 und der Kampfansage an den IS ist der War on Terror neu belebt worden und hat auch dem Feindbild Islam wieder neues Profil gegeben. Inhaltlich ist dabei wenig Neues hinzugekommen, es geht vor allem um die weltpolitische Frontbildung und um die Perfektionierung der Überwachungsmethoden. Zu den verschärften innerstaatlichen Maßnahmen vgl. etwa den Aufsatz von Heiner Adamski (2014), der auf die Diskussion über das Burkaverbot eingeht – eine Diskussion, die seit dem CDU-Parteitag von Ende 2014 auch in deutschen Parteien geführt wird.

besonderer Auswuchs einer antimuslimischen Stimmungsmache, sondern dem staatlichen Säkularisierungsprozess inhärent.

Durch die skizzierte politische Entwicklung ist es zu der modernen Gemengelage gekommen, in der Religionskritik allerorten bis hin zu kirchlichen Kreisen gefordert und gleichzeitig die »Rückkehr der Religion« gefeiert wird. Zugrunde liegt dem ein *politischer Bedarf*, er zielt auf eine erwartete Dienstleistung und vermisst immer wieder die rechtzeitige Lieferung oder misstraut im gegebenen Fall überhaupt der Bereitschaft, einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Die funktionalistische Betrachtungsweise der Religion bringt das Innenministerium in aller Offenheit zum Ausdruck: »Religionsgemeinschaften leisten (...) einen entscheidenden Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn Menschen sich einem Gemeinwesen zugehörig fühlen wollen, muss es etwas geben, was sie miteinander verbindet. Es sind in der Regel die Antworten auf existenzielle Fragen des Menschseins, die diesen Zusammenhalt begründen und dem Denken und Handeln der Menschen Orientierung geben. Trotz Urknall und schwarzen Löchern bleibt die Frage nach dem Davor und Danach. Daher kann auch in einem modernen, pluralen und säkularen Gemeinwesen nicht auf Religion verzichtet werden.« (BMI 2011, 17) Der politische Bedarf nach Religion wird dann in gelehrter oder populärer Form dem Publikum nahegebracht.

So referierte der »Spiegel« in einer seiner obligatorischen Weihnachtstitelgeschichten unter dem Titel »Warum glaubt der Mensch ... und warum zweifelt er?« fast begeistert die neuesten Ergebnisse interdisziplinärer Forschungen zu Ursprung und Funktion der Religion. »Die Frage ist: Hätte der Mensch ohne wachsame Gottheiten überhaupt aus der Steinzeit herausgefunden?« (Der Spiegel, 22.12.2012, 114) Für den Spiegel ist das angesichts der jüngsten Forschungslage keine Frage mehr: Ohne Religion kein zivilisatorischer Fortschritt! Vor allem sozialpsychologische Experimente hätten belegt, dass der Mensch ohne wachsamen transzendenten »Aufsichtsorgane« keine sozialen Regeln einhalte. Ja mehr noch, je strenger die Aufsicht, desto mehr profitiere das menschliche Zusammenleben davon. So kommt es sogar zu einer kleinen Ehrenrettung von Märtyrertum und Selbstmordattentaten – »Das spektakuläre Opfer gehört seit je zur Religion« (ebd., 123) –, sind sie doch Ausweis einer starken Bindung an die allgegenwärtige Aufsicht, der sich der Atheist in problematischer Weise entzieht.

Gemessen an diesem brutalen Funktionalismus ist die offizielle politische Argumentation, wie sie das Innenministerium vorgelegt hat, fast zurückhaltend. Sie konstatiert einen Bedarf, der durch die moderne »Wissensgesellschaft« nicht gedeckt werde. Der Mensch müsse aber Antwort auf die letzten Fragen finden. Der direkte Zusammenschluss einer solchen anthropologischen These mit der Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens ist allerdings verwegen: Gerade in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft können die weltanschaulichen Antworten, die die Einzelnen finden, zu Konflikten führen, zu »gesellschaftlicher Polarisierung und Segregation«, wie sie die Islamkonferenz zum Thema gemacht hat. Absolutheitsanspruch der Gottesvorstellung, nicht verhandelbare moralische Normen oder apokalyptische Erwartungen machen es nämlich fraglich, ob sich alle zusammen »einem Gemeinwesen zugehörig fühlen«. So ist heute, wie die Aktivitäten der Bundeszentrale für politische Bildung zeigen, interreligiöse Kompetenz zu einem vorrangigen Bildungsziel aufgestiegen.

Und es gibt zweitens einen *politischen Kontrollbedarf* in Sachen Religion. Dadurch wird Religionskritik wieder zu einem öffentlichen Erfordernis, jedoch mit einer bemerkenswerten Verschiebung. Sie richtet sich auf die juristische und soziale Verfasstheit von Religionsgemeinschaften, auf deren politische Rolle im nationalen wie internationalen Rahmen. Vom Glauben selbst – wie er von Hegel über Feuerbach bis zu Marx ins Blickfeld gerückt wurde – ist kaum die Rede, von den Institutionen, in denen er sich organisiert, umso mehr. So ist eine Art Kirchenkritik in Mode gekommen, wie sie in Deutschland Karlheinz Deschner mit seiner »Kriminalgeschichte des Christentums« auf den Weg gebracht hat. Die Institutionen werden mit ihrem Sündenregister konfrontiert – indem man sie an ihren eigenen sittlichen Maßstäben oder an den Normen des demokratischen Gemeinwesens misst. Das grundlegende Kriterium ist dabei stets die Frage, ob ihnen das berühmte »Aggiornamento« (Johannes XXIII.), also die Anpassung an den Zeitgeist, gelingt und ob sie die »Zeichen der Zeit« angesichts einer Welt in Umbrüchen konstruktiv zu deuten verstehen.

Was bleibt?

Der Rekurs auf die Marxsche Religionskritik ist alles andere als obsolet. Sie hat den Blick darauf gerichtet, dass die Glaubensentscheidung eine Deutung der Welt und Stellung zur Welt einschließt. Dies hat Marx als *Gegenstand der Ideologiekritik* erschlossen. Er kündigte die Aufgabe mehr an, als dass er sie ausführte, und seine Kritik wurde in der Folge auch mit anderen Entwürfen konfrontiert. Die Psychoanalyse hat dazu etwa ihre eigene Theorie beigesteuert, wobei interessant ist, dass auch in der neoanalytischen Diskussion entscheidende Revisionen vorgenommen werden. So wird dort mittlerweile Nachdruck auf die Frage gelegt, ob Frauen nicht »Religion bei aller notwendigen Kritik zur Entwicklung selbstbestimmter Entwürfe eigener Subjektivität (...) nutzen« könnten (Hennecke 2012, 697). Auch hier wird auf die Durchführung von Religionskritik verzichtet, stattdessen geraten die Potenziale der Religion als konstruktiver Beitrag zur Lebensbewältigung ins Visier.

Will Religionskritik als wissenschaftliches Unternehmen ernst genommen werden, muss sie die Ebene der Ideologiekritik wiedergewinnen. Der Glaube selber, sofern er der Innerlichkeit des Einzelnen angehört, ist der öffentlichen Auseinandersetzung entzogen. Er wird aber dort zum Thema, wo er sich – in der jüdisch-christlich-islamischen Tradition mit Folgerichtigkeit – als Weltbewusstsein betätigt. Im demokratischen Staat ist er dabei auf das Toleranz-Prinzip festgelegt. Hier stellt sich jedoch die Frage, inwiefern die religiöse Einstellung mit diesem Prinzip vereinbar ist und ob der Standpunkt der gegenseitigen Duldung eine sinnvolle Lösung ist. Micha Brumlik hat dazu, in Anlehnung an den Philosophen Rainer Frost, ein vierstufiges Toleranzmodell vorgeschlagen, das auf den ethischen und staatsbürgerlichen Konsens der Religionen abstellt. Vom religiösen Kern der Heilswahrheit her gibt es allerdings – das belegt Brumlik an der Praktizierung des Toleranzgebots – keine Gewähr dafür, dass der Konsens nicht in Dissens umschlägt: »Vor einem derartigen, fatalen Wahrheitsanspruch ist prinzipiell keine Religion gefeit.« (Brumlik 2013, 56). Die neueren Interventionen von Islam- oder Migrationsexperten in die islamkritische Debatte, die zu einer Mäßigung der Kritik oder zu mehr Toleranz raten (vgl. Weidner 2011, Hafez 2013), zeugen von einer theoretischen Hilflosigkeit. Auch das ist folgerichtig. Wenn man alles auf »die Frage der Anerkennung des Islam bzw. seiner Gleichstellung mit anderen Religionsgemeinschaften in Deutschland«

(Begić/Ucar 2013, 55) zuspitzt, will man von der gesellschaftlichen Rolle der Religion nichts wissen und schließt sich opportunistisch an den angemeldeten politischen Bedarf an.

Wie ist aber die Rede von der unverminderten oder gewachsenen öffentlichen Relevanz der Religion zu erklären? Eine Antwort hat in der Bundesrepublik Karriere gemacht: Nach dem Diktum des Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde lebt der »freiheitliche, säkularisierte Staat (...) von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann« (Böckenförde 1976, 60). Hier sei dann die Religion gefragt. Aber das führt gleich zu neuen Fragen: Wieso soll gerade die Religion diese Garantieleistung erbringen? Wie erklärt sich das Paradoxon, dass gerade ihr »eine besondere Rolle als nicht freiheitsimmanenter Stabilisator einer freiheitlichen Ordnung zukommt« (Doering 2013, 11)? Auf diesen Widerspruch hat Detmar Doering von der Friedrich-Naumann-Stiftung hingewiesen. Als Befürworter einer »offenen Gesellschaft« hat er die liberalen Bedenken gegenüber einer solchen weltanschaulichen Privilegierung eingebracht. Im Grunde stimmt er aber dem von Böckenförde angemeldeten Bedarf zu, er will nur erst die konkrete Leistungsfähigkeit religiöser Bindekräfte auf empirischem Wege ermitteln. Bisherige Erhebungen sollen zu einem uneindeutigen Ergebnis geführt haben, was laut Doering darauf verweist, dass die Religion, um die gewünschte Leistung zu erbringen, auf Voraussetzungen angewiesen ist, die sie selber nicht garantieren kann, sodass also wiederum der Staat gefordert ist. Ein bemerkenswerter Zirkelschluss!

Bei all der Suche nach Bindungen, nach »Ligaturen« (Ralf Dahrendorf), bleibt die Frage, warum die Prinzipien des menschlichen Zusammenlebens nicht auf dem Wege einer rationalen Klärung bestimmt werden können. Michael Städtler (2012, 103) hat das offizielle Dilemma so formuliert: »In der aufgeklärten Theorie des bürgerlichen Staates wird die Notwendigkeit einer säkularen Begründung staatlicher Normen gesehen, die für alle Konfessionen gleichermaßen akzeptabel sei. Zugleich wird darin aber ein Verlust an Substanz für die gesellschaftliche Integration befürchtet, was auch der starken affektiven Bindungskraft religiöser Überzeugungen Rechnung trägt.«

Der Autor hält als das eigentliche Defizit dieses Diskurses den Verzicht auf die religionskritische Tradition von Marx fest. »Was diese Staatsdebatte (...) fast nie explizit thematisiert, sind die gesellschaftlichen Bedingungen der politischen Entwicklung der Neuzeit.« (Ebd.). Die von

Marx begründete religionskritische Linie könnte gerade den Bezug zur Gesellschaftstheorie herstellen.

Toleranz – das bleibt als Schlussfolgerung – ist keine Lösung, wenn es um konkurrierende Wahrheitsansprüche geht. Natürlich soll die subjektive Entscheidung, die zum Glauben führt, nicht unterdrückt werden. Sie einfach zu übergehen, wäre angesichts ihres eigenen Anspruchs ebenso unangemessen. Sie als Deutung der Welt aufzunehmen, zu erhellen und zu prüfen ist dagegen das Geschäft der Religionskritik. Und das bedeutet etwas ganz anderes, als per staatlicher Direktive Juden den Sinn des Beschneidungsrituals und Musliminnen die Kleidersitten vorzuschreiben oder (wie von der christdemokratischen Familienministerin Anfang 2013 zur Sprache gebracht) Christen die Wahlfreiheit einzuräumen, ob sie »den« oder »das« Gott anbeten wollen.

Literatur

- Adamski, Heiner (2014): Burka und Niqab: Darf ein europäischer Staat die Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verbieten? In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Nr. 4, 2014, S. 577-584.
- Ahlheim, Klaus (2015a): Zwischen Arbeiterbildung und Erziehung zur Volksgemeinschaft – Protestantische Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik. Hannover.
- Ahlheim, Klaus (2015b): Mehr Opium als Salz? Theologie und Religionskritik nach 1968. Ulm.
- Bahners, Patrick (2011): Die Panikmacher – Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift. München.
- Begić, Esnaf/Ucar, Bülent (2013): Der Islam als Religionsgemeinschaft in Deutschland. In: Varwick/Schieren (Hrsg.), Religion in Politik und Gesellschaft, S. 55-73.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1967): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Frankfurt a.M.
- Boer, Dick (2012): Die Kritik der Religion ist die Voraussetzung aller Kritik – Biblisch-theologische Notizen zum ›Ende der Religion‹. In: Das Argument, Nr. 299, 2012, S. 665-671.
- Boff, Leonardo (2012): »Ein Würgeengel der Kirche« – Spiegel-Gespräch mit dem brasilianischen Befreiungstheologen Leonardo Boff. In: Der Spiegel, Nr. 50, 2012, S. 152-155.
- Bossart, Rolf (2012): Die Rettung der Religionskritik vor ihren Verfechtern. In: Das Argument, Nr. 299, 2012, S. 683-692.

- Brumlik, Micha (2013): Was wäre eine gute Religion? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1, 2013, S. 51-58.
- Bühl, Achim (2010): Islamfeindlichkeit in Deutschland – Ursprünge, Akteure, Stereotype. Hamburg.
- BMI – Bundesministerium des Innern (2011): Religionsgemeinschaften stärken Zusammenhalt. In: Innenpolitik – Informationen des BMI, Mai 2011, S. 17.
- Der Spiegel (2012): Die Erfindung Gottes – Geschichte einer nützlichen Illusion. In: Der Spiegel, Nr. 52, 2012, S. 112-123.
- Deschner, Karlheinz (1986ff): Kriminalgeschichte des Christentums. 10 Bände. Reinbek.
- Doering, Detmar (2013): Religion und freiheitlich säkularer Staat. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14, 2013, S. 11-14.
- Fleischmann, Christoph (2010): Gewinn in alle Ewigkeit – Kapitalismus als Religion. Zürich.
- Hafez, Kai (2013): Freiheit, Gleichheit und Intoleranz – Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas. Bielefeld.
- Heinrich, Gerda (Hrsg.) (1978): Athenäum – Eine Auswahl. Berlin.
- Hennecke, Susanne (2012): Die Religion nicht einfach links liegen lassen – Feministische Religionskritik bei Luce Irigaray. In: Das Argument, Nr. 299, 2012, S. 693-698.
- Heuer, Uwe-Jens (2006): Marxismus und Glauben. Hamburg.
- Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München und Wien.
- Lafargue, Paul (2009): Die Religion des Kapitals. (Erste Buchausgabe: Paris 1887) Berlin.
- Marx, Karl (1974): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – Einleitung. (Erstveröffentlichung: Paris 1844) In: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin (zit. als MEW 1).
- Marx, Karl (1977): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. (Erstveröffentlichung: Hamburg 1867) Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin (zit. als MEW 23).
- Plonz, Sabine (2012): Editorial (zum Schwerpunktthema »Religionskritik weiter denken«). In: Das Argument, Nr. 299, 2012, S. 643f.
- Rehmann, Jens (2012): Für eine ideologietheoretische Erneuerung marxistischer Religionskritik. In: Das Argument, Nr. 299, 2012, S. 655-664.
- Städtler, Michael (2012): Religion und Staat. Und Gesellschaft – Über ein vernachlässigtes Element der neuzeitlichen Staatsdebatte, in: Maxi Berger/Tobias Reichardt/Michael Städtler (Hrsg.), »Der Geist geistloser Zustände« – Religionskritik und Gesellschaftstheorie. Münster, S. 102-120.
- Varwick, Johannes/Schieren, Stefan (Hrsg.) (2013): Religion in Politik und Gesellschaft. Schwalbach/Ts.
- Wagner, Thomas (2012): Politische Theologie – Unterdrückung und Freiheit im

- Alten Testament, Teil IV. In: Junge Welt, Nr. 301, 2012, S. 10-11.
- Weidner, Stefan (2011): Vom Nutzen und Nachteil der Islamkritik für das Leben. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 13-14, 2011, S. 9-15.

Ulrich Irion

Zur marxistischen Debatte über Staat und Wirtschaft

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise wieder Interesse an der Marxschen Theorie aufgekommen. Im Folgenden sollen aktuelle Diskussionspunkte herausgestellt werden – genauer gesagt: Punkte, zu denen sich eine Debatte lohnen würde und an denen die Frage nach der Aktualität marxistischer Erklärungen zu überprüfen wäre.

1. Demokratie und Kapitalismus

Die letzte Wahl zum Deutschen Bundestag hatte bis zur Schlussphase im September 2013 insgesamt eine schlechte Presse. Der Wahlkampf – so der verbreitete Eindruck zu Beginn der Schlussrunde, nachdem monatelang keine richtige Kampfstimmung aufkam – war eher dazu geeignet, von der Demokratie und der immer wieder gewünschten Beteiligung der Bürger abzuschrecken. Das großartige Angebot des Wahlsonntags samt der Aussicht auf einen heißen Wahlkampfsommer stieß auch bei den Spezialisten, gelinde gesagt, auf wenig Begeisterung. Man beschwerte sich über lahme, primitive oder ungeschickte Wahlkämpfer; prominente Intellektuelle wie Harald Welzer (2013b) riefen zur Wahlenthaltung auf; Kabarettisten verulkten den Betrieb... Ulrich Deppendorf (ARD, 7.8.2013) mokierte sich über einen »Wahlkampf, der keiner ist«. Ein Kommentar »Wahlkampf – große Flaute« in der Süddeutschen Zeitung (19.8.2013) brachte die Beschwerden auf den Punkt: »Der wichtigste Unterschied zwischen CDU und SPD scheint zu sein: Die einen sind an der Regierung, die anderen in der Opposition... Es fehlt der Kontrast, es fehlt die Alternative.«

Dabei gab es auch markante Diskussionsbeiträge, die zum Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus Stellung nahmen, so von Jürgen Habermas. Eine größere Öffentlichkeit erreichte er mit einem polemischen Essay, der auf die fehlenden Wahlalternativen zielte. Er kreierte

im Spiegel (Habermas 2013b) der politischen Klasse »Elitenversagen« an, weil sie es sich versagt habe, den Wählern die Schicksalsfrage der Nation – Wie soll Deutschland seine Führungsrolle in Europa wahrnehmen? – als Thema vorzulegen, aus dem sich ein munterer Disput und parteipolitische Alternativen hätten entwickeln lassen. Angesichts der europäischen Krisenlage hätte man das Publikum mit den – notfalls auch unpopulären – Herausforderungen eines weiter gehenden EU-Integrationsprozesses konfrontieren müssen. Die Kritik traf alle Parteien, besonders aber die CDU unter Merkel. Die »clevere Kanzlerin«, so Habermas, entziehe »der Bundestagswahl zum zweiten Mal jedes kontroverse Thema« (ebd.).

Habermas, Deutschlands führender Demokratieidealist, reagierte mit seiner Zustandsbeschreibung und Beschwerde auf die aktuelle Lage. Was ihn störte, war der Realismus des politischen Personals. Politiker und Politikerinnen nehmen Wahlen nämlich nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenz an die Macht zu gelangen. Und da kann es einer regierenden Partei schon einmal angebracht erscheinen, mit großer Gelassenheit und geringem wahlkämpferischem Tamtam auf die eigene Führungsrolle zu verweisen – was Merkels Konkurrenten und kritischen Beobachtern dann als Taktik des Einschläferns unangenehm aufstieß. Habermas nannte das »tranquillistisches Herumwursteln« (ebd.). Dabei hätte er es in demokratietheoretischer Hinsicht besser wissen können, denn durch ihn war ja maßgeblich eine Debatte über das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus in Gang gesetzt worden.

Demokratie versus Kapitalismus

Auslöser der Debatte war Wolfgang Streecks Buch »Gekaufte Zeit« über die Krise des demokratischen Kapitalismus, auf das Habermas im Frühjahr 2013 mit seinem Aufsatz »Demokratie oder Kapitalismus?« reagierte. Streeck hatte das von Deutschland betriebene europäische Krisenmanagement kritisiert – in politischer wie ökonomischer Hinsicht. Habermas griff in seinem Aufsatz Streecks Sorge auf, dass der »forcierte Exekutivföderalismus eine ganz neue Qualität der Herrschaftsausübung in Europa herbeiführen wird«, nämlich eine autoritär-postdemokratische, und prognostizierte, dass sich diese »alarmierende Entwicklungstendenz..., obwohl sie die historische Verbindung von Demokratie und Kapitalismus aufkündigt, wahrscheinlich sogar durchsetzen wird« (Habermas 2013a, 61).

Thomas Steinfeld (2013) äußerte sich in einem Kommentar kritisch zu dieser Debatte: »An Karl Marx appellieren gegenwärtig viele, meist in Gestalt einer theoretisch wie praktisch höchst diffusen Koketterie mit der Idee, die Welt werde ja doch vom Geld regiert.« Steinfeld stimmte Habermas zu, insofern dieser auf den wunden Punkt von Streecks Konzeption aufmerksam machte, nämlich auf die Hoffnung, man könnte angesichts internationalisierter Finanzmärkte wieder zum guten alten Nationalstaat zurückkehren und so das Big Business in seine Schranken weisen. In der Tat wäre es für die Linke eine fatale Konsequenz, wenn gegen die Macht des Kapitals, die seit Neuestem wieder als der Inhalt der demokratischen Ordnung entdeckt und bekannt gemacht wurde, die Perspektive der Renationalisierung gesetzt würde.

Was Steinfelds Kommentar zugleich hervorhob, war die Schwachstelle in Habermas' Argumentation: Wenn dieser seinem Kontrahenten Streeck eine »nostalgische Option« bescheinigte, so traf ihn der Vorwurf in ähnlicher Weise. Denn Habermas kennt im Grunde den Staat genauso als rettende Instanz. Sein Setzen auf die supranationale Demokratie, die sich in Europa herausbildet und die keine Rückkehr zur früheren Staatenkonkurrenz zulassen soll, arrangiert sich ebenfalls mit der Tatsache, dass Europa – als »Wirtschaftsgemeinschaft« seinerzeit auf den Weg gebracht – ein Werk mächtiger Nationalstaaten ist und bleibt. Dass deren Konkurrenz im Rahmen eines gemeinsamen Marktes mit einer gemeinsamen Währung die Domestizierung des Kapitalismus verbürgen soll, die national nicht geht, ist keineswegs einsichtig.

Demokratie als soziale Utopie?

Die von Habermas angesprochene historische Verbindung von Demokratie und Kapitalismus wird in einer neueren Veröffentlichung von David Salomon (2012) zum Thema gemacht. Salomons Demokratiekonzeption steht in der Tradition von Wolfgang Abendroth. Der hatte in den 1950er Jahren formuliert: »Demokratie ist ihrem Wesen nach gleichberechtigte Teilnahme aller an der gemeinsamen Regelung der gemeinsamen Aufgaben, tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten«; und er hatte im Blick auf den gesellschaftlichen Inhalt dieser Staatsform präzisiert: »Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird.« (Abendroth zit. nach Salomon 2012, 12, 16)

Salomons Veröffentlichung bringt eine knappe historische Herleitung dieser Idee. Ausgehend von der antiken Polis skizziert er den sozialen Emanzipationsprozess des Bürgertums seit dem 17. Jahrhundert und führt dies über die großen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts und die Formierung der Arbeiterklasse bis zum 20. Jahrhundert fort. Endpunkt ist bei ihm die neuere Diagnose der »Postdemokratie« (Colin Crouch) – eine Diagnose, die auch von Streeck und Habermas geteilt wird, die Salomon aber mit kritischen Anfragen versieht. Er steht Ideen einer Neubelebung der repräsentativen Demokratie, wie sie heute gerne im Blick auf die Mobilisierung partizipatorischer Potenziale der »Bürger-« oder »Zivilgesellschaft« gefordert wird, skeptisch gegenüber. Hier verweist er etwa auf Analysen wie die von Thomas Wagner (2013), der in der Partizipationseuphorie den Weg in eine »Mitmachfalle« entdeckt hat.

Für Salomon ist die Fokussierung auf den sozialen Inhalt der politischen Ordnung entscheidend. Seine Demokratiekonzeption basiert auf der Dichotomie von sozialer und liberaler (oder formaler) Demokratie, wobei er für den historischen Prozess seit der »Glorious Revolution« im England des 17. Jahrhunderts zahlreiche Mischformen konstatiert. Die Marxsche Position – von der frühen Auseinandersetzung mit Hegel bis zur Kritik des Gothaer Programms – ist für ihn die soziale Fortsetzung der politischen Revolution: »Das Proletariat in Marxens Theorie beerbt und radikalisiert die Jakobiner der Französischen Revolution« (Salomon 2012, 62). Sozialismus ist vollendete Demokratie; deren Zweck besteht in der Aufhebung der Klassen. Dieser historische Prozess ist jedoch nur als Aufgabe oder Auftrag greifbar, wie Salomon abschließend festhält, nicht als Wirklichkeit des heutigen politisch-ökonomischen Verhältnisses.

Demokratie – die »perfekte Form bürgerlicher Herrschaft«?

Einen Kontrapunkt dazu setzt die Zeitschrift *GegenStandpunkt*, deren verantwortlicher Redakteur Peter Decker zum Wahlkampf einen einschlägigen Sammelband (Decker 2013) herausgab. »Die Zeitschrift *GegenStandpunkt*«, hieß es in deren Editorial 1992, »bietet, vierteljährlich, marxistische Kritik. Nein, ›zeitgemäß‹ ist das nicht.« (Im Netz: www.gegenstandpunkt.com) Zeitgemäßheit war auch nicht das Kriterium für die Sammlung von Aufsätzen, denn die Texte stammen aus den Jahren 1993 bis 2009; das Material zur Kritik von Wahlkämpfen ist den 1990er Jahren entnommen, neuere Analysen betreffen hier vor allem die US-amerikanische Entwicklung von Bush jr. zu Obama. Doch werden Streitpunkte

der marxistischen Debatte deutlich – und mit einer dezidierten Position begründet, die den Kern der derzeitigen Kontroverse offenlegt.

Aktuell ist die Veröffentlichung auch deswegen, weil sie für das Unbehagen, das sich bei der letzten großen nationalen Wahl in der Bundesrepublik artikuliert, eine Erklärung anbietet. Die Grundthese lautet, dass der Bürger am Wahltag prinzipiell keine Wahl hat. Der Wahlakt sei, so das Fazit, »Verzicht auf Einflussnahme« (ebd., 14). Wenn das Volk zur Urne gebeten wird, dürfe es natürlich etwas entscheiden – nämlich, wo es frei, gleich und geheim bei den vorgegebenen Partei- und Personalalternativen sein Kreuz machen will, sich also nicht in einer offen ausgetragenen Beratschlagung zu Wort meldet, sondern in einem atomisierten Akt, der die Produktion eines nichtssagenden Stimm-Atoms zur Folge hat. Das sei genau der Akt der politischen Mitwirkung, mit dem das Volk seine Souveränität ausüben solle, so Decker, also der wahre Inhalt des Wahlrechts. Und das führe auch meist – entgegen der offiziellen Idealisierung dieser ›Sternstunde der Demokratie‹ – zu einer illusionslosen Haltung der Wähler, die den Wahlkampf als ›Zirkus‹ verachten, notgedrungen das ›kleinere Übel‹ wählen etc.

»Beide Sichtweisen, die Hochachtung vor dem Ideal wie das mehr oder weniger verächtliche Abwinken bezüglich der Praxis, gehen daran vorbei, was Demokratie tatsächlich ist und was das Institut freier Wahlen tatsächlich leistet. Immerhin hat man es mit einem System politischer Herrschaft zu tun, das sich auf seine durch ein freies Wähler-votum beglaubigte Unabhängigkeit von seiner Basis – vom ›Druck der Straße‹ – viel zugute hält.« (Ebd., 9) Damit ist der Wahlakt zugleich als eine Klassenfrage ins Visier genommen: Die arbeitende Menschheit, die hierzulande als ›Humankapital‹ ihre Bestimmung hat, werde zur Akklamation derjenigen aufgerufen, die über sie verfügen. Mit den Wahlkreuzen legitimiere sich eine Herrschaft, die von ihrer Handlungsfreiheit in Sachen Wachstumsförderung und Standortsicherung regen Gebrauch machen will. Die Notwendigkeiten der politischen Gewalt, die über einen kapitalistischen Standort gebietet, stehen also sachgemäß nicht zur Wahl, sondern nur die Varianten des Personals, die in ihrer modernen Form nur noch locker mit einer dahinter stehenden Parteiprogrammatik verbunden werden.

In diesem Punkt gibt es zurzeit eine Konvergenz der marxistischen Debatte, ja vielleicht auch darüber hinaus. Bis ins linksliberale oder konservative Lager hinein artikuliert sich ja ein Unbehagen daran oder eine Ver-

unsicherung darüber, dass Demokratie, nach Merkels geflügeltem Wort, marktkonform zu sein habe. Es ist seit den Jahren der Krisenbereinigung immer wieder hervorgehoben worden, dass so etwas wie ein Diktat der Finanzmärkte existiert, dass z.B. Wahlen in solch heiklen Phasen, siehe Griechenland, zur Störung werden könnten. Es wird öffentlich klargestellt: Die Geldwirtschaft setzt Imperative, die die Politik nachzuvollziehen hat. Auch Salomon, der aus der marxistisch-leninistischen Tradition Belege dafür beibringt, dass die Demokratie als die »ideale Hülle« des Kapitalismus fungieren kann, betont diesen Punkt. Die grundsätzliche theoretische Differenz liegt darin, ob dies als eine Fehlentwicklung oder als ein adäquates Verhältnis gefasst wird.

Die Analyse des Gegenstandspunkts insistiert auf Letzterem. Sie thematisiert minutiös die Techniken der Wahl und des Wahlkampfs, die moderne Personalisierung des politischen Geschehens und, am Beispiel der USA, die Demokratisierungsforderung als Bestandteil imperialer Politik. Sie nimmt das demokratische Procedere als eine Technik ernst, Herrschaft zu legitimieren – und sie nimmt das Resultat zur Kenntnis, dass diese Herrschaft sich dadurch Handlungsfreiheit verschafft und gerade nicht durch die Interessen oder das Votum der unteren sozialen Klassen gebunden ist. Die Analyse geht eben nicht von der gängigen Vorgabe aus, dass Demokratie einen unbezweifelbaren Wert darstellt – sei es die demokratische Ordnung, wie sie hierzulande existiert oder wie sie bei einer Entfaltung der ihr innewohnenden Potenziale eigentlich aussehense müsste.

Anders übrigens als die Extremismusforscher behaupten (siehe den Beitrag von Johannes Schillo über Antimarxismus), nimmt eine solche marxistische Analyse den politischen Betrieb vorurteilsfrei zur Kenntnis. Es ist genau umgekehrt: Die Befürworter des demokratischen Verfassungsstaates als der Grundbedingung zivilisierten Zusammenlebens setzen diesen Wert voraus und können dann lauter Defizite benennen, die sich in der praktischen Realisierung einstellen, die aber das Prinzip nur umso stärker bekräftigen sollen. Das heißt, die Befürwortung lässt sich von einer ideologischen Prämisse leiten.

Von marxistischer Seite wird gerade das der Kritik unterzogen. »Demokratie gilt, mittlerweile weltweit, als Wert, der sich – wie es sich für einen Wert gehört – von selbst versteht. Für und gegen staatliche Einrichtungen und Verfahrensweisen lässt sich, wie gut oder schlecht auch immer, argumentieren; beim Wert ›Demokratie‹ ist das unzulässig: Der

wird nicht geprüft; an ihm werden Staatsverfassungen und Regierungsaktivitäten gemessen.« (Decker 2013, 9) Alles in allem zeigt die neuere Diskussion über den sozioökonomischen Inhalt der Demokratie, dass der Rückgriff auf die Marxsche Theorie auch zur Frage nach der Qualität der politischen Herrschaft Wesentliches beizusteuern hat. Denn diese ist, wie es in den aktuellen Stellungnahmen allenthalben heißt, daraufhin zu prüfen, ob sie die zentrifugalen Kräfte der kapitalistischen Ökonomie im nationalen (Streeck) oder supranationalen (Habermas) Rahmen wieder einzufangen versteht.

2. Echte Demokratie?

Michael Hardt und Antonio Negri haben 2012 ihre Streitschrift »Demokratie!« vorgelegt. Sie resümiert die jüngsten Protestbewegungen – vom so genannten arabischen Frühling bis zu den Empörlen in den USA, in Europa oder Israel. Als Wendepunkt, als »entscheidenden Schritt« konstatieren die Autoren den Übergang zur Forderung »democracia real ya«, echte Demokratie jetzt (Hardt/Negri 2013, 8f.). Diese Einschätzung kontrastiert mit neueren Diagnosen, die die Demokratie-Enttäuschung zum Thema machen, und zudem mit dem Abflauen der ursprünglichen Bewegungen. Zum Wechselspiel von Hoffnung und Enttäuschung, von emanzipatorischem Potenzial und restaurativer Realität, seien hier einige Punkte angemerkt.

Politik und Ökonomie

»Zum Thema Demokratie sind mittlerweile mehr als 10.000 Bücher erschienen. Die Zahl der Artikel geht in die Hunderttausende. Fast jeder bekennt sich verbal zur Demokratie, auch die finsterste Reaktion«, schreibt Ekkehard Lieberam in seinen Thesen zur »Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie« (Lieberam 2012a, 1). Doch so unübersichtlich, wie es scheint, ist die Lage nicht. Gerade die jüngste deutsche Diskussion mit Wortmeldungen von Elmar Altvater, Jürgen Habermas oder Wolfgang Streeck (vgl. Blätter für deutsche und internationale Politik 2013) hat die Aufmerksamkeit auf das politisch-ökonomische Verhältnis gerichtet, auf die Gegensätzlichkeit oder Vereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus. Damit ist wieder eine Grundsatzfrage in den Mittelpunkt gerückt, die in früheren Zeiten den politischen Dis-

kurs bestimmte, dann aber in den Hintergrund geriet. Mit der allseits registrierten »Erfolgsgeschichte«, mit dem »Demokratiewunder« (Joaachim Gauck) der Bundesrepublik Deutschland verschwand diese Frage aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. In der erfolgreichen deutschen Marktwirtschaft haben sich die freiheitliche politische und die auf Unternehmerfreiheit basierende ökonomische Ordnung als selbstverständliches Gespann durchgesetzt.

Diese Selbstverständlichkeit ist spätestens seit den Krisenerscheinungen der Jahre 2007ff. erschüttert. Die heutige Diskussion fragt nach dem sozioökonomischen Inhalt der Demokratie und ihrem Status in den aktuellen ökonomischen Entwicklungen; ihre Stabilität oder ihr eingeregeltetes Regelsystem werden nicht mehr als über alle Kritik erhaben betrachtet. So machen Hardt/Negri in den Protestbewegungen als Haupttrend aus, dass der Vorstoß der Massen, der »Multitude«, darauf zielt, »das Modell der repräsentativen Demokratie zu überwinden« und die »eigenen Fähigkeiten zu demokratischem Handeln zu behaupten« (Hardt/Negri 2013, 14). Das klingt nach den bekannten Forderungen, die bestehende politische Ordnung durch partizipatorische Elemente zu erweitern und sich an der Perspektive einer direkten Demokratie zu orientieren. Doch es geht den Autoren um mehr. Beim heutigen Protest liege die soziale Frage zugrunde, darin sehen Hardt/Negri das Neue.

Mit dieser sozialen Motivation werde die Richtung für einen neu ins Auge zu fassenden »Verfassungsprozess« angegeben. Die beiden Theoretiker der modernen Protestbewegungen halten als entscheidendes Merkmal fest, dass die Forderung nach »Gemeineigentum« in den Vordergrund rücke. Damit wird für sie deutlich, dass es sich nicht nur um erweiterte staatsbürgerliche Ansprüche zur Mitwirkung am etablierten System handelt, sondern um grundsätzlich zu verändernde soziale Beziehungen. In der Parole des »Occupy«, der Inbesitznahme des öffentlichen Raumes als Gemeingut, hätten die Bewegungen schließlich ihren gemeinsamen Nenner gefunden. Sie haben sich ja auch meist gegen die Beteiligung an Parlamentswahlen ausgesprochen oder die Mitwirkung von Parteipolitikern an ihrem Protest ausgeschlossen.

Interessant ist, dass solche Ansprüche und Beschwerden in Sachen Demokratie mittlerweile Kreise ziehen und sich über das Protestmilieu hinaus verbreiten. Sie dringen auch da ein, wo bislang eher über die Alternative von repräsentativer und erweiterter Demokratie diskutiert oder die Alternativlosigkeit des bestehenden parlamentarischen Modells ver-

teidigt wurde. Ein renommierter konservativer Politologe wie Peter Graf Kielmansegg kommt z.B. nicht umhin, auch zu diesen für ihn eher ungewohnten Fragen Stellung zu nehmen. »Demokratie ist auf Marktwirtschaft angewiesen, Marktwirtschaft aber nicht auf Demokratie«, schreibt er in seinen Versuchen über den demokratischen Verfassungsstaat, die Thesen aus den letzten Jahren rekapitulieren (Kielmansegg 2013, 183). Im demokratischen Ordnungsmodell sieht Kielmansegg »die erfolgreichste Institutionalisierung politischer Freiheit« (ebd., 39), die im epochalen Jahr 1989 ihre prinzipielle Überlegenheit über alle anderen Regime bewiesen habe. Nun gerät auch hier die Tatsache ins Visier, dass es ein Spannungsverhältnis gibt oder dass die ökonomischen Voraussetzungen nicht garantiert sind, sondern zunehmend zweifelhaft werden.

Andere Konservative wie Siegfried Schiele, der ehemalige Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg und Initiator des »Beutelsbacher Konsenses«, singen ein Loblied auf den Sozialstaat und dessen Leistung zum Ausgleich sozialer Unterschiede (Schiele 2013, 46ff.), während sich die Politik seit der Agenda 2010 gerade offensiv dazu bekennt, dass im Globalisierungszeitalter die überkommene sozialstaatliche Absicherung Historie ist. Die soziale Sensibilität nimmt offenbar zu, wenn Fachleute über das Thema des gesellschaftlichen Zusammenhalts nachdenken. Sebastian Liebold hat z.B. einen Essay zum »Erfolgsrezept der Demokratie« beigesteuert, der Kielmanseggs Position unbedingt zustimmt, zugleich aber zugesteht, dass dessen Behandlung der ökonomischen Probleme zu wünschen übrig lässt. Liebold bemängelt beim Lob der politischen Freiheit eine gewisse Vernachlässigung der Fragen, die das soziale Miteinander betreffen. Es wäre fatal, so sein Schluss, wenn die Fragen nach dem Wir »nur von Gesellschaftsentwürfen gestellt werden, wie sie etwa Sahra Wagenknecht in ›Freiheit statt Kapitalismus‹ (2011) vorgetragen hat« (Liebold 2013, 461). Demokratietheorie müsse sich verstärkt solchen Themen zuwenden, so das Plädoyer des Autors.

An derartigen Statements wird deutlich, wie sehr in der fachlichen Debatte die angesprochene Frage nach dem sozialen Inhalt der demokratischen Ordnung und der Vereinbarkeit mit der Herrschaft der Marktgesetze an den Rand gedrängt worden ist. Schlagend bringt Liebold das mit seinem Einstieg in den ökonomischen Themenkomplex zum Ausdruck, wenn er schreibt: »Kaum alte Regeln kann zu Rate ziehen, wer sich im Jahr 2013 über das Verhältnis von Demokratie und Marktwirtschaft Ge-

danken macht.« (Ebd.) Dabei ist es genau umgekehrt, es gibt eine lange Tradition kritischen Nachdenkens über die Demokratie, in der eine solche Themenstellung die Regel war. Dies war bei der Arbeiterbewegung und den von Marx und Engels inspirierten Theorien der Fall.

Die »denkbar beste Hülle des Kapitalismus«?

Die marxistisch orientierte Richtung der Sozialwissenschaften kann sich durch den neuen Diskussionsbedarf bestätigt sehen. Sie hat stets den sozialen Inhalt der staatlichen Ordnung, speziell das Klassenverhältnis und seine Rolle im »politischen Überbau«, zum Thema gemacht – mit unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Abendroths Position wurde erwähnt; Demokratie war für ihn tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten, der Sozialismus also nichts anderes als die Verwirklichung dieses Grundsatzes, der aus seiner Begrenzung auf die politische Sphäre befreit und zum Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur »sozialen Demokratie«, erweitert werden sollte (vgl. Salomon 2012, 16). Darin bestand für Abendroth die Quintessenz der marxistischen Debatte. In der Tradition von Marx, »von der Hegel-Kritik bis zum dritten Band des Kapitals«, sei es »die Überzeugung aller »linken« Marxisten, dass ein zur Konsequenz getriebenes demokratisches – also sozialistisches – Gemeinwesen deshalb nicht mehr die Bezeichnung »Staat« verdiene, weil das Problem der Monopolisierung von Macht dort aufgehoben sei« (Abendroth 2013, 86). Das schrieb er in den 1950er Jahren. Gut ein halbes Jahrhundert später hat sich die Idee einer demokratischen Überwindung des ökonomischen Klassenverhältnisses nicht erledigt, auch wenn die faktische Entwicklung der sozialen Demokratie unter Anleitung der SPD ganz andere Wege gegangen ist.

Der Sozialwissenschaftler Lieberam hält an einem solchen Postulat entschieden fest. »Der Kampf um Demokratie ist Bestandteil der Strategie einer Veränderung der Klassenmachtverhältnisse. Die entscheidende Aufgabe in diesem »Stellungskrieg« um »Hegemonie« ist die Revitalisierung der arbeitenden Klasse als politisch mobilisierte Klasse, die selbst »die politische Bühne« betritt.« (Lieberam 2012a, 14, vgl. auch Lieberam 2012b) Dies soll aktuell gelten, obgleich der Autor im Entwicklungsgang des demokratischen Staates die gegenteilige Wirkung feststellt, dass dieser nämlich die Klassen- und Machtposition des Kapitals befestigt – eine Leistung, die von vielen neueren Analysen zur Dominanz des Neoliberalismus bestätigt wird. Eine ähnliche Einschätzung wie Lie-

beram hat etwa Frank Deppe mit seiner umfangreichen Studie »Autoritärer Kapitalismus« (2013) vorgelegt. Aktuell drückt sich dieser breite theoretische Konsens im Befund der »Postdemokratie« aus. Dessen Kernpunkt lautet: Das emanzipatorische Potenzial ist durch eine Transformation der Demokratie verloren gegangen, soll aber gleichzeitig seine Berechtigung behalten und endlich aktiviert werden.

Die faktische Entwicklung ist also nicht nur hinter dem proklamierten strategischen Ziel zurückgeblieben, sondern hat im Gegenteil – mit den Worten von »Occupy« – die Einbindung der 99% für die Interessen des 1% der finanzkapitalistischen Oligarchie realisiert. Das unverdrossene Setzen auf eine der Demokratie innewohnende emanzipatorische Wirkung, die bislang nicht eingetreten ist, lässt sich dadurch nicht irritieren. Der Grund dafür liegt in einem dialektischen Gedanken, der ebenfalls Tradition hat und aus sozialistischem Blickwinkel als Strategieproblem, als Reaktion auf ein Kräfteverhältnis, formuliert wird. Lieberam: »Die parlamentarische Demokratie bzw. die demokratische Republik war nicht nur die ›denkbar beste Hülle des Kapitalismus‹, nachdem das Kapital von dieser Hülle ›Besitz ergriffen hat‹ (Lenin, Werke Bd. 25, S. 405) im Sinne einer Tarnung einer Minderheitenherrschaft als Mehrheitsherrschaft. Sie stellte ebenfalls ihre Funktion als ein flexibler Mechanismus zur Regulierung der Klassenbeziehungen, zur Befriedung politischer Konflikte unter der Hegemonie des Kapitals und zur Umwandlung von Widerstand in Zustimmung unter Beweis« (Lieberam 2013a, 4). In der Tradition Lenins wird das perfekte Zusammenspiel von Demokratie und Kapitalismus einerseits konstatiert, andererseits wird es als eine Pervertierung oder Instrumentalisierung des demokratischen Prinzips aufgefasst. Die Volksherrschaft werde in den Dienst an einer Minderheit gestellt, sie habe aber eigentlich einen anderen Auftrag. Gehe man auf den Verfassungsanspruch zurück, so zeige sich, dass die Verfassungsrealität ihm nicht gerecht werde; sie entferne sich vielmehr immer weiter von ihm, entwickle sich eben »postdemokratisch«.

An diesem Punkt setzt eine neuere Studie von Albert Krölls (2013) an. Sie stellt die Essentials der demokratischen Ordnung, Rechtsstaat und Menschenrechte, auf den Prüfstand und fragt danach, was sie politökonomisch bedeuten. Sie macht also nicht von vornherein einen Gegensatz auf, in dem auf der einen Seite ein Demokratieideal steht (Identität von Regierenden und Regierten, Überwindung sozialer Gegensätze...) und auf der anderen Seite eine – daran gemessen – zurückbleibende Reali-

tät. Krölls überprüft die Prinzipien der staatlichen Ordnung, die Geltung haben, und analysiert sie als Resultat hoheitlicher Akte, die einen gesellschaftlichen Zusammenhang stiften. Als dessen Fundament arbeitet er die Privateigentumsordnung heraus. Er identifiziert darin die Staatsräson der demokratischen Ordnung, die grundgesetzlich in Auftrag gegeben sei. Dabei resümiert er die Argumentation aus einer älteren Studie, die dem ökonomischen Inhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewidmet war (Krölls 2009). Die neue Veröffentlichung fokussiert auf den Rechtsstaat, der ja als die große zivilisatorische Errungenschaft der Neuzeit gilt. Er habe die Menschheit von Willkür- und Gewaltherrschaft befreit, heißt es seit Beginn der bürgerlichen Ära; mit der Herrschaft des Rechts sei die staatliche Gewaltausübung der Indiennahme für partikulare gesellschaftliche Interessen entzogen und auf den Dienst am Gemeinwohl verpflichtet.

Die aktuelle Studie von Krölls läuft auf einen gegenteiligen Befund hinaus. Ihr Ergebnis könnte man in folgendem Statement zusammenfassen: »Die unpersönliche Herrschaft des allgemeinen Gesetzes, der Rechtsstaat mit seiner Gewaltenteilung, einer Rechtsweggarantie samt Instanzenwegen und Verfahrensregelungen stellt die adäquate politische Herrschaftsform einer kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft dar, deren Gewährleistung sich der bürgerliche Rechtsstaat in seiner Verfassung mittels der Prinzipien von Eigentum und Freiheit, Sozialstaat und Steuerstaatlichkeit und der Staatsform der Demokratie verschrieben hat.« (Krölls 2013, 17) Damit wird entschieden gegen die Auffassung Position bezogen, die mit der Occupy-Bewegung wieder Auftrieb erhalten hat: dass sich nämlich die demokratische Ordnung von der ihr Wesen ausmachenden Orientierung an den Volksinteressen entfernt und den Direktiven des großen Geldes, des einen Prozents der Bevölkerung, unterworfen habe.

So setzt sich Krölls einerseits in einen Gegensatz zur traditionellen Staatstheorie des Sozialismus, zur These vom Klassenstaat, in dem die Interessen einer Minderheit hegemonial geworden sein sollen. Andererseits bestätigt seine Analyse den Befund der staatlichen Inkraftsetzung (und Betreuung) einer Klassengesellschaft, in der das Kapitalverhältnis die bestimmende Größe darstellt. Dieses Resultat ergibt sich für Krölls aus der Garantie des Eigentums; der Staat »etabliert eine Eigentümer-Gesellschaft, in der das Geldverdienen das allgemeine Bedürfnis ... bildet.« (Ebd., 21f.) Das Geld wiederum sei kein zur Verfügung gestelltes, neutral-sachliches Mittel zur Erleichterung des ökonomischen Lebens,

sondern »die vom Staat gestiftete, als Gegenstand vorliegende und handhabbare private Macht, die generelle, nur quantitativ beschränkte Verfügungsmacht über von anderen produzierte Güter oder zu erbringende Dienstleistungen.« (Ebd., 21) Die Etablierung einer Geldwirtschaft, die die einzelnen Gesellschaftsmitglieder in die Konkurrenz um die Reichweite ihrer Privatmacht entlässt, sei die entscheidende staatliche Tat. Daraus ergebe sich die Scheidung in Klassen – als Konsequenz der unterschiedlichen Verfügung über die staatlich verordnete, im Geld dinglich existierende Zugriffsmacht auf den gesellschaftlichen Reichtum und durch die daraus folgende gegensätzliche Funktionszuweisung beim Zusammenwirken der Individuen in der Konkurrenzgesellschaft.

Insofern hat Krölls mit der verbreiteten These von der Postdemokratie nichts gemein. Seine Gegenthese: Es findet keine Aushöhlung der Demokratie statt, indem etwa die Marktmacht zunehmend an Bedeutung gewinnt, das Ruder ergreift und die Politik zum Erfüllungsgehilfen der marktwirtschaftlichen Sachzwänge degradiert. Seine Analyse legt gerade Wert darauf, dass in der (heutigen) Demokratie das Recht herrscht. Krölls geht minutiös diese sachlich-unpersönliche Herrschaftsform mit ihren Prinzipien der Verhältnismäßigkeit, des Willkürverbotes, des Vertrauensschutzes und des Rückwirkungsverbotes durch. Er thematisiert die prinzipielle Bindung der staatlichen Gewaltausübung an Recht und Gesetz samt der Überprüfungsmöglichkeit durch Verwaltungs- und Verfassungsgerichte, die Trennung von Amt und Person sowie die Leistungen der Gewaltenteilung. Und erst im Kontext dieser Analyse kommt er auf den Staatsnotstand zu sprechen, in dem die Politik das eingerichtete Normalverhältnis suspendiert – um es anschließend wiederherzustellen.

Krölls' Analyse besteht also darauf, dass in der Demokratie die Rechtsordnung das gesellschaftliche Leben beherrscht,¹ nicht das Big Business.

¹ Zu klären wäre allerdings, wie sich diese Herrschaft vollzieht. Es ist ja nicht so, dass sich die modernen Bürger, die »lieben Wähler und Wählerinnen«, als Objekte oder Untertanen einer Gewalt sehen, die von ihnen Unterwerfung verlangt und die sich zur Erzielung von Fügsamkeit diverser legitimatorischer Verfahren bis hin zur Leugnung ihres Gewaltcharakters etwa in Form beschönigender politologischer Ideologien bedient. Letztere spielen in der staatlich angeleiteten politischen Bildung eine Rolle; sie werden dort als Überhöhung eines Staatsbürgerbewusstseins angeboten, das aber bereits mit der Wertschätzung „seiner“ Staatsgewalt unterwegs ist. Der entscheidende Punkt ist: Die Privatleute, die in der bürgerlichen Gesellschaft mit der Verfolgung ihrer Interes-

Es liege keine Deformation der Demokratie durch die Einflussnahme übermächtiger Interessen vor. Folglich nimmt Krölls eine Gegenposition zum vorherrschenden linken Diskurs der Kritik am Neoliberalismus ein. Er teilt auch nicht die Einschätzung, dass die Krisenbewältigung – in Europa oder weltweit – einen Trend zum antidemokratischen Umbau des Staates, zur schleichenden Einführung des Ausnahmezustands befördere, etwa nach dem Motto »Demokratie ist von Natur aus nicht effizient« (Evgeny Morozow, FAZ, 12.10.2013). Solche Diagnosen fokussieren ja auf eine tendenzielle Abdankung des demokratischen Staates, der sich einem fremden Diktat zu unterworfen habe. So schreibt z.B. Harald Welzer: »Die Kolonisierung des Denkens durch den Neoliberalismus hat das Ökonomische mental in die erste Reihe gerückt und *alles andere* für weniger wichtig erklärt.« (Welzer 2013a, 251, Hervorh. i.O.) Krölls' Studie weist in eine andere Richtung: Die Herrschaft des Rechts ist gerade der effiziente Modus der Politik, sich als Hüter und Herr der Konkurrenzordnung zu betätigen und damit sowohl die sachlichen Belange der Geldwirtschaft zu regeln als auch die Massen mit ihren permanenten Enttäuschungen und Beschwerden mental mitzunehmen.

Hoffnung auf die 99 Prozent

Hardt/Negri nehmen zu solchen Kontroversen einen scheinbar übergeordneten Standpunkt ein. Sie wollen einen Verfassungsprozess anstoßen, dessen Grundlage sich in den Protestbewegungen der letzten Jahre herausgebildet habe (Hardt/Negri 2013, 57ff.). »Wir sind überzeugt, dass nur ein Verfassungsprozess, der auf dem Gemeinsamen basiert, eine echte Alternative bietet, und wir halten folgende Wahrheiten für selbstverständlich: dass alle Menschen gleich sind, dass sie im politischen Kampf gewisse unveräußerliche Rechte errungen haben, dass dazu nicht nur Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören, sondern auch der freie Zugang zu Gemeinschaftsgütern, die gerechte Verteilung des Reichtums und die Nachhaltigkeit des Gemeinsamen.« (Ebd., 59) Das schließe Transparenz und aktive Teilnahme der Regierten sowie ein imperatives Mandat ein. Irritierend ist allerdings, dass Hardt/Negri dazu auf die Tradition bürgerlicher Demokratie zurückgreifen, nämlich auf

sen befasst sind, wollen und brauchen eine politische Gewalt, die sich um das Allgemeinwohl kümmert. – Dies sei hier nur als Hinweis auf die Notwendigkeit zur Fortführung der Debatte angemerkt.

die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Jahr 1776, die teils wortwörtlich aufgegriffen wird (ebd., 59f.). Der neue Verfassungsprozess ist also im Grunde der alte...

Die beiden Autoren hatten mit ihrem Band »Empire« (2000/02) zu Beginn des neuen Jahrhunderts eine Kampfschrift zur Globalisierung vorgelegt. Sie wurde von Slavoj Žižek als Versuch eines kommunistischen Manifests des 21. Jahrhunderts gewertet. In ihrer neuen Veröffentlichung wehren sich die Autoren gegen die Erwartung, dass sie den verschuldeten, vernetzten, verwahrten und vertretenen Massen – mit diesen vier Kategorien beschreiben sie die gegenwärtige soziale Misere – ein Manifest zur Verfügung stellten. Manifeste würden in der Tradition prophetischer Literatur Idealwelten und -subjekte beschwören, Theoretiker würden dabei zu Vordenkern der Massen. »Die sozialen Bewegungen der Gegenwart haben diese Reihenfolge umgedreht und Propheten und Manifeste überflüssig gemacht. Sie sind bereits auf den Straßen, besetzen Plätze und stürzen nicht nur Herrscher, sondern entwerfen neue Zukunftsvisionen. Mehr noch, mit ihren Gedanken und Taten, ihren Parolen und Sehnsüchten formulieren sie neue Grundsätze und Wahrheiten.« (Hardt/Negri 2013, 7)

Das Dementi ist verräterisch. Es beschwört eine Selbsttätigkeit der Massen, die mittlerweile, einige Jahre nach dem Aufflammen der Proteste, allseits realistischer gesehen wird. Für Hardt/Negri soll die festgestellte Aktivierung im Grunde den weiteren Prozess vorzeichnen. Doch auch sie sehen in ihrem Optimismus die Notwendigkeit, eine theoretische Klärung vorzunehmen. Auch sie sagen zugleich, dass die Multitude lernen müsse, »den Schritt von der Verkündung zur Begründung einer neuen Gesellschaft zu gehen« (ebd.). Man wird also nicht um eine Auseinandersetzung über die jetzt wieder aufgeworfenen Grundsatzfragen zum Verhältnis von Politik und Ökonomie herumkommen.

3. Arbeit und Reichtum

Die Grundsatzfrage ist natürlich politökonomischer Natur, es ist »die soziale Frage«, um eine Formulierung zu wählen, die Marx in der »Kritik des Gothaer Programms« als »Zeitungsschreiberphrase« (MEW 19, 26) bezeichnete. Typischerweise war in der alten Bundesrepublik, die nach deren Ende als Ära des »rheinischen Kapitalismus« firmiert, diese

Frage tabu. Erst mit den 1990er Jahren fing man an, »die Rückkehr der sozialen Frage« öffentlich zu thematisieren (siehe den Beitrag von Johannes Schillo über Piketty und die Armutsforschung im vorliegenden Band). Seitdem kennt man hierzulande wieder den »Kapitalismus« als herrschenden oder sich ausbreitenden Zustand und den »Profit«, um den es im Wirtschaftsleben irgendwie geht, während von »Klassen« weit und breit nichts zu hören ist. Dafür wird soziale Ungleichheit ausführlichst besprochen und seit Ende der 1990er Jahre mit aufwändigen regierungsoffiziellen Armuts- und Reichtumsberichten minutiös erhoben. So kommen viele unhaltbare, »prekäre« Lebenslagen zur Sprache, und die Forschungsgemeinde geht der Frage nach, wie Individuen in solche Lagen geraten oder sich daraus wieder befreien können. Eines ist aber von vornherein ausgeblendet: was der Grund der kontinuierlichen Hervorbringung von unaushaltbaren, elenden Lebensbedingungen in einer reichen und mit allen Produktivkräften ausgestatteten Gesellschaft ist.

Ein Produktionsverhältnis ist Thema

Die Redaktion der Zeitschrift GegenStandpunkt hatte 1996 und 1997 die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie in einer Grundsatzschrift zu »Arbeit und Reichtum« zusammengefasst. Der Aufsatz ist inzwischen, nach verschiedenen Kontroversen und Überarbeitungen, in einer Buchfassung erschienen (Wirth/Möhl 2014), die eine Orientierung über grundlegende Aussagen der Marxschen Kapitalismuskritik erlaubt. Der Text verzichtet auf eine Aneinanderreihung von Marx-Zitaten. Sein Anliegen besteht nicht darin, Aussagen aus den drei Bänden des »Kapital« zu reproduzieren, obwohl die Autoren auf der hiermit geschaffenen theoretischen Grundlage aufbauen. Sie gehen vielmehr von der Tatsache aus, dass wir heutzutage, wie es soziologisch heißt, in einer ›Arbeitsgesellschaft‹ leben. »Alle brauchen Arbeit – viele finden keine« (ebd., 9), beginnt der Text und erinnert daran, dass dies jedermann am heutigen Standort D als »soziales Problem« vertraut ist. Dieser Problematisierung wollen sich die Autoren aber nicht anschließen, denn der Sache nach handle es sich eben nicht um die Frage, mit welchen Methoden des Eingreifens und Betreuens man auf solche im Grunde unabänderliche Notlagen reagieren und den Betroffenen zur Seite stehen sollte. Die Not der Menschen, Arbeit zu finden, zu behalten und von ihr leben zu können, sei ein ökonomisches Problem, das selber Aufmerksamkeit verdiene und dessen Kernpunkt auch bekannt sei: Arbeit ist nach der

Rechnungsweise der Marktwirtschaft auf eine Fundamentalbedingung verpflichtet – auf Rentabilität.

Ausgehend von dieser heute gültigen Bedingung wird das Schicksal der Arbeit, das sich in den verschiedenen, genauer gesagt: gegensätzlichen sozialen Charakteren des Arbeitgebers und Arbeitnehmers konkretisiert, in mehreren Schritten verfolgt. Die Grundthese – die im Fortgang ausgeführt wird und so von jedem Leser ohne spezielle dialektische Einweisung überprüft werden kann – lautet: »Die Bedingungen, denen die Marktwirtschaft die Arbeit unterwirft, enthalten die wesentlichen Bestimmungen dieses Produktionsverhältnisses.« (Ebd., 11) Es handelt sich hier also nicht um eine Prognose oder eine Zustandsbeschreibung, die geschichtliche Perspektiven eröffnen möchte, sondern um die Erklärung des Produktionsverhältnisses anhand seiner Grundbestimmungen, die heute weiterhin Geltung haben. Dass es in der marxistischen Tradition auch eine geschichtsphilosophische Überhöhung dieses theoretischen Vorhabens gegeben hat, erwähnen die Autoren. Sie weisen aber nach, dass dies in der Kritik der politischen Ökonomie eine Randerscheinung darstellt. Im dritten Band des »Kapital« fällt z.B. in einem Halbsatz eine derartige Bemerkung (siehe den Beitrag von Johannes Schillo über Antimarxismus), die eine »historische Aufgabe« der ökonomischen Basis andeutet. Wirth/Möhl gehen in einem Exkurs ausführlich darauf ein und legen dar, dass dies eine außertheoretische Zutat des Autors Marx ist, die den Erklärungswert im Übrigen nicht tangiert (ebd., 67).

Die Argumentation von »Arbeit und Reichtum« vollzieht sich in fünf Schritten. Ausgangspunkt ist im ersten Teil der Sachverhalt, dass Arbeit im Kapitalismus sich nicht darin erschöpft, die benötigten Gebrauchsgüter herzustellen. »In der Marktwirtschaft wird gearbeitet, nicht um die Menschheit mit der benötigten Vielfalt von Gebrauchsgütern, mit materiellem Reichtum zu versorgen, sondern um Geld zu verdienen« (ebd., 13), heißt es dazu.

Dies und all das, was hierzulande als Selbstverständlichkeit gilt, wird daraufhin untersucht, welchen Gesetzmäßigkeiten es sich verdankt und welche Zwecke am Werk sind. Dabei werden auch die gängigen Beschönigungen vom Geld als optimalem Verteilungsmittel oder vom kooperativen Ineinandergreifen der Marktkräfte dekonstruiert. Denn Eigentum als ausschließende Verfügungsmacht, so heißt es weiter, ist ein Rechts-, d.h. Gewaltverhältnis; es hat ohne die staatliche Durchsetzung keinen Bestand, diese setzt es und erhält es in Kraft, wobei die unterschieds-

lose Festlegung aller Gesellschaftsmitglieder auf den Gelderwerb – politisch ganz unparteiisch – die Klassenstruktur von Kapital und Arbeit hervorbringe.

Der zweite Teil geht von dieser gesellschaftlichen Scheidung aus – dass es die Masse derjenigen gibt, die in ihrer Arbeitsfähigkeit die einzige Einkommensquelle besitzen, und ihnen gegenüber stehend die Besitzenden, die für die Mehrung ihres Vermögens arbeiten lassen. Arbeit unter dem Regime fremden Eigentums ist das Thema dieses Argumentationsschrittes. Er erläutert auch die Konsequenz, dass die Produktivkraft der Arbeit nicht denen gehört, die die täglichen Anstrengungen in Fabriken und Büros zu leisten haben, sondern den Käufern der sehr speziellen »Ware Arbeitskraft«. Aus der Sicht der Anwender von Arbeitskraft ist dies ein logischer und gerechter Standpunkt, denn sie kaufen Arbeit nur, wenn sie rentabel ist und ihnen etwas einbringt, und haben mit der Zahlung alles erledigt. Ein Unternehmen ist schließlich kein Werk der Caritas... Dass der praktizierte Standpunkt der Rentabilität Ausbeutung ist, legt der zweite Teil im Einzelnen dar.

Der dritte Teil führt die Argumentation über den unmittelbaren Produktionsprozess hinaus. »Mit den Produkten der Arbeit, die sie verrichten lassen, müssen die kapitalistischen Unternehmer »am Markt« bestehen, also den Konkurrenzkampf gegen ihresgleichen um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gewinnen.« (Ebd., 40) Den zusätzlichen Geldwert, den Überschuss über das vorgeschossene Kapital, den ein rentabel hergestelltes Produkt enthält, muss ein Unternehmen erst noch realisieren; die Tatsache, dass gebrauchsfertige Gegenstände verfügbar sind, stellt hier noch nicht den Erfolg der wirtschaftlichen Tätigkeit dar. Also kommt die Sphäre des Konkurrenzkampfs der Unternehmen um Rendite ins Visier. Um diesen Kampf zu bestehen, setzen die Unternehmen übrigens auf die Steigerung der Produktivität – und nicht aus einem generellen Interesse an Innovationen oder an der Verringerung der Arbeitslast. Dass sie den Arbeitsaufwand tatsächlich verkleinern, stellt sich – so die Eigenart des marktwirtschaftlichen Systems – als Schaffung einer Notlage heraus: Resultat ist die absurde Figur des Arbeitslosen. Mit erhöhter Produktivkraft wird die Gesamtarbeitsmühe vermindert; davon haben jedoch die im Produktionsprozess verbleibenden Arbeitskräfte nichts, während die »freigesetzten« es als Verlust ihrer Einnahmequelle erfahren.

Der vierte Teil »Arbeiten unter dem Kreditsystem« widmet sich der vollendeten Kapitalherrschaft, in der die Finanzsphäre nicht als eine

Dienstleistung neben anderen existiert, sondern zu einem mächtigen Geschäftszweig aufsteigt und letztlich eine Art Regiestelle für jede unternehmerische Tätigkeit wird, die Arbeit in Dienst nimmt. Dies führt zum fünften Schritt, nämlich zu der dem Kapital innewohnenden Tendenz, keine Begrenzung seines auf Geldvermehrung ausgerichteten Drangs zuzulassen, also den Konkurrenzkampf um Gewinn weltweit zu führen. Abgehandelt wird das in zwei Teilen: Weltmarkt 1 »Preis und Produktivkraft der Arbeit im nationalen Vergleich« und Weltmarkt 2 »Arbeit und Armut als Mittel der Staatenkonkurrenz«. Dabei kommen ausführlich die Härten der modernen Standortpflege und Krisenbewältigung zur Sprache.

Konsens in Sachen Ökonomie?

Der Politikwissenschaftler Georg Fülberth hat in den letzten Jahren vielfach auf die Aktualität der Marxschen Theorie aufmerksam gemacht, dabei aber auch das neu erwachte Interesse skeptisch beurteilt. Dass Marx und Engels heutzutage als Propheten des Globalisierungszeitalters gehandelt werden, sei ihrer Leistung nicht angemessen. Damit würden erstens die Kritik am durchkapitalisierten Weltzustand und deren praktische Konsequenzen unterschlagen und zweitens eigentlich gar nicht die Theorie selber aufgegriffen, sondern das Ungenügen bürgerlicher Wissenschaftler an den eigenen Hervorbringungen artikuliert (Fülberth 2014b, 19). Als Beleg verweist er auf Streecks »Gekaufte Zeit«. Dort heißt es z.B. einleitend (Streeck 2013, 17f): »Zu den Resultaten der historischen Entwicklung gehört ja, dass man derzeit nicht mehr mit Gewissheit sagen kann, wo im Bemühen um Aufklärung der Nichtmarxismus endet und wo der Marxismus beginnt. Ohnehin ist die moderne Sozialwissenschaft, vor allem wo sie sich mit ganzen Gesellschaften und ihrer Entwicklung befasst, nie ohne Rekurs auf zentrale Elemente ›marxistischer‹ Theorien ausgekommen... Ich bin jedenfalls davon überzeugt, dass man die aktuelle Entwicklung der modernen Gegenwartsgesellschaften ohne den Gebrauch bestimmter auf Marx zurückgehender Schlüsselbegriffe nicht auch nur annähernd verstehen kann«.

Fülberth hält von dieser Renaissance nicht viel. Er bietet zu der Frage »Was ist eigentlich Marxismus?« einen eigenen »Versuch einer Antwort« an: Unter Marxismus sei zu verstehen »1. eine historisch-materialistische Analyse von Ökonomie und Klassenverhältnissen, 2. eine auf diese gestützte Theorie der Politik, 3. eine politische Praxis in der Per-

spektive einer Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft.« (Fülberth 2014a, 7; 2014b, 20) Der erste Punkt, der die ökonomische Theorie betrifft, wird von Fülberth erstaunlicherweise etwas beiläufig abgetan.

Auch hier hätten sich Marx und Engels – ähnlich wie im Fall der Globalisierungs-Voraussage – »sozusagen totgesiegt« (Fülberth 2014b, 21). Soll heißen: Die Analyse historisch entstandener Gesellschaftsformationen, wie sie Marx in seinem berühmten Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie (MEW 13, 8f) angekündigt hat, sei heute gewissermaßen Allgemeingut der Gesellschaftswissenschaften und eine anerkannte Position. Eine kleine, im Grunde sehr weit reichende Einschränkung macht Fülberth aber schon: Der moderne Wissenschaftsbetrieb wolle diese Durchsetzung der Marxschen Position nicht wahrhaben und lasse deren eigentliches Kritikprogramm unter den Tisch fallen.

In einer Hinsicht ist Fülberth zuzustimmen: Was mit dem materialistischen Programm aus den Zeiten der »Deutschen Ideologie« auf den Weg gebracht wurde, ist keine eigene Wissenschafts- oder Erkenntnistheorie – die für sich, wie von den Marx-Antipoden immer behauptet, einen exklusiven Erkenntnisanspruch reklamieren würde –, sondern das Programm strikter Wissenschaftlichkeit. Der Gegenstand, hier eine konkrete, nämlich kapitalistische Gesellschaft, ist aus sich heraus und im Blick auf seine Gesetzmäßigkeiten zu erklären und nicht aus einer vorausgesetzten Idee, wie die philosophische Spekulation nach Hegel postulierte. Die ökonomische Basis ist z.B. vom ideologischen Überbau mit seinen aufs gesellschaftliche Getriebe gerichteten Deutungen zu unterscheiden. Das gilt mittlerweile, stellt Fülberth fest, als Trivialität, und zwar seit sich die Wissenschaften von der Philosophie emanzipiert haben.

Marx und Engels hatten teil an diesem Emanzipationsprozess und viele ihrer Frühschriften sind in diesem Sinne nur noch historisch zu würdigen. Die Absage an idealistische Spekulation muss heutzutage nicht mehr eigens begründet werden, »so gesehen, sind wir heute alle Materialisten« (ebd., 22), resümiert Fülberth. Daraus lässt sich jedoch keinesfalls ableiten, die Marxsche Erklärung des Kapitalismus wäre zum Gemeingut geworden und nur die Konsequenzen der Kritik würden geleugnet. Fülberth bemerkt selber am Beispiel der akademischen Marxologie in den USA den vorherrschenden Trend, Marxsche Theorieelemente – ähnlich wie bei Streeck und seinen deutschen Kollegen – in »bürgerliche« Erklärungsmuster zu integrieren. Insofern ist die ökonomische Theorie gerade nicht allgemein rezipiert und akzeptiert, wie Fülberth andeutet, der dann

die eigentliche Kontroverse auf ein anderes Feld, nämlich die »Theorie der Politik«, verschieben will (worunter für ihn zum größten Teil die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Staatssozialismus fällt).

Ist die Ökonomie politisch?

Wirth/Möhl machen immer wieder in Fußnoten und Randnotizen deutlich, dass die Rede von der »bürgerlichen« Wissenschaft in Abgrenzung zur marxistischen im Fall der Ökonomie sinnvoll ist: Es gibt gerade keine gemeinsame wissenschaftliche Basis, in die die Marxschen Erkenntnisse Eingang gefunden hätten. Bestenfalls besteht gegenwärtig Konsens darüber, dass es eine Internationalisierung des Kapitals gibt oder dass Krisen regelmäßig auftreten. Damit ist aber noch nichts über die Erklärung der Sachverhalte ausgesagt. Schon die moderne Bezeichnung »Globalisierung« führt in die Irre, da sie auf einen schicksalhaften Prozess hinaus will. Ähnliches gilt für die neuere Entwicklung, dass der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb sich herablässt, Phänomene der Krise oder der Verelendung, die man zeitweise schlichtweg bestritt, zur Kenntnis zu nehmen. Wenn sich wissenschaftliche Diskurse heutzutage – so bei Streeck oder Habermas – auf Marx berufen, nehmen sie gerade nicht dessen Kritik an der Produktionsweise ernst, sondern verstehen ihn als warnende Instanz, die angesichts der Bemühungen, einen tragfähigen wirtschaftspolitischen Steuerungsmodus zu entwickeln, einiges zu bedenken geben kann.

Bei Wirth/Möhl wird gleich zu Beginn als entscheidender Punkt der kapitalistischen Produktionsweise festgehalten: »Was produziert wird, *ist Eigentum*. Der nützliche Gegenstand ist der ausschließenden Verfügungsmacht einer Privatperson zugeordnet.« (Wirth/Möhl 2014, 17, Hervorh. i.O.) Dass der Tausch-Ökonomie eine spezielle Rechtsordnung zugrunde liegt, macht Marx im zweiten Kapitel des »Kapital« (Band 1) deutlich. Das Kapitel beginnt: »Die Waren können nicht selbst zu Markte gehen und sich nicht selbst austauschen. Wir müssen uns also nach ihren Hütern umsehen, den Warenbesitzern.« (MEW 23, 99)

Das ist eine Klarstellung gegenüber dem ersten Kapitel, das der Warenanalyse und der Kritik des Warenfetischs gewidmet war: Dass sich die Gebrauchsgegenstände, der stoffliche Reichtum der Gesellschaft, als Waren aufeinander beziehen, verweist darauf, dass die Warenbesitzer sich in einer speziellen Weise zueinander verhalten. Es verweist darauf, dass sie von ihrer beiderseitigen Verfügungsmacht über die Dinge

ausgehen. »Sie müssen sich daher wechselseitig als Privateigentümer anerkennen. Dies Rechtsverhältnis, dessen Form der Vertrag ist, ob nun legal entwickelt oder nicht, ist ein Willensverhältnis, worin sich das ökonomische Verhältnis widerspiegelt. Der Inhalt dieses Rechts- oder Willensverhältnisses ist durch das ökonomische Verhältnis selbst gegeben.« (Ebd.)

Dass der Warentausch die Basis der in Rede stehenden Produktionsweise ausmacht, ist ein Werk der politischen Gewalt, die jedermann als Privateigentümer definiert und damit ein Willensverhältnis zwischen den Rechtssubjekten im Bezug auf alle möglichen Gegenstände etabliert. Die hoheitliche Gewalt »gebietet und gewährt die exklusive Verfügungsmacht einer Person über ›das Ihre‹ und macht damit aus jeder Arbeit eine Privatarbeit, die das ausschließende Verfügungsrecht des Produzenten über das Produkt seiner Arbeit begründet.« (Wirth/Möhl 2014, 18) Dies ist im »Kapital« unterstellt. Schon der Beginn des ersten Kapitels (in Band 1) nimmt Bezug auf diesen grundlegenden Sachverhalt, wenn er davon ausgeht, dass hier Privatproduzenten, die selbständig und voneinander unabhängig wirken, zur Tat schreiten. Der Schlussabschnitt über den Fetischcharakter der Ware resümiert dann die Kritik daran, dass das »bestimmte Verhältnis der Menschen selbst ... für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.« (MEW 23, 86) Das zweite Kapitel schließt mit dem expliziten Rekurs auf die Rechtspersonen an, und in weiteren Kapiteln etwa zum Arbeitstag (8. Kapitel) oder zur ursprünglichen Akkumulation (24. Kapitel) wird das Wirken der Staatsmacht gewürdigt.

Es ist auffällig, dass in Fülberths Kurzdarstellung von »Kapital I-III« (Fülberth 2013) die Rolle der politischen Gewalt unerwähnt bleibt. Fülberth macht den Einstieg des »Kapitals«, dass der Reichtum kapitalistischer Gesellschaften als »ungeheure Warensammlung« erscheint und die einzelne Ware ihre »Elementarform« ist (MEW 23, 49), zu einem logischen, in gewisser Weise philosophischen Problem. Es handle sich hier um eine »Sprachbewegung«, die »an Hegel orientiert« sei (Fülberth 2013, 11). Eine Analogie zu dessen Texten lässt sich dann auch auffinden, und zwar in der »Phänomenologie des Geistes«. Auf solche unerheblichen Entsprechungen achtet die Einführungsschrift, aber dass Marx bei der Analyse des Werts und des Geldes ein Gewaltverhältnis zum Thema macht, kommt nicht vor. Die Gegenstandpunkt-Autoren halten das dagegen für entscheidend: »Die private Verfügungsmacht, die im Geld

gegenständlich in bestimmten Quantitäten vorliegt, beruht auf einem allgemeinverbindlichen gesellschaftlichen Gewaltverhältnis: auf den Verfügungen einer höchsten Gewalt, deren Durchsetzungsmacht außer Zweifel steht, die mit ihren Vorschriften also Recht setzt.« (Möhl/Wentzke 2007, 49, Hervorh. i.O.)

An einer Stelle seiner »Kapital«-Referierung stößt Fülberth darauf, dass die Privateigentumsordnung einer rechtlichen, d.h. gewaltmäßigen Absicherung bedarf, nämlich beim Kapitel über den Arbeitslohn bzw. Arbeitstag. Warum verlassen die Arbeiter, fragt er, nicht nach Ableistung der »notwendigen Arbeit« die Fabrik und verzichten dankend auf die »Mehrarbeit«? »Antwort: Sie haben einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, der sie auf zwölf Stunden verpflichtet. Der Unternehmer gibt ihnen die Möglichkeit, für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten, nur unter der Voraussetzung, dass sie auch seinen Mehrwert erwirtschaften.« (Fülberth 2013, 25) In der Tat schließt der Unternehmer nur zu diesem Zweck einen Arbeitsvertrag ab. An der Festlegung der Dauer des Arbeitstages zeigt sich aber, wie Marx im 8. Kapitel abhandelt, dass hier Recht auf Recht trifft. Der Käufer will den Gebrauchswert der Ware, der Arbeitskraft, ausgiebig nutzen, der Verkäufer die zu ihrer Reproduktion notwendige Substanz, die Lebenskraft, möglichst erhalten. »Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegelt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt.« (MEW 23, 249)

Fülberth verweist zur Erklärung der Dienstbereitschaft der Lohnarbeiter erstens auf die Vertragstreue, als würde sie sich von selbst verstehen. Er fügt dann aber noch ein zweites Moment hinzu, das deren Haltbarkeit erklären soll: »Dieser vertragliche Zwang wird zusätzlich abgesichert durch« eine »gedankliche Legitimation« (Fülberth 2013, 25f.), nämlich durch die verbreitete Vorstellung, der Lohn bezahle vollständig den Preis der Arbeit, sodass von Ausbeutung keine Rede sein könne. Auch das trifft zu, diese Vorstellung wird und ist verbreitet. Beim Kampf um den Arbeitstag fällt aber gerade auf, dass ein Antagonismus zutage tritt; die Gewalt entscheidet, wie Marx festhält und an einem Überblick über die historischen Arbeitskämpfe belegt. Dass sich die Kapitaleseite hier behauptet, liegt aber nicht daran, dass der Schein der voll entgoltenen Lohnarbeit so lückenlos wäre, sondern an der praktischen Notwendigkeit, die jedem eigentumslosen Menschen von vornherein in der Marktwirtschaft aufgezwungen wird.

Die objektiven Produktionsbedingungen, speziell die industriellen Produktionsmittel, befinden sich in der Hand von Privateigentümern; ohne deren Nutzung kann keiner zu Werke gehen. Alle sind als Privatleute auf die Nutzung ihres Eigentums durch Arbeit – eben in der doppelten Form von ›arbeiten gehen‹ oder ›arbeiten lassen‹ – festgelegt. Die Privateigentumsordnung trennt diejenigen, die außer ihrer Arbeitskraft nichts besitzen, von den Möglichkeiten des Produzierens. Dieser hoheitliche Akt schafft die Not, einen Anwender zu finden. Wer mit dem praktischen Zwang zum Geldverdienen zurechtkommen will, stellt sich auf diese Notwendigkeit ein. Sie als eine Möglichkeit zu sehen, mit der man bei engagiertem Einsatz und respektvoller Behandlung erfolgreich sein könnte, ist die verbreitete Täuschung, der die arbeitenden Menschen unterliegen.

Zur Kritik dieser politischen Ökonomie gehört es aber, über den gewaltsam abgesicherten Charakter der Ökonomie, über deren Herstellung und Garantie durch eine Staatsmacht, die das Privateigentum für sakrosankt erklärt, aufzuklären und die systembedingte Schädlichkeit für die Interessen der arbeitenden Menschen nachzuweisen. Die Gesetze von Warenproduktion und Warentausch funktionieren nicht aus sich heraus – so als würden sie nur flankiert oder modifiziert durch eine Staatsmacht, die sich eventuell auch ganz anders dazu stellen könnte.

Dieser Punkt bedarf der Klärung, und dazu hat die moderne Marx-Renaissance bislang wenig beigetragen. Hier müsste die Diskussion fortgeführt werden, und in diesem Sinne könnte man Fülberth wieder Recht geben – wenn denn über die Kritik der Produktionsweise Klarheit bestünde –, dass die auf die Ökonomie »gestützte Theorie der Politik« den Streitpunkt der heutigen marxistischen Debatte ausmacht.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (2013): Gesammelte Schriften. Band 3: 1956-1963. Hannover.
- Blätter für deutsche und internationale Politik (Hrsg.) (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise. Berlin.
- Decker, Peter (Hrsg.) (2013): Demokratie: Die perfekte Form bürgerlicher Herrschaft. München.
- Decker, Frank/Lewandowsky, Marcel/Solar, Marcel (2013): Jenseits der Parteidemokratie? Herausforderungen der politischen Partizipation. In: GWP –

- Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Nr. 3, 2013, S. 385-399.
- Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus – Demokratie auf dem Prüfstand. Hamburg.
- Fülberth, Georg (2013): »Das Kapital« kompakt. 3. Auflage, Köln.
- Fülberth, Georg (2014a): Marxismus. Köln.
- Fülberth, Georg (2014b): Doppelter Boden der Marx-Renaissance. In: Marxistische Blätter, Nr. 1, S. 18-27.
- Habermas, Jürgen (2013a): Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5, 2013, S. 59-70.
- Habermas, Jürgen (2013b): Ein Fall von Elitenversagen – Wahl 2013. In: Der Spiegel, Nr. 32, 2013.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire – Die neue Weltordnung. (Erstausgabe 2000) Frankfurt a.M.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2013): Demokratie! Wofür wir kämpfen. (Originaltitel: Declaration, 2012) Frankfurt a.M./New York.
- Kielmansegg, Peter Graf (2013): Die Grammatik der Freiheit – Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat. Baden-Baden.
- Krölls, Albert (2009): Das Grundgesetz – ein Grund zum Feiern? Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus. Hamburg.
- Krölls, Albert (2013): Kapitalismus, Rechtsstaat, Menschenrechte. Hamburg.
- Lieberam, Ekkehard (2012a): Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie – Sieben Thesen. www.marx-engels-gesellschaft.de/sozkonf.htm. Dokumentation der Sozialismuskonferenz 2012.
- Lieberam, Ekkehard (2012b): Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie. (Reihe: Ökonomische Alphabetisierung) Bergkamen.
- Liebold, Sebastian (2013): Erfolgsrezept der Demokratie – Freiheit im Verfassungsstaat. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, Nr. 3, 2013, S. 459-462.
- Marx, Karl (1977): Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Marx-Engels-Werke, Band 23, Berlin (zit. als MEW 23).
- Marx, Karl (1978): Kritik des Gothaer Programms. In: Marx-Engels-Werke, Band 19, Berlin (zit. als MEW 19).
- Marx, Karl (1981): Zur Kritik der politischen Ökonomie – Vorwort. In: Marx-Engels-Werke, Band 13, Berlin (zit. als MEW 13).
- Möhl, Wolfgang/Wentzke, Theo (2007): Das Geld – Von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons. München 2007.
- Salomon, David (2012): Demokratie. Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie. Köln.
- Schiele, Siegfried (2013): Demokratie in Gefahr? Schwalbach/Ts.
- Steinfeld, Thomas (2013): Das andere Mal als lumpige Farce – Ein Fall von kalkulierter Folgenlosigkeit: Jürgen Habermas und Wolfgang Streeck debattieren darüber, wie die Welt vor dem Geld zu retten sei. In: Süddeutsche Zei-

- tung, 27.5.2013.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin.
- Wagner, Thomas (2013): *Die Mitmachfalle – Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument*. Köln.
- Welzer, Harald (2013a): *Selbstdenken – Eine Anleitung zum Widerstand*. Frankfurt a.M.
- Welzer, Harald (2013b): *Das Ende des kleineren Übels – Warum ich nicht mehr wähle*. In: *Der Spiegel*, Nr. 22, 2013.
- Wirth, Margaret/Möhl, Wolfgang (2014): *»Beschäftigung« – »Globalisierung« – »Standort«*. Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum. München.

Manfred Henle

Armut und Sozialstaat

Ein Streiflicht

1. Eine kaiserliche Botschaft

»Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., thun kund..., daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für unsere kaiserliche Pflicht..., dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen.«
Wilhelm I., 1881

»Die Dritte Welt beginnt in den Vororten.«
Jean-Paul Sartre, 1970

Ende 2005 erklärte der damalige französische Innenminister Sarkozy und nun einer der »Hoffnungsträger« für die nächsten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2017 in Frankreich den Bewohnern von Argenteuil, einem der Pariser Banlieues, angesichts protestierender Jugendlicher: »Wir werden Sie von diesem Abschaum (>racaille<) befreien«, dieser gehöre »mit Hochdruckreinigern weggespült«. Zwei Tage später starben in Clichy-sous-Bois, einem anderen Pariser Vorort, zwei Jugendliche, offenbar auf der Flucht vor der Polizei. Migrantische Jugendliche in den Banlieues sahen – ähnlich wie ihre schwarzen Altersgenossen in den USA – ihr republikanisches Selbst- und Gerechtigkeitsbewusstsein endgültig verletzt und griffen zum Mittel *unerlaubter* Gewalt und Zerstörung. Einige Wochen lang ergingen sie sich in Straßenunruhen, wie sie in anderen europäischen Metropolen und in den USA immer wieder »ausbrechen«. Angesichts des Aufbegehrens der Straße bekräftigte der französische Innenminister die Politik der »Null-Toleranz« und kündigte das sofortige Ende einer seit angeblich 30 Jahren währenden »Duldung des Unerträglichen« (»tolérance de l'intolérable«) an. Die in den Banlieues zusammengedrückte Armut meinte der Minister damit aber nicht.

Soweit die eine Seite der kafkaesken, der altertümlichen wie modernen kaiserlichen Botschaft. Begleitend zur Durchsetzung der mit den Prinzipien der Demokratie glänzend vereinbaren Politik, die keinen »Druck der Straße«, kein Aufbegehren, keine Gewalt und erst recht keinen Umsturz duldet – sofern nicht bestellt oder unterstützt von eben derselben Politik im Falle auswärtiger Staaten und Regime –, waren der Tradition des staatlich verwalteten Standorts entsprechend sozialpädagogische Ratschläge einer »neuen Kultur der Anerkennung«, die es wegen fehlender »emotionaler Anerkennung« brauche, gleich zur Stelle (vgl. Heitmeyer 2005). Auch Ermahnungen und Warnungen, »zu viel« an Armut und sozialem Elend berge die Gefahr »ethnischer« und überhaupt »sozialer Konflikte« in sich, bekräftigten eifertig die praktizierte Wehrhaftigkeit des Standortes und seines ideellen wie reellen staatlichen Beaufsichtigers und Gesamtverwalters.

Desgleichen erklang rasch der Ruf nach mehr Sozialstaat und sozialer Gerechtigkeit angesichts »übermäßiger«, gemeinwohl- und vaterlandsschädlicher sozialer Ungleichheit. Der Ruf wartete mit Ratschlägen etwa zur Einführung anonymer Bewerbungsschreiben auf. So sollte die Ghetto- und sonstige Herkunft der in die Banlieues abgedrängten und weitgehend abgehängten Ware Arbeitskraft unsichtbar gemacht werden, um das Unternehmertum doch auf diese oder jene in den einschlägigen Vororten ansässige, ansonsten überflüssig gewordene Ware Arbeitskraft aufmerksam zu machen. Denn, menschlich gesehen, ist anderes als Ware Arbeitskraft¹ in den Banlieues, in den räumlich ausgegrenzten Vororten

¹ Die Behauptung, dass der moderne Mensch, inzwischen die gesamte Menschheit, existenziell sowie haupt-, neben- und freiberuflich in Ware Arbeitskraft verwandelt ist, ist 200 Jahre alt. Die Widerlegung der Behauptung haben die akademischen Wissenschaften, die vom Menschen handeln, die Geistes- und Sozialwissenschaften, trotz aller Bemühungen nicht liefern können. Ausgenommen von diesem recht monokausalen Schicksal, Ware Arbeitskraft und sonst nichts zu sein, ist etwa 1% der Weltbevölkerung, was heißt: Eine winzige Minderheit von Profiteuren ist reich, weil diese etwas anderes sind als eine solche Ware. Sie verfügen über teils märchenhaften Reichtum, von dem der Rest der Menschheit ausgeschlossen ist. So träumt der Rest der Menschheit allenfalls vom Reichtum und vom Reich-Sein. Anders gewendet: Das eine Prozent hat Reichtum und ist reich, weil es sich am Rest, an den 99% der Menschheit als Ware Arbeitskraft bedient, indem es sie in den Dienst nimmt – oder eben nicht. Die weltweit auf Abruf bereitstehende und vom Reichtum träumende Ware Ar-

der modernen Städte nicht versammelt – eine Ware, die wie jede Ware Arbeitskraft »das stets bereite exploitable Menschenmaterial« (MEW 23, 661) darstellt, in den Banlieues aber eine vom Verwertungsbedürfnis des Unternehmertums abgehängte Ware. Über die ist das Urteil des »Pauperismus« (Marx), das Urteil, ein Leben in größter Armut zu fristen, verhängt. Eine Ware Arbeitskraft, die als ganz und gar uninteressant für die gewinnbringende Indienstnahme durch das Unternehmertum gilt. Ein Schicksal, das jede Ware Arbeitskraft als Atom des stets bereiten exploitablen Menschenmaterials zu jeder Zeit ereilen kann.

Dass sich in den Vororten und Trabantensiedlungen der europäischen Städte seit drei bis vier Generationen diese besondere Ware Arbeitskraft eingefunden hat, ist keineswegs unbekannt. Hochoffiziell ist längst anerkannt, dass die Dritte Welt nicht erst seit gestern in den Vororten beginnt. Weshalb den abgehängten Bewohnern dieser exotischen Welt zuweilen mit Tränengas und Schlagstöcken klarzumachen ist, dass es keinen praktischen Widerspruch dagegen gibt, dass das Unternehmertum keinerlei Interesse mehr hat, ausgerechnet sie für sich arbeiten zu lassen. So gesehen sind sie abgeschrieben.² Festgehalten ist angesichts dieser exotischen Ware Arbeitskraft: Dass größte Armut, dass Pauperismus, dieses »Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee« (MEW 23, 673), wohl not-

beitskraft stellt, in Dienst genommen, den Reichtum der Welt her, über den der Dienstherr von Rechts wegen verfügt. (Zum Verhältnis 1% zu 99% vgl. Stiglitz 2012, 29-61, sowie den Beitrag über Piketty und die Armutforschung von Johannes Schillo im vorliegenden Buch.)

² Abgeschrieben, womöglich für immer abgeschrieben, ist auch das *krisenbedingte*, europaweit weitgehend unbenutzte vielsprachige Millionenheer reiner Arbeitskraft. Deren freie, freiheitliche Träger und Besitzer bieten sich millionenfach in allen europäischen Sprachen arbeitswillig an. Aber ihre Ware, also sich selbst, können sie nicht verkaufen. Denn der Käufer hat ja gerade erklärt, er habe im Moment, für länger oder überhaupt kein Interesse mehr an ihnen. Am wenigsten an solcher Ware Arbeitskraft, die, wie etwa die in den Banlieues ihr Leben fristende, ganz jenseits aller Krisen des kapitalistischen Wachstums, abgeschrieben ist. Sie gilt im unternehmerischen Urteil für den produktiven, gewinnbringenden Beitrag zum Geschäft und dessen Wachstum nicht nur als überflüssig, sondern als unfähig, untauglich, also nutzlos. In den europäischen Banlieues erwächst aus diesem »Jammertal« (MEW 1, 379) seit langem viel Rapmusik und seit neueren Zeiten jede Menge religiöser Fundamentalismus, was die Ausländer- und Muslimfeindschaft anderer Abteilungen der Ware Arbeitskraft in ihrem falschen Bewusstsein bestätigt und beflügelt.

wendig sein muss, wenn es sie denn schon gibt. So sieht und handhabt es die Wirtschaft, die den Pauperismus erzeugt, und die breite moderne Öffentlichkeit hat auch nichts dagegen. Andererseits gebietet die vaterländische, die staatliche Aufsicht und Verwaltung von Standort, Wachstum und Nation, dass die Ware Arbeitskraft trotz ihrer aktiven Vernutzung im Dienst am Unternehmertum als aktives exploitables Menschenmaterial fürs Unternehmertum zu erhalten sei; und dass die ärmsten, die im Dienst am Reichtum nutzlos gemachten und nutzlos gewordenen Flügel des Menschenmaterials in der Gestalt des Pauperismus, weil vom Unternehmertum abgeschrieben und von der aktiven Arbeiterarmee für immer ausgeschlossen, Staat und Nation nicht entfremdet werden. So räumt der staatliche Beaufsichtiger der ganzen gesellschaftlichen Klasse Ware Arbeitskraft in ihrer vielgestaltigen Not einen jederzeit an die Bedürfnisse des Standortes und Wachstums anpassbaren und modifizierbaren Anspruch auf Überleben ein. Die so gewährte Überlebensgarantie, die vor (selbstgewähltem) Tod aus Not und Armut nicht schützt, hat dem modernen Staat den Namen Sozialstaat³ eingebracht.

Das ist die zweite, nicht minder kafkaeske Seite der kaiserlichen Botschaft, die die Verwaltung, Kontrolle und erpresserische Disziplinierung der überflüssigen Ware Arbeitskraft und gelegentliche Null-Toleranz ihr und der »sozialen Frage« gegenüber vervollständigt. Indem der Staat das Überleben der vom Unternehmertum beanspruchten wie nicht beanspruchten Ware Arbeitskraft sicherstellt und gewährt, sichert, garantiert und reproduziert er – sozialstaatlich, ordnungspolitisch, sozial-

³ Der Sozialstaat genießt ein hohes Ansehen, in der Regel auch bei denen, die es eigentlich besser wissen könnten. So meint etwa Christoph Butterwegge in seiner Studie zum Sozialstaat (2005), die seit 2013 in fünfter Auflage vorliegt: »Wenn das System der sozialen Sicherung trotz der Umbrüche im Arbeitsleben und des Wandels der Lebensformen funktionsfähig erhalten werden soll, sind tiefgreifende Reformen nötig.« (Butterwegge 2005, 289) Denn so könnten »die sozialen Probleme der Zukunft« (ebd., 91) besser gelöst werden. Der Aufwand fürs Soziale beeinträchtigt nämlich nicht »die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit« (ebd., 108), die Nation dürfe den Sozialstaat »auch nicht abbauen, wenn sie auf den Weltmärkten konkurrenzfähig bleiben will« (ebd., 108). Deshalb sei »ein höheres Maß an sozialer Sicherheit und Staatsinterventionismus unabdingbar, damit die Menschen von der von ihnen abverlangten Flexibilität, beruflichen Mobilität und Anpassungsbereitschaft nicht überfordert werden« (ebd., 87). (Zur Kritik am Lob des Sozialstaats vgl. auch Henle 2006.)

pädagogisch – das Überleben der vielgestaltigen Armut, der wachstumsnützlichen wie der für immer nutzlos gewordenen. So reproduziert er seit einem halben Jahrhundert gesamt europäisch, dass »die Dritte Welt in den Vororten« beginnt. Diese Dritte Welt ist Produkt der sozialstaatlich organisierten Betreuung und Überwachung des Standortes. Sie ist politökonomisches Produkt des Sozialstaates, anerkannter und fest integrierter Bestandteil von Staat, Standort und Nation. Die kaiserliche Botschaft gilt weiterhin. Was aber heißt es, eine Existenzweise als Ware Arbeitskraft zu führen?

2. Eine seltsame Ware: Arbeitskraft

»In dem Begriff des freien Arbeiters liegt schon, daß er Pauper ist: virtueller Pauper. Er ist seinen ökonomischen Bedingungen nach bloßes lebendiges Arbeitsvermögen, also auch mit den Bedürfnissen des Lebens ausgestattet. Bedürftigkeit nach allen Seiten hin, ohne objektives Dasein als Arbeitsvermögen zur Realisierung desselben. Kann der Kapitalist seine Surplusarbeit nicht brauchen, so kann er seine notwendige nicht verrichten; seine Lebensmittel nicht produzieren... Er ist also virtualiter Pauper.«

Karl Marx, Grundrisse, 1857

»Und die Angestellten selber? Sie am allerwenigsten haben das Bewußtsein ihrer Situation.«

Siegfried Kracauer, Die Angestellten, 1929

»In allen solchen Fällen müssen große Menschenmassen plötzlich und ohne Abbruch der Produktionsleiter in anderen Sphären auf die entscheidenden Punkte werfbar sein. Die Übervölkerung liefert sie. Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleine Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der beständigen Bildung, größern oder geringern Absorption und Neubildung der industriellen Reservearmee oder Übervölkerung. Ihrerseits rekrutieren die Wechselfälle der industriellen Zyklen die Übervölkerung und werden zu einem ihrer energischsten Produktionsagentien.«

Karl Marx, Das Kapital, 1867

Als Ware Arbeitskraft verfügt der moderne Mensch, verfügt die arbeitende Menschheit frei über sich selbst, über sich als lebendiges Arbeitsvermögen und darüber, was sie damit anfangen soll. Ansonsten verfügt sie über nichts.⁴ Die Ware Arbeitskraft ist, als einzelner Mensch oder als ganze Weltbevölkerung, ihrem Begriff nach mittellos, obdachlos, arbeitslos und ohne alle Macht. Über die Mittel zum Leben verfügt sie nicht, die gehören von Rechts wegen anderen. Sie gehören den unternehmerischen Besitzern der Dinge zum Leben und der Mittel, sie herzustellen. Sie sind die *rechtmäßigen* Eigentümer der Dinge, die die Ware Arbeitskraft braucht, um leben zu können. Ihr stellt sich die alternativlose Alternative als freie Wahl: Sie bleibt, was sie ist, reines, mittelloses Arbeitsvermögen; oder sie versucht, sich, ihr Arbeitsvermögen, solange es noch lebendig und funktionsfähig ist, an die rechtmäßigen Besitzer aller Mittel zum Leben zu verkaufen, um in Lohn und Brot und unter ein Obdach zu kommen.

Wer sich nicht verkaufen kann, steht vor dem Nichts. Kann der freie Arbeiter, der Besitzer des von allem entblößten Arbeitsvermögens, dieses ans Unternehmertum verkaufen, dann bleibt er, weil vom Reichtum rechtmäßig ausgeschlossen, arm. Der Lohn, solange es ihn gibt, regelt die Armut so, dass die Ware Arbeitskraft nicht gleich auf das mittellose, obdachlose, arbeitslose, auf das existenzielle Nichts, das ihr Ausgangspunkt ist und lebenslange Grundlage ihres Daseins bleibt, zurückgewor-

⁴ Klassischerweise das »Proletariat«: der Menschenschlag, der nur über das Vermögen, Nachkommenschaft zu zeugen, verfügt. Als Proletarier versteht sich heute niemand mehr. Die »Angestellten« und die so genannte Mittelschicht »am allerwenigsten« (Kracauer 1929). Sie haben ein nicht weniger falsches Bewusstsein ihrer objektiven ökonomischen Lebensstellung in der Welt des kapitalistischen Reichtums als die klassischen Lohnarbeiter. Letztere sind schon länger der Überzeugung, als moderner Mitarbeiter oder Kollege im Unternehmen hätten sie mit dem, was früher einmal Proletariat und Arbeiterklasse hieß, nichts mehr zu tun. Und das, obgleich Mann wie Frau als Ware Arbeitskraft in der Fabrik, im Büro oder auf Achse nichts anderes sind als das zugehörige Einzelatom dieser vermeintlich längst untergegangenen gesellschaftlichen Klasse, die personifizierte Armut eben, die sie verkörpern und alltäglich (re-)produzieren. Die millionenfache Urkatastrophe dieser menschlichen Ware, des Arbeitsplatzes, den sie zwar zeitweilig »besetzen« mag, aber nie besitzt und nie besessen hat, verlustig zu gehen, so ihr Lebensmittel zu verlieren und dem Nichts ins Angesicht zu blicken, stellt die ganze Existenz infrage. Das falsche Bewusstsein infrage zu stellen, gelingt ihr nicht.

fen wird. Aber eben nur, solange es den Lohn gibt. Das existentielle, mittellose Nichts erzwingt, eine Lohn-Arbeit zu finden. Der Lohn und die Lohnarbeit befreien die Ware Arbeitskraft nicht von der Drohung vor dem Nichts, beseitigen nicht das Nichts, sondern bestätigen das Nichts als die existentielle Daseinsbedingung und Last, dem die Ware Arbeitskraft lebenslänglich zu entkommen sucht, und liefern sie dem freien Wechselspiel zwischen Lohn und dem Nichts aus.⁵ So ist die Unsicherheit die treueste Wegbegleiterin der Ware Arbeitskraft.

Mit dem erfolgreichen Verkauf ihrer selbst, mit der Unterschrift unter den Verkaufsvertrag, den der Arbeitsvertrag nach dieser Seite hin darstellt, eröffnet sich für die Ware Arbeitskraft und ihr lebendiges Arbeitsvermögen ein schier grenzenloses Reich von Arbeitspflichten und Leistungsforderungen; für den Eigentümer und Herren des eingekauften Arbeitsvermögens ein schier grenzenloses Reich der Freiheiten, ein »Kommandorecht« (Marx): das arbeitsrechtlich gewährte und geschützte Herrschafts- und Unterwerfungsverhältnis, die eingekaufte Ware zum Zweck des Gewinns und Geschäftserfolges weidlichst zu benutzen und nach allen Regeln der Kunst zu »konsumieren« (Marx). Die arbeitsvertraglich gesicherte »Verwandlung von Lebenszeit in Arbeitszeit« (MEW 23, 674) und der bemerkenswerte Konsum des lebendigen Arbeitsvermögens in der modernen Welt der Arbeit lässt die lohnarbeitende Ware Arbeitskraft bald krank und alt werden, was, wenn nicht schon ihren jähren, doch ihren unaufhaltsamen Abstieg in den Pauperismus einleitet.

Ob der seltsame Verkauf dieser seltsamen Ware gelingt, liegt im freien Ermessen des Käufers: im Ermessen des rechtmäßigen Eigentümers

⁵ Marx hat zum Phänomen, dass die Ware Arbeitskraft auch auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, selbst wenn sie in Lohnarbeit steht, immer, ja »immer prekärer« (MEW 23, 669) »mit einem Fuß stets im Sumpf des Pauperismus« (ebd., 672) sich befindet, das Notwendige dargelegt: Das moderne Zeitarbeiter-, Handlanger-, Tagelöhner-, Leiharbeiterum, sämtliche Formen und Gestaltungen des Massenelends mittels Lohnarbeit verdanken sich, was die ökonomische Seite betrifft, dem »Gesetz der kapitalistischen Akkumulation«. Nicht zu reden von dessen Wirkungen im Weltmaßstab, bei durchgesetztem Weltmarkt und Weltarbeitsmarkt auf die in Ware Arbeitskraft verwandelte, also auf Lohnarbeit angewiesene Weltbevölkerung: Kinder-, Sklaven- und Zwangsarbeit machen nicht von ungefähr einen bedeutenden Teil der globalen Lohnarbeitsverhältnisse aus.

und Besitzers der Mittel zum Leben, des so genannten Arbeitgebers.⁶ Der Gang von Gewinn und Geschäft unterliegt seinerseits dem Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, des »Wachstums« von Reichtum in kapitalistischer Form, dem Gesetz von Schwankungen, Zyklen, Wechselfällen im kleinen und im großen Maßstab am kapitalistischen Standort, auf dem Kontinent und weltweit. Das inzwischen planetarische Gesetz dieser Wechselfälle entscheidet, wo, ob, in welchem Umfang, wie lange und welcher Art Arbeitsvermögen aus dem weltweiten, »stets bereiten exploitablem Menschenmaterial« vom Unternehmertum gebraucht, also »attrahiert« (Marx) und aufgesaugt oder nicht gebraucht, also »repulsiert« (Marx) und freigesetzt wird. Von diesem Gesetz hängt das freie Wechselspiel von virtuellem und realem Pauper, von existentieller, lohnarbeitender und größter Armut ab.

Der moderne Staat als Sachwalter seines Standortes, in den er seine Gesellschaft zum Zweck des Wachstums verwandelt hat, sorgt als sozialer Staat dafür, dass die Ware Arbeitskraft in ihrer Armut als Mittel von Gewinn und Geschäft ihre standort- und wachstumsnützliche Funktion bewahrt. Der – auch zyklisch-krisenbedingte – Pauperismus seinerseits soll, wenn schon nicht mehr verwertbar fürs Geschäft, in das kapitalistische Gemeinwesen so integriert sein, dass er den Gang der Geschäfte und staatliches Handeln nicht weiter stört.

Auf diese Weise erhält sich der soziale Staat sein »stets bereites exploitablem Menschenmaterial«, das neben seiner ökonomischen Hauptbeurteilung als »Humanressource« oder »Humankapital«, eben als Ware Arbeitskraft, auch als *politisch* exploitables, nationales Menschenmaterial für den Erfolg der Nation zur Verfügung steht. Marx hat die Folgen der kaiserlichen Botschaft nicht mehr kennenlernen können. Den Elementarbereich des Sozialstaates und seines Grundes hat er geliefert: die Einsicht, dass nicht die Abschaffung, sondern die Erhaltung der Armutsrolle, die die Ware Arbeitskraft spielt, auf der sozialstaatlichen Agenda steht. Die Beseitigung von kapitalistischem Reichtum, von Wachstum, Zyklen und Krisen, von Armut und Pauperismus ist nicht vorgesehen, weder als verfassungsrechtlicher noch sozialstaatlicher Auftrag. Im Gegenteil: Als »ideeller Gesamtkapitalist« (Engels) verwandelt der moderne Staat die

⁶ Auch das hat Marx längst klargestellt: dass, näher besehen, die ökonomische Figur des »Arbeitgebers« etwas anderes tut, als Arbeit zu geben; sie nimmt die Arbeit, die der »Arbeitnehmer« gibt (vgl. Marx 1974).

Gesellschaft in einen (Wirtschafts-, Kapital-, Investitions-)Standort, damit die Ware Arbeitskraft ihrer Berufung gemäß »Wachstum« hervorbringt, ohne dass die vielgestaltige Armut der lohnarbeitenden wie der arbeitslosen Ware Arbeitskraft dem Ganzen zur Last wird. Hat sich seit Marx' Kritik der politischen Ökonomie vor 150 Jahren am Dargelegten etwas geändert?

3. Standort und Sozialstaat

»Der Weg in die Zukunft: Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen... Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es einer globalen Strategie.«
Europäischer Rat, Lissabon-Strategie, 2000

»Europa wird weiterhin davon profitieren, dass es zu den weltweit offensten Wirtschaftssystemen gehört, doch wird der Wettbewerb der entwickelten und der Schwellenländer härter. Länder wie China und Indien investieren stark in Forschung und Technologie, um höherwertige Produkte herzustellen und in die Weltspitze vorzudringen. Dies setzt einige Bereiche unserer Wirtschaft unter Wettbewerbsdruck.«
Europäische Kommission, Strategie Europa 2020, 2010

Die Maßnahmen des modernen ideellen und reellen Standortverwalters als Sozialstaat haben die Ware Arbeitskraft dem nationalen Geschäft und Wirtschaftswachstum erhalten, die zyklische und nichtzyklische Armut, die legendäre »soziale Frage« verewigt. Mittels Gewerkschaften, sozialen Dialogs und sozialer Partnerschaft hat der moderne Staat als Sozialstaat der Ware Arbeitskraft den Nebenberuf des politisierten Staatsbürgers seines Landes zugewiesen und *sich* ein – den kapitalistischen und weltpolitischen Fortschritten historisch angemessenes – auch *politisch* »exploitables Menschenmaterial« verschafft. Als dieser politisierte Bürger seines Landes hat die Ware Arbeitskraft zu allen Zeiten unter millionenfachem Einsatz ihres Lebens den führenden Nationen die Freiheit gegeben, in nicht enden wollenden Kriegen, davon in zwei aus-

gewachsenen Weltkriegen,⁷ das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, des kapitalistischen Wachstums und Reichtums und der damit ins Werk gesetzten Verwandlung der Menschheit in Ware Arbeitskraft zum herrschenden Prinzip zu machen.

Die so verwandelte Menschheit versucht nunmehr sich auf dem durch Gewalt in allen nur erdenklichen Formen und Eskalationsstufen hergestellten Welt(arbeits)markt zu verdingen. Die erfolgreichen Kriege der kapitalistischen Führungsnationen zur Durchsetzung des Gesetzes der Akkumulation und des Weltmarktes haben die Verewigung der Unterwerfung der Menschheit unter das Kapital und seine zyklischen Wechselfälle und die Verewigung der sozialen Frage im Weltmaßstab der Menschheit aufgeherrscht; und sie haben dafür gesorgt, dass die Weltmarkt-, Wachstums- und Standortkonkurrenz zwischen Staaten, Nationen und ganzen Kontinenten universalisiert und zum durchschlagenden, zum herrschenden politökonomischen Gesetz der Welt herangereift ist. Das bewegt die führenden und weniger führenden Veranstalter des Ganzen zu immer neuen *Globalstrategien*, um *Weltspitze* zu bleiben oder *Weltspitze* zu werden.

Die seit der Truman-Doktrin geltende Pax Americana hat, einvernehmlich mit ihren NATO- und sonstigen Bündnispartnern, diese politökonomische Universalisierung mittels einer entsprechenden Weltwirtschafts- und Weltfriedensordnung, die durch Völkerrecht, Diplomatie, Erpressung, Krieg, Gewalt, Folter und Terror stets den konkreten Um-

⁷ Der vorerst letzte Weltkrieg brachte für die eher im Norden Europas beheimateten Führungsnationen das Ergebnis, dass ihre Ware Arbeitskraft auf den Schlachtfeldern nachhaltig dezimiert wurde. So griffen diese Nationen im Interesse des kapitalistischen Wachstums und ihres nationalen Erfolgs in der politökonomischen Konkurrenz unter- und gegeneinander auf die süd- und außereuropäische industrielle Reservearmee zu, wodurch die »soziale Frage« die Gestalt der »Gastarbeiterfrage« annahm: Die importierte Ware Arbeitskraft machte als Handlanger der neuen kapitalistischen Akkumulation, auch »Wirtschaftswunder« genannt, tatsächlich die »Drecksarbeit«, für die sie durch die diversen Abkommen zwischen Aufnahme- und Herkunftsstaaten vorgesehen war und importiert wurde. Seitdem gibt es die Dritte Welt in den Vororten, nunmehr angereichert durch alle möglichen »Schattierungen« (Marx) der industriellen Reservearmee inländischer, eingeborener Ware Arbeitskraft.

ständen anzupassen⁸ ist, zur Vollendung gebracht, vorläufig endgültig nach dem Ende des Ostblocks. Die sozialstaatliche Integration und Politisierung der Ware Arbeitskraft hat mit der erfolgreichen Universalisierung der globalen Konkurrenz zwischen nationalen und kontinentalen Standortkollektiven und ihren jeweiligen Globalstrategien die Selbstkritik des Staates als Sozialstaat eingeleitet. Als moderner Sozialstaat trägt er der universalisierten Konkurrenz um kapitalistische Akkumulation auf die Weise Rechnung, dass er sich »modernisiert« und »umbaut«: Die sozialstaatlich inszenierte Verbilligung der Ware Arbeitskraft auf allen Ebenen des Standortes stellt eine attraktive Willkommenskultur für investitionsfreudige Kapital- und Reichtumsakkumulation her. Der klassischen kapitalistischen Armut und Verelendung der Ware Arbeitskraft fügt der Sozialstaat die *politische* Armuts- und Verelendungskarriere, den *politisch* hergestellten Pauperismus, hinzu: als politisch verwaltetes »Invalidenhaus« (Marx). *Das* konnte Marx damals nicht wissen und voraussehen.

⁸ Die jeden Erdenwinkel umfassende Durchsetzung und die immer erneuerten und zu erneuernden kriegsträchtigen Anpassungen dieser Weltwirtschafts- und Weltfriedensordnung mit den menschlichen, ökonomischen, ökologischen und politischen Verwüstungen, die sie in jedem Winkel hinterlassen, sind der alles beherrschende Grund für die »neuen« Kriege und die fundamentalistischen Bewegungen, für die so genannten Fluchtursachen und das sogenannte Weltflüchtlingsproblem, für das tausendfache Ertrinken der Fliehenden im Mittelmeer und für die sonstigen humanitären Katastrophen weltweit.

4. Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert

»Die Frage, ob der für diese Kategorien von Ballastexistenzen notwendige Aufwand nach allen Richtungen hin gerechtfertigt sei, war in den verflossenen Zeiten des Wohlstandes nicht dringend; jetzt ist es anders geworden, und wir müssen uns ernstlich mit ihr beschäftigen. Unsere Lage ist wie die der Teilnehmer an einer schwierigen Expedition, bei welcher die größtmögliche Leistungsfähigkeit Aller die unerläßliche Voraussetzung für das Gelingen der Unternehmung bedeutet, und bei der kein Platz ist für halbe, Viertels und Achtels-Kräfte. Unsere deutsche Aufgabe wird für lange Zeit sein: eine bis zum höchsten gesteigerte Zusammenfassung aller Möglichkeiten, ein Freimachen jeder verfügbaren Leistungsfähigkeit für fördernde Zwecke.«

Karl Binding/Alfred Hoche, 1920

Die gut 100-jährige Leistung des ideellen Gesamtkapitalisten als sozialer Staat hat mit der Erhaltung der Ware Arbeitskraft als »stets bereites exploitables Menschenmaterial« *ökonomisch* für die existentielle Armut und Pauperismus produzierende kapitalistische Akkumulation und *politisch* für die Nationalisierung dieser Ware im Blick auf Staat und Nation gesorgt. Nicht die Beseitigung, die Verewigung von klassischer, alter und neuer Armut in allen Formen und »Schattierungen« (Marx), die Fortsetzung der alten in allen neuen sozialen Fragen ist darin vorgesehen und eingeschlossen. Die weltpolitisch gelungene Universalisierung der kapitalistischen Akkumulation zum geltenden ökonomischen Gesetz hat die Konkurrenz globalisiert und die Menschheit in Ware Arbeitskraft verwandelt.

Die globalisierte Konkurrenz bringt, gleichsam naturgesetzlich, eine »Zeit, wo viele Tausende auf dem Pflaster liegen« (MEW 23, 671), hervor und einen bald 100 Jahre währenden politischen Standpunkt, dem sich unzählige Mitglieder der inländisch-eingeborenen Ware Arbeitskraft auch nicht verschließen mögen: den Standpunkt, der – ganz im Gegensatz zu Marx – Staat und Gesellschaft daraufhin betrachtet, wie viele für die kapitalistische Akkumulation nutzlose und damit überflüssige »Ballastexistenzen«, auch in Gestalt von Flüchtlingen, sich die Nation überhaupt leisten will; wie also mit dem »Asphaltmenschentum der Weltstädte« (Rosenberg 1930), mit dem »Abschaum« (Sarkozy 2005), verfahren werden soll.

Der moderne Sozialstaat im 21. Jahrhundert setzt nicht auf Vernichtung, sondern auf eine auch in allergrößter Armut stattfindende staatlich gewährte Überlebensgarantie: auf die standortnützliche Verewigung, erpresserische Disziplinierung und Verbilligung dieser überflüssigen Teile der Ware Arbeitskraft im Dienste des Gelingens der nationalen Aufgabe bei ihrer »schwierigen Expedition«. Marx hingegen hielt fest, dass daheim und im Weltmaßstab gilt: »Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.« (MEW 23, 675). Dies ist nach Marx »das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation« (ebd., 674), das es nicht gäbe, auch nicht in Begleitung einer sozialstaatlichen Bewahrung und Betreuung, wenn die Ware Arbeitskraft es mitsamt dem ganzen Kapitalverhältnis nicht alltäglich und mit falschem Bewusstsein produzierte und reproduzierte. So ist auch die Lohnarbeit und Lohnabhängigkeit, ja selbst die vielgestaltige Armut weltweit und zuhause, »ihr eigenes Produkt«.

Literatur

- Binding, Karl/Hoche, Alfred (1920): Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens – Ihr Maß und ihre Form. Leipzig.
- Butterwegge, Christoph (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates. Wiesbaden.
- Heitmeyer, Wilhelm (2005): »Wir brauchen Grenzgänger« – Interview mit dem Sozialwissenschaftler W. Heitmeyer. In: Die Zeit, Nr. 46, 2005.
- Henle, Manfred (2006): Soziale Krise und Sozialstaat. In: Praxis Politische Bildung, Nr. 1, 2006, S. 51-53.
- Kracauer, Siegfried (1971): Die Angestellten. (Erstausgabe 1929) Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf 1857-1858). Berlin.
- Marx, Karl (1972): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – Einleitung (1844). Berlin (zit. als MEW 1).
- Marx, Karl (1974): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses (geschrieben 1861-1863). Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1977): Das Kapital. Bd. I. (Erstausgabe 1867) Berlin (zit. als MEW 23).

- Rosenberg, Alfred (1930): Der Mythos des 20. Jahrhunderts – Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltungskämpfe unserer Zeit. München.
- Sartre, Jean-Paul (1995): Die Dritte Welt beginnt in den Vororten (1970). In: ders., Plädoyer für die Intellektuellen – Interviews, Artikel, Reden 1950-1973, Hamburg, S. 302-306.
- Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München.

Internetquellen

- Kaiser Wilhelm I. (1881): http://de.wikipedia.org/wiki/Kaiserliche_Botschaft
- Europäischer Rat, Lissabon-Strategie (2000): www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm
- Europäische Kommission, Strategie Europa 2020 (2010): http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

Johannes Schillo

Das Kapital im 19., 20. und 21. Jahrhundert

Thomas Piketty und die neuere Armutsforschung

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte im »Westen«, also dem Weltteil, der sich zum *american way of life* und der Freiheit des Kapitals bekannte, eine wirtschaftliche Sonderkonjunktur. In Thomas Pikettys monumentaler Studie über »Das Kapital im 21. Jahrhundert« (2014a) ist dieser Tatbestand noch einmal ausführlich gewürdigt worden. Nach den Verwüstungen durch Krieg und Krise und dank der sozial- und steuerpolitischen Eingriffe kam es schon im Zweiten Weltkrieg zu einer staatlichen Regulierung der Privatwirtschaft, was die Grundlage für einen konjunkturellen – als »Trente Glorieuses«, »Rheinischer Kapitalismus« oder »Wirtschaftswunder« in die Annalen eingegangenen – Aufschwung legte und so die Illusion eines nachhaltigen, krisenfesten Wachstums bestärkte. Parteiliche, an Schönfärbung interessierte Sozialwissenschaftler leiteten daraus, wie Piketty minutiös belegt, die These einer allgemeinen kapitalistischen Prosperität ab, die über kurz oder lang auch den kleinen Leuten, die auf abhängige Beschäftigung angewiesen sind, zugute kommen sollte.

Dass dies eine Täuschung, ja eine zielstrebig verbreitete Lüge war, dass sich zum Ende des 20. Jahrhunderts wieder die bekannte extreme Ungleichheit eingestellt hat, die den Kapitalismus vor der Sonderphase von 1915 bis 1945ff. kennzeichnete, ist der Beweiszweck von Pikettys Studie. Sie hat zwar neben der breiten Zustimmung einigen Unmut bei Experten und Politikern hervorgerufen, am Zahlenwerk selbst gab es aber keine haltbaren Zweifel (vgl. die Bilanz der Kritikpunkte bei Kaufmann/Stützle 2015, 61-71, sowie die zusätzlichen Zahlen bei Bischoff/Müller 2015). Mit seiner Position steht Piketty nicht allein. Im Gegenteil, er bewegt sich im Mainstream einer seit den 1990er Jahren neu forcierten Sozialforschung (vgl. Huster u.a. 2008), die sich der Armut, Ausgrenzung und wachsenden sozialen Ungleichheit in den kapitalistischen Gesellschaften annimmt und die auch Konsequenzen für eine staatliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung – in Deutschland seit der rot-grünen Regierung – gehabt hat.

1. Armut – negiert, ignoriert und wiederentdeckt

Die Ende der 1990er Jahre entdeckte »Rückkehr der sozialen Frage« (Klönne 1998) beendete eine Phase, in der das Armutsproblem – im wissenschaftlichen und öffentlichen Mainstream – abgestritten oder ignoriert worden war. Im so genannten Rheinischen Kapitalismus beschwor die marktwirtschaftliche Apologetik mit Vorliebe die »Wohlstands-« oder »Mittelstandsgesellschaft«, die an die Stelle der früher beklagten Klassengesellschaft getreten sei. Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer hat in seiner Bekenntnisschrift »Das soziale Modell«, die sich gegen die neu aufgekommene Kapitalismuskritik der 68er-Bewegung richtete, dieser Apologetik ein würdiges Denkmal gesetzt. Dass die auf den Markt angewiesene Menschheit sich mit ökonomischen Notlagen oder Zwängen konfrontiert sehe, könne »immer nur durch Störung des marktwirtschaftlichen Systems von außen eintreten – es handelt sich nicht, wie eine marxistische Krisenmythologie glauben machen möchte, um die dialektische Erzeugung eines Widerspruchs durch das System selbst. Denn die Marktwirtschaft tendiert, ihrem inneren Gesetz folgend, nie zum Warenmangel, sondern machtvoll zum Überfluß.« (Schleyer 1974, 87) Das Thema Armut spielte bei Schleyer so gut wie keine Rolle. Ausnahmsweise kam es beim Systemvergleich zur Sprache, wo der Blick auf die sozialistischen Staaten fiel, in denen »das Lebensniveau weit unter dem der demokratischen liegt« (ebd., 89).

Es ist schon bemerkenswert, dass der Massenwohlstand des Westens durch den Vergleich mit behaupteten oder vorhandenen Elendslagen, die sich sonst noch auf dem Globus finden lassen, beglaubigt werden musste. Mit dem Vergleich war aber der Zeitgeist durchaus getroffen. Gemessen an den erbärmlichen Verhältnissen in Krieg und unmittelbarer Nachkriegszeit, sollte sich Otto Normalverbraucher wie in einem Wunderland vorkommen. Der kurze Hinweis auf die vergleichsweise schlechter Gestellten genügte Schleyer; soziale Ungleichheit, die Klage darüber, dass die kleinen Leute zu wenig vom großen Kuchen abbekommen, wurde nur gestreift, um das Thema ad acta zu legen. »Halten wir uns nicht zu lange dabei auf, daß die hinter dieser Argumentation stehende Lohntheorie falsch und wissenschaftlich längst erledigt ist.« (Ebd., 89)

Worauf die Behauptung von der falschen Lohntheorie zielte, lässt sich exemplarisch am Thema »Verelendung« ablesen. Neben der Krisen- galt ja die Verelendungstheorie im Nachkriegskapitalismus als endgültig er-

ledigt; der Augenschein des wachsenden marktwirtschaftlichen Überflusses sollte, wie Schleyer demonstriert, einen weiteren Diskurs erübrigen. Welchen Stellenwert »Verelendung« in der damaligen Diskussion hatte, lässt sich auch an einer entgegengesetzten Position studieren, nämlich am Beispiel des Marxisten Roman Rosdolsky, der 1968 seine große Studie »Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ›Kapital‹« vorlegte. In einem Anhang »Zur kritischen Würdigung der Marxschen Lohntheorie« ging Rosdolsky auf die ebenso unter Marxisten geführte Verelendungs-Debatte ein und stellte dabei klar, was mit dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation gemeint ist, das Marx im 23. Kapitel des ersten Bands des »Kapital« entwickelt hat. Rosdolsky erinnerte daran, dass Marx nicht wie Lassalle ein »ehernes Lohngesetz« postuliert, demzufolge die Arbeiter für immer auf das physische Existenzminimum, auf den Umkreis der notwendigsten Lebensmittel, festgelegt seien. Marx bezieht z.B. ausdrücklich den im Akkumulationsprozess des Kapitals auftretenden Fall mit ein, dass Erweiterung der Produktion stattfindet, daher weitere Arbeitskräfte eingestellt werden, die Nachfrage nach Arbeit also steigt und die Verhandlungsposition der Arbeiter sich verbessert. Unter solchen »günstigsten Akkumulationsbedingungen« kleide sich das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter vom Kapital in »erträgliche Formen«, heißt es dazu (MEW 23, 645).

Marx fährt fort (ebd., 645f.): »Statt intensiver zu werden mit dem Wachstum des Kapitals, wird es nur extensiver, d.h. die Exploitations- und Herrschaftssphäre des Kapitals dehnt sich nur aus mit seiner eigenen Dimension und der Anzahl seiner Untertanen. Von ihrem eignen anschwellenden und schwellend in Zusatzkapital verwandelten Mehrprodukt strömt ihnen ein größerer Teil in der Form von Zahlungsmitteln zurück, so daß sie den Kreis ihrer Genüsse erweitern, ihren Konsumtionsfonds von Kleidern, Möbeln usw. besser ausstatten und kleine Reservefonds von Geld bilden können. So wenig aber bessere Kleidung, Nahrung, Behandlung und ein größeres Peculium [= übereignetes Vermögen, J.S.] das Abhängigkeitsverhältnis und die Exploitation des Sklaven aufheben, so wenig die des Lohnarbeiters. Steigender Preis der Arbeit infolge der Akkumulation des Kapitals besagt in der Tat nur, daß der Umfang und die Wucht der goldnen Kette, die der Lohnarbeiter sich selbst bereits geschmiedet hat, ihre losere Spannung erlauben.« Das zeigt, dass die Marxsche Lohntheorie die Möglichkeit a) von steigenden Löhnen und b) einer Erweiterung des Lebens-, d.h. Konsumstandards der Arbei-

terhaushalte kennt und in der Erklärung berücksichtigt. An der dauerhaft und unveränderlich niedrigen Lohnhöhe, die das Proletariat kategorisch vom jeweils aktuellen Sortiment der Konsumartikel ausschließt, macht Marx jedenfalls seine Theorie der Ausbeutung nicht fest.

Im Anschluss an die zitierte Stelle resümiert Marx seine Erklärung des kapitalistischen Verwertungsprozesses im »Kapital«. Sie besagt in Kurzform: Kapital kauft Arbeit und nimmt sie in den Dienst, nicht um ein persönliches Bedürfnis des Käufers zu befriedigen; Zweck ist vielmehr die Verwertung des Kapitals, indem Waren produziert werden, die mehr Arbeit enthalten, als der Käufer zahlt. Dieser erwirbt mit seinem Einkauf, der alle weiter gehenden Ansprüche der anderen Seite erledigt, das Kommando über die Arbeit, um diese dann länger als für die Reproduktion ihrer Lebensmittel nötig arbeiten zu lassen, wobei er die Länge des Arbeitstags am liebsten bis zum Maximum ausdehnen würde. Auf den Wertteil, der den Arbeitgeber, d.h. den Anwender der eingekauften Ware Arbeitskraft, nichts kostet und der dennoch durch den Warenverkauf realisiert wird, kommt es ihm an. »Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei ist das absolute Gesetz dieser Produktionsweise. Nur soweit sie die Produktionsmittel als Kapital erhält, ihren eigenen Wert als Kapital reproduziert und in unbezahlter Arbeit eine Quelle von Zuschusskapital liefert, ist die Arbeitskraft verkaufbar. Die Bedingungen ihres Verkaufs, *ob mehr oder minder günstig für den Arbeiter* [Hervorh. J.S.], schließen also die Notwendigkeit ihres steten Wiederverkaufs und die stets erweiterte Reproduktion des Reichtums als Kapital ein.« (Ebd., 647)

Rosdolsky referiert diese Überlegungen von Marx zur »relativen Lohntheorie« und deren klare Wendung gegen das Lassallesche Dogma vom »ehernen Lohngesetz«, um dann auf den strittigen Punkt der Produktion einer »industriellen Reservearmee« und damit der »Verelendung« der Arbeiterklasse zu kommen. Er bezieht sich auf die zentrale Stelle, an der Marx das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation zusammenfasst: »Innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehn sich alle Methoden der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Po-

tenzen des Arbeitsprozesses im selben Maße, worin Letzterem die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt wird; sie verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit, schleudern sein Weib und Kind unter das Juggernaut-Rad des Kapitals. Aber alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation, und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, *welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig* [Hervorh. J.S.], sich verschlechtern muß. Das Gesetz endlich, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation in Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert«. (Ebd., 675).

Diese Klarstellung des Gesetzes ist eindeutig. Doch Rosdolsky hat gewisse Schwierigkeiten, die Verelendungstheorie, die Erklärung der Elendsakkumulation, die hier in ihrer Originalfassung vorgetragen wird, mit der kapitalistischen Realität – im Verlauf der hundert Jahre, die seit Erscheinen des »Kapital« vergangen sind – in Einklang zu bringen. Rosdolsky ergänzt, das Gesetz sei zwar klar und schlüssig, doch habe sich Marx immer wieder auf die »trostlos scheinende Lage der europäischen Arbeiterschaft in den 40er bis 60er Jahren« des 19. Jahrhunderts bezogen und hier kaum Veränderungen erwartet (Rosdolsky 1972, 359). Alle Sozialisten jener Zeit beurteilten demnach »die Perspektive einer nennenswerten Besserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft im Kapitalismus sehr pessimistisch«, neigten zu einer Verelendungstheorie im Sinne eines stagnierenden oder sinkenden Lohnniveaus. »Auch Marx stand natürlich im Banne dieser empirischen Tatsache.« Rosdolsky behandelt solche Trendaussagen im abschließenden Abschnitt »Das Körnchen Wahrheit in der ›Verelendungstheorie«« (ebd., 360ff.). Er konstatiert: Es gibt eine gewisse Schwierigkeit, die Hebung des Lebensstandards der Arbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem »Vorhandensein starker Ver-

elendungstendenzen im Kapitalismus von heute« (ebd., 361) in Übereinstimmung zu bringen. Rosdolsky verweist deshalb darauf, dass die günstigen Beschäftigungsbedingungen nur in einigen Zentren der kapitalistischen Akkumulation gegeben seien. Solche Hinweise sind durchaus zutreffend. Doch wirkt das Ganze heutzutage etwas umständlich. Rückblickend erscheint es natürlich als Scheinproblem, denn die Zweifel an der negativen Sozialprognose sind mittlerweile durch die empirische Forschung – schlussendlich durch Pikettys Studie – ausgeräumt. Der Tatbestand von Verelendung, von prekärer Beschäftigung, von Arbeit, die ihren Mann oder ihre Frau nicht ernährt (»Working Poor«), von ausufernden Niedriglohnssektoren und einem »abgehängten Prekariat« ist ja offizielles Sorgethema geworden.

Zur Verdeutlichung sei noch einmal auf den Kern der Marxschen Erklärung eingegangen, die sich nicht auf eine Prognose zur Lohnentwicklung bezieht und auch nicht mit speziellen Niedriglöhnen argumentiert. Dies ist auch deshalb wichtig, weil bei Piketty (siehe unten) nur eine verballhornte Fassung der Marxschen Akkumulationstheorie geboten wird. Marx entwickelt das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation im Anschluss an die Abschnitte über den relativen Mehrwert und den Lohn. Das Kapital, das das Kommando über die Arbeit eingenommen hat und den Arbeitstag maximal auszudehnen versucht, ist bei der relativen Mehrwertproduktion mit der Tatsache konfrontiert, dass der Kampf um den gesetzlichen Arbeitstag mit der Festlegung einer Obergrenze geendet hat, die die Verlängerung der Mehrarbeit beschränkt. Steigerung des Mehrwerts geht nun nicht mehr durch die Ausdehnung der Mehrarbeitszeit, sondern nur dadurch, dass im Verhältnis von Mehr- und notwendiger Arbeit letztere reduziert wird. Wenn diese auf ein Minimum sinkt, wenn also die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft verringert werden können, da der Arbeitsaufwand fürs Verfügbarmachen der nötigen Konsumtionsmittel abnimmt (ein Konsum übrigens, der laut Marx ein historisches und moralisches Element einschließt und nicht aufs Existenzminimum reduziert ist), lässt sich die Mehrwertrate maximieren.

Dieses Verhältnis von bezahlter und unbezahlter, von notwendiger und Mehrarbeit verändert sich dadurch, dass die Produktivkraft der Arbeit gesteigert wird. Die notwendigen Lebensmittel lassen sich mit immer geringerem Arbeitsaufwand herstellen; seit dem 19. Jahrhundert hat hier eine regelrechte Explosion der Produktivität stattgefunden; im Grunde ent-

fallen heute, wie auch von Wirtschaftsinstituten errechnet wird, auf die Produktion der benötigten Konsumartikel nur noch einige Lohnminuten. Dass sich die Kapitalisten um die Produktivität der Arbeit kümmern, hat natürlich nichts damit zu tun, dass sie sich für die Mehrwertrate interessieren; solche Überlegungen zum Ursprung des Mehrwerts liegen außerhalb betriebswirtschaftlicher Kalkulationen. Ein Unternehmer stellt eine andere Überlegung an, nämlich eine Kostenrechnung. Spart der Einsatz von Maschinerie Lohnkosten, kann man in der Konkurrenz der Anbieter einen Extraprofit erzielen. Mit gesenkten Lohnstückkosten kann man die Ware zum selben Preis wie die anderen Verkäufer anbieten und realisiert damit einen höheren Gewinn; ja man kann sogar mit einem gesenkten Verkaufspreis in den Kampf um Marktanteile eintreten, ohne dass dies automatisch den Extraprofit zum Verschwinden bringen würde.

Bei Marx wird also weder der technische Fortschritt, inklusive Produktinnovation, ausgeklammert noch eine beständige Lohnsenkung vorausgesagt. Bei ihm geht es vielmehr darum, dass vom technischen Fortschritt, den das Kapital in die Arbeitswelt einführt, bei denjenigen, die für Lohn die Arbeit tun müssen, kein Vorteil ankommt. Und das ist nur logisch in einer Wirtschaftsordnung des Privateigentums. Denn erstens gehört hier die Produktivkraft der Arbeit demjenigen, der sie gekauft hat; im Lohn ist alles entgolten, was der arbeitende Mensch an Ansprüchen gegenüber der Produktion geltend machen kann. Zweitens ist Kostenentlastung ja genau der Zweck und das Kriterium der Maßnahmen, mit denen das Kapital die Ergiebigkeit der Arbeit steigert. Das Ergebnis der Produktivitätssteigerung heißt: »Weniger vom geschaffenen Eigentum, das im Marktpreis der Ware sein Maß hat, geht als Lohnstückkost an den Arbeiter. Es ist keine zusätzliche Gemeinheit, sondern das Prinzip dieses Fortschritts, dass die Steigerung des Outputs die bezahlten Kräfte nicht erreicht. Die bleiben mit der Arbeit, die für den Unternehmensgewinn notwendig ist, und der Vergütung dafür, die sich nach derselben Notwendigkeit richtet, von einem immer gewaltigeren Reichtum ausgeschlossen; der Anteil an der gesellschaftlichen Zahlungsfähigkeit, über den sie mit ihren zusammengezählten Lohnstückkosten verfügen, sinkt mit dem Produktivitätswachstum.« (Wirth/Möhl 2014, 68)

Wachsender Ausschluss von den gesteigerten Möglichkeiten, die Menschheit rasch mit dem Nötigen und allerlei Luxus obendrein zu versorgen – das ist die Verarmungs- oder Verelendungstendenz, die Marx im Kapitalismus ausgemacht hat. Diese Tendenz schließt die systematische

Produktion der absurden Figur des Arbeitslosen ein: In einer Welt, in der der Wert der Waren das herrschende Prinzip ist und die Devise »arbeiten oder arbeiten lassen« heißt, wird durch die Entwicklung der Produktivität Arbeit beständig überflüssig gemacht. Wer von diesem Trend betroffen ist, hat jedoch kein Glück, sondern wechselt, wie hundert Jahre Arbeitslosenversicherung in Deutschland zeigen (vgl. Butterwegge 2014), auf die Schattenseite der als hocheffizient gelobten Wirtschaftsordnung. Hier treten dann Armutsverhältnisse auf, die inzwischen alle Welt ent-rüsten und die Beobachter an andere Zeiten erinnern oder eben an Welt-gegenden, die es in der globalisierten Marktwirtschaft auch noch gibt und die sowieso als Elendsgebiete geführt werden. Diese Tendenz aber – das ist der entscheidende Punkt – geht auf den grundlegenden Sach-verhalt zurück, dass Arbeit zwar den Reichtum im Kapitalismus schafft, dass sie aber nicht über ihn verfügt. Lohnarbeit heißt Ausschluss von der Welt der Gebrauchswerte, also von ihrem eigenen Werk, zu dem ihr nur im Rahmen der per se beschränkten Entgelthöhe ein Zugang er-möglicht wird.

Diese Grundbedingung der Armut hat Marx im »Kapital« erschöpfend erforscht, und am grundsätzlichen Verhältnis hat sich bis heute nichts geändert. Ob der Lohn überhaupt oder einzelne Lohngruppen das eine Mal stärker leiden und das andere Mal mehr für sich herausholen kön-nen, fügt dem nichts Neues hinzu. Ob jetzt »Fordismus« herrscht, in dem Arbeiterhaushalte neue Konsumgüter, im Laufe der Zeit sogar das Automobil kennenlernen, oder »Postfordismus«, wo man ein Mobiltele-phon im Gegenwert eines Gebrauchtwagens mit sich herumträgt, ist ohne Belang. Entscheidend ist die Frage, ob es diesen Gegensatz von Arbeit und Reichtum gibt, wie ihn Marx in seiner Kritik der politischen Öko-nomie ermittelt hat.

2. Die »Rückkehr der sozialen Frage«

1998 legte die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, ein Zusammen-schluss von DGB und Deutschem Volkshochschul-Verband, den Sam-melband über die »Rückkehr der sozialen Frage« vor (vgl. Klönne 1998). Die dort im Blick auf die Aufgabe politischer Bildung diskutierte Dia-gnose, dass sich der Gegensatz von Kapital und Arbeit, der angeblich im sozialstaatlichen Ausgleich des westdeutschen Wirtschaftswunders auf-

gelöst worden war, wieder in massiver Form und mit der Konsequenz eines Verelendungsprozesses bemerkbar mache, stellte damals noch eine Minderheitenposition dar. 15 Jahre später, nach vier regierungs-offiziellen Reichtums- und Armutsberichten, ist die Diagnose eher All-gemeingut. Paul Nolte, ein neoliberaler Vordenker der Berliner Repu-blik, konstatierte schon 2006 in seiner Studie über »die Deutschen und den neuen Kapitalismus« die unübersehbare Zunahme der Armut in den westlichen Gesellschaften und hielt speziell für die Bundesrepublik fest, dass der soziologische Traum von der »nivellierten Mittelstandsgesell-schaft«, die Helmut Schelsky in den 1950er Jahren diagnostizierte, aus-geträumt sei: »In vieler Hinsicht haben wir uns von der Mittelschicht-gesellschaft wieder in die Richtung einer Klassengesellschaft bewegt.« (Nolte 2006, 133)

Einschlägige Berichte auf nationaler wie internationaler Ebene häu-fen sich seitdem. Ein Beispiel für viele: Nach den letzten Berechnungen vom Februar 2015 ist die Armutsquote in Deutschland auf ein Rekord-niveau gestiegen. Im Jahr 2013 waren 12,5 Millionen Menschen oder 15,5% der Bevölkerung von Armut bedroht, so die neue Studie des Pa-ritätischen Wohlfahrtsverbands zur Armutsentwicklung. Der Informati-onsdienst Wirtschaftspolitik aktuell 4/15 der Gewerkschaft ver.di (www.wipo.verdi.de) fasst die Studie so zusammen: »Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen öffnet sich immer weiter... Gleich-zeitig werden die Reichen immer reicher. Nach jüngsten Studien besit-zen die reichsten zehn Prozent inzwischen rund 70 Prozent des gesamt-ten Vermögens, das reichste Prozent allein ein Drittel – Tendenz weiter steigend.«¹ Wie gesagt, das ist keine Enthüllung von marxistischer Sei-te, dies wird von anerkannter Sozialwissenschaft ermittelt, wobei aller-dings – das haben die regierungs-offiziellen Berichte gezeigt – die Poli-tik auf die Auswahl der Forscher, die Anlage der Berichterstattung und die Präsentation der Ergebnisse Einfluss nimmt. Solche Versuche der Be-

¹ Die NGO Oxfam International nimmt das Weltwirtschaftsforum in Davos regelmäßig zum Anlass, die neuesten Zahlen zum Thema soziale Ungleichheit zu veröffentlichen. Anfang 2015 meldete Oxfam, dass bereits im Jahr 2016 nur 1% der Bevölkerung mehr Vermögen besitzen wird, als der Rest der Welt zusam-mengenommen. Eine weitere Berechnung zeigt, dass sich das Vermögen der 80 reichsten Menschen zwischen 2009 und 2014 verdoppelt hat und dieser Personen-kreis genauso viel besitzt wie die ärmeren 50% der Weltbevölkerung zusammen. Siehe: www.oxfam.de/informieren/soziale-ungleichheit#nachricht-21937.

schönigung sind freilich, da sie sich leicht aufdecken lassen, harmloser als das grundsätzlich beschönigende Vorgehen der staatlich beauftragten Forscher, die Armut als ein (allerdings wachsendes) Randphänomen der Gesellschaft betrachten. Die Beschönigung geschieht vor allem auf zwei Wegen. Erstens wird der Blick auf Randgruppen gerichtet, also auf diejenigen, die aus dem Beschäftigungssystem herausgefallen sind. So hält auch die neueste Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands fest, dass insbesondere Erwerbslose, Alleinerziehende und Kinder sowie zunehmend Rentner von Armut betroffen sind. Zweitens hat sich ein »Lebenslagenkonzept« durchgesetzt, demzufolge es sehr darauf ankommt, ob Menschen mit dem »Armutrisiko« angemessen umgehen oder Fehler in ihrer Lebensführung machen; das geringe Einkommen soll dabei nur als ein Faktor unter anderen wirken. Beide Ansätze stimmen jedenfalls darin überein, dass sie vom Gegensatz zwischen Arbeit und Reichtum absehen.

Der Aufschwung der Armutforschung hat in Deutschland die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Verabschiedung der Agenda 2010, Schaffung eines Niedriglohnsektors...) begleitet, die die neueste Phase der Verarmung einleiteten; in der politischen Öffentlichkeit wurde kein großer Widerspruch zwischen der Schaffung sozialer Notlagen und ihrer wissenschaftlichen oder medialen Problematisierung entdeckt (vgl. Schillo 2007). Die praktischen Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaats und seine Neubestimmung als »aktivierende«, das Lohnniveau absenkende Instanz verkauften sich erstaunlich gut. Die Medien schossen sich darauf ein, die Unausweichlichkeit dieses Prozesses zu verbreiten und Störfaktoren beim Namen zu nennen: Was der »Bildzeitung« ihr »Florida-Rolf«, war dem »Spiegel« die Verschwendungssucht der »Sozial-Mafia«. Der Tenor der öffentlichen Berichterstattung bestand darin, die Fortsetzung des Reformwerks anzumahnen und Hemmschuhe im politischen System ausfindig zu machen. Die daraus entstandenen Bezeichnungen und Querelen, die einzelne Politiker mitunter schlecht aussehen ließen, waren die auffälligsten kritischen Bemerkungen. Die Tatkraft, auf die sich regierende und zur Regierung strebende Politiker immer berufen, schallte in medialer Verstärkung als Ruf nach Taten zurück. Dies war dann der Druck, dem sich die Politik ausgesetzt sah. Und in dieser Lage wurde ernsthaft darüber diskutiert, ob Millionen Menschen, die man laut traditioneller sozialistischer Terminologie als Produkt von »Verelendung« hätte fassen müssen, sich nicht, milieutheore-

tisch betrachtet, als »abgehängtes Prekariat« aufführten; oder es wurde problematisiert, ob der Terminus »Unterschicht« angemessen sei. Solche Aufregungen sind Historie. Im heutigen Europa, nach mehrjähriger Krisenbewältigung, gilt die Agenda-Politik als Musterbeispiel einer gelungenen Renovierung des Standorts, als Garant des Wachstums und einer soliden Haushaltspolitik.²

Mit »aktivierendem Sozialstaat« und »Agenda 2010« wurden in Deutschland die Maßnahmen betrieben, deren Resultate dann die Armutsforschung registrierte. Die Auswirkungen waren natürlich bereits im Aushandlungsprozess zu erkennen, der zur Verabschiedung der rot-grünen Agenda führte. Und dies wurde von kritischen Positionen innerhalb der Sozialwissenschaft auch zum Thema gemacht. »Wirtschaftswachstum wird damit in Gegensatz zum Lebensunterhalt der aktiven und passiven Erwerbsbevölkerung gestellt; die Senkung der Arbeitskosten wird über den Hinweis auf die darin enthaltene Staatsquote beiden Teilen der abhängigen Erwerbsbevölkerung gleichermaßen auferlegt, indem sie gegeneinander ausgespielt werden.« (Schnath 2003, 58) Manfred Henle machte in der Redeweise des Wirtschaftsministeriums von den »Parasiten«, die auf Kosten anderer leben, solche Techniken des Gegeneinander-Ausspielens aus (Henle 2006, 52). In diesem Rahmen tauchten auch kritische Überlegungen zu grundsätzlichen Mechanismen der kapitalistischen Realität auf – zu einer Realität, die sonst in Wissenschaft und Öffentlichkeit zwar als regulierungs- und domestizierungsbedürftig, aber im Prinzip als alternativlos verhandelt wird.

So kam Skepsis gegenüber dem wissenschaftlichen Mainstream und den quantifizierenden Studien auf, z.B. bei Christoph Butterwegge, der sich darauf bezog, dass es in der deutschen Öffentlichkeit weniger um Zahlen als um deren Interpretation gehe: »Noch nie hat es den Wohlhabenden und Reichen an triftigen Argumenten dafür gemangelt, warum es Armut gibt, diese nicht zu beseitigen ist und die davon Betroffenen

² Den neuesten Stand der Verelendungs-Diskussion kann man, ein Jahrzehnt später, bei Klaus Dörre (2015) nachlesen, der ein Plädoyer für die Verwendung des Klassenbegriffs hält. Der Aufsatz ist im Schwerpunktheft »Unten« der Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, »Aus Politik und Zeitgeschichte« 10/15, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, erschienen. Das Heft will mit seinen verschiedenen Beiträgen zeigen, wie sich in den letzten Jahren das »Sprechen über Armut und Arbeitslosigkeit« (Editorial) verändert hat.

ihr Los ›verdient‹ haben.« (Butterwegge 2009, 10) Hingewiesen wurde dabei auch auf den funktionalen Zusammenhang der Kategorien Armut und Reichtum. Das Auseinanderdriften sei kein unsozialer Kollateralschaden »in einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, welches auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln, der Konkurrenz und der Mehrwertproduktion durch Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft basiert.« (Ebd., 64) So wurde Nachdruck auf den Punkt gelegt, den Marx als die Funktion der industriellen Reservearmee herausgestellt hat: Die Armutspopulation, in die Arbeiter durch ihre Freisetzung eingegliedert werden, ist für Unternehmer ein willkommenes Mittel zur Erzwingung von niedrigerer Entlohnung der arbeitenden Bevölkerung allgemein – und damit ein Mittel der Gewinnsteigerung. In solchen kritischen Studien kam zudem, gestützt auf reichhaltiges Material aus politischer und fachlicher Öffentlichkeit, zur Sprache, »dass Armut in (West-)Deutschland selten oder vielleicht sogar nie den Aufmerksamkeitsgrad gefunden hat, der ihr eigentlich gebührt.« (Ebd., 96) Dies sei kein Zufall, so Butterwegge: »Armut wurde mit dem Ziel eskamotiert, kaschiert und ideologisch verbrämt, die sich immer stärker ausprägende soziale Ungleichheit zu legitimieren. Pointiert formuliert: Zu keinem Zeitpunkt hat sich die Gesellschaft ernsthaft mit dem Problem der sozialen Ungleichheit auseinandergesetzt und nach Möglichkeiten zu dessen Lösung gesucht, sondern die Armut meistens bewusst ignoriert, negiert oder relativiert, um ihm ausweichen zu können.« (Ebd., 96f.)

Mit der Einleitung der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Ära wurde auch deutlich, dass das bisherige »System der Weiterbildung in Gefahr« geriet (Faulstich 2004, 60). Experten verwiesen darauf, dass klassische Kompensationsleistungen, wie sie im bundesdeutschen Weiterbildungsbereich entwickelt worden waren, eingeschränkt und damit die Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe sinken würden: »›Prekariät‹, die permanente Gefahr dauernder Exklusion, wird zum neuen Modus sozialer Ungleichheit.« (Ebd.) Ausschluss und Ausgrenzung im Bildungsbereich, so der Erziehungswissenschaftler Peter Faulstich, seien besonders gravierend bei den Langzeitarbeitslosen, den Schwerbehinderten und den Älteren (eine Bilanz zur Lage der Menschen mit Behinderung bietet jetzt Cechura 2015). In die Weiterbildungspraxis, die lange Jahre unter dem Ideal einer zweiten Chance für alle gestanden hatte, zog explizit der Standpunkt ein: Wer hat, dem wird gegeben. »Employability« wurde zur Norm der außerschulischen, »non-formalen« Bil-

dungsangebote. Dazu passte, dass in der Erwachsenenbildung mit Beginn des neuen Jahrhunderts überhaupt eine »affirmative Wende« (Ahlheim 2004, 22) stattfand. Im pädagogischen Mainstream machte sich der Realismus breit, dass der Bildungsidealismus aus Zeiten der sozialliberalen Bildungsreform nicht länger zu halten sei: »Man müsse von der Idee der Bildung durch Aufklärung ebenso Abschied nehmen wie von jeglichen gesellschaftskritischen, gar auf Gesellschaftsveränderung zielenden Impulsen und politischen Utopien« (ebd., 23).

Der Standpunkt der Ignoranz ist, wie gesagt, obsolet. Mittlerweile hat ein allgemeines Problembewusstsein Konjunktur, und Armut ist in den Medien teilweise von einem Tabu- zu einem Topthema aufgestiegen. Das Nachzählen und Ausmalen dieser Notlagen wird aber der ökonomischen Sache, um die es geht, nicht gerecht. Es kann den Anstoß zu Nachforschung und Aufklärung geben oder eben zu solchen Interpretationen, die, wie bei Piketty exemplarisch vorgeführt, das Ganze letztlich als ein simples Verteilungsproblem erscheinen lassen, das mit einem Federstrich, nämlich der Auflage eines Gesetzes zur progressiven Besteuerung, zu beheben wäre. Piketty hat die neuere Armutsforschung in seinen Ansatz integriert und ihr Anliegen ausgebaut. Damit steht der Anspruch, dass erstmals auf verlässlicher Basis das globale Gesamtverhältnis von Armut und Reichtum in den Blick genommen wird. Seine Untersuchung soll daher im Folgenden Thema sein.

3. Piketty und die soziale Ungleichheit

Das Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Piketty hat 2014 weltweit für Furore gesorgt. Der Nobelpreisträger Paul Krugman nannte es in der New York Times (23.3.2014) »the most important economics book of the year — and maybe of the decade«, während Konservative dagegen Sturm liefen. Der ehemalige stellvertretende Finanzminister der USA, Brad DeLong, äußerte beispielsweise, bei dem Autor handle es sich um einen »mentally unstable foreign communist« (vgl. Neiman 2014, 53) – so lautete auch der Tenor der meisten anderen Kritiker, die den Autor als Marxisten, Sozialisten oder KollektivistInnen entlarvten. Pikettys Lesereise durch die USA war jedoch ein voller Erfolg, sie »glich der Tour eines Rockstars« (SZ, 22.4.2014) und machte das Buch zum Bestseller. Die im Jahr zuvor er-

schienene französische Erstausgabe hatte nur wenig Aufmerksamkeit erregt. Piketty reüssierte nicht nur beim lesenden Publikum,³ er stellte seine Erkenntnisse auch beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Beraterstab von US-Präsident Obama vor.

In Deutschland gab es, nachdem der »Piketty-Hype« (vgl. Kaufmann/Stützle 2015) einmal begonnen hatte, ebenfalls viel Zustimmung – zur Wichtigkeit des Buchs, nicht unbedingt zu seinen Thesen. Die Bundeszentrale für politische Bildung nahm es im Sommer 2015 in ihre Schriftenreihe auf. Die FAZ (13.1.2014) nannte es in einer ersten Vorstellung »ein monumentales Buch«. Später (10.5.14) präziserte sie: »Je länger die Aufregung um Piketty dauert, desto mehr Kritik findet sein Buch.« Auch für das Handelsblatt (5.2.2015) war Pikettys Schrift ein entscheidender Beitrag zum Thema Ungleichheit, an dem heute keiner mehr vorbei komme. Der Autor liefere »den Kapitalismuskritikern die Argumente. Der ›neue Marx‹ ... trifft den Nerv der Zeit.« Und die Springer-Presse (Die Welt, 11.10.2014) registrierte: »Sein Fanklub wächst«; sie wusste außerdem noch in denunziatorischer Manier mitzuteilen: »Über sein Liebesleben ist allerdings wenig bekannt. Außer dass er mit der sozialistischen Abgeordneten Aurélie Filippetti eine Beziehung hatte. Diese ist allerdings schon seit 2009 beendet. Die öffentliche Schlammschlacht, die vor wenigen Monaten in den Medien ausgetragen wurde und in der Filippetti schwere Gewaltvorwürfe gegen Piketty erhob, beschädigte dessen Image aber kaum. Filippetti entschuldigte sich bei dem Forscher.«

³ In der Diskussion über Pikettys Thesen wurde die Vermutung geäußert, dass »das ausufernde Werk kaum jemand zu Ende gelesen hat« (Kaufmann/Stützle 2015, 56f). Nach einem Bericht des Wall Street Journal, das sich in der Diskussion übrigens deutlich contra Piketty positioniert hatte, rangierte die englischsprachige Ausgabe »nicht nur auf den Bestsellerlisten ganz weit vorne, sondern belegte auch Platz 1 im Ranking jener Bücher, deren Lektüre vorzeitig beendet wird (Abbruchquote: 97,6%) ... Piketty verwies damit den bisherigen ewigen Spitzenreiter Stephen Hawking (Eine kurze Geschichte der Zeit) auf Platz 2 (Abbruchquote: 93,4%).« (Ebd., 104) Ermittelt werden solche Daten z.B. vom Amazon-Vertrieb, der das Leseverhalten beim hauseigenen E-Book-Reader erfasst. Auch auf der deutschen Bestseller-Liste des »Spiegel« konnte sich Piketty lange halten, wobei hier dieselbe Skepsis artikuliert wurde: Wie Spiegel-Online (16.7.2014) meldete, lag Pikettys Opus, »immerhin eines der meist diskutierten Bücher des Frühjahrs 2014«, mit seiner Leseratte von 2,4% im allgemeinen Trend der Bestsellerliteratur, nahm aber einen deutlichen Spitzenplatz ein. Bei »Fifty Shades of Grey« z.B. gebe es eine Leseratte von 26%.

a) Die Hauptleistung: ein Zahlenwerk

Das Buch ist, kurz gesagt, eine intellektuelle Zumutung. Es tritt auf 800 Seiten die Plattitüde breit, dass die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen im Kapitalismus groß ist und dass – anders als von Ökonomen seit mehr als hundert Jahren behauptet – kein immanenter wirtschaftlicher Ausgleichsmechanismus existiert, der zu einer halbwegs gleichmäßigen, als gerecht empfundenen Verteilung führen würde. Piketty resümiert dafür den Werdegang der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die mittlerweile dank elektronischer Datenverarbeitung riesige Datenmengen verwaltet. Damit lässt sich eine Entwicklungslinie von mindestens 200 Jahren Kapitalismus zeichnen, die zeigt, wie die extreme soziale Ungleichheit des Manchester-Kapitalismus im 20. Jahrhundert zunächst abgemildert wurde, und zwar als Folge von Weltkriegen und -krisen sowie der daran anknüpfenden politischen Maßnahmen (Soziales, Steuern...), um dann wieder rasant zu steigen und zu Beginn des 21. Jahrhunderts die alten Höchststände zu erreichen, eventuell zu überschreiten. Neu ist an der gegenwärtigen Lage demnach nur die Herausbildung einer vermögenden Mittelschicht⁴ samt einer Garde schwerreicher Supermanager. Dieser Befund wird anhand der verschiedensten Möglichkeiten, Messgrößen zu konstruieren, variiert und im Blick auf nationale Besonderheiten, historische Phasen oder ausgewählte Beispiele differenziert. Der letzte Teil befasst sich dann mit den politischen Konsequenzen: Piketty setzt sich in der Hauptsache für die Modernisierung des Sozialstaates, die Einführung einer progressiven Einkommensteuer (Spitzensteuersatz bei 80%) und – als Fernziel – einer globalen Kapitalsteuer ein.

Der Autor fasst selbst die wichtigsten Ergebnisse seines Buchs in zwei Punkten zusammen. Erstens: »Die Geschichte der Vermögensverteilung ist immer auch eine durch und durch politische Geschichte und lässt sich nicht auf rein ökonomische Mechanismen reduzieren.« (Piketty 2014a, 39) Das ist keine besondere Erkenntnis, aber bestreiten lässt sie sich selbstverständlich nicht. Nur braucht man dafür keine aufwändige Materialsammlung, wie sie Piketty veranstaltet. Die Einsicht ergibt

⁴ Der prekäre Status der »Mittelschicht«, der auch schon bei Piketty zur Sprache kommt, ist vor allem Thema entsprechender Überlegungen und Ergänzungen in der Schrift von Bischoff/Müller (2015); dort werden außerdem Zahlen zur deutschen Situation nachgeliefert.

sich schlicht aus der Kenntnisnahme des Verhältnisses von Politik und Ökonomie. Der Steuerstaat greift auf Vermögen und Einkommen zu und bestimmt damit, wie die Nettoverteilung aussieht. Noch wichtiger ist, dass der Staat – längst bevor er steuerpolitisch, sozialstaatlich oder auch mit Rüstungs-/Militärpolitik ins Wirtschaftsgeschehen eingreift – die Eigentumsordnung etabliert und sichert, die den ökonomischen Tatbestand eines Vermögens in privater Hand erst ermöglicht. Dies scheint Piketty unbekannt oder unwichtig zu sein, für ihn sind »Kapital« und »Vermögen« überzeitliche Größen, die sich mit Zeitreihen bis in die Antike zurückverfolgen lassen und die staatlichem Handeln anscheinend als ökonomische Fakten vorgegeben sind.

Zweitens hält er, wie erwähnt, als Ergebnis fest, »dass es keinen natürlichen und von selbst ablaufenden Prozess gibt, der verhindert, dass die destabilisierenden und inegalitären Tendenzen sich dauerhaft durchsetzen.« (Ebd., 40) Letzteres hat Piketty vor allem im Blick auf den seinerzeit berühmten Ökonomen Simon Kuznets formuliert, der nach dem Zweiten Weltkrieg als Prophet einer allgemeinen Prosperität hervortrat und in den USA das Pendant zu dem ablieferte, was im Nachkriegsdeutschland Helmut Schelsky mit der These von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« vertrat (vgl. Braun 1989). »Nach der Theorie von Kuznets verringert sich die Einkommensungleichheit in den fortgeschrittenen Stadien der kapitalistischen Entwicklung von selbst – welche Politik in einem Lande auch verfolgt wird ... –, um sich dann auf einem akzeptablen Niveau zu stabilisieren.« (Ebd., 26) Kuznets stellte dazu seine »Glockenkurve« (ebd., 29ff.) vor, die besagt, dass im Prozess der Industrialisierung und wirtschaftlichen Entwicklung die Ungleichheit zunächst zunimmt, um dann zurückzugehen. Für den Rückgang stützte sich Kuznets auf begrenztes Zahlenmaterial aus den USA. Aus ökonomischen Daten für den Zeitraum 1913 bis 1948 wollte er die Gesetzmäßigkeit eines nachhaltig wirksamen Rückgangs der Ungleichheit abgelesen haben.

Piketys Fortführung dieser Berechnungen bis zu den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts zeigt, dass es die behauptete Tendenz nicht gibt, dass allerdings für den genannten Zeitraum von ca. 1915 bis 1945ff. auf globaler Ebene ein temporärer Rückgang des sozialen Auseinanderdriftens zu verzeichnen ist. Der Rückgang erklärt sich, nicht überraschend, aus den kriegs- und krisenbedingten Katastrophen der ersten Jahrhunderthälfte, in denen Vermögenswerte in großem Umfang vernichtet wurden.

Nachdem sich die Weltwirtschaft wieder konsolidiert hatte – zunächst nur in der »westlichen« Welt mit den kapitalistischen Zentren Amerika, Europa, Japan und den ihnen gegenüberstehenden Entwicklungs- und wenigen Schwellenländern –, kam die alte Tendenz zur Verschärfung der Ungleichheit wieder zum Zuge. Kuznets mit seiner verwegenen, »märchenhaften« Theorie passte freilich bestens in den damaligen Zeitgeist, als die »freie Welt« die Überlegenheit ihres marktwirtschaftlichen *way of life* verkündete – ein Zusammenhang, den Piketty aufspießt und als bezeichnend für das Verhältnis der Ökonomen zu Politik und politischer Öffentlichkeit überhaupt herausstellt. Nur sollte man hinzufügen: Auch Pikettys eigenes Buch zeichnet sich durch eine hohe Kompatibilität mit dem aktuellen Zeitgeist aus (vgl. Kaufmann/Stützle 2015, 11ff.). Es passt bestens zur neueren Sorge um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität des kapitalistischen Systems, wie sie in der Armutsforschung vorgetragen wird, oder um die Krise der Legitimation und der Demokratie (Stichwort: »Postdemokratie«), wie sie die politische Öffentlichkeit bewegt.⁵ In diesem Zusammenhang lautet die frohe Bot-

⁵ Angesichts der europäischen Schuldenkrise hat Piketty, so in einem »Spiegel«-Interview (Nr. 11/15), gewisse Sympathien für die griechische Syriza-Regierung zu erkennen gegeben, gleichzeitig aber klargestellt, dass er auf die deutsche Regierung bei der Euro-Rettung setzt. In seiner Berliner Rede vom November 2014 beklagte er die wirtschaftliche Dynamik im Euro-Raum, die zu unterschiedlichen Wachstums- und Verschuldungsmöglichkeiten geführt habe. Dem stellte er entgegen: »Die Lösung liegt in einer demokratischen Erneuerung Europas, in demokratischen Institutionen, die es ermöglichen, diese wirtschaftliche Dynamik wieder unter Kontrolle zu bringen und die Kräfte des Marktes und des Kapitals in den Dienst des Interesses der Allgemeinheit, des Allgemeinwohls, zu stellen.« (Piketty 2014b, 51) In der Berliner Diskussion auf einem eher linken Podium und wohl auch vor einem ähnlich eingestellten Publikum antwortete er auf den Vorwurf, er wolle den Kapitalismus stabilisieren: »Was den Vorwurf betrifft, es ginge mir nicht um Systemüberwindung, sondern lediglich um eine Reequilibration des Kapitalismus: Nein, ich versuche durchaus, Lösungen in Richtung Überwindung des Kapitalismus anzudenken. Auf jeden Fall geht es mir darum, eine andere Logik zu implementieren, was Vermögen und Besitz betrifft.« (Zit. nach Neiman 2014, 58) Der Versuch, eine Überwindung »anzudenken«, meint im Grunde nur die staatliche Indienstnahme und Betreuung der kapitalistischen Produktionsweise – auch und gerade als Schutzmaßnahme gegen wachsende soziale Spannungen. In der Berliner Rede hatte Piketty die politische Aufgabe, Eingriffe ins Wirken des Kapitals zur Sicherung der markt-

schaft aus Pikettys Buch: Der ökonomische Prozess ist nichts Zwangsläufiges, sondern relativ offen für politische Regulierung, und diese ist im Prinzip ganz einfach zu haben, hauptsächlich mit der einen Zahl, den 80% als Spitzensteuersatz einer progressiven Einkommensteuer.

b) Kann man der Rechnung trauen?

Piketty ermahnt seine sozialwissenschaftlichen Kollegen abschließend, »das Studium ökonomischer Tatsachen nicht den Ökonomen (zu) überlassen« (Piketty 2014a, 790). Und vielleicht besteht der wichtigste Ertrag des Buchs darin, dass es dem Laien die Scheu vor der Befassung mit der Welt der Wirtschaft und den Respekt vor den einschlägigen wissenschaftlichen Größen nimmt. Was die umfangreiche Studie liefert, ist nämlich ein vernichtendes Urteil über den Stand der Wirtschaftswissenschaft – gut 200 Jahre nachdem sich mit den Klassikern Adam Smith oder David Ricardo eine theoretische Anstrengung namens Politische Ökonomie etablierte. Pikettys eigene Leistungen sind hier durchaus inbegriffen. Sie wollen explizit nicht mehr sein als der »minimale theoretische Rahmen« (ebd., 55) von zwei bis drei mathematischen Gleichungen, ansonsten bestand die »Arbeit in erster Linie darin, Quellen zu sammeln und Fakten und statistische Reihen bezüglich der Einkommens- und Vermögensverteilung zu erstellen« (ebd., 54). Man muss sich den Autor also mehr als Buchhalter vorstellen, er »denkt nicht anders als das Finanzamt« (Steinfeld 2014), und er teilt auch mit, dass bei der Erledigung der Datensammlung mittlerweile »Statistikämter und Wirtschaftsbehörden an die Stelle der Wissenschaftler« getreten sind (ebd., 86).

Pikettys Charakterisierung des Ökonomen Kuznets, der in dem Buch als der entscheidende Antipode von Ricardo und Marx gilt – auf der Entgegensetzung einer pessimistischen (Marx) und einer optimistischen Ungleichheitsprognose (Kuznets) baut ja das ganze Opus auf – ist auch ziemlich ernüchternd: Der Wissenschaftler sei ein dienstbeflissener Propagandist des prosperierenden Kapitalismus zur Zeit des Kalten Kriegs gewesen, er habe eine »märchenhafte Theorie (...) weitgehend aus fragwürdigen Gründen formuliert«, wobei die »empirische Basis

wirtschaftlichen Legitimation vorzunehmen, gleich an den Anfang gestellt: »Es geht im Prinzip darum, demokratische Institutionen zu befähigen, das Kapital, den Kapitalismus, das Eigentumsrecht, in den Dienst des öffentlichen Interesses zu stellen.« (Piketty 2014b, 42)

sehr dürftig« war (ebd., 31). Kuznets' Kernaussage sei nichts anderes als eine Schönfärbung der kapitalistischen Realität – nach dem Motto: »Man braucht nur geduldig abzuwarten, dann wird das Wachstum allen zugutekommen.« (Ebd., 26) Ähnliches erfährt man über andere Größen des Fachs. Der Italiener Vilfredo Pareto und der Franzose Paul Leroy-Beaulieu z.B. gelten gemeinhin als bedeutende Ökonomen und Wegbereiter der modernen, exakten Volkswirtschaftslehre. Piketty zeigt am Beispiel der beiden (ebd., 487ff. bzw. 676ff.), dass sich ihre angeblichen Erkenntnisse an der Grenze zum wissenschaftlichen Betrug bewegten, sich jedenfalls nicht auf Fakten stützten, sondern aus der konservativen Gesinnung der beiden Wissenschaftler resultierten. So verwundert das allgemeine Fazit nicht, »dass die Wirtschafts- und Finanzeliten sich für keine Heuchelei zu schade sind, wenn es um die Wahrung ihrer Interessen geht« (ebd., 694), wobei hier ausdrücklich die Wirtschaftswissenschaftler mit eingeschlossen sind: »Ihre Gehälter werden durch diejenigen in die Höhe getrieben, die in der Privatwirtschaft – insbesondere im Finanzsektor – für die gleichen Kompetenzen angeboten werden.« (Ebd., 694) »Ökonomenbashing ist« also, wie Felix Klopotek zu Piketty anmerkte (Klopotek 2014, 29), »längst nicht mehr eine Spitzendisziplin der Marxisten.« Wobei zu ergänzen wäre, dass sich die Kritik der »Vulgärökonomie« in der Tradition von Marx nicht auf den Vorwurf kaprizierte, man habe es mit Bilanzfälschern zu tun...

Wenn Piketty auf die Gesetze zu sprechen kommt, die er als mathematische Formeln seinen Berechnungen zugrundelegt, erfährt man auch allerlei über die dubiosen Seiten der Fachwissenschaft. So gibt es z.B. eine »Cobb-Douglas-Produktionsfunktion«, die nach der Weltwirtschaftskrise zu Ansehen kam (und die den Kapitalanteil am Nationaleinkommen als eine feste Größe betrachtete). Sie war laut Piketty nicht durch die Fakten gestützt, sondern verdankte sich einer voreingenommenen Wahrnehmung, also einer politischen Tendenz: »Konservative und liberale Ökonomen wollten zeigen, dass das Wachstum allen zugute kommt. (...) Umgekehrt wollten marxistische Ökonomen unbedingt zeigen, dass der Anteil des Kapitals permanent steigt und die Löhne stagnieren.« (Piketty 2014a, 290f.) Gewährsmann für die marxistische Position ist hier übrigens Jürgen Kuczynski mit seiner 38bändigen »Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus«, die von 1960 bis 1972 erschien. Die Behauptung Georg Fülberths, Piketty setze »sich fair mit Jürgen Kuczynski auseinander« (Fülberth 2014), beschönigt allerdings die Sa-

che. Die Grundtendenz, die der marxistische Ökonom ausfindig gemacht habe, ist laut Piketty entschieden zurückzuweisen. Dem Vorwurf der liberalen Ökonomen, Kuczynski sei »nur ein ›Manipulator‹«, hält er bloß entgegen, dies sei »übertrieben« (Piketty 2014a, 291).

Zur Einführung der Formel $\beta = s/g$ (Kapital-Einkommens-Verhältnis gleich Sparquote geteilt durch Wachstumsrate) teilt Piketty entsprechende wissenschaftliche Kontroversen mit, die aber, wie er konstatiert, überhaupt keinen theoretischen Gehalt hatten, sondern nur Varianten einer Schönfärbung des Wirtschaftswachstums darstellten (ebd., 305). Die Kontroversen waren demnach aus wissenschaftlicher Rivalität (zwischen den USA und Europa bzw. Großbritannien) gespeist: »Insgesamt haben sie das wirtschaftswissenschaftliche Denken eher getrübt als erhellt.« (Ebd., 307) Zum Stand der einschlägigen Wissenschaft heißt es ferner: »In den Lehrbüchern der Jahre 1950 bis 1970 und sogar bis zu den 1980er Jahren wird die These einer völligen Stabilität des Kapital-Arbeits-Verhältnisses als eine Gewissheit präsentiert. (...) Das Neue der vorliegenden Arbeit besteht meines Erachtens darin, dass sie den ersten Versuch darstellt, die Frage des Kapital-Arbeits-Verhältnisses und des in jüngerer Zeit zu beobachtenden Anstiegs des Kapitalanteils in einen größeren historischen Kontext zu stellen.« (Ebd., 292) Man kann also festhalten, dass der Autor das Hinzufügen zusätzlicher Zahlen zum fachwissenschaftlichen Diskurs als seine entscheidende Leistung betrachtet.

Die »amtlichen Reihen«, die in dem Buch unter Verwendung von einigen Gleichungen neu arrangiert werden, stammen in der Hauptsache aus Aufstellungen, die der wirtschaftspolitischen Begutachtung von Kapitalstandorten, speziell der Besteuerung dienen; sie sind also, wie der Autor mitteilt, »soziale Konstruktionen«, deren Zahlenmaterial »nicht fetischisiert werden« darf, vielmehr »als eine Schätzung (...) und nicht als eine mathematische Gewissheit betrachtet werden« muss (ebd., 87). Warnungen davor, die Zahlen als ökonomische Auskunft ernst zu nehmen, ziehen sich übrigens als Leitmotiv durch das ganze Buch. Und für den Leser gibt es immer wieder Hinweise der Art: »Man muss sich alle diese Zahlen nicht merken, aber es ist nützlich, sich mit den Größenordnungen vertraut zu machen.« (Ebd., 91) Zudem kommt die Bestandsaufnahme – ganz am Schluss, anlässlich des Stichworts »Steueroasen« – darauf zu sprechen, dass die Inhaber großer Vermögen im Rahmen von Steuervermeidungsstrategien über vielfältige manipulative Methoden verfügen, »die unsere Wahrnehmung der elementaren Geographie des

Reichtums verzerren« (ebd., 624). Also hätte man den ganzen Aufwand, die Ungleichheitstendenz bis auf zwei Stellen hinter dem Komma zu berechnen, auch bleiben lassen können, da noch nicht einmal die elementaren Koordinaten des Gegenstandsbereichs bekannt sind...

Man kann sogar sagen, dass Piketty richtiggehend auf Unfug stößt, den rechnerische Kunststücke mit der ökonomischen Realität veranstalten. So bemerkt er z.B. zu den Versuchen, die Steigerung des Lebensstandards – berechnet als ein (fiktives) gewachsenes Durchschnittseinkommen pro Kopf der Bevölkerung – zu messen, dass es »müßig und zu kurz gegriffen ist, wenn man vorgibt, diese Veränderungen mit einem einzigen Index erfassen zu können« (ebd., 126). Er stellt den Sinn der mühsamen Rechnereien selber in Frage, hält dann aber als Resümee fest: »Das ändert nichts daran, dass es Wachstum gegeben hat, im Gegenteil: Es steht außer Frage, dass sich die materiellen Lebensbedingungen seit der Industriellen Revolution gewaltig verbessert (...) haben.« (Ebd.) Das ist ein bezeichnendes Fazit. Piketty kann endlos über die Unvollständigkeit, Unzuverlässigkeit, mangelnde Vergleichbarkeit, Vernachlässigung qualitativer Aspekte, den manipulativen oder konstruierten Charakter des vorliegenden Zahlenmaterials klagen. Wenn es hart auf hart kommt, beruft er sich einfach auf den gesunden Menschenverstand, auf Alltagserfahrungen, auf Erkenntnisse, die »außer Frage stehen« oder – was sich nebenher als Informationszugabe durch das Buch zieht – auf die klassische Romanliteratur des bürgerlichen Zeitalters.⁶ In der hatte auch das

⁶ Die (relative) Geldwertstabilität des 18. und 19. Jahrhunderts habe auch die Romanliteratur geprägt, was Piketty vor allem an Jane Austen und Balzac bebildert (vgl. Piketty 2014a, 145ff.). Für die ältere Literatur gelte, dass durch eine (Einkommens- oder Vermögens-)Summe die soziale Lage eindeutig definiert werden konnte. Das habe sich ab 1914 – dem Beginn der Ära der Inflation – geändert: »Es ist kein Zufall, dass das Geld oder, genauer gesagt, das Benennen von Summen oder Beträgen nach den Erschütterungen in der Zeit von 1914 bis 1945 fast ganz aus der Literatur verschwunden ist.« (Ebd., 149) Seitdem sei eine genaue Vermögensangabe nicht mehr sozial aussagekräftig. Das liest sich wie eine Bestätigung der marxistischen Realismus-Theorie von Georg Lukács, der viel Wert auf die Widerspiegelung der konkreten Klassenverhältnisse in der Literatur legte. Ob Pikettys Feststellung stimmt, ist jedoch zweifelhaft. Nur zwei Beispiele: In Gillian Flynns US-Bestseller »Gone Girl« (2012), der den Abstieg eines Paares nach der großen Finanzkrise zu einem Kriminalplot verarbeitet, wird der Wert des vererbten elterlichen Fonds mit seinem exakten sechsstelligen Dollarbetrag angegeben; in Siri Hustvedts »Blazing World«

Schatzkästlein bürgerlicher Lebensweisheiten seinen Platz (>Mit Arbeit wird man nicht reich<, >Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen<...), sodass man damit anschaulich aufbereitete Gemeinplätze präsentieren kann. Der Common Sense wird also im Fall des Falles zur entscheidenden Instanz, um Licht ins Labyrinth der Zahlenkunststücke zu bringen. Aber er ist auch da nützlich, wo z.B. darauf bestanden werden muss, dass die »zentrale Planwirtschaft« des Ostens ein einziges »Desaster« war (ebd., 723) und dass es zur Effizienz von Markt und Wettbewerb keine Alternative gibt. Für Piketty ist es ganz selbstverständlich, dass man Regulierungsmaßnahmen ergreifen muss, damit die Menschen nicht auf die Idee kommen, »den Respekt vor dem Privateigentum und die Kräfte des Wettbewerbs in Frage zu stellen« (ebd., 668).

Das von Piketty nachgerechnete Faktum sozialer Ungleichheit soll natürlich nicht bestritten werden. Dass es banal ist, heißt keineswegs, dass es belanglos wäre. Im Gegenteil, es sagt auf seine begriffslos quantifizierende Weise Entscheidendes über die Lebenslage von Milliarden Menschen aus, also der Massen, die auf Arbeit angewiesen sind und die von ihr mehr schlecht als recht leben (wenn sie überhaupt eine finden) – im Unterschied zu den Happy Few des einen Prozents, das Piketty ganz im Sinne der Occupy-Bewegung (vgl. ebd., 333) den restlichen 99% gegenüberstellt. Nur ist der Befund, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, nicht neu, er war der Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung, und er wurde in den letzten Jahren x-fach von anderen Studien in Erinnerung gerufen. Insofern erstaunt es, dass der eher kritisch gestimmte Piketty-Kommentar von Bischoff/Müller (2015, 12) zu dem Schluss kommt, das Erscheinen des opus magnum über das Kapital im 21. Jahrhundert bedeute eine »Zäsur in der gesellschaftspolitischen Debatte«. Darauf bestehen die beiden Autoren gerade auch im Gegensatz zu der linken »Attitüde«, die sich an der Banalität des Buchs stört. Eine solche Attitüde von Zeitgenossen, die sich über die ökonomischen Verhältnisse vollkommen im Bilde wähnen, mit dem Verweis

(2014) wird das fünfstellige Jahresgehalt des deklassierten Poeten aufgeführt. Bei Piketty geht es aber gar nicht so sehr um eine Weiterentwicklung der literarischen Widerspiegelungstheorie. Ihm dient die schöne Literatur eher dazu, seine Thesen mit populären Auffassungen abzusichern. Vgl. auch »Von der Literatur zur Realität« oder die Rede der Balzacischen Romanfigur Vautrin in der Einleitung zu Teil III (Piketty 2014a, 153 bzw. 314).

auf eine benötigte »empirische Untermauerung« zu kritisieren, führt jedoch in die Irre. Statt das Ausmaß der Ungleichheit nochmals mit Riesenaufwand zu errechnen – und das angesichts einer globalen Datenlage, die der Autor selber als bedingt aussagekräftig einstuft –, müssten alle Anstrengungen darauf gehen, das seit 200 Jahren bekannte Faktum im Blick auf die zu Grunde liegenden ökonomischen Verhältnisse zu erklären. Dass das nicht geschieht, ist der grundsätzliche Einwand gegen Pikettys Buch.

c) Ungezügelter Kapitalismus als Verteilungsproblem

Das Hauptproblem von Pikettys Schrift liegt, genauer gesagt, nicht darin, dass er nur mit Zahlen jongliert, sondern in der Prämisse, dass die soziale Ungleichheit als ein reines Verteilungsproblem in einer ansonsten hocheffizienten, alternativlosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu begreifen sei. Dass er für den Kapitalismus Partei ergreift, muss man Piketty nicht nachweisen. Dazu steht er: »Ich bewundere den Kapitalismus, ich bewundere das Privateigentum und ich bewundere die Marktwirtschaft. Natürlich sehe ich, dass Wirtschaftswachstum vornehmlich im Kapitalismus entsteht. Natürlich hänge ich am Privateigentum, weil es eine Grundlage unserer Freiheit darstellt...« (zit. nach Kaufmann/Stützle 2015, 83). Oder er schreibt gleich eingangs seines Buchs: »Wenn die Kapitalrendite dauerhaft höher ist als die Wachstumsrate von Produktion und Einkommen, was bis zum 19. Jahrhundert der Fall war und im 21. Jahrhundert wieder zur Regel zu werden droht, erzeugt der Kapitalismus automatisch inakzeptable und willkürliche Ungleichheiten, die das Leistungsprinzip, auf dem unsere demokratischen Gesellschaften basieren, radikal infragestellen. Es gibt jedoch Mittel und Wege, mit denen die Demokratie zum Wohl der Allgemeinheit die Kontrolle über den Kapitalismus und die Privatinteressen wiedererlangen kann.« (Piketty 2014a, 13f.) Es geht also um das alte sozialdemokratische Projekt, das man seit bald 150 Jahren kennt und das jetzt wieder als taufrische wirtschaftswissenschaftliche Entdeckung auftritt: Im Rahmen der kapitalistischen Ordnung soll durch stärkere Berücksichtigung der Arbeiterinteressen die soziale Frage gelöst werden. Denn andernfalls, das ist das stärkste Argument des Ökonomen, wächst sich ein Legitimationsdefizit aus, das die Stabilität der Demokratie infrage stellt. Insofern haben Kaufmann/Stützle recht (2015, 83), wenn sie zu Piketty resümieren: »Er will den Kapitalismus vor den Armen schützen – und nicht umgekehrt.«

Diese Parteinahme ist deshalb zu kritisieren, weil sie ein Bild des Kapitalismus zeichnet, das mit dessen Realität nichts zu tun hat. Diese ist in empirischer Hinsicht, wie »Das Kapital im 21. Jahrhundert« mit unzähligen Belegen demonstriert, durch lauter Verwerfungen, Widersprüche, Disparitäten, Krisentendenzen gekennzeichnet. Bei der Aufgabe, diese Realität zu erklären – was dringend nötig wäre, da die Zunft der Ökonomen hierzu, wie Piketty immer wieder belegt, vorzugsweise Legenden und Schönfärbereien beige-steuert hat –, versagt das Buch komplett. Einen Begriff, also eine theoretische Erhellung dessen, was Kapital oder Kapitalismus ist, sucht man vergebens. Die Güte des Systems wird von vornherein unterstellt, und die Frage, wie denn eigentlich die Wirtschaftsordnung funktioniert, die jetzt wieder aus dem Ruder zu laufen droht, also dauernd Regulierungsprobleme hervorbringt, gerät nicht ins Visier. Logischerweise, denn bei dem Vorhaben, den Kapitalismus so zu steuern, dass er dem »Wohl der Allgemeinheit« dient, kann es nur stören, wenn etwa – im Gefolge der Klassiker der Kapitalismuskritik – Einsichten über den Klassencharakter, die Widersprüche oder die eindeutige Interessenorientierung dieser Wirtschaftsweise zur Sprache kämen. Deshalb sind alle Stellen, an denen sich Piketty mit Marx auseinandersetzt – beginnend mit den einleitenden Bemerkungen zur Akkumulation und zum tendenziellen Fall der Profitrate über eine Kritik der Akkumulationstheorie bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung der Planwirtschaft (vgl. Piketty 2014a, 24, 47, 79, 301, 309/10, 723) – eine einzige Zurückweisung der Kritik der politischen Ökonomie. Das hindert Piketty nicht daran, mit der Rolle eines Fortsetzers oder Vollenders der Marxschen Theorie zu kokettieren. Sachlich steht aber seine Absage an den Marxismus felsenfest.

In der Debatte, die das Buch aufgerührt hat, ist bereits auf das theoretische Manko aufmerksam gemacht worden, so z.B. in dem instruktiven Band von Stephan Kaufmann und Ingo Stützle »Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre« (Berlin 2015), der auch schon Kernpunkte der einschlägigen Diskussion resümiert. Das grundlegende Problem – auf das Georg Fülberth, David Harvey und andere hingewiesen haben (vgl. Kaufmann/Stützle 2015, 73) – besteht darin, dass Piketty das Kapital nicht als ein gesellschaftliches Verhältnis begreift, sondern als einen Geldbetrag. Genauer gesagt: Er nimmt das Kapital noch nicht einmal als einen wirklichen Betrag, sondern als ein x-beliebiges Gut, das sich als Geldgröße darstellen lässt. So verlängert er, wie erwähnt, die Kapitalrechnung bis

in die Zeiten der Feudal- oder Sklavenhaltergesellschaft. »Ein zentraler Punkt der Kritik an Piketty ist seine Gleichsetzung von Kapital- und sonstigen Vermögenstiteln«, schreibt Joachim Bischoff in seiner Studie über den »finanzgetriebenen Kapitalismus« (Bischoff 2014, 8). Derselbe Autor hat in der Flugschrift »Piketty kurz & kritisch« den Vorwurf erneuert, aber vor allem darauf bezogen, dass Piketty die Rolle des Finanzmarktkapitalismus nicht genügend herausgestellt habe (Bischoff/Müller 2015, 41). Zugleich wird hier eine weiter gehende Kritik an Piketty, die auf das Kapitalverhältnis selber zielt, zurückgewiesen; sie führe zu einem »wenig hilfreichen Verbalradikalismus« (ebd., 77). Joseph Vogl dagegen hat das grundlegende Manko in der Berliner Diskussionsveranstaltung mit Piketty – von diesem unwidersprochen – gleich an den Anfang seines Kommentars gestellt: »Kapital im speziellen Sinn taucht in diesem Buch definitiv nicht auf« (zit. nach Neiman 2014, 54).

Wie das Finanzamt beurteilt Piketty alle Personen bzw. Haushalte im Blick darauf, dass sie ein Einkommen erzielen. Bei den Arbeitseinkommen legt er eine Skala zugrunde, an deren einem Ende der Niedriglohnsektor steht, wo prekär Beschäftigte gerade einmal den Mindestlohn (oder weniger) beziehen – also in Deutschland ab dem Jahr 2015 8,50 Euro pro Stunde, falls sie nicht zu den Ausnahmen gehören –, und an deren anderem Ende die neue, winzig kleine Schicht der Supermanager rangiert. In diesem Bereich werden – nicht nur in den USA – Einkommen erzielt, die nichts mehr mit einer Ausdifferenzierung des Lohngefüges in verschiedene Entgeltgruppen zu tun haben, sondern in einer eigenen Klasse spielen. Nur zur Verdeutlichung: Der Vorstandsvorsitzende von Porsche, Wendelin Wiedeking, erhielt im Geschäftsjahr 2007/08 insgesamt 100,6 Millionen Euro, in den Geschäftsjahren 2005 bis 2008 summierte sich seine Gewinnbeteiligung auf 188 Millionen Euro, und als er 2009 entlassen wurde, konnte er eine Abfindung von gut 50 Millionen Euro einstreichen (vgl. Dohmen/Hawranek 2015). Die Zahlen wurden Anfang 2015 bekannt. Wie der Manager dem Spiegel anvertraute, habe er sie selber nicht nennen wollen, denn das hätte »die Republik nicht verkraften« können. Das (angebliche) Bedenken trifft sich mit der Argumentation Pikettys, der sich besorgt darüber zeigt, dass der »meritokratische Extremismus« (Piketty 2014a, 443) – also die Vergütung der schwerreichen Garde der Supermanager, die sich auf das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit berufen, damit aber laut Piketty die »Meritokratie«, die Vergütung nach Verdienst, ab absurdum führen – dem Kapitalismus

die Legitimationsbasis entzieht. Das Beispiel zeigt allerdings, genauso wie die Fälle aus dem angelsächsischen Raum, wo Piketty eigentlich die Explosion der Managergehälter verortet (ebd., 417), dass moderne Industriegesellschaften solche Spitzenwerte locker verkraften. Die Bekanntmachung von Wiedekings Vergütung hat jedenfalls in Deutschland zu keinen Verwerfungen geführt, noch nicht einmal eine aufgeregte Debatte ausgelöst.

Was verdient Ackermann? Bloß keine Gerechtigkeitsdebatte! Die deutschen Manager verdienen, was sie verdienen

Ein Exkurs von Freerk Huisken

Immer wieder machen Spitzenmanager und Aufsichtsratsmitglieder Schlagzeilen. Sie sollen sich unrechtmäßig bereichert, ihre Position im Management dazu ausgenutzt haben, sich Gehälter, Provisionen und Abfindungen in einer Größenordnung zu genehmigen, von der die berühmten kleinen Leute nicht einmal zu träumen wagen. Und gelegentlich wird daraus gar ein Skandal. »Bild« nimmt sich dann seiner an und legt der Leserschaft die Gerechtigkeitsfrage vor: Geht es dabei mit rechten Dingen zu? Ist dieser Verdienst noch leistungsgerecht? Verdienen »unsere« Manager, was sie verdienen?

Diese Fragen sind albern. Sie leben vom Vergleich der Managergehälter mit dem Einkommen von Arbeitern und Angestellten; ein Vergleich, der höflich ausblendet, wofür das gehobene Management bezahlt wird und woraus sich dessen Einkommen speist. Partout soll daran festgehalten werden, dass auch bei diesen Spitzenverdienern dem Lohn eine adäquate Leistung gegenüberstehen muss. Weil sonst ja jenes als Gipfel der Gerechtigkeit gepriesene Tauschprinzip verletzt wäre, das Gewerkschafter Tarifrunde für Tarifrunde zur Grundlage von Lohnforderungen machen.

Seit mehr als hundert Jahren lebt der gewerkschaftliche Kampf von der Einbildung, dass eigentlich im Lohn die ganze Arbeit bezahlt werden muss – als ob ein kapitalistischer Betrieb ohne Gewinn, d.h. ohne unentgeltlich angeeignete Arbeit zu kassieren, auch nur einen einzigen Arbeiter einstellen würde! Dass Arbeiter überhaupt nur

deswegen für ihre Arbeit Lohn beziehen, weil sie dem Betrieb einen ordentlichen Batzen unbezahlter Arbeit abliefern – Mehrwert nennt man ihn auch –, dass die Leistungsgerechtigkeit also nichts als eine schlichte, wiewohl ausgesprochen funktionale Ideologie ist, haben die Gewerkschaften nie wahrhaben wollen.

Funktional ist sie, weil so den Lohnarbeitern jeder Gedanke an die einzig vernünftigen Maßstäbe ausgetrieben wird, an denen sich ihr Verdienst zu messen hätte: nämlich einmal daran, ob sich vom Lohn überhaupt ein einigermaßen vernünftiges Leben finanzieren lässt, und zum anderen an dem Kriterium, welchen Batzen an Reichtum ihre Arbeit im kapitalistischen Betrieb eigentlich Tag für Tag schafft. Aber das wären, ernst betrieben, geradezu aufrührerische Fragen, die sich in Zeiten fortschreitender Volksverarmung für den Weltmarkt-erfolg des nationalen Standorts wirklich nicht gehören.

Bei der Bezahlung von Managern geht es ohnehin um eine ganz andere Sorte von Arbeit. Manager erfüllen im Auftrag und zum Nutzen der Kapitaleigner die Funktion des Kapitalisten. Ihre Arbeit besteht darin, Entscheidungen zu fällen über die Arbeit, die andere Leute zu machen haben, diese zu kontrollieren und den Betrieb so zu organisieren, dass aus Arbeitern die Leistung herausgeholt wird, die die Eigentümer reich macht. Manager sind Agenten des ersten Zwecks des Kapitals, sich unbezahlte Arbeit, die der Belegschaft abgepresst wird, anzueignen. An dem Profit, den sie den Eigentümern hereinholen, werden sie nicht schlecht beteiligt. Dafür brauchen sie nicht zu kämpfen, denn die Eigentümer wissen schon, was sie an ihnen haben und was sie sich selber schuldig sind. Ein Konzern, der sich einen sündhaft teuren Sanierer leistet, einen weltweit ausgewiesenen Spitzenmann ins Haus holt, zeigt, wo er sich in der Konkurrenz sieht und demonstriert seine Finanzkraft.

So gesehen, repräsentieren die Bezüge der Spitzenleute immer auch zugleich Größe, Konkurrenz-erfolg und Erfolgsanspruch des Unternehmens. Die Manager partizipieren also an der Vermehrung des Reichtums, der unter ihrer Aufsicht und Leitung den Lohnarbeitern abgepresst wird, d.h. am Zuwachs, den das Eigentum durch die Aneignung unbezahlter Arbeit zu verzeichnen hat. Und sie schreiben sich den Konkurrenz-erfolg ihrer Firma als Leistung zu, für die

sie einen gerechten Lohn verdienen. Wird ihr Unternehmen reicher, so verdankt sich das den weisen Entscheidungen der Unternehmensführung. Und weil vom Kapital und dem Gang seiner Geschäfte alles im Land abhängt – die Profite der Eigentümer, die Steuereingänge der Staatskasse und die berühmten Arbeitsplätze –, gelten die leitenden Aktivisten der kapitalistischen Geldvermehrung, im Unterschied zu all denen, die ja »bloß« die Arbeit tun, als die wahren Leistungsträger der Nation.

Die stattlichen Summen, die sich die Funktionäre des Kapitals für ihre Dienste genehmigen, neidet ihnen deswegen in der Regel auch so schnell keiner. Der kapitalistische Erfolg des Unternehmens rechtfertigt jede Bereicherung seiner Agenten. Allerdings gilt das auch umgekehrt: Wenn es mit dem Wachstum nicht klappt oder wenn das Management die Firma an ausländisches Kapital verscherbelt, dann haben die »Nieten in Nadelstreifen« ihr Unternehmen heruntergewirtschaftet, sich wie zum Hohn auch noch unanständig bedient oder den deutschen Standort verraten. Dann schlägt die große Stunde der »Geschädigten« und ihrer Anwälte von der schreibenden Zunft – an erster Stelle melden sich die Aktionäre, die sich um ihr Recht auf automatische Bereicherung betrogen sehen, an zweiter Stelle bedauert man die Nation, die bei Pleiten um die Wirtschaftskraft ihres Standorts fürchtet, und ganz zum Schluss bekommt sogar einmal die protestierende Belegschaft Recht. Sie darf ihre obligatorischen Papptafeln in die Fernsehkameras halten, auf denen sie den Verlust ihrer Arbeitsplätze beklagt und die wahren Schuldigen benennt: die Miss-Manager! Sonst und vorher geht deren Geschäft in Ordnung, ihr Gehalt gleichermaßen. Immerhin sorgen sie sich ja von morgens bis abends um nichts anderes als um deutsche Arbeitsplätze, für deren Erhalt die Arbeiter heute mal wieder ihren Gürtel um einige Löcher enger schnallen sollen.

Damit ist denn auch der letzte Unterschied zwischen den Vergütungen der Arbeiter und der Manager aufgedeckt. Die einen können schnell mal 60 Millionen einsacken und schädigen damit niemanden. Wenn aber Arbeiter drei Prozent Lohnerhöhung verlangen, ruinieren sie die deutsche Wirtschaft, die dann einfach keine Arbeitsplätze mehr schaffen kann. Bleibt als Resümee festzuhalten: Manager

verdienen, was sie verdienen. Für die erfolgreiche Erledigung der höchst ungemütlichen Funktion, den Betrieb in eine kapitalistische Gewinnmaschine zu verwandeln, werden sie aus dem Profit honoriert. An ihren Gehältern ist also der Gegensatz von Lohn und Gewinn abzulesen. Da gibt es nichts zu vergleichen.

Wer dennoch seine Einkünfte mit dem Einkommen dieser »Wirtschaftskapitäne« vergleicht, wer sich dabei über unberechtigte Bereicherung aufregt, aber sonst an den Leistungen dieser Funktionäre kapitalistischer Ausbeutung nichts zu kritisieren hat, der ist mit der Bildzeitung und anderen Spitzenprodukten des deutschen Blätterwalds allemal gut bedient. Sie machen nämlich aus den Verdiensten der Kapitalbosse nur dann einen Skandal, wenn diese sich keine ordentlichen Verdienste um den Erfolg Deutschlands erworben haben – einen Erfolg, der bekanntlich allemal auf die Kosten der zu Lohnarbeit verpflichteten deutschen Bürger geht.

Piketty ist die Sonderstellung der (Super-)Managergehälter bewusst. Und er findet sie bedenklich. Die Einkommensunterschiede an sich sind ihm kein Problem, hier folgt er der üblichen Leistungsideologie. In den seit Ende des 20. Jahrhunderts ansteigenden Spitzenvergütungen sieht er jedoch eine Herausforderung, sowohl in gesellschaftspolitischer Hinsicht als auch im Blick auf die politökonomische Erklärung. Für sich genommen ist ihm soziale Ungleichheit eine Selbstverständlichkeit – die Menschen sind eben verschieden. Erst durch ihre Zunahme, durch das weitere Öffnen der Schere zwischen Arm und Reich, trete der Problemfall ein. Der verdient in seinen Augen eine Untersuchung. Mit den Spitzengehältern werde eindeutig gegen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit verstoßen; hier werde die sonst gültige Verbindung von Lohn und Leistung, dass mit persönlichem Einsatz, erworbener Qualifikation und der in der Marktwirtschaft nötigen Portion Glück ein Erfolg zu erzielen sei, aufgekündigt. Piketty weiß die Sonderstellung dieser sehr speziellen Entgelte, die einen ganz kleinen Prozentsatz der Bevölkerung betreffen, auch zu erklären: In diesem Fall haben wirtschaftliche Akteure die Macht, ihre Vergütung selber festzulegen (vgl. ebd., 440ff.). Ein Tatbestand, der dann wieder viel mit dem Wandel »sozialer Normen« und mit mentalen Vorgängen zu tun haben soll.

Den grundsätzlichen Sachverhalt, dass sich hier die wirtschaftliche Machtposition des Kapitals zeigt, nimmt Piketty damit gar nicht wirklich zur Kenntnis. Der Sache nach ist es ja so, dass Arbeit vom Kapital in Dienst genommen wird. Auf dem Arbeitsmarkt entscheidet sich, ob und zu welchem Preis eine angebotene Qualifikation zum Zuge kommt. Mit dem Lohn, der vereinbart wird, sind die Ansprüche des Arbeitskraftanbieters abgegolten. Dieser Geldbetrag stellt die Kalkulationsbasis des Betriebs dar – neben den anderen Kostenpositionen – und muss sicherstellen, dass sich der Arbeitseinsatz lohnt, für das Unternehmen natürlich. Die Arbeit muss rentabel sein, sonst unterbleibt sie. Die konkreten Bedingungen für die Arbeitssuchenden variieren. Steht ihnen keine große Nachfrage gegenüber, müssen sie mit Verbilligung rechnen, bei stark nachgefragtem Arbeitskräfteangebot haben sie eine bessere Verhandlungsposition. Und erst indem sie sich zusätzlich zu ihrem Beschäftigungsverhältnis gewerkschaftlich organisieren, was sie Zeit, Geld und Nerven kostet, können sie ihre Verhandlungsmacht zur Geltung bringen – in periodischen Abständen und gemäß den Vorschriften, die das Tarifrecht vorsieht.

Doch ändern die Variationen, die es auf dem Arbeitsmarkt gibt, nichts an seinem grundsätzlichen Charakter: Hier kommen nicht lauter Warenanbieter zusammen, die miteinander um die optimalen Optionen von Kauf und Verkauf ringen, mangels attraktiver Möglichkeiten auch schon einmal geschäftliche Transaktionen unterlassen, sondern hier trifft eine existenzielle Notlage auf die Macht des Vermögens. Wer ein solches sein eigen nennt, verfolgt bei der wirtschaftlichen Verwendung einen Verwertungszweck: Das, was als Geld eingesetzt wird, stellt einen Vorschuss auf eine zu erzielende Vergrößerung dar. Der Einsatz muss eine Rendite abwerfen. Erst diese Qualität eines Geldbetrags, dass er den Anspruch auf Vermehrung enthält, macht ihn zu Kapital. Auch dieser Anspruch kennt seine Notwendigkeiten, er muss auf jeden Fall arbeiten lassen, sich außerdem in der Konkurrenz behaupten, Fremdkapital attrahieren etc., kann also ebenfalls notleidend werden. Doch geht es hier um die Not der Kapitalvergrößerung. Die Notlage der meisten Menschen, dass sie eigentumslos sind und von ihrer Hände Arbeit leben müssen, ist dagegen existenziell. Hier wird das persönliche (Über-)Leben infrage gestellt.

Aus diesem Verhältnis sind die höheren Positionen des Managements ausgenommen. Deren außergewöhnliche materielle Situation ist daher

als ein Verweis darauf zu nehmen, dass Kapital und Arbeit nicht einfach als unterschiedliche Arten der Einkommenserzeugung nebeneinanderstehen, sondern dass hier eine Klassengesellschaft vorliegt. In diese Richtung will aber Piketty auf keinen Fall weiterdenken oder -forschen. Im Gegenteil: Alles, was als Kritik des Kapitalismus und nicht seiner (neoliberalen) Entartung auftritt, wird entschieden zurückgewiesen.

4. Quintessenz: Antimarxismus

So landet der Autor, der von der Presse als der »neue Marx« apostrophiert wurde, zielstrebig bei dem Resultat, das im heutigen politischen Mainstream für die Befassung mit der Marxschen Theorie angesagt ist: bei der Absage an die Richtigkeit oder politische Relevanz dieses theoretischen Bemühens. Noch weniger als andere zeitgenössische Autoren legt Piketty Wert darauf, dass die Kritik der politischen Ökonomie in einem ersten Schritt für interessant, wissenschaftlich fruchtbar oder rekonstruktionsbedürftig befunden wird, um sie dann in einem zweiten Schritt als zeitbedingt und beschränkt beiseite zu legen. Piketty führt Marx gleich als Urheber einer Prognose ein, die durch die Entwicklung des Kapitalismus widerlegt worden sei. Marx habe das »Prinzip der unbegrenzten Akkumulation« vertreten – »das heißt, die zwangsläufige Tendenz des Kapitals, sich ohne natürliche Grenze zu akkumulieren und zu konzentrieren« (ebd., 23). Daher stamme Marxens »apokalyptische Vision«: »Es kommt entweder zu einem tendenziellen Fall der Profitrate (was den Motor der Akkumulation abwürgt und dazu führen kann, dass sich die Kapitalisten gegenseitig zerfleischen) oder zu einer unbegrenzten Zunahme des Anteils des Kapitals am Nationaleinkommen (was über kurz oder lang dazu führt, dass sich die Arbeiter vereinigen und aufbegehren). In all diesen Fällen ist kein stabiles sozio-ökonomisches Gleichgewicht möglich.« (Ebd., 23f.)

Soweit das Referat der Marxschen unbegrenzten Akkumulationstheorie. Piketty schließt dann an: »Dieses düstere Schicksal hat sich ebenso wenig erfüllt wie das von Ricardo prognostizierte [nämlich das zunehmende Leiden des Kapitalismus an einem Knappheitsproblem, speziell von Bodenkapital, J.S.]. Ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sind die Löhne endlich gestiegen (...), auch wenn die Ungleichheit sehr groß bleibt und bis zum Ersten Weltkrieg in mancherlei Hinsicht noch weiter

zunimmt.« (Ebd., 24) Zwar muss Piketty zugestehen, dass das erwähnte Vereinigen und Aufbegehren wirklich stattgefunden hat. Aber es sei in Russland, im rückständigsten Land Europas, erfolgt, »während die fortgeschrittensten europäischen Länder andere, sozialdemokratische Wege beschritten, was für ihre Bevölkerungen ein Glücksfall war. So wie die vorausgegangenen Autoren hat Marx die Möglichkeit eines dauerhaften technischen Fortschritts und einer anhaltenden Produktivitätssteigerung völlig außer Acht gelassen.« (Ebd., 24) Es folgt die Anführung mildernder Umstände für dieses theoretische Versagen (fehlende empirische Daten, aufgeheizte politische Atmosphäre...), um dann – was im Buch mehrfach variiert wird – die Ignoranz des politischen Autors Marx anzuklagen. Er habe sich »kaum die Frage gestellt, wie eine Gesellschaft, in der das private Kapitaleigentum völlig abgeschafft wäre, politisch und ökonomisch organisiert sein könnte – ein kompliziertes Problem, wie die dramatischen totalitären Improvisationen derjenigen Regime zeigen, die diesen Weg gegangen sind.« (Ebd., 24f.)

Erst nachdem diese Punkte klargestellt sind, kann Piketty dem »von Marx herausgearbeiteten Prinzip der unbegrenzten Akkumulation« (ebd., 25) eine bedingte Relevanz bescheinigen. Sie besteht darin, dass das genannte Prinzip Piketty eine methodische Handhabe bot, seine ausufernde Studie anzufertigen. Marx bildet nämlich den pessimistischen Gegenpol zu der optimistischen Wachstumsprognose von Kuznets, die von einem Angleichungsprozess bei den Einkommen ausgeht. »Die Ökonomen des 19. Jahrhunderts« – womit natürlich vor allem Marx gemeint ist – »haben etwas sehr Verdienstvolles getan: Sie haben die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt gestellt und waren bestrebt, die langfristigen Tendenzen zu untersuchen. Ihre Antworten waren nicht immer zufriedenstellend – aber wenigstens stellten sie die richtigen Fragen. Wir haben keinen Grund zu der Annahme, dass Wachstum aus sich heraus Gleichgewicht schafft. Es ist höchste Zeit, die Frage der Ungleichheit wieder in den Fokus der Wirtschaftsanalyse zu rücken.« (Ebd., 32)

In dieser Referierung der Marxschen Position steht nun wirklich alles auf dem Kopf. Sie offenbart nicht nur für einen Ökonomen erstaunliche Verdrehungen der zurückgewiesenen Theorie, sondern geradezu eine Leseschwäche.⁷ Referat und Schlussfolgerung seien hier der Rei-

⁷ Piketty soll geäußert haben (siehe die Hinweise bei Fülberth 2014), dass ihm die Lektüre des »Kapital« zu schwer war und er es nicht geschafft habe, das

he nach unter die Lupe genommen. Als *Erstes* ist natürlich festzuhalten, dass die Einstufung von Marx als Prognostiker der unbegrenzten Akkumulation an der Sache vorbeigeht. Marx wollte den Grund für die als systembedingt erfahrene Schlechterstellung der auf Arbeit angewiesenen Menschen ermitteln; er entdeckte ihn in der Macht des Kapitals und in dem damit gesellschaftlich verbindlich gemachten Verwertungszweck. Dieser müsse aus der Welt geschafft werden, andernfalls lasse sich eine Besserstellung der Betroffenen nicht realisieren. Marx stellte also nicht die Frage, wohin der begonnene Trend im Lauf der Zeit führt. Der Zustand, den er vorfand, war für ihn Skandal genug. Der erste Band des »Kapital« ist ja neben seiner analytischen Zielsetzung in den (zeit-)geschichtlichen Kapiteln (Kampf um den Arbeitstag, Fabrikssystem, ursprüngliche Akkumulation, Kolonisation) auch Berichterstattung über die himmelschreienden Verhältnisse, die mit dem Kapitalismus in die Welt gekommen sind. Dass das auf Dauer nicht gut gehen könne, war nicht das Argument von Marx. Vielmehr war ihm der Grundwiderspruch des Kapitalismus – dass das Kapital die Arbeit in Dienst nimmt und ausbeutet – Material genug, um dem System eine Absage zu erteilen und die Leser dazu zu ermuntern, praktische Schritte in diesem Sinne zu unternehmen.

Zweitens ist das, was Piketty als Akkumulationstheorie der Marx'schen Kritik entnimmt, ein seltsames Präparat. Es ist jedenfalls nicht, wie oben dargelegt, das, was Marx im ersten Band des »Kapital« als allgemeines Gesetz der kapitalistischen Akkumulation, also als wachsender Ausschluss der Produzenten von ihrem Produkt, formuliert. Es ist etwas Zurechtkonstruiertes, das den erfundenen Prognostiker Marx mit einer schiefen Prognose, »apokalyptische Vision« genannt, ins Abseits stellen soll. Apokalyptiker sind natürlich per se indiskutabel, bislang ist die Welt nicht untergegangen. Dabei könnte man es als einen Treppenwitz der Weltgeschichte bezeichnen, dass die Vision, wie Piketty sie nachzeichnet, wirklich wahr geworden ist. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts, mit dem Ersten Weltkrieg, ist ja das eingetreten, was im kulturellen Erbe Europas als »die letzten Tage der Menschheit« (Karl Kraus) aufbewahrt wird. Vor einem solchen Vernichtungskrieg haben übrigens Marx und

Buch zu Ende zu lesen. Es ist schon eine Ironie der Geschichte, dass an seinem auf 800 Seiten gestreckten Zahlenwerk – ein Umfang, der sich ja durchaus mit dem des »Kapital« messen kann – fast alle Leser zu scheitern scheinen (s.o.).

Engels seit Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder gewarnt. Hier haben sie sich wirklich einmal als Prognostiker betätigt – und Recht behalten. Dass sich kapitalistische Mächte »gegenseitig zerfleischen«, ist also ebenso Realität⁸ wie die zweite Alternative, dass Arbeiter sich »vereinigen und aufbegehren«, weil das Kapital angeblich das ganze Nationaleinkommen in Beschlag nimmt.⁹ Hinzu kommt, dass Piketty die Marxsche Akkumulationstheorie gleich als Widerspruch mit sich selbst vorträgt: Akkumulation soll unbegrenzt und gleichzeitig mit dem tendenziellen Fall der Profitrate verbunden sein, wobei Letzterer »den Motor der Akkumulation abwürgt«. Der unbegrenzte Prozess trägt also selber ein Prinzip der Begrenzung in sich. Entweder müsste man darlegen, wie sich dieser Widerspruch, wenn er denn bei Marx so vorhanden ist, erklären lässt, oder man müsste zu dem Schluss kommen, dass von einer Theorie der unbegrenzten Akkumulation bei Marx keineswegs die Rede sein kann. Nichts davon bei Piketty!

⁸ In seiner Berliner Rede hat Piketty einen Zusammenhang zwischen der konstatierten sozialen Ungleichheit zu Beginn des 20. Jahrhunderts und dem Ersten Weltkrieg angedeutet. Der hohe Konzentrationsgrad der Vermögen, der im Jahr 1914 »für Frankreich (...) wie im Übrigen für alle europäischen Gesellschaften der Zeit charakteristisch ist«, erkläre »das hohe Maß an sozialer und politischer Spannung, das diese Gesellschaft kennzeichnet und in den Nationalismus taumeln lässt«. (Piketty 2014b, 43) Die eigenartige Erklärung soll wohl für beide Weltkriege gelten, für die »Erschütterungen, von denen man (...) vermuten kann, dass sie durch den zentralen Widerspruch nicht nur von 1914 mitverursacht sind – zwischen dem demokratischen Versprechen auf Gleichheit und der kapitalistischen, hyperungleichen Realität« (ebd., 46).

⁹ Rein logisch ist die Annahme der zweiten Variante, dass es »zu einer unbegrenzten Zunahme des Anteils des Kapitals am Nationaleinkommen« komme, unhaltbar. Diese Zunahme hätte natürlich ihre Obergrenze am Nationaleinkommen selbst – wenn man sich denn eine kapitalistische Wirtschaft denken will, die ohne Lohnarbeit in den Fabriken, Büros und Geschäften auskommt. Aber solche Annahmen gehören in die Welt der Modellspielereien, die in der Wirtschaftswissenschaft beliebt sind, wo man mit allen möglichen Konstruktionen, Tautologien etc. arbeitet. Auf Sinn und Unsinn solcher Modellbildungen kann hier nicht weiter eingegangen werden. Es sei nur erwähnt, dass Piketty die Gesetzmäßigkeit $r > g$, die bei ihm auch als der »zentrale Widerspruch des Kapitalismus« (Piketty 2014a, 785) firmiert, im eigentlichen Sinne nicht als Gesetz versteht. Sie wird von ihm eher als »Tendenz« oder »Wahrscheinlichkeit« verstanden (vgl. Rilling 2014, 88).

Drittens wird die Marxsche Zukunftsvision damit konfrontiert, dass sie »kein stabiles sozio-ökonomisches Gleichgewicht« erwarten lasse. Es bleibt im Unklaren, ob Marx das Interesse an der Herstellung eines solchen Gleichgewichts zugeschrieben werden soll. Eindeutig ist jedenfalls, dass Piketty um ein solches Gleichgewicht besorgt ist; sein Buch zielt ja auf den misslichen Zustand, dass die wachsende Ungleichheit die soziale Balance stören oder zerstören könnte. Dass er aber das von Marx prognostizierte »düstere Schicksal« mit den Verbesserungen, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts Platz gegriffen hätten, konfrontiert und den angeblichen Pessimisten Marx daran blamiert, ist schon eine zynische Meisterleistung. Die sozialdemokratische Befriedung der sozialen Gegensätze hat ja kein Gleichgewicht geschaffen. Sie hat die Unterordnung unters Kapital festgeschrieben. Sie hat die europäischen Arbeitermassen zielstrebig in die Politik des Burgfriedens und der Union Sacrée und dann in die erste große Schlächterei des 20. Jahrhunderts geführt. Sie hat sie eben zum Fußvolk der Konkurrenzaffären gemacht, die die großen kapitalistischen Mächte um die Erfolgsbedingungen und nationalen Rechte ihrer Kapitalstandorte austragen. Und das soll ein »Glücksfall« für die »Bevölkerungen« gewesen sein? Die dem seinerzeit gegenüberstehende Staatsmacht, die Sowjetunion, die sich nicht an dieser Rivalität beteiligte, sondern zum Opfer des faschistischen Neuanlaufs deutscher Großmachtpolitik wurde, erscheint Piketty dagegen verdächtig, hier sei es zu »dramatischen totalitären Improvisationen« gekommen.

Viertens behauptet Piketty, dass »Marx die Möglichkeit eines dauerhaften technischen Fortschritts und einer anhaltenden Produktivitätssteigerung völlig außer Acht gelassen« habe. Das ist, wie oben belegt, das Gegenteil von dem, was Marx im allgemeinen Gesetz über die kapitalistische Akkumulation als ökonomische Entwicklungstendenz gefasst hat. Marx handelt die Tendenz ab, nachdem die relative Mehrwertproduktion, also die Methode der Produktivitätssteigerung geklärt ist, mit der sich das Verhältnis von Mehr- zu notwendiger Arbeit auf Kosten der letzteren steigern lässt. Marx resümiert in diesem Zusammenhang: »Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann – dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeits-

mittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß, je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingung: Verkauf der eignen Kraft zur Vermehrung des fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals. Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt darin aus, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals.« (MEW 23, 674) Vom Außerachtlassen des »Fortschritts in der Produktivität« kann also keine Rede sein. Piketty kommt bei seinen späteren Darstellungen zur Dynamik des Kapital-Einkommens-Verhältnisses auf Marxens angebliche Akkumulationstheorie zurück und fasst das »Prinzip der unbegrenzten Akkumulation« noch einmal so zusammen: »Die Kapitalisten akkumulieren immer größere Kapitalmengen, was schließlich zum unaufhaltsamen Sinken der Profitrate (das heißt der Kapitalrendite) und schließlich zu ihrem eigenen Untergang führt.« (Piketty 2014a, 301)

Bei Marx ist die Berufung auf die Zwangsläufigkeit einer geschichtlichen Tendenz eine absolute Randerscheinung. Im dritten Band des »Kapital« fällt z.B. in einem Halbsatz eine Bemerkung, die in dem Sinne ausgelegt werden kann, dass ein Zusammenbruch des Kapitalismus unvermeidlich, dem System gewissermaßen einprogrammiert und aufgegeben ist (vgl. MEW 25, 260, sowie die Anmerkung dazu im obigen Beitrag über Antimarxismus). Die Bemerkung steht im Zusammenhang mit dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate und folgt auf das Kapitel von den »entgegenwirkenden Ursachen«. Dort wird gerade thematisiert, dass der Prozess nicht »unaufhaltsam« ist, dass das Kapital alles Mögliche unternimmt, um dieser Tendenz Einhalt zu gebieten, und dass es dies unter bestimmten Bedingungen auch kann. Das Akkumulieren immer größerer Kapitalmengen ist dabei nicht der entscheidende Punkt, sondern die Tatsache, dass sich die »organische Zusammensetzung« des Kapitels verändert, und zwar zugunsten des »konstanten« Kapitalteils, der in Produktionsmitteln verausgabt wird, auf Kosten des »variablen«, in Arbeitskraft angelegten Kapitalteils. Dass die immer größer werdende Masse der Investition ein Problem darstelle, wird gerade nicht behauptet; es geht vielmehr um die Reduzierung der Quelle des Mehrwerts, der im Produktionsprozess eingesetzten lebendigen Arbeit. Piketty vermengt diesen Punkt übrigens mit der Frage, die ihn interessiert, nämlich nach dem »strukturellen Wachstum« und dessen Entwick-

lung. Mit dieser Größe meint er die Summe aus Produktivitätssteigerung und Bevölkerungswachstum.

Die Konstruktion einer solchen statistischen Messgröße, die sich im 20. Jahrhundert in der Wissenschaft eingebürgert hat, zielt auf etwas anderes als darauf, die Triebkraft kapitalistischer Produktion zu erklären. Mit einer entsprechenden mathematischen Formel ($\beta = s/g$, wobei die Größe β das Kapital-Einkommens-Verhältnis ausdrückt, gemessen als Verhältnis von Sparquote s und Gesamtwachstum g) wird nach einem (idealen) Maßverhältnis gesucht, das für ein ökonomisches Gleichgewicht sorgen soll. »Nur das kontinuierliche Wachstum von Produktivität und Bevölkerung ermöglicht es, das permanente Hinzufügen neuer Kapitaleinheiten im Gleichgewicht zu halten, wie es im Gesetz ausgedrückt ist.« (Piketty 2014a, 303)

Kurioserweise findet Piketty in diesem anders gelagerten Zusammenhang dann die Marxsche Gesetzmäßigkeit vom tendenziellen Fall der Profitrate wieder interessant – zumindest als Vorläufer seiner eigenen Bemühungen, ein ausgewogenes Verhältnis von Kapital- und Arbeits-einkommen herbeizuschreiben. Die Position von Marx erscheint daher nicht als ganz abwegig, sondern als unvollständig. »Bei Marx wie bei allen Ökonomen des 19. wie frühen 20. Jahrhunderts (...) waren die Vorstellung eines strukturellen Wachstums, das durch eine stetige und dauerhafte Zunahme der Produktivität angetrieben wird, nicht klar formuliert und das dahinter stehende Phänomen nicht wirklich identifiziert worden. Damals war die implizite Hypothese, dass das Wachstum der Produktion, vor allem im verarbeitenden Gewerbe, in erster Linie der Akkumulation von Industriekapital geschuldet war. Mit anderen Worten: Man produziert nur deswegen mehr, weil jeder Arbeiter über mehr Maschinen und Ausrüstungen verfügt und nicht, weil die Produktivität als solche – bei einer gegebenen Menge an Kapital und Arbeit – gestiegen ist. Heute weiß man, dass allein die Steigerung der Produktivität ein langfristiges strukturelles Wachstum ermöglicht. Aber wegen des fehlenden historischen Abstands und des Mangels an Daten war das in der Zeit von Marx nicht klar erkennbar.« (Ebd., 302) Das Ganze führt dann zu dem Resümee: »Das moderne Wachstum, das auf der Steigerung der Produktivität und der Ausbreitung von Wissen beruht, hat es vermocht, die marxistische Apokalypse zu verhindern und den Prozess der Kapitalakkumulation zu stabilisieren.« (Ebd., 310) Mit der Stabilisierung ist wohl gemeint, dass der Akkumulationsprozess nicht an eine immanente

Grenze stößt, dass er weitergehen kann, also unbegrenzt ist, wie angeblich die erste Bestimmung in der Marxschen Theorie lautet. Aber dieser kann man nicht folgen, weil man sie ja gleich als eine theoretische Missgeburt mit apokalyptischer Perspektive kennen lernt...

Fünftens und abschließend sei noch einmal der zentrale Fehler benannt, der hier – und auch im ganzen Opus von Piketty – zu finden ist. Die Aussage, die Ökonomen des 19. Jahrhunderts – hier natürlich neben Ricardo in erster Linie Marx – hätten »die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt gestellt«, ist schlichtweg falsch. Im Falle des Marxismus war und ist es das beständige Thema von den Klassikern über die theoretischen Nachfolger und die sozialistisch-kommunistischen Bewegungen bis hin zu Teilen der neuen Marx-Lektüre, deutlich zu machen, dass es Marx genau darum nicht ging. Er wollte die Produktionsweise erklären, das war der Gegenstand der Kritik der politischen Ökonomie – und nicht eine Messung von Einkommens- und Vermögensgrößen leisten. Mit der Bestimmung des Produktionszwecks und seiner Mittel kommt man auch, so die Marxsche These, den Bedingungen der Distribution und Konsumtion auf die Spur und hat damit die Erklärung des gesellschaftlichen Ganzen. Die Distributionsverhältnisse hat Marx keineswegs in den Mittelpunkt gestellt, er beginnt sein »Kapital« ja gerade nicht mit der Charakterisierung der »ungeheuren Warensammlung«, um danach zu fragen, wer genau wie viel davon sein eigen nennt. Diese Frage ist hier nicht Gegenstand. Sie ist ja längst beantwortet durch die Kenntnisnahme der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Darüber gab es – mit Ausnahme parteilicher Schönfärber – keine Kontroverse. Die Frage, die von den Theoretikern der Arbeiterbewegung aufgeworfen wurde, war die nach Grund und Zweck der neuen Wirtschaftsweise, die dabei war, die globalen Verhältnisse umzuwälzen. Dieser Frage geht Marx nach, er fokussiert deshalb im »Kapital« gleich eingangs auf die elementare Einheit des neuen Produktionsverhältnisses, auf die Ware. Was sich dort herausfinden lässt und bereits im Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware zum Abschluss des ersten Kapitels resümiert wird, ist ein vernichtendes Urteil über diese Produktionsweise, und zwar wegen ihres Konstruktionsprinzips und nicht wegen einer ungünstigen Lohnentwicklung, die aufgrund der bisherigen empirischen Trends für die Zukunft zu erwarten steht.

*

Um eine Antwort auf die legendäre »soziale Frage« zu finden, muss man auf den Grund des Problems zurückgehen. Das ist das Fazit, das sich aus der Durchsicht der neueren Einlassungen zum Thema Armut ergibt. Marx ist dabei nicht obsolet, im Gegenteil, den grundlegenden Sachverhalt hat seine Theorie auf den Begriff gebracht. Dass Marx neuere Entwicklungen in seiner Kritik der politischen Ökonomie nicht erfassen konnte, trifft selbstverständlich zu. Insofern hat Butterwegge recht, wenn er schreibt: »Die soziale Ungleichheit hat in Deutschland bisher unbekannte Ausmaße angenommen. (...) Zwar ist soziale Ungleichheit aufgrund des bei Unternehmern konzentrierten Privateigentums an Produktionsmitteln und der weitgehenden Mittellosigkeit vieler Arbeitskraftbesitzer für kapitalistische Industriegesellschaften konstitutiv. Um die globale Finanz-, Weltwirtschafts- und Währungskrise erklären sowie ihre Ursachen, Erscheinungsformen und negativen Folgen für das politische System der Bundesrepublik begreifen zu können, muss man aber das Wesen und die spezifischen Charakterzüge des Gegenwartskapitalismus berücksichtigen. Verantwortlich für die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg sind nicht bloß der Kapitalismus als solcher und die ihm eigene Tendenz zur Überakkumulation bzw. Überproduktion im Rahmen ›normaler‹ Konjunkturzyklen, sondern auch seine jüngsten Strukturveränderungen. Anknüpfend an die Charakterisierung früherer Entwicklungsphasen dieser Wirtschaftsordnung als ›Handels-‹ und ›Industriekapitalismus‹ ist meist von ›Finanzmarktkapitalismus‹ die Rede.« (Butterwegge 2015, 10f.)

Es fragt sich nur, worin die historische Begrenztheit oder der konkrete Mangel der Marxschen Erklärung im Blick auf den Gegenwartskapitalismus bestehen sollen. Wenn es wirklich darum geht, die Tatsache einer fortdauernden, anwachsenden Armut zu erklären, erübrigt es sich jedenfalls, eine akribische Messung der Not durchzuführen. Alle theoretische Anstrengung – die erst die Grundlage für praktische Abhilfe schafft – müsste darauf zielen, die Notwendigkeit und den Grund solcher unhaltbaren Zustände zu klären. Zu diesem Punkt kann man bei Marx lernen, welche Gesetzmäßigkeit »im System« wirkt – nicht mehr und nicht weniger. Aber das ist ja schon eine Menge und begründet, was im Titel der vorliegenden Publikation angekündigt ist: die Aktualität der Marxschen Theorie.

Literatur

- Ahlheim, Klaus (2004): Scheingefechte – Zur Theoriediskussion in der politischen Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.
- Bischoff, Joachim (2014): Finanzgetriebener Kapitalismus. Entstehung – Krise – Entwicklungstendenzen. Hamburg.
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2015): Piketty kurz & kritisch – Eine Flugschrift zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert. Hamburg.
- Braun, Hans (1989): Helmut Schelskys Konzept der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« und die Bundesrepublik der 50er Jahre. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 29, 1989, S. 199-223.
- Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land – Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt a.M./New York.
- Butterwegge, Christoph (2014): Hartz IV und die Folgen – Auf dem Weg in eine andere Republik? Weinheim.
- Butterwegge, Christoph (2015): Wachsende soziale Ungleichheit – eine Gefahr für die Demokratie. In: Journal für politische Bildung, Nr. 1, 2015, S. 10-18.
- Cechura, Suitbert (2015): Inklusion: Die Gleichbehandlung Ungleicher – Kritische Anmerkungen zur aktuellen Inklusionsdebatte. Recht zur Teilhabe an der Konkurrenz. Münster.
- Dörre, Klaus (2015): Unterklassen – Plädoyer für die analytische Verwendung eines zwiespältigen Begriffs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, Nr. 10, 2015, S. 3-10.
- Dohmen, Frank/Hawranek, Dietmar (2015): Der 100-Millionen-Euro-Mann. In: Der Spiegel, 17.1.2015.
- Faulstich, Peter (2004): Weiterbildung und die Erosion des Sozialen – Arbeitsmarktreformen und ihre Folgen. In: Erwachsenenbildung, Nr. 2, 2004, S. 60-65.
- Fülberth, Georg (2014): Die Empirie als Waffe – Thomas Pikettys kolossale Geschichte der Verteilungsverhältnisse im 20. Jahrhundert. In: Junge Welt, 8.10.2014.
- Henle, Manfred (2006): Unterschichtdebatte: Armut und Bildung. In: Erwachsenenbildung, Nr. 4, 2006, S. 177-178.
- Huster, Ernst-Ulrich/Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.) (2008): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden.
- Kaufmann, Stephan/Stützle, Ingo (2015): Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre. Thomas Pikettys »Das Kapital im 21. Jahrhundert« – Einführung, Debatte, Kritik. 2. Aufl., Berlin.
- Klönne, Arno (1998): Die Rückkehr der sozialen Frage – Die Konfliktorientierung wird in der sozialen und politischen Bildung wieder aktuell. In: Arbeit und Leben DGB/VHS Landesarbeitsgemeinschaft NW (Hrsg.): Die Rück-

- kehr der sozialen Frage – Zur Aktualität politischer Bildung, Schwalbach/Ts., S. 61-67.
- Klopotek, Felix (2014): Mythos Aufstieg – Der Hype um Thomas Pikettys Studie zur Reichtumsproduktion im Kapitalismus ist ein Symptom der gegenwärtigen Krisenstimmung. In: *Konkret*, Nr. 6, 2014, S. 29.
- Marx, Karl (1977): *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 23, Berlin (zit. als MEW 23).
- Marx, Karl (1983): *Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie*. Dritter Band. In: *Marx-Engels-Werke*, Band 25, Berlin (zit. als MEW 25).
- Neiman, Susan u.a. (2014): Die Ungleichheitsmaschine: Markt, Kapital und Herrschaft – Thomas Piketty in der Debatte. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, 2014, S. 53-72.
- Nolte, Paul (2006): *Risikante Moderne – Die Deutschen und der neue Kapitalismus*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 542, Bonn.
- Piketty, Thomas (2014a): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. (Französische Originalausgabe 2013) München. (2015 auch als Band 1548 der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.)
- Piketty, Thomas (2014b): Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 12, 2014, S. 41-52.
- Rilling, Rainer (2014): Thomas Piketty und das Märchen vom Gleichheitskapitalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 11, 2014 S. 81-91.
- Rosdolsky, Roman (1972): *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital« – Der Rohentwurf des Kapital 1857-1858*. Band 1 und 2. 2. Aufl., Frankfurt a.M.
- Schillo, Johannes (2007): Ist die soziale Frage ein Vermittlungsproblem? Zu den Aufgaben der politischen Bildung in der Mediengesellschaft. In: *Außerschulische Bildung*, Nr. 1, 2007, S. 65-70.
- Schleyer, Hanns-Martin (1974): *Das soziale Modell*. 2. Aufl., Stuttgart.
- Schnath, Matthias (2003): Nationalismus, Verwehrlosung, Kriminalität – Was der »aktivierende« Sozialstaat aktiviert. In: *Sozialmagazin*, Nr. 7-8, 2003, S. 56-63.
- Steinfeld, Thomas (2014): Rendite schlägt Wachstum, in: *SZ*, 22.4.2014.
- Wirth, Margaret/Möhl, Wolfgang (2014): »Beschäftigung« – »Globalisierung« – »Standort«. Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum. München.

Statt eines Nachworts

Hans-Jörg Tauchert

»Überholen ohne einzuholen«

Ist der Kapitalismus unübertrefflich?

Die berühmte Formel Chruschtschows aus dem guten alten Kalten Krieg, man werde den Kapitalismus bald einholen und überholen – von Honecker später zu »Überholen ohne einzuholen« umformuliert –, geriet im Westen rasch zur Lachnummer: So dumm war der Osten, dass er nicht nur das falsche Wirtschaftssystem gewählt hatte, sondern sich auch noch in seinen eigenen Fähigkeiten total überschätzte.

- Eine fundamentale Dummheit hätte allerdings an dem Spruch auffallen können. Da hatte sich der reale Sozialismus zu einer Produktionsweise entschlossen, die ganz den »Werk tätigen« zugutekommen, die »private Aneignung« des gesellschaftlichen Produzierens sowie die »Anarchie« des Marktes beenden sollte – und dann verkündete man lauthals, man wolle sich an den Maßstäben und Bilanzen des feindlichen Systems messen (lassen). Da lag also schon ein eigenartiger Fall von Kapitalismuskritik vor, denn wie hätte man sonst umstandslos in einen »Wettbewerb der Systeme« einsteigen können? Wäre der Zweck der Produktion wirklich ein anderer gewesen, hätte man sich doch nicht auf ominöse Größen wie das marktwirtschaftlich ausschlaggebende »Wirtschaftswachstum« (also die Addition von allem, was Geld gekostet hat) beziehen und die Parteigänger der »Profitmaximierung« mit den eigenen Planungserfolgen beeindrucken können?
- Was der »freien Welt« an dem Spruch unangenehm aufstieß, war etwas anderes. Ob Sputnik-Schock oder Olympia-Erfolge, ob »Rüstungswettlauf« oder Industrie-Statistiken, so heillos abgeschlagen in der Konkurrenz waren die RGW-Staaten eben nicht, jedenfalls nicht so definitiv, wie es die Entscheidung für das prinzipiell falsche, weil planwirtschaftlich kommandierende System eigentlich verlangt hätte. Statt einfach auf der Stelle zusammenzubrechen, hatte die »Zentralverwaltungswirtschaft« drüben doch tatsächlich das eine oder andere aufzubieten. Ein DDRler konnte es sogar zu einem Trabi bringen, zu Opernkarten oder billigen Klassikerausgaben, zu einer Datsche

oder einer Reise an den Plattensee. Natürlich alles nichts im Vergleich zu hiesigen VW Polos, Beate-Uhse-Videos oder Mallorca-Kurztrips. Aber irgendwie ärgerlich war der östliche Stolz schon.

Das Ende der Geschichte ...

...ist bekannt. Der Osten ist letzten Endes kollabiert. Gorbatschow hat nach einigen Versuchen, den eigenen Laden per Perestroika aufzumöbeln, zugegeben, dass sein Regime den Systemvergleich nicht aushält. Zwar stellen Millionen enttäuschter Ost- und Mitteleuropäer heute mehr oder weniger klagend den Systemvergleich auf privater Basis wieder an und vermissen eine Menge früherer Annehmlichkeiten. Aber das gilt nicht. Die Staatsführungen haben 1990/91 offiziell das Handtuch geworfen und damit das Urteil des Westens beglaubigt: Die Rede vom Überholen war eine Großmäuligkeit, die Marktwirtschaft hängt jeden ab.

Die Kapitulationserklärung hat dabei die Widersprüchlichkeit des realsozialistischen Programms endgültig zu erkennen gegeben – und aufgelöst. Anders als nach der marktwirtschaftlichen Logik, in der alles auf die Rendite ankommt, verfuhr das staatssozialistische System schon. Arbeiter flogen nicht einfach auf die Straße, wenn die Rentabilität ihrer Anwendung zu wünschen übrig ließ; die permanente Sorge um den Arbeitsplatz blieb den Leuten erspart; auch ging es nicht darum, die »Globalisierung« zu gestalten und dafür das Lohnniveau zu senken sowie den nationalen Standort auf absolute Kapitalfreundlichkeit zu trimmen und dafür unfreundlich mit der arbeitenden Bevölkerung umzuspringen.

Aber das war nur die eine Seite. An Staatsreichtum, an hoheitlichen Zugriff auf das gesellschaftliche Produktionswachstum, wurde schon gedacht. Da lag auch das Geheimnis der eigenartigen Vorstellung begründet, man müsste das unvernünftige und ungerechte feindliche System überholen – so als hätte man es mit einem Rivalen auf der gleichen Strecke zum gleichen Ziel zu tun. Die Staatsführung des realen Sozialismus verstand sich wirklich als Rivale, sie war von der Anhäufung des Kapitals im Westen beeindruckt, die den dortigen Staaten den Zugriff auf gesellschaftlichen Reichtum und damit eine ungeahnte Machtentfaltung ermöglichte – eine Machtentfaltung, die man sich für den eigenen Herrschaftsbereich genauso wünschte. In der Rüstungskonkurrenz, bei Bomben und Raketen, also auf der definitiven Ebene, auf der die Macht-

frage gestellt wird, hat man es ja auch sehr weit getrieben bei dem Versuch mitzuhalten. Dabei erfuhr man zwar immer wieder schmerzlich den eigenen Rückstand, aber umgekehrt blieb auch dem Westen der Ärger nicht erspart, dass ihm dauernd einer hinterherdackelte.

Ein Treppenwitz der Weltgeschichte

Das ist jetzt alles Historie. Über Chruschtschows und Honeckers Angebereien lacht man nur noch im Geschichtsunterricht, was jedoch ungerecht ist, denn – oh Wunder – in gewisser Weise hat sich der berühmte Spruch doch noch bewahrheitet. Das zusammengebrochene Reich von KPdSU, SED und Co. hat es tatsächlich geschafft, den Kapitalismus zu überholen, ohne ihn einzuholen. Diesen Tatbestand konnte man z.B. bei den Streitereien des Kreml mit seinen »Oligarchen« studieren, wenn man sich einmal ganz unvoreingenommen auf die übliche Voreingenommenheit der hiesigen Öffentlichkeit einließ.

- So erfuhr man aus der deutschen Presse anlässlich der »Yukos-Affäre« 2003 (Verhaftung eines Ölmagnaten etc.), dass Russland sich ökonomisch in der Hand von 17 kapitalkräftigen »Oligarchen« befindet. Diese Leute, mit denen Putin mittlerweile manchen Strauß ausgefochten hat, heißen »Räuberkapitalisten«, die durch Korruption, Vetternwirtschaft und Mafiamethoden ihren Reichtum zusammengerafft haben. Vergessen wird dabei, dass es der (vom Westen explizit aufgeforderte) russische Staat war, der ihnen in einer Phase, als es in seiner Nationalökonomie ziemlich drunter und drüber ging, nicht nur die Freiheit dazu eröffnete, sondern sie auch genau dazu ermächtigte. Den ausgewählten Figuren wurden die überkommenen Reichtümer der Sowjetunion anvertraut und sie sollten mit ihrem Geschäftserfolg den Grundstock für die Kapitalisierung der gesamten Nation legen.
- Was das für die Leute in Russland bedeutete, wurde auch nicht verschwiegen: »Folge war, dass Leute wie Chodorkowskji zu sagenhaften Reichtümern gekommen sind, während jeder dritte Russe unter der Armutsgrenze lebt.« (SZ, 31.10.2003) Die Armut seiner Leute mag für den russischen Staat ärgerlich gewesen sein, das grundlegende Ärgernis lag für ihn jedoch darin, dass die angestrebte Kapitalisierung es zu nicht mehr brachte als einem Dutzend Milliardäre und einer Börse, die sie betreiben. Diese Musterkapitalisten (wie man sie jetzt auch aus

der Ukraine kennt, wo ein guter Oligarch den Präsidenten gibt) verdienen Dollars und Euros an den Rohstoffen, die man ihnen zur kapitalistischen Verwertung übereignet hat, aber eine umfassende kapitalistische Entwicklung will einfach nicht stattfinden.

So gesehen hat der wilde Osten eben doch eine rasante Karriere hinter sich. Die osteuropäischen Staaten haben es zu keiner eigenen flächendeckenden kapitalistischen Ökonomie gebracht, aber ihr Volk weltrekordmäßig verarmt und zugleich wirtschaftliche Potenzen hingestellt, die der weltweiten kapitalistischen Benutzung zur Verfügung stehen (sofern der Westen nicht wegen östlicher Eigenmächtigkeit Sanktionen verhängt). Eben überholt, ohne einzuholen!

VSA: Verfassungs-Fragen

Albert Krölls Kapitalismus Rechtsstaat Menschenrechte

*Was darf man im Vergleich mit 100 ungeschulten Bürgern
aussprechen, die verurteilt sind und als Strafe hängen sollen?
Es einem ungeschulten Schreiber den Kopf abhacken? Ihn einsperren?
Über ihn sein Leben? Und was gibt bei einem Vergleich mit
100 Faschisten? Und bei einem mit 100 Faschisten??*



VSA

Albert Krölls **Kapitalismus Rechtsstaat Menschenrechte**

216 Seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-582-7

Das Buch beantwortet die Frage nach der eigentümlichen Verfassung einer Gesellschaft, die eines flächen-deckenden Aufsichtsregimes durch eine souveräne rechtsstaatlich organisierte politische Gewalt bedarf.

Freerk Huisken Der demokratische Schoß ist fruchtbar...



Das Elend der Kritik am (Neo-)Faschismus

VSA

Freerk Huisken **Der demokratische Schoß ist fruchtbar...**

Das Elend der Kritik
am (Neo-)Faschismus

232 Seiten | € 14.80

ISBN 978-3-89965-484-4

Demokraten aller Couleur können (Neo-)Faschisten nicht wirklich kritisieren, lautet Huiskens provokantes Fazit.

Freerk Huisken **Erziehung im Kapitalismus**

Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten
Studienausgabe der Kritik der Erziehung, Band 1 und 2
480 Seiten | € 20.40
ISBN 978-3-87975-722-0

www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

VSA: Politische Ökonomie



joachim bischoff / bernhard müller

piketty kurz & kritisch

eine flugschrift zum kapitalismus

im 21. jahrhundert

96 seiten | € 9.00

ISBN 978-3-89965-646-6

Die Autoren dieser Flugschrift stellen die Ergebnisse von Pikettys Studie zum Kapitalismus im 21. Jahrhundert vor und unterziehen sie einer kritischen Bewertung.



David Harvey

Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln

Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden. Aus dem Amerikanischen von Christian Frings

288 seiten | € 19.80

ISBN 978-3-89965-442-4

David Harvey unternimmt den Versuch einer Wiederbelebung: Nur wenn wir unser Wissen über die Bewegungen des Kapitals erneuern, können wir wirksam gegen seine Zerstörungskräfte vorgehen.

Ralf Krämer

Kapitalismus verstehen

Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart

256 seiten | € 16.80

ISBN 978-3-89965-644-2

www.vsa-verlag.de

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de

VSA